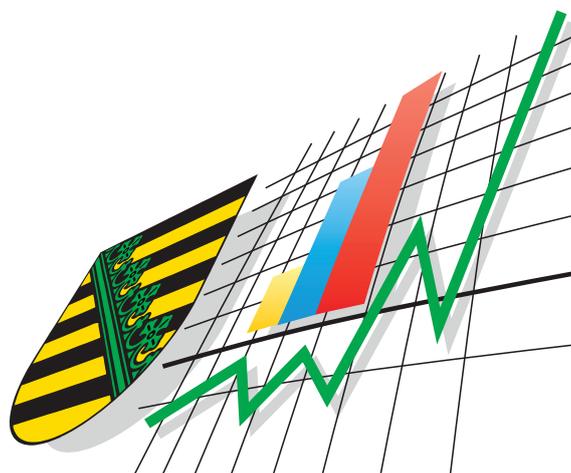


Statistisches Landesamt
des Freistaates
Sachsen



Statistische Berichte

Wirtschaft in Sachsen

Ergebnisse der amtlichen Statistik

2007

Zeichenerklärung

-	Nichts vorhanden (genau Null)	x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
0	Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts	()	Aussagewert ist eingeschränkt
...	Angabe fällt später an	p	vorläufige Zahl
/	Zahlenwert nicht sicher genug	r	berichtigte Zahl
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten	s	geschätzte Zahl

Herausgeber:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Macherstraße 63
01917 Kamenz

Postfach 11 05
01911 Kamenz

Telefon

Vermittlung 03578 33-0

Präsidentin/Sekretariat -1900

Telefax -1999

Auskunft -1913, -1914

Telefax -1921

Bibliothek -4352

Telefax -1598

Vertrieb -4316

Internet

www.statistik.sachsen.de

E-Mail

info@statistik.sachsen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte Dokumente

Inhalt

	Seite
Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	5
Vorbemerkungen	7
Ergebnisdarstellung	
1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen	8
Wirtschaftswachstum	8
Leistungsstruktur und Wachstumsbeiträge	9
Wachstumspotenziale	11
Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau	12
2. Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Sachsens	16
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	16
Baugewerbe	17
Energie- und Wasserversorgung	19
Binnenhandel	19
Gastgewerbe	20
Sonstige Dienstleistungsbereiche	21
Landwirtschaft	22
3. Arbeitskosten, Lohnkosten und Lohnstückkosten	24
Arbeitnehmerentgelt	24
Entwicklung des Arbeitnehmerentgeltes	24
Arbeitskostenstruktur	25
Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung	26
Lohnkosten	27
Lohnstückkosten	29
4. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	31
Erwerbstätige	31
Erwerbstätigenstruktur	31
Arbeitsvolumen	34
Arbeitslosigkeit	36
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	39
5. Unternehmensstruktur, Gewerbeanzeigen und Unternehmensinsolvenzen	41
Unternehmensstruktur	41
Gewerbeanzeigen	42
Unternehmensinsolvenzen	44
6. Außenhandelsstruktur und Außenhandelspartner	46
Ausfuhr	46
Einfuhr	49
7. Verbraucherpreisindex und Preisindizes für Bauwerke	52
8. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte	55
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	55
Private Konsumausgaben der privaten Haushalte	57
Sparvolumen der privaten Haushalte	58

	Seite
Tabellen	
Teil I: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen	59
Teil II: Sachsens Wirtschaft im Vergleich	79
Methodische Hinweise	103
Definitionen	108

Abbildungsverzeichnis

	Seite
Abb. 1 Eckdaten der sächsischen Wirtschaft 2007	7
Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt in Sachsen 1998 bis 2007	8
Tab. BIP-Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche und Zwischenposten in Sachsen 2000, 2002 bis 2007	8
Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt 2007 nach Ländern	9
Abb. 4 Bruttowertschöpfung in Sachsen 1995, 2000 und 2002 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen	10
Abb. 5 BIP-Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche und Zwischenposten in Sachsen 2006 und 2007	11
Abb. 6 Bruttowertschöpfung und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Sachsen 2007 nach Wirtschaftsbereichen	12
Abb. 7 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Sachsen 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen	13
Abb. 8 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je Arbeitsstunde in Sachsen 1998 bis 2007	14
Abb. 9 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen 1998 bis 2007	16
Abb. 10 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen 2007 nach Wirtschaftsbereichen	16
Abb. 11 Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen 2006 und 2007 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen	17
Abb. 12 Baugewerblicher Umsatz in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten in Sachsen 1998 bis 2007 nach Bauarten	18
Abb. 13 Umsätze in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Sachsen 1996 bis 2005 nach Wirtschaftszweigen	19
Abb. 14 Beschäftigte in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Sachsen 1996 bis 2005 nach Wirtschaftszweigen	19
Abb. 15 Umsatz in Binnenhandel und Gastgewerbe in Sachsen 2006 und 2007	20
Abb. 16 Beschäftigte in Binnenhandel und Gastgewerbe in Sachsen 2006 und 2007	20
Abb. 17 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Sachsen 2004 und 2005	21
Abb. 18 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Sachsen 2005 nach Wirtschaftszweigen	21
Abb. 19 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. in Sachsen 2004 und 2005	22
Abb. 20 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. in Sachsen 2005 nach Wirtschaftszweigen	22
Abb. 21 Produktionswert und Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Sachsen 1997 bis 2006	22
Abb. 22 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in Sachsen 1993 bis 2005	22
Abb. 23 Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter in Sachsen 1998 bis 2007	24
Abb. 24 Arbeitnehmerentgelt 2007 nach Ländern	25
Abb. 25 Arbeitnehmerentgelt in Sachsen 1995, 2000 und 2002 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen	26

	Seite	
Abb. 26	Lohnkosten in Sachsen 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen	27
Abb. 27	Lohnkosten in Sachsen 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen	28
Abb. 28	Lohnstückkosten in Sachsen und Deutschland 2007 nach Wirtschaftsbereichen	29
Abb. 29	Erwerbstätige in Sachsen 1998 bis 2007	31
Abb. 30	Erwerbstätige 2007 nach Ländern	32
Abb. 31	Erwerbstätige in Sachsen 1995, 2000 und 2002 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen	33
Abb. 32	Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2007 nach Ländern	35
Abb. 33	Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Sachsen 1998 bis 2007	37
Abb. 34	Arbeitslosenquote 2007 nach Ländern	37
Abb. 35	Arbeitslose in Sachsen 1998 bis 2007 nach Geschlecht	38
Abb. 36	Kurzarbeiter und Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Sachsen 2001 bis 2007	39
Abb. 37	Unternehmen in Sachsen nach Wirtschaftsbereichen	41
Abb. 38	Gewerbeanzeigen in Sachsen 1998 bis 2007	42
Abb. 39	Gewerbeanzeigen in Sachsen 1996, 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen	43
Abb. 40	Unternehmensinsolvenzen in Sachsen 1998 bis 2007	44
Abb. 41	Unternehmensinsolvenzen in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen in Sachsen 2006 und 2007	45
Abb. 42	Ausfuhr und Einfuhr in Sachsen 1998 bis 2007	46
Abb. 43	Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen 1998 bis 2007 nach Kontinenten	48
Abb. 44	Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen 1998 bis 2007 nach Kontinenten	50
Abb. 45	Jahresteuerraten in Sachsen 1998 bis 2007	52
Abb. 46	Jahresteuerraten in Sachsen 2007 nach Hauptgruppen	53
Abb. 47	Jahresteuerraten 2007 nach Ländern	53
Abb. 48	Jahresteuerraten ausgewählter Baupreisindizes in Sachsen 2006 und 2007	54
Abb. 49	Einkommensumverteilung im Sektor private Haushalte in Sachsen 2006	55
Abb. 50	Verfügbares Einkommen je Einwohner 1997 bis 2006 nach Regionen	56
Abb. 51	Konsumausgaben je Einwohner 1997 bis 2006 nach Regionen	57
Abb. 52	Sparquote der privaten Haushalte 1997 bis 2006 nach Regionen	58

Tabellenverzeichnis

	Seite
Teil 1: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen	59
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	59
1.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	60
1.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	60
1.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen	61
1.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	61
1.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	62
1.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	63
1.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	64
1.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	64
1.10 Verbraucherpreisindex – Jahresteuersraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen	65
1.11 Landwirtschaft	66
1.12 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe	67
1.13 Baugewerbe und Baugenehmigungen	68
1.14 Energie- und Wasserversorgung	69
1.15 Binnenhandel und Gastgewerbe	70
1.16 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche	71
1.17 Arbeitsmarkt	72
1.18 Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen	73
1.19 Gewerbeanzeigen	74
1.20 Insolvenzen	75
1.21 Ausfuhr (Spezialhandel)	76
1.22 Einfuhr (Generalhandel)	77
1.23 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	78
1.24 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	78
Teil 2: Sachsens Wirtschaft im Vergleich	79
2.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	79
2.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	80

	Seite
2.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	81
2.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen	81
2.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	82
2.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	83
2.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	84
2.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	85
2.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	85
2.10 Verbraucherpreisindex – Indizes und Jahresteuerraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen	86
2.11 Agrarstruktur	87
2.12 Produktionswerte und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft	87
2.13 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe	88
2.14 Verarbeitendes Gewerbe	89
2.15 Baugewerbe	90
2.16 Energie- und Wasserversorgung	91
2.17 Binnenhandel und Gastgewerbe	92
2.18 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche	93
2.19 Arbeitsmarkt	94
2.20 Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen	95
2.21 Gewerbeanmeldungen	96
2.22 Gewerbeabmeldungen	97
2.23 Insolvenzen	98
2.24 Ausfuhr (Spezialhandel)	99
2.25 Einfuhr (Generalhandel)	100
2.26 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	101
2.27 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	102

Vorbemerkungen

Im vorliegenden Statistischen Bericht wird anhand von Daten der amtlichen Statistik die Entwicklung der **Wirtschaft des Freistaates Sachsen im Jahr 2007** dargestellt. Die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung erfolgt auf Landesebene, wobei grundsätzlich auf Vergleichsangaben für Deutschland, die neuen Länder bzw. die alten Länder zurückgegriffen wird. Gegenüber dem Vorjahresbericht wurde der Themenumfang erweitert und die Themenbereiche neu sortiert.

Der Statistische Bericht stellt eine Ergänzung zum monatlich erscheinenden Konjunkturbericht (Kennziffer Z I 1 - m) und zu den regelmäßig in der Amtszeitschrift publizierten Beiträgen zur Wirtschaftsentwicklung in Sachsen dar.¹⁾ Die wirtschaftliche Situation in Sachsen wird im vorliegenden Bericht zum Teil ausführlicher dargestellt. Die **Datengrundlage** stellen neben aktuellen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), der Erwerbstätigenrechnung (ETR) und Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR) Angaben aus verschiedenen Fachstatistiken sowie Informationen aus weiteren amtlichen Datenquellen dar. Die Daten der VGR und ETR sind für die Jahre bis 2006 auf dem Berechnungsstand August 2007 und für das Jahr 2007 auf dem Berechnungsstand Februar 2008 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt.

Zur gesamtwirtschaftlichen Darstellung werden vorrangig die Indikatoren genutzt, die näherungsweise eine Operationalisierung der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankerten Entwicklungsziele erlauben.²⁾ Darüber hinaus wurde eine Vielzahl weiterer Einflussgrößen berücksichtigt, die zudem in einer engen Beziehung miteinander stehen. Deshalb werden neben dem Bruttoinlandsprodukt, dem Verbraucherpreisindex, der Arbeitslosenquote sowie den Angaben zu den Ex- und Importen weitere Indikatoren

in die Betrachtung einbezogen. Neben der allgemeinen Entwicklung der Indikatoren werden im Bericht Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur aufgezeigt. Dabei werden die sächsischen Besonderheiten im Vergleich zu den gesamtdeutschen Relationen herausgearbeitet. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine Darstellung des Angleichungsstandes Sachsens bei gesamtwirtschaftlichen Eckgrößen, wie z. B. der Produktivität oder den Lohnkosten an das deutsche Niveau.

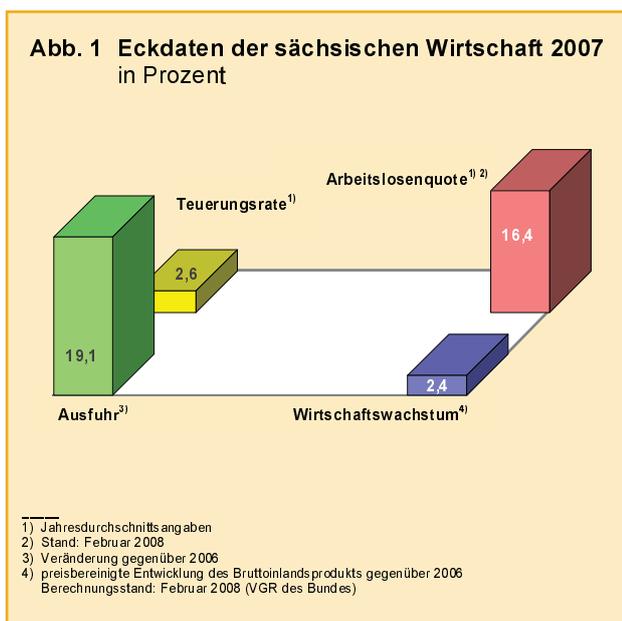
Aus dem Bereich der VGR fließen so Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung, zur Produktivität sowie zum Arbeitnehmerentgelt, zu den Lohnkosten und zu den Lohnstückkosten sowohl in die gesamtwirtschaftliche Betrachtung als auch in die Darstellung nach einzelnen Wirtschaftsbereichen ein. Im Vergleich zur letzten Ausgabe wurde der Bericht um Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und den Konsumausgaben der privaten Haushalte ergänzt.

Die Beschreibung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erfolgt anhand der Angaben der Bundesagentur für Arbeit sowie von Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung. Weiterhin wird auf Daten der Baupreisstatistik und auf detaillierte Informationen aus der Außenhandelsstatistik zurückgegriffen. Für die Darstellung der Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen kommen die Daten aus verschiedenen Fachstatistiken zur Anwendung. Außerdem enthält der Bericht Ergebnisse von Auswertungen aus dem statistikinternen Unternehmensregister sowie der Gewerbeanzeigen- und Insolvenzstatistik.

Der Bericht hat einen umfangreichen Tabellenanhang, der im ersten Teil Zeitreihen für Sachsen enthält. Im zweiten Teil wird die Entwicklung in Sachsen der gesamtdeutschen Veränderung und der Entwicklung in den neuen Ländern und alten Ländern – soweit für diese Großraumregionen Daten vorliegen – gegenübergestellt.

Redaktionsschluss für den Statistischen Bericht war Mitte Mai 2008. Soweit es sich um vorläufige Daten handelt, ist dies an entsprechender Stelle vermerkt. Geringfügige Abweichungen bei den Originalzahlen (Grund-, Messzahlen, Indizes) und darauf basierenden Entwicklungsangaben im Bericht gegenüber bereits veröffentlichten Daten anderer Publikationen der amtlichen Statistik beruhen auf Rundungsdifferenzen bzw. nachträglichen Korrekturen.

Zu weiteren Informationen können auch die methodischen Erläuterungen zu den einzelnen Statistiken sowie die Definitionen der hier betrachteten Merkmale am Ende des Berichtes herangezogen werden.



1) Vgl. zuletzt: Hesse, L.; C. Hoffmann; H. Matticzki; W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2007 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 3/2008, S. 1 - 26.

2) Vgl. § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitäts- und Wachstumsgesetz/StWG) vom 8. Juni 1967, BGBl. I S. 582.

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen 2007

Wirtschaftswachstum

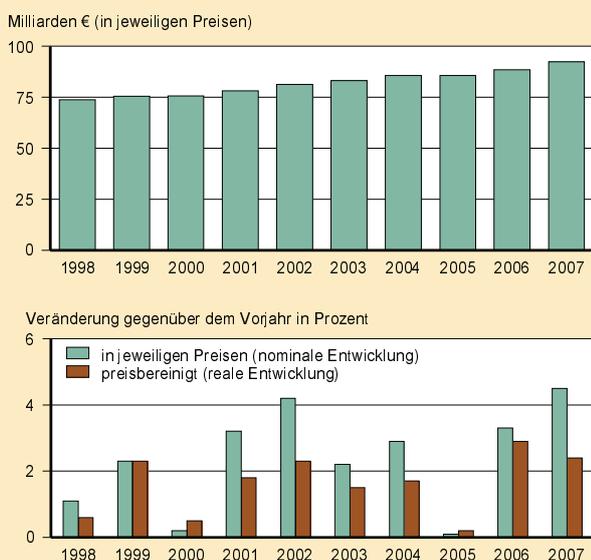
Die sächsische Wirtschaft setzte den im Jahr 2006 eingeschlagenen Wachstumskurs 2007 fort. Das **Bruttoinlandsprodukt** erhöhte sich preisbereinigt um **2,4 Prozent** gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2006 war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,8 Prozent gestiegen (3. Fortschreibung des Bruttoinlandsproduktes 2007).¹⁾ In jeweiligen Preisen erreichte das Bruttoinlandsprodukt 2007 ein Absolutniveau von 92,4 Milliarden € und überstieg damit erstmals die 90-Milliarden-Euro-Marke (vgl. Abb. 2 und Tab. 1.1). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem nominalen Zuwachs von 4,5 Prozent.

Sachsens **Wirtschaftsentwicklung** lag 2007 im dritten Jahr in Folge unter dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in Deutschland (vgl. Abb. 3 und Tab. 2.1). Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg 2007 real um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Wirtschaftsentwicklung der neuen Länder (ohne Berlin) lag mit 2,2 Prozent ebenfalls zum dritten Mal in Folge unter dem bundesdeutschen Schnitt. Im Vergleich der fünf neuen Länder wies lediglich Mecklenburg-Vorpommern mit 2,6 Prozent eine höhere Wachstumsrate als Sachsen auf. In den alten Ländern (ohne Berlin) stieg das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um durchschnittlich 2,5 Prozent. Die Spanne der realen Wachstumsraten der einzelnen Länder reichte von 2,8 Prozent in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg bis zu 1,4 Prozent in Schleswig-Holstein. Beim Vergleich der einzelnen Wachstumsraten gilt es zu berücksichtigen, dass sich einzelne wirtschaftliche Ereignisse wesentlich stärker auf das Gesamtergebnis von kleinen Ländern wie Sachsen auswirken, als dies z. B. in Großraumregionen wie den neuen Ländern oder größeren Ländern wie Bayern der Fall ist.

Sachsens Beitrag zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt ist unverändert verhältnismäßig klein. Der sächsische Anteil am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (in jeweiligen Preisen) betrug 2007 identisch zum Vorjahresniveau 3,8 Prozent. Bei den Erwerbstätigen hatte Sachsen zum Vergleich einen Anteil von 4,9 Prozent an der gesamtdeutschen Zahl, bei den Einwohnerzahlen einen Anteil von 5,1 Prozent. Der Beitrag zur Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche Deutschlands fiel recht unterschiedlich aus. Das sächsische Baugewerbe hatte einen Anteil von 5,8 Prozent an der entsprechenden gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wurde hingegen lediglich ein Anteil von 3,6 Prozent verzeichnet, darunter im Verarbeitenden Gewerbe von lediglich 3,4 Prozent. Auch innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es entsprechende Unterschiede. Während die sächsischen Unternehmen und Einrichtungen des Bereichs Öffentliche und private Dienstleister 4,5 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung in diesem Bereich erwirtschafteten, verzeichneten die sächsischen Unternehmen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr lediglich einen Anteil von 3,3 Prozent und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister von 3,5 Prozent.

1) Gegenüber dem in der vorjährigen Ausgabe dieses Statistischen Berichts ausgewiesenen preisbereinigten Wachstum des sächsischen Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2006 – zum damaligen aktuellen Berechnungsstand Februar 2007 (Ergebnis der 2. Fortschreibung) – in Höhe von 4,0 Prozent liegt jetzt ein Fortschreibungsergebnis für 2006 auf der Basis nunmehr verfügbarer detaillierter Ausgangsdaten zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und einer z. T. stärker an der späteren Originärberechnung angelehnten Methodik vor (3. Fortschreibung). Zwischen beiden Rechenständen sind Abweichungen in den Ergebnissen für das Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere jedoch im Verarbeitenden Gewerbe, zu verzeichnen.

Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt in Sachsen 1998 bis 2007¹⁾



1) Berechnungsstand: 1998 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

BIP-Wachstumsbeiträge¹⁾ der Wirtschaftsbereiche und Zwischenposten in Sachsen 2000, 2002 bis 2007²⁾

Merkmal	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wirtschaftsbereich	Prozentpunkte						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-0,07	-0,12	-0,11	0,29	-0,20	-0,11	0,06
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,04	0,77	1,07	1,69	1,03	1,55	1,97
darunter							
Verarbeitendes Gewerbe	1,05	0,61	1,02	1,58	1,15	1,54	2,07
Baugewerbe	-1,29	-0,23	-0,13	-0,27	-0,71	0,49	0,01
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,16	0,02	0,26	0,19	-0,33	0,45	-0,10
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,71	1,72	0,32	-0,02	0,76	0,33	0,69
Öffentliche und private Dienstleister	0,33	0,21	-0,02	-0,03	-0,16	-0,18	-0,14
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,89	2,36	1,39	1,86	0,40	2,54	2,50
Zwischenposten ³⁾	-0,35	-0,02	0,08	-0,18	-0,15	0,30	-0,09
Bruttoinlandsprodukt	0,54	2,35	1,46	1,67	0,25	2,85	2,41

Abweichungen in den Summen durch Rundungsdifferenzen

1) BIP-Wachstumsbeitrag entspricht der preisbereinigten Veränderung des Wirtschaftsbereiches bzw. des Zwischenpostens, multipliziert mit dem entsprechenden Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres.

2) Berechnungsstand: 2000, 2002 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

3) Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen

Leistungsstruktur und Wachstumsbeiträge

Das sächsische Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) mit einem Wert von 92,4 Milliarden € im Jahr 2007 setzte sich aus der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Höhe von 82,8 Milliarden € und dem Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen in Höhe von 9,6 Milliarden € zusammen. Die Aufteilung der Bruttowertschöpfung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche entspricht der **gesamtwirtschaftlichen Leistungsstruktur** (vgl. Abb. 4 und Tab. 1.1).

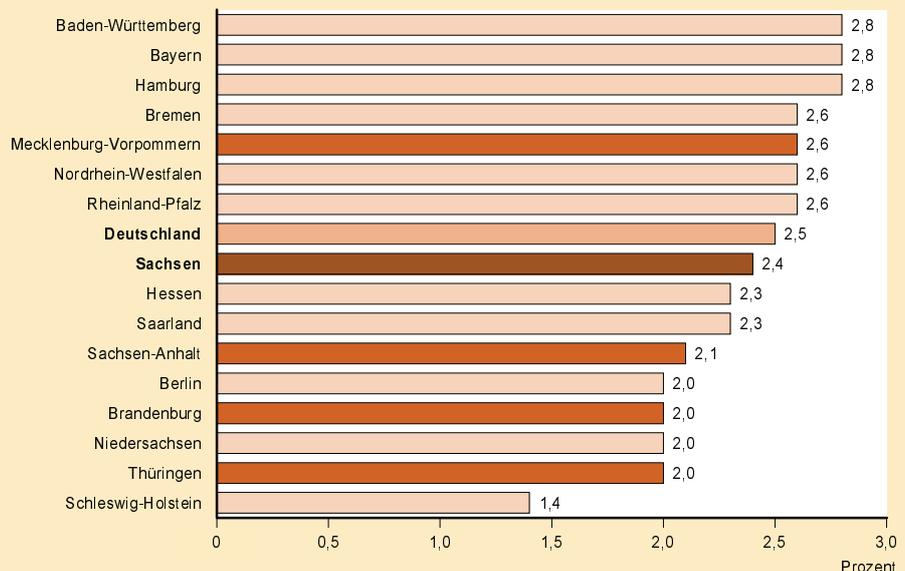
Das Produzierende Gewerbe hatte 2007 einen Anteil von 30,7 Prozent an der Bruttowertschöpfung Sachsens. Mit einer Steigerung des Anteils um 1,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr hatte das Produzierende Gewerbe erstmals wieder einen höheren Wertschöpfungsanteil als 1999. Das bisherige Minimum des Wertschöpfungsanteils des Produzierenden Gewerbes lag mit 27,5 Prozent im Jahr 2002. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete einen Anteil von 24,4 Prozent, darunter das Verarbeitende Gewerbe von 20,9 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe lag der Anteil an der Bruttowertschöpfung um 1,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Damit stieg der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes an der sächsischen Wirtschaftsleistung seit 1996 kontinuierlich um 8,7 Prozentpunkte. Auf die Wirtschaftsabschnitte Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden entfielen im Jahr 2007 zusammen 3,5 Prozent der Bruttowertschöpfung. Das Baugewerbe verzeichnete einen Anteil von 6,2 Prozent an der sächsischen Bruttowertschöpfung. Die seit Mitte der 1990er Jahre vorherrschende Strukturbereinigung im Baugewerbe, welche durch den Abbau von Überkapazitäten gekennzeichnet ist, bleibt damit im zweiten Jahr in Folge unterbrochen. Im Vergleich zum Vorjahr blieb der Anteil des Baugewerbes an der sächsischen Bruttowertschöpfung allerdings auf einem konstanten Niveau. Im Jahr 2006 kam es noch zu einer Zunahme des Wertschöpfungsanteils um 0,3 Prozentpunkte.

Der Großteil der sächsischen Bruttowertschöpfung wurde 2007 mit einem Anteil von 68,3 Prozent in den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Abnahme um 1,6 Prozentpunkte. Somit setzt sich die seit 2002 anhaltende tendenzielle Verringerung des Beitrags der Dienstleistungsbereiche zur sächsischen Bruttowertschöpfung weiterhin fort. Auf den Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister entfielen 2007 immerhin 27,3 Prozent der sächsischen Bruttowertschöpfung. Damit war dies

der Wirtschaftsbereich mit dem größten Beitrag zur sächsischen Wertschöpfung. Im Vergleich zum Vorjahr sank dieser Wertschöpfungsanteil geringfügig um 0,1 Prozentpunkte. Der tendenziellen Zunahme des Wertschöpfungsanteils des Bereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um 15,2 Prozentpunkte zwischen 1991 und 2005 folgte damit im zweiten Jahr nacheinander eine geringfügige Abnahme. Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister verzeichnete 2007 einen Wertschöpfungsanteil von 25,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Anteil um 0,8 Prozentpunkte. Der tendenzielle Rückgang seit dem Jahr 2000 infolge der Sparbemühungen im öffentlichen Dienst setzte sich somit fort. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr leistete im Jahr 2007 einen Beitrag in Höhe von 15,2 Prozent zur sächsischen Bruttowertschöpfung, 0,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Auch in diesem Bereich ist eine kontinuierliche Abnahme des Wertschöpfungsanteils seit dem Jahr 2000 zu beobachten.

Beim Vergleich der Leistungsstruktur zwischen Sachsen und den bundesdeutschen Großraumregionen ist zu beachten, dass die vorhandenen Unterschiede historisch gewachsen sind. Eine Gegenüberstellung mit den Durchschnittswerten der Großraumregionen bietet somit die Möglichkeit, die Besonderheiten der sächsischen Wirtschaftsstruktur herauszuarbeiten. Im Vergleich zu der Leistungsstruktur der neuen Länder (ohne Berlin) besitzt Sachsen einen um 1,9 Prozentpunkte überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil im Produzierenden Gewerbe. Die Unterschiede werden im Wesentlichen durch die um 1,5 Prozentpunkte höhere anteilige Wirtschaftsleistung des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen hervorgerufen. Unter den fünf neuen Ländern hatte lediglich Thüringen einen um 2,2 Prozentpunkte höheren Wertschöpfungsanteil im Produzierenden Gewerbe, welcher wiederum im Wesentlichen durch den um 2,8 Prozentpunkte höheren Wertschöpfungsanteil im Verarbeitenden Gewerbe ent-

Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt 2007¹⁾ nach Ländern²⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) preisbereinigt
2) Berechnungsstand: Februar 2008 (VGR des Bundes)

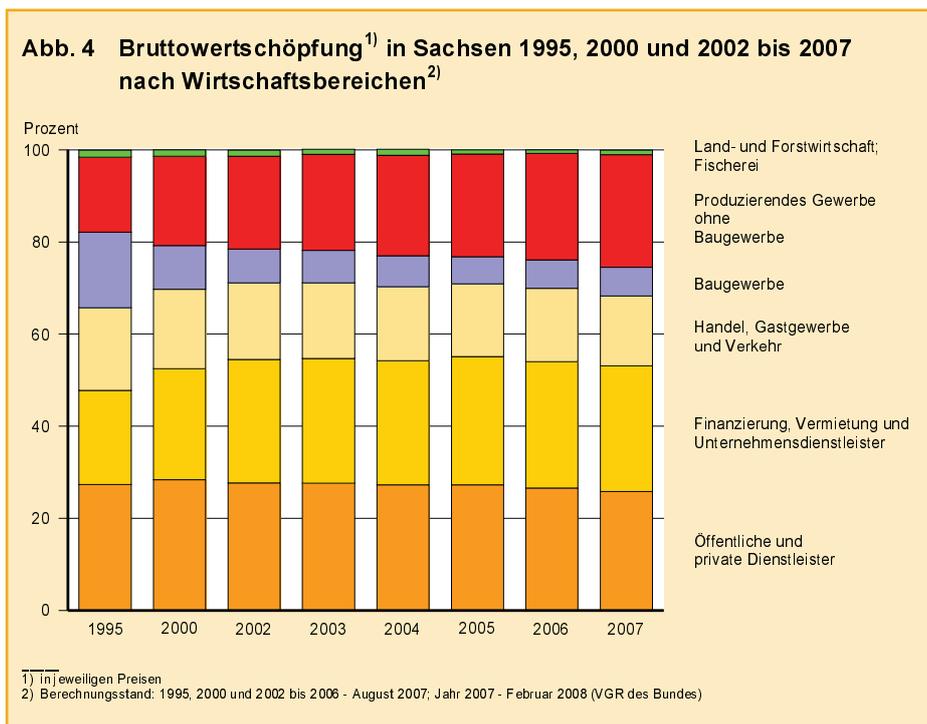
stand. In den Dienstleistungsbereichen zeichnet sich Sachsen durch einen um 2,1 Prozentpunkte höheren Anteil des Bereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister aus. Demgegenüber erbrachten die Bereiche Öffentliche und private Dienstleister sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Vergleich zum Durchschnitt der fünf neuen Länder einen geringeren Beitrag zur Bruttowertschöpfung.

Im Vergleich zu den alten Ländern (ohne Berlin) sind die Unterschiede in der Leistungsstruktur der sächsischen Wirtschaft wesentlich deutlicher. So erbrachte das Produzierende Gewerbe in den alten Ländern (ohne Berlin) zwar einen identisch hohen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, allerdings unterschieden sich die Verhältnisse der Wirtschaftsabschnitte innerhalb des Produzierenden Gewebes erheblich. Die noch immer vorhandenen Überkapazitäten des sächsischen Baugewerbes werden durch den um 2,3 Prozentpunkte höheren Wertschöpfungsanteil gegenüber dem Durchschnitt der alten Länder deutlich. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete hingegen im Durchschnitt der alten Länder einen um 3,5 Prozentpunkte höheren Wertschöpfungsanteil. Unter den Dienstleistungsbereichen hatte der Abschnitt Öffentliche und private Dienstleister mit einer Differenz von 5,0 Prozentpunkten einen deutlich höheren Wert in Sachsen als im Durchschnitt der alten Länder. Die öffentlichen Dienstleister spielten in den neuen Ländern entwicklungsbedingt immer noch eine größere Rolle als in den alten Ländern. Die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hatten hingegen im Vergleich zum Durchschnitt über die alten Länder in Sachsen einen geringeren Wertschöpfungsanteil. Die Differenz lag im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr bei 2,6 Prozent und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister bei 2,4 Prozent. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Sachsen hinsichtlich der Leistungsstruktur einen im

Vergleich zum Durchschnitt der neuen Länder hohen Angleichungsstand an die Verhältnisse in den alten Ländern erreicht hat.

Die Veränderungen in der Leistungsstruktur gegenüber dem jeweiligen Vorjahr werden durch die unterschiedlichen Wachstumsraten (vgl. Tab. 2.1) bzw. Wachstumsbeiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche verursacht (vgl. Tab. S. 8 und Abb. 5). Wie in den letzten fünf Jahren gingen auch 2007 starke **Wachstumsimpulse** für die sächsische Wirtschaft vom Produzierenden Gewerbe aus. Mit einem realen Zuwachs der Bruttowertschöpfung von 7,5 Prozent verzeichnete dieser Bereich 2007 ein ähnlich hohes Wirtschaftswachstum wie im Vorjahr und der seit 2002 anhaltende Wachstumskurs wurde weiter fortgesetzt. Im bundesweiten Vergleich erzielte lediglich Mecklenburg-Vorpommern mit 9,0 Prozent 2007 ein höheres Wachstum. Dabei ist allerdings der Basiseffekt aufgrund der geringeren Kapazitäten innerhalb des Produzierenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern zu berücksichtigen. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) wuchs real um 5,3 Prozentpunkte und leistete damit einen Wachstumsbeitrag von 1,97 Prozentpunkten. Darunter erreichte das Verarbeitende Gewerbe ein preisbereinigtes Wachstum von 11,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zuletzt wurde 1997 ein höheres Wachstum verzeichnet. Der Wachstumsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes betrug 2,07 Prozentpunkte, wodurch es Hauptwachstumsantrieb der sächsischen Wirtschaft blieb. Wachstumsmotor innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren die Rundfunk- und Nachrichtentechnik, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie Metallerzeugnissen und der Maschinenbau. Alle fünf neuen Länder verzeichneten mit 11,2 Prozent ein deutlich über dem bundesdeutschen Mittel von 6,3 Prozent liegendes Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Tab. 2.1). Damit setzte sich in diesem Bereich der Angleichungsprozess der ostdeutschen Leistungsstruktur an die alten Länder weiter fort. In Mecklenburg-Vorpommern lagen mit 16,5 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 12,1 Prozent die höchsten Steigerungsraten der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes vor.

Die Bruttowertschöpfung des sächsischen Baugewerbes stieg im Jahr 2007 real um 0,2 Prozent. Das im Vorjahr vorhandene Wachstum, das durch Unternehmensumstrukturierungen und die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 begünstigt wurde, hielt somit nur noch in abgeschwächter Form an (vgl. ausführlicher dazu Kapitel 2). Während vor 2006 die Wachstumsbeiträge der anderen Wirtschaftsbereiche vom z. T. stark rückläufigen Ergebnis des sächsischen Baugewerbes



aufgezehrt wurden, konnte das Baugewerbe nun schon im zweiten Jahr in Folge einen minimalen positiven Beitrag von 0,01 Prozentpunkten zum Wachstum des sächsischen Bruttoinlandsprodukts leisten. Im bundesdeutschen Vergleich war das Wachstum des sächsischen Baugewerbes gering. Während die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes innerhalb der fünf neuen Länder real um 1,3 Prozent stieg, waren es in den alten Ländern 2,2 Prozent. Aufgrund der unterdurchschnittlichen Wachstumsraten in Sachsen und den neuen Ländern, setzte sich auch 2007 der Angleichungsprozess an die Leistungsstruktur der alten Länder in diesem Bereich weiter fort.

Die im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe moderate Entwicklung der Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen der letzten Jahre hielt auch 2007 mit einer realen Steigerung um 0,7 Prozent weiter an. Im Durchschnitt der fünf neuen Länder betrug das reale Wirtschaftswachstum der Dienstleistungsbereiche zusammen 0,9 Prozent und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der alten Länder von 2,1 Prozent. Ein positiver Wachstumsbeitrag für die sächsische Wirtschaft ging lediglich vom Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister aus. Er verzeichnete ein reales Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,8 Prozent und einen Wachstumsbeitrag von 0,69 Prozentpunkten. Der Grund für diese positive Entwicklung liegt in der wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler Teilbereiche von der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes.²⁾ Allerdings betrug das reale Wachstum dieses Bereichs im Bundesdurchschnitt 3,1 Prozent und im Durchschnitt der neuen Länder 2,9 Prozent. Somit bleibt der Angleichungsprozess des sächsischen Wertschöpfungsanteils an den gesamtdeutschen Anteil im zweiten Jahr in Folge unterbrochen. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurde ein realer Rückgang der sächsischen Bruttowertschöpfung um 0,7 Prozent registriert. Im bundesdeutschen Mittel stieg die entsprechende Bruttowertschöpfung um 2,1 Prozent, im Durchschnitt der fünf neuen Länder um 1,0 Prozent. Im Jahr 1996 entsprach der Wertschöpfungsanteil des Bereiches Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Sachsen dem bundesdeutschen Durchschnitt. Zwischen 1997 und 2007 kam es zu einer realen Steigerung der Bruttowertschöpfung um 12,9 Prozent in Sachsen und um 23,6 Prozent im bundesdeutschen Durchschnitt. Im Bereich Öffentliche und private Dienstleister fiel die Bruttowertschöpfung in Sachsen 2007 real um 0,6 Prozent während sie in den neuen Ländern um 1,0 Prozent zurückging. Im bundesdeutschen Durchschnitt stieg sie um 0,5 Prozent. Seit 1996 hält der Angleichungsprozess Sachsens an das gesamtdeutsche Niveau in diesem Dienstleistungsbereich tendenziell an. Während die Bruttowertschöpfung dieses Bereiches in Sachsen seit 1996 um 2,3 Prozent zunahm, stieg sie im bundesdeutschen Schnitt um 10,6 Prozent. Die geringeren Steigerungsraten in Sachsen reflektieren den Abbau der Überkapazitäten durch Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst.

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) besitzt unter den Wirtschaftsbereichen in Sachsen den geringsten absoluten Betrag der Bruttowertschöpfung. Einzelne wirtschaftliche Ereignisse können die Entwicklung der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich

stark beeinflussen, wodurch er zu den dynamischsten Wirtschaftsbereichen Sachsens gehört. Vor allem aufgrund des milden Sommerklimas im Vergleich zu den Vorjahren wuchs die Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich im Jahr 2007 real um 7,9 Prozent, während in den Vorjahren noch Senkungsraten von 17,6 Prozent im Jahr 2005 und 12,4 Prozent im Jahr 2006 zu verzeichnen waren.

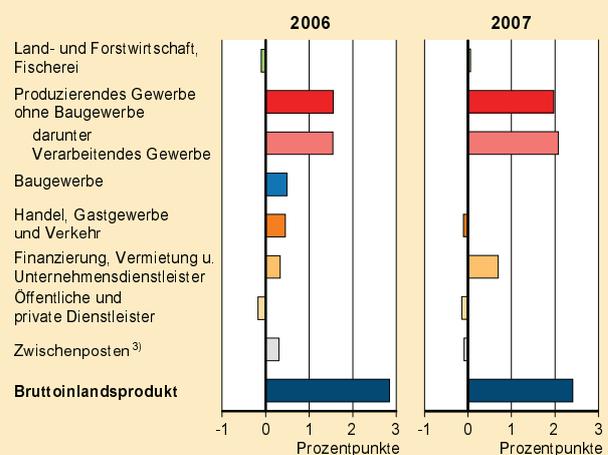
Wachstumspotenziale

Die Wachstumspotenziale der einzelnen Wirtschaftsbereiche hängen von ihrem Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung, ihrer nominalen Veränderung der Bruttowertschöpfung im Vergleichszeitraum und der Produktivität (hier: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen) ab. Das Zusammenwirken dieser drei Kennziffern ergibt das jeweilige Wachstumspotenzial. So weist die Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) in Sachsen infolge ihrer allgemein niedrigen Produktivität und ihres sehr geringen Gewichtes innerhalb der Leistungsstruktur auch ein geringes Wachstumspotenzial auf.

Beim Vergleich der Wirtschaftsbereiche kann dem Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2007 das höchste Wachstumspotenzial zugeordnet werden (vgl. Abb. 6). Der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) lag mit 24,4 Prozent zwar etwas unter dem entsprechenden Wert des Dienstleistungsbereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, allerdings betrug das nominale Wachstum des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) 9,9 Prozent und hatte damit den höchsten Betrag unter den Wirtschaftsbereichen in Sachsen. Auch die Produktivität von 56 100 € je

2) Vgl. ifo Pressemitteilung vom 17. Dezember 2007, S. 7.

Abb. 5 BIP-Wachstumsbeiträge¹⁾ der Wirtschaftsbereiche und Zwischenposten in Sachsen 2006 und 2007²⁾



1) Der BIP-Wachstumsbeitrag entspricht der preisbereinigten Veränderung des Wirtschaftsbereiches bzw. des Zwischenpostens, multipliziert mit dem entsprechenden Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres.

2) Berechnungsstand: Jahr 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

3) Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen

Erwerbstätigen lag deutlich über dem sächsischen Durchschnitt. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) wird dabei im Wesentlichen durch die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes geprägt. Es verzeichnete einen Anteil von 20,9 Prozent an der Bruttowertschöpfung, ein nominales Wachstum der Bruttowertschöpfung von 12,2 Prozent und eine Produktivität von 50 890 € je Erwerbstätigen. Das Verarbeitende Gewerbe war damit wesentlich für das hohe Wachstumspotenzial des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) verantwortlich. Das Baugewerbe hatte 2007 mit 6,2 Prozent einen identisch hohen Wertschöpfungsanteil im Vergleich zum Vorjahr. Da sich das nominale Wachstum der Bruttowertschöpfung von 8,8 Prozent im Jahr 2006 auf 3,7 Prozent im Jahr 2007 verringerte, besaß das Baugewerbe trotz der um 1,9 Prozent auf 32 222 € je Erwerbstätigen gestiegenen Produktivität ein geringeres Wachstumspotenzial als im Vorjahr. Im Vergleich zu den Jahren 1997 bis 2005 kann die positive Wirtschaftsentwicklung und damit das prinzipielle Vorhandensein eines Wachstumspotenzials im Baugewerbe als optimistisch eingeschätzt werden.

Der Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hatte 2007 einen Wertschöpfungsanteil von 27,3 Prozent. Das nominale Wachstum der Bruttowertschöpfung betrug 3,4 Prozent und die Produktivität hatte mit 69 480 € je Erwerbstätigen den höchsten Wert unter den sächsischen Wirtschaftsbereichen. Damit hatte dieser Dienstleistungsbereich nach dem Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) das höchste Wachstumspotenzial innerhalb der sächsischen Wirtschaft. Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister besaß mit 25,8 Prozent zwar einen ähnlich hohen Wertschöpfungsanteil an der sächsischen Wirtschaft, allerdings betrug das nominale Wachstum lediglich 0,8 Prozent und die Produktivität lag mit 34 661 € je Erwerbstätigen deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt. Das Wachs-

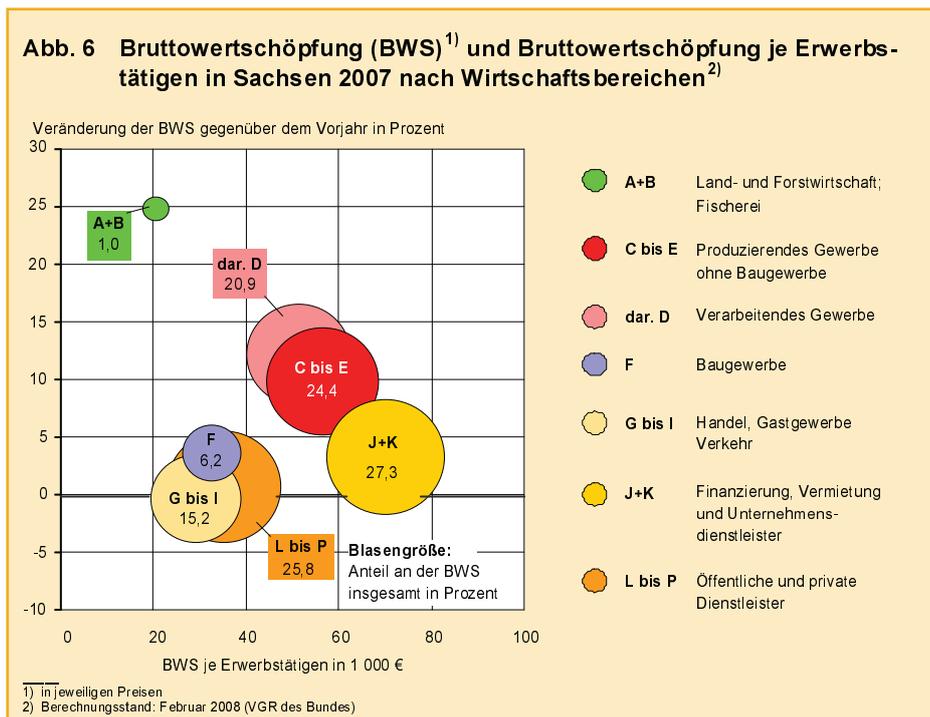
tumspotenzial des Bereichs bleibt damit gering. Ein noch geringeres Wachstumspotenzial wurde 2007 im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr registriert. Neben dem geringen Wertschöpfungsanteil von 15,2 Prozent war eine nominale Verminderung der Bruttowertschöpfung um 0,2 Prozent sowie mit 28 677 € je Erwerbstätigen die niedrigste Produktivität unter den Wirtschaftsbereichen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors ausschlaggebend.

Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau

Pro-Kopf Produktivität

Sachsens Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2007 auf einen Wert von 47 530 € (vgl. Tab. 1.2). Das entspricht einem nominalen Anstieg um 1 262 € bzw. 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsindex (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je Erwerbstätigen) erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent. Der positive Einfluss einer realen Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (im Zähler des Quotienten) um 2,4 Prozent wurde dabei von der Steigerung der Erwerbstätigenzahl (im Nenner des Quotienten) um 1,7 Prozent teilweise abgedeckt. Der durchschnittliche Produktivitätsindex der fünf neuen Länder (ohne Berlin) stieg ebenfalls um 0,7 Prozent (vgl. Tab. 2.2). Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verzeichneten mit 1,0 Prozent die höchsten Zunahmen des Produktivitätsindex, Brandenburgs Produktivität ging real um 0,1 Prozent zurück. In den alten Ländern (ohne Berlin) lag ein mittlerer Produktivitätszuwachs von 0,9 Prozent vor, im Durchschnitt Deutschlands um 0,8 Prozent. Die Verringerung der Produktivitätslücke zwischen Sachsen und dem Durchschnitt Deutschlands bleibt damit anhand der preisbereinigten Entwicklung im zweiten Jahr in Folge unterbrochen, nachdem zwischen 2001 und 2005 die Steigerungsraten der sächsischen Produktivität teilweise deutlich über den gesamtdeutschen Raten lagen. Im Jahr 2006 lag die gesamtdeutsche Produktivitätssteigerung 0,3 Prozentpunkte über dem sächsischen Niveau, 2007 betrug die Differenz 0,1 Prozentpunkte.

In den Jahren nach 1990 hatte sich die Produktivität in Sachsen weit mehr als ein Jahrzehnt lang tendenziell immer mehr an das gesamtdeutsche Niveau angeglichen, weil in Sachsen die Produktivität stärker stieg als im deutschen Mittel. Dadurch wurde auch der

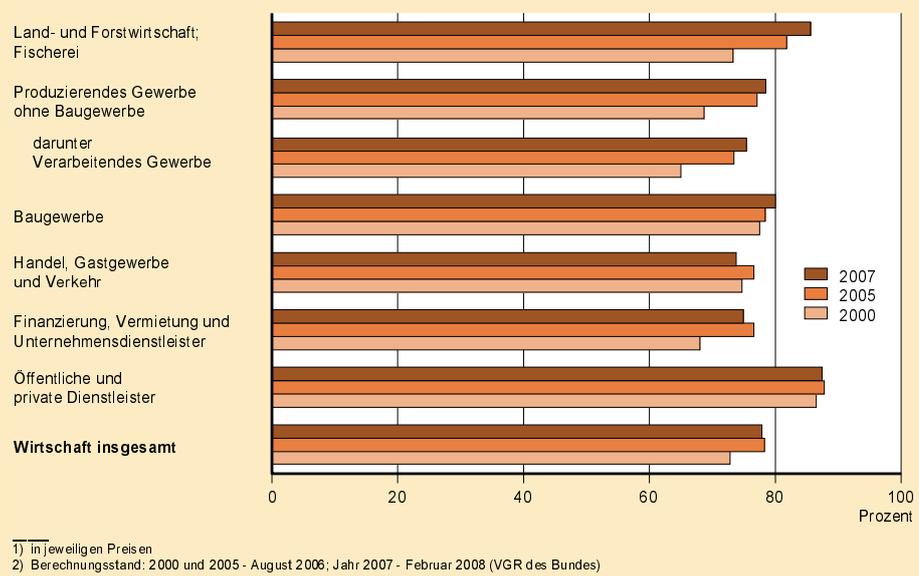


Begriff des „Angleichungsprozesses“ geprägt. Es ist jedoch allen wirtschaftlichen Entwicklungen eigen, dass sie nicht stetig in eine Aufwärtsrichtung verlaufen, es auch Stagnation und Rückgang gibt. Eine nähere Betrachtung des Angleichungsniveaus der Produktivität Sachsens an das gesamtdeutsche Niveau erfordert eine Analyse der Absolutwerte, d. h. der nominalen Ergebnisse. 2007 lag das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen mit 47 530 € immerhin 22,1 Prozent unter dem gesamtdeutschen Produktivitätsniveau (vgl. Abb. 7 und Tab. 2.2). Die tendenzielle Angleichung des sächsischen Produktivitätsniveaus an die gesamtdeutschen Werte bleibt damit anhand der nominalen Ergebnisse, d. h. ohne Berücksichtigung der regionsspezifischen Preisentwicklung, im dritten Jahr in Folge unterbrochen und stagnierte im Vergleich zum Vorjahr bei 77,9 Prozent. Der bisherige Höhepunkt des Angleichungsprozesses wurde im Jahr 2004 mit einem Niveau von 78,7 Prozent erreicht. Im Jahr 2005 wurde der positive Einfluss einer im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlichen Abnahme der sächsischen Erwerbstätigenzahlen um 0,9 Prozent (vgl. Tab. 2.7) durch eine unterdurchschnittliche Zunahme des nominalen Bruttoinlandsproduktes von lediglich 0,1 Prozent egalisiert. 2006 waren beide Aggregate für das sinkende Produktivitätsniveau verantwortlich. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg überdurchschnittlich um 0,9 Prozent, gleichzeitig nahm das nominale Bruttoinlandsprodukt mit 3,3 Prozent unterdurchschnittlich zu. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen Sachsens um 1,7 Prozent und damit im gleichen Maße wie der bundesdeutsche Durchschnitt, die nominale Zunahme des Bruttoinlandsproduktes lag mit 4,5 Prozent lediglich geringfügig über dem bundesdeutschen Mittel. Die Produktivitätslücke zwischen Sachsen und dem deutschen Durchschnitt stagnierte damit im Vergleich zum Vorjahr. Die neuen Länder zusammen verzeichneten 2007 mit einer Steigerung um 0,2 Prozentpunkte auf 79,7 Prozent ein höheres Angleichungsniveau als Sachsen (vgl. Tab. 2.2). Spitzenreiter ist dabei Brandenburg mit einer Angleichung von 83,3 Prozent vor Sachsen-Anhalt mit 83,2 Prozent.

Der Grad der Angleichung des Produktionsniveaus der sächsischen Wirtschaft an das Bundesniveau unterscheidet sich zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich (vgl. Abb. 7). Im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe war 2007 die Produktivität um fast ein Viertel niedriger als im Bundesdurchschnitt. Dabei ist zu beachten, dass die Branchenstruktur in Sachsen im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder immer noch weniger forschungs- und entwicklungsintensiv ist. In Sachsen gibt es eine Vielzahl von Betrieben, deren Unterneh-

menssitz in Westdeutschland oder im Ausland ist. Strategisch wichtige und produktive Tätigkeiten sind somit stärker in den angestammten Hauptsitzen vertreten. Des Weiteren bestehen unverändert Differenzen in den Größenstrukturen der Unternehmen zwischen Sachsen und den alten Ländern. So wird das Verarbeitende Gewerbe Sachsens im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesrepublik von einem niedrigen Anteil an großen Unternehmen mit einem im Allgemeinen höheren Produktivitätsniveau geprägt. Grundsätzlich sollte bei einer Betrachtung der Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe beachtet werden, dass ein Teil der Bruttowertschöpfung durch Leiharbeiter erwirtschaftet wird. Diese werden statistisch nicht dem Wirtschaftsabschnitt Verarbeitendes Gewerbe zugeordnet. Die Produktivitätslücke im Verarbeitenden Gewerbe zwischen Sachsen und dem bundesdeutschen Durchschnitt schließt sich dennoch kontinuierlich. Seit dem Jahr 2000 stieg das sächsische Produktivitätsniveau um 10,4 Prozentpunkte. Ursache dieser Entwicklung ist die um 55,2 Prozent gestiegene Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe. Im gesamtdeutschen Mittel stieg die Bruttowertschöpfung seit dem Jahr 2000 lediglich um 19,4 Prozent. Parallel zu dieser überdurchschnittlichen Zunahme der Wirtschaftskraft stieg die Zahl der Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewebes in Sachsen im gleichen Zeitraum um 5,3 Prozent, während sie im bundesdeutschen Durchschnitt um 6,3 Prozent abnahm. Im Baugewerbe Sachsens liegt die Produktivität 2007 bei 80,0 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Abnahme um 1,4 Prozentpunkte. Das Produktivitätsniveau des sächsischen Baugewerbes im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt ist jedoch seit Mitte der 1990er Jahre relativ starken Schwankungen unterworfen. Schon 1996 hatte das sächsische Baugewerbe ein Niveau von 92,9 Prozent des Bundesdurchschnittes erreicht, die Produktivitätslücke betrug somit 7,1 Prozentpunkte. Bis zum Jahr 2005 verringerte sich das

Abb. 7 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung¹⁾ je Erwerbstätigen in Sachsen 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen²⁾
Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau



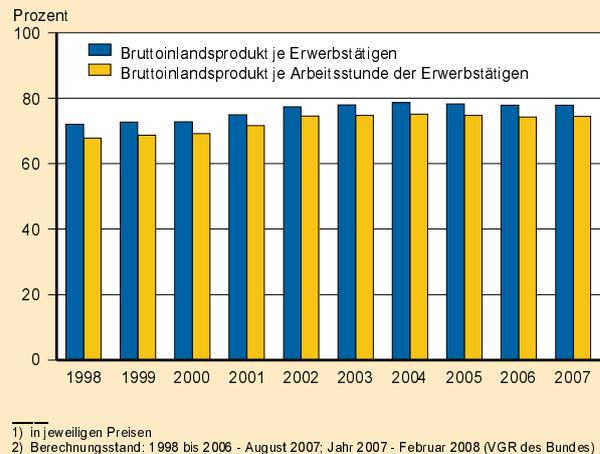
Angleichungsniveau mit einzelnen Schwankungen wieder auf rund 78,4 Prozent. Dieser Prozess konnte dank des Umsatzwachstums im Jahr 2006 unterbrochen und der Produktivitätsunterschied auf 18,6 Prozent 2006 verringert werden.

Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister lag der Abstand des sächsischen zum gesamtdeutschen Produktivitätsniveau im Jahr 2007 bei 25,1 Prozent. Eine Ursache dafür liegt in dem gegenüber den alten Ländern niedrigeren Mietniveau und den höheren Wohnungsleerständen in den neuen Ländern begründet, die zu einer geringeren Bruttowertschöpfung führen. Zudem ist für diesen Bereich zu berücksichtigen, dass bei der Mehrzahl der großen deutschen Dienstleistungsunternehmen der Firmensitz – und damit der produktivste Unternehmensteil – in den alten Ländern liegt oder wertschöpfungsintensive Dienstleistungen auch heute noch in großem Umfang von Betrieben aus den alten Ländern erbracht werden. Diese Dienstleistungen werden auch zum Teil nur an den Standorten großer Unternehmen in den alten Ländern nachgefragt. Zwischen 2000 und 2005 konnte sich die Produktivitätslücke im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um über acht Prozentpunkte auf 23,4 Prozentpunkte verringern, 2006 und 2007 vergrößerte sie sich allerdings wieder um zusammen 1,7 Prozentpunkte. Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister besaß unter den Wirtschaftsbereichen mit 87,4 Prozent im Jahr 2007 das höchste Angleichungsniveau an den bundesdeutschen Durchschnittswert. Schon im Jahr 1995 wurde ein Niveau von 85,9 Prozent erreicht. Während die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) Sachsens in diesem Bereich zwischen 1995 und 2007 tendenziell um 23,2 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum um 7,6 Prozent. Im Bundesdurchschnitt stieg die Bruttowertschöpfung um 28,2 Prozent und die Erwerbstätigen um 13,8 Prozent. Der Dienstleistungsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr erreichte im Jahr eine um 26,2 Prozentpunkte geringere Produktivität als im deutschen Durchschnitt. Seit 2003 ist die Produktivitätslücke zum gesamtdeutschen Durchschnitt in diesem Bereich kontinuierlich um 4,8 Prozentpunkte angewachsen. Ein Grund hierfür ist die mit 2,6 Prozent nur unterdurchschnittlich gestiegene Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. Im Durchschnitt Deutschlands stieg die Bruttowertschöpfung um 11,3 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm allerdings im bundesdeutschen Mittel um 2,6 Prozentpunkte stärker zu als in Sachsen. Dadurch wurde eine noch deutlichere Vergrößerung der Produktivitätslücke verhindert, da sich die wachsende Bruttowertschöpfung auf eine steigende Zahl an Erwerbstätigen verteilte.

Stundenproduktivität

Die Produktivitätsmessung auf der Basis von Kopffzahlen (Personenkonzept) – wie oben dargestellt – kann aufgrund der Evolution der Beschäftigungsverhältnisse die tatsächliche Entwicklung und die regionalen Unterschiede nicht ausreichend wiedergeben. Die in den letzten Jahren stark gestiegene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse in Form von Teilzeitbeschäftigung, Mini-Jobs oder Ein-Euro-Jobs

Abb. 8 Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Erwerbstätigen und je Arbeitsstunde in Sachsen 1998 bis 2007²⁾ - Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau



(Arbeitsgelegenheiten) führt zunehmend zu eingeschränkt vergleichbaren Aussagen bei der Analyse der Produktivität auf der Basis von Kopffzahlen, da die Gegebenheiten regional stark differieren können. Bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Leistung im Verhältnis zu den zugehörigen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Stundenproduktivität bzw. Stundenkonzept) für Sachsen und die neuen Länder (ohne Berlin) ist ein etwas größerer Abstand als bei den Pro-Kopf-Werten charakteristisch (vgl. Abb. 8 und Tab. 2.3). Dies ist auf den höheren Anteil marginal Beschäftigter bzw. in Teilzeitarbeit Beschäftigter an den Erwerbstätigen in den alten Ländern zurückzuführen. Damit war die durchschnittliche Zahl an Arbeitsstunden eines Erwerbstätigen in den neuen Ländern höher als in den alten Ländern. Die Bruttowertschöpfung wird dementsprechend auf eine höhere Arbeitsleistung pro Erwerbstätigen „verteilt“.

Zum Angleichungsstand der Stundenproduktivität in Sachsen an das gesamtdeutsche Niveau ist das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen zu betrachten. 2007 entsprach die sächsische Stundenproduktivität von 31,67 € (vgl. Tab. 1.3) rund 74,4 Prozent des gesamtdeutschen Wertes (vgl. Tab. 2.2), nach der Pro-Kopf-Berechnung waren es 77,9 Prozent. Damit wies Sachsen auch bei der Stundenproduktivität ein niedrigeres Angleichungsniveau als der Durchschnitt der neuen Länder mit 76,2 Prozent auf. Sachsen-Anhalt hatte das höchste Angleichungsniveau mit 79,4 Prozent vor Brandenburg mit 78,9 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 76,3 Prozent. Einzig Thüringen wies mit 73,5 Prozent ein geringeres Angleichungsniveau als Sachsen auf. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Angleichungsniveau der sächsischen Stundenproduktivität um 0,1 Prozentpunkte. Die bisher höchste Angleichung wurde im Jahr 2004 erreicht, als die Produktivitätslücke 24,9 Prozent betrug.

Für nahezu sämtliche Wirtschaftszweige Sachsens ist der Angleichungsstand der Stundenproduktivität an das bundesdeutsche Niveau geringer als der entsprechende

Angleichungsstand der Pro-Kopf-Produktivität (vgl. Tab. 2.2 und Tab. 2.3). Einzige Ausnahme bildet der Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, bei dem die Angleichungsstände einander entsprachen, und der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), dessen Angleichungsstand der Stundenproduktivität um 8,9 Prozentpunkte höher lag als der Angleichungsstand der Pro-Kopf-Produktivität. Im Bereich Öffentliche und private Dienstleister war der Angleichungsrückstand der Stundenproduktivität gegenüber der Pro-Kopf-Produktivität mit einer Differenz von 6,5 Prozentpunkten am höchsten. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und darunter im Verarbeitenden Gewerbe betrug der Angleichungsrückstand jeweils 6,3 Prozentpunkte.

Für Entwicklungsbetrachtungen der Stundenproduktivität, in denen der Einfluss von Preissteigerungen ausgeblendet bleibt, kann der Index zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde herangezogen werden. Die sächsische Stundenproduktivität erhöhte sich im Jahr 2007 real um 0,8 Prozent, das Wachstum ent-

sprach damit dem Durchschnittswert Deutschlands. Innerhalb der fünf neuen Länder stieg die Stundenproduktivität real um 0,7 Prozent. Dabei wiesen Mecklenburg-Vorpommern mit 1,1 Prozent und Thüringen mit 0,9 Prozent höhere Wachstumsraten als Sachsen auf. Im Betrachtungszeitraum seit 1998 lagen die realen Steigerungen der sächsischen Stundenproduktivität bis 2005 über dem bundesdeutschen Mittelwert, wodurch sich die Strukturücke verringert hatte. Die Steigerung der Stundenproduktivität zwischen 1998 und 2007 betrug 25,6 Prozent, die der Pro-Kopf-Produktivität hingegen lediglich 18,4 Prozent.

Zusammenfassend gilt es für die Stundenproduktivität Sachsens festzuhalten, dass sich bei diesem Produktivitätsmaß einerseits bis zum Jahr 2007 eine niedrigere Angleichung an das Bundesniveau als bei der Pro-Kopf-Produktivität ergab, andererseits war die Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau zwischen 1999 und 2007 wesentlich stärker.

2. Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Sachsens

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ¹⁾

Die Entwicklung des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) verlief auch 2007 ausgesprochen dynamisch. Der Gesamtumsatz der Betriebe dieses Wirtschaftsbereiches mit 50 und mehr tätigen Personen erreichte ein Rekordniveau von 51,1 Milliarden € (vgl. Tab. 1.12).²⁾ Dem lag eine Umsatzsteigerung um 5,8 Milliarden € bzw. 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugrunde. Auf das **Verarbeitende Gewerbe** allein entfiel ein Gesamtumsatz von 50,6 Milliarden € bzw. 99,0 Prozent. Der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden haben lediglich einen Umsatzanteil von einem Prozent. Das entspricht 494 Millionen €.

Das Umsatzwachstum des Verarbeitenden Gewerbes von 12,7 Prozent 2007 im Vergleich zum Vorjahr lag zwar unter der Wachstumsrate von 14,5 Prozent des Jahres 2006, aber über der von 11,8 Prozent 2005. Damit hat sich das Wachstumstempo der sächsischen Industrie etwas verlangsamt. Es lag jedoch auch 2007 deutlich über dem mittleren Zuwachs der neuen Länder (mit Berlin) von 10,4 Prozent sowie dem der alten Länder (ohne Berlin) von 6,4 Prozent. In Deutschland insgesamt lag der Umsatzzuwachs 2007 bei 6,8 Prozent (vgl. Tab. 2.13).

Im Jahr 2007 waren sowohl das Auslandsgeschäft als auch das Inlandsgeschäft für die dynamische Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens ausschlaggebend. Der Umsatzzuwachs von 5,7 Milliarden € verteilt sich etwa jeweils zur Hälfte auf den Auslands- (2,83 Milliarden €) und Inlandsumsatz (2,89 Milliarden €). Prozentual stieg der Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes um 16,9 Prozent, der Inlandsumsatz infolge seines größeren anteiligen Gewichtes um 10,2 Prozent. An die hohe Zuwachsrate des Auslandsumsatzes von 26,9 Prozent im Jahr 2006 konnte das Verarbeitende Gewerbe 2007 nicht anknüpfen (vgl. Abb. 9).

Ausgewählte umsatzstarke Industriebereiche zeigt Abbildung 10. Die fünf umsatzstärksten erbrachten 2007 zusammen knapp 79 Prozent des Gesamtumsatzes des

Verarbeitenden Gewerbes. Der Fahrzeugbau erwirtschaftete allein 27,4 Prozent des Gesamtumsatzes in Höhe von 13,9 Milliarden €. Das waren 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Bereich Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik folgt mit einem Anteil von 14,3 Prozent des Gesamtumsatzes schon mit einem gewissen Abstand. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr lag hier mit 11,9 Prozent leicht unter dem Durchschnitt. Der drittstärkste Industriebereich ist das Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung mit einem Umsatzanteil von 13,3 Prozent. Die Zunahme war hier mit 9,8 Prozent relativ niedrig. Moderate Entwicklungen sind jedoch in diesem Bereich durchaus die Regel. Das Ernährungsgewerbe produzierte auch überwiegend für den Inlandsmarkt. Die Exportquote erreichte 2007 zwar nur 8,2 Prozent, der Auslandsumsatz hat sich 2007 jedoch mit 40,6 Prozent gegenüber 2006 sehr stark erhöht (vgl. Tab. 1.12.). Der Bereich Metallherzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallzeugnissen erbrachte 12,2 Prozent des Gesamtumsatzes, mit 15,7 Prozent war die Zunahme gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich. Der Maschinenbau schließlich vereinigte 11,3 Prozent des Gesamtumsatzes auf sich mit einem nur wenig unter dem Durchschnitt liegenden Zuwachs von 12,0 Prozent.

Die **Exportquote** im Verarbeitenden Gewerbe, das Verhältnis von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz, erreichte 2007 einen Wert von 38,6 Prozent. Das ist die höchste Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes Sachsens seit 1991.³⁾ Zum Vergleich: Im Jahr 2000 lag die Exportquote bei 28,7 Prozent. Sie lag in den vergangenen

- ¹⁾ Beim Vergleich mit früheren Veröffentlichungen ist zu beachten, dass die hier dargestellten Ergebnisse nicht ohne weiteres mit denen aus früheren Veröffentlichungen verglichen werden können. Ab Januar 2007 wurde die Abschneidegrenze der monatlich berichtspflichtigen Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes auf 50 tätige Personen erhöht. Die zusammengefassten Ergebnisse des Monatsberichtes und der Jahreserhebung zum Berichtskreis 20 und mehr tätige Personen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht für alle Länder vor.
- ²⁾ Der Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen lag in Sachsen 2007 bei 57,0 Milliarden €, 11,9 Prozent über dem Vorjahreswert.
- ³⁾ Für den Berichtskreis der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen ist die Exportquote etwas niedriger.

Abb. 9 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾ in Sachsen 1998 bis 2007

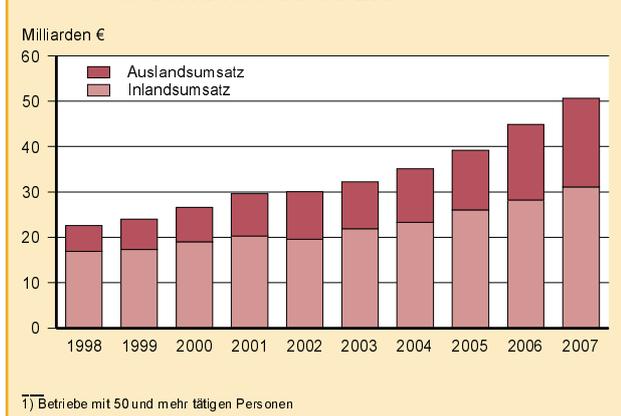
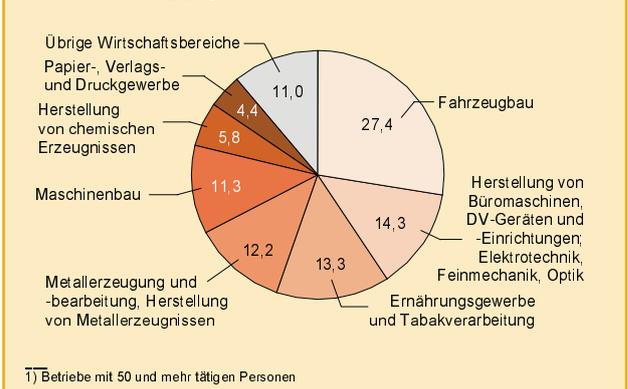


Abb. 10 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾ in Sachsen 2007 nach Wirtschaftsbereichen in Prozent



Jahren deutlich über der Exportquote der neuen Länder (mit Berlin). Tendenziell nähert sich die Exportquote Sachsens zunehmend dem gesamtdeutschen Wert an, 2007 hat sich der Abstand aber wieder auf knapp sieben Prozentpunkte erhöht (vgl. Tab. 2.14). Der **Auslandsumsatz** wird in Sachsen hauptsächlich durch die fünf Bereiche Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Maschinenbau; Herstellung von chemischen Erzeugnissen sowie Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen erbracht (vgl. Abb. 11). Auf sie entfielen rund 86 Prozent des Auslandsumsatzes. Der Fahrzeugbau hatte 2007 einen Anteil von 38,9 Prozent am Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes. Die Exportquote lag bei 54,7 Prozent. Der Bereich Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik hatte einen Anteil von 16,4 Prozent am Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes mit einer Exportquote von 44,0 Prozent. Im Maschinenbau lag der Anteil des Auslandsumsatzes bei 14,0 Prozent, die Exportquote bei 47,7 Prozent. Die Herstellung von chemischen Erzeugnissen vereinigte 9,2 Prozent des Auslandsumsatzes auf sich, die Exportquote erreichte sogar 60,6 Prozent. Der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen hatte einen Anteil von 7,5 Prozent am Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes mit einer Exportquote von 23,7 Prozent.

Die in den letzten Jahren stetig gestiegene Exportquote Sachsens und das sehr dynamische Auslandsgeschäft der bereits oben angeführten fünf Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes widerspiegeln die sich vertiefende Verflechtung der sächsischen Wirtschaft mit den europäischen und außereuropäischen Volkswirtschaften. Dank einer breit gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit behaupten sich die sächsischen Erzeugnisse immer besser auf dem Weltmarkt. Auf diese Weise stützten auch die sächsischen Betriebe die Umsatzsteigerung von 6,8 Prozent im Verar-

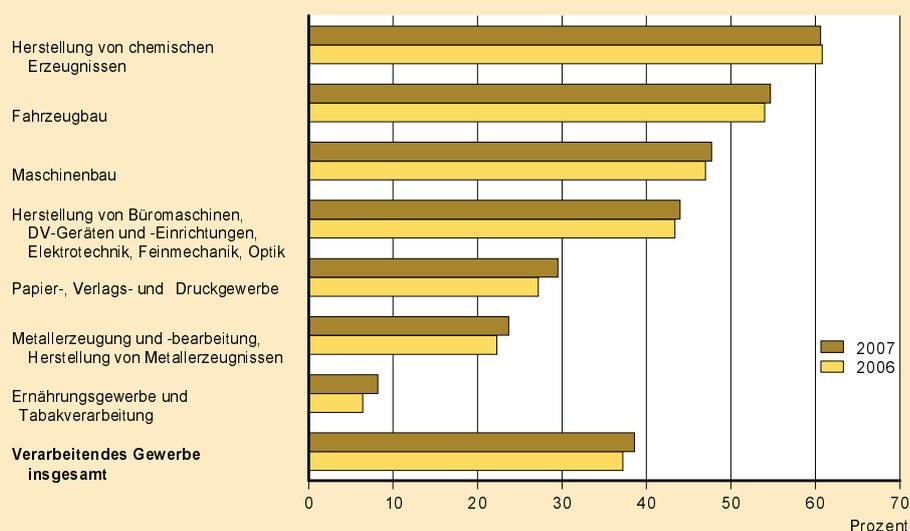
beitenden Gewerbe Deutschlands 2007 gegenüber 2006. Die erneut deutlich gestiegene Nachfrage im gesamten Jahr 2007 lässt eine anhaltende Konjunkturbelebung auch im Jahr 2008 erwarten.⁴⁾

Baugewerbe

Der Gesamtumsatz der Betriebe in **Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten** mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen lag 2007 bei 3 610 Millionen €, 2,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Jahr 2006 war gegenüber dem Vorjahr noch eine Umsatzsteigerung von 7,1 Prozent zu verzeichnen gewesen (vgl. Tab. 1.13). In den ersten drei Monaten 2007 hat der Gesamtumsatz 24,1 Prozent über dem Vorjahreswert gelegen, in den ersten sechs Monaten noch 6,8 Prozent. Nach neun Monaten hatte sich die Entwicklung umgekehrt, der Gesamtumsatz lag bereits 0,3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Diese Entwicklung zeigt, dass die Umsatzsteigerung im Jahr 2006 das Ergebnis von sogenannten Vorzieheffekten im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 war. Der hohe Umsatzzuwachs von knapp einem Viertel im ersten Quartal 2007 ist einerseits auf das Nachwirken dieses Sondereffektes zurückzuführen, andererseits dürfte hier auch der Basiseffekt eine Rolle spielen. Gegen Ende des Jahres 2007 setzte sich der längerfristig wirkende Trend wieder voll durch: der Umsatz im Rohbau (Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten) Sachsens ging wieder zurück.

In Sachsens umsatzstärkstem Baubereich, dem Tiefbau, ging 2007 der baugewerbliche Umsatz um 4,6 Prozent auf 2 057 Millionen € zurück. Im Hochbau mit 1 514 Millionen € Umsatz lag der Rückgang bei lediglich 0,3 Prozent. Innerhalb des Tiefbaus verzeichneten alle drei Sparten Umsatzrückgänge: der Wirtschaftstiefbau um 4,6 Prozent, der Straßenbau um 1,0 Prozent und der öffentliche Tiefbau um 9,7 Prozent. Der moderate Umsatzrückgang im Hochbau ist auf den Wirtschaftshochbau und den öffentlichen Hochbau zurückzuführen. Der Wirtschaftshochbau – mit einem Anteil von 60 Prozent am baugewerblichen Umsatz im Hochbau – hatte lediglich einen um 0,1 Prozent niedrigeren Umsatz, im öffentlichen Hochbau war er sogar um 3,4 Prozent gestiegen. Der Umsatzrückgang von 4,2 Prozent im Wohnungsbau konnte jedoch nicht ganz kompensiert werden.

Abb. 11 Exportquote¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen 2006 und 2007 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



¹⁾ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

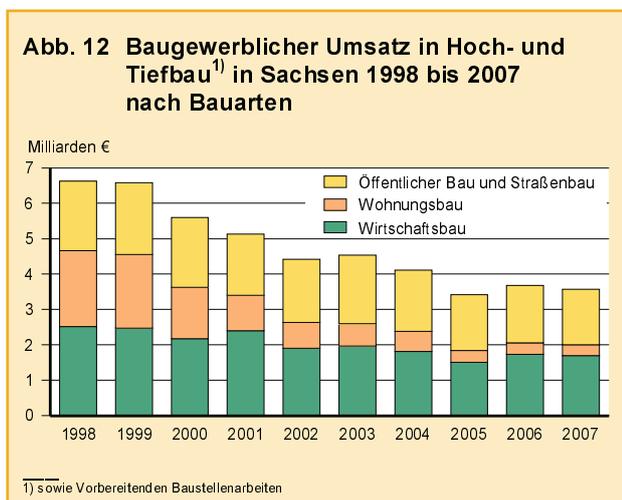
⁴⁾ Vgl. Ludwig, U., F. Exß: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland. In: Wirtschaft im Wandel, 5/2008, S. 167.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung nach den drei Auftraggebergruppen, so sind überall die Umsätze zurückgegangen: im Wirtschaftsbau um 2,2 Prozent, im öffentlichen Bau und Straßenbau um 3,2 Prozent und im Wohnungsbau, wie schon erwähnt, um 4,2 Prozent (vgl. Abb. 12).

In den neuen Ländern (mit Berlin) ist der Gesamtumsatz in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten 2007 ebenfalls zurückgegangen, mit 1,8 Prozent jedoch etwas weniger als in Sachsen. Im Tiefbau lag der Rückgang mit 4,3 Prozent im Bereich Sachsens, im Hochbau konnte jedoch im Mittel der neuen Länder (mit Berlin) ein Zuwachs von 1,4 Prozent erwirtschaftet werden (vgl. Tab. 2.15). In den alten Ländern war der Gesamtumsatz 2007 um 1,1 Prozent über den Vorjahreswert gestiegen, im Tiefbau um 2,2 Prozent, im Hochbau um 0,2 Prozent. Für Deutschland insgesamt gleichen sich diese z. T. gegenläufigen Entwicklungen aus. Sowohl der Gesamtumsatz als auch der baugewerbliche Umsatz in Hoch- und Tiefbau lagen jeweils um 0,4 Prozent über den entsprechenden Vorjahreswerten.

Die nominale Entwicklung des Umsatzes gibt die tatsächliche Entwicklung nicht vollständig wieder. Für den Gesamtumsatz in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen in Sachsen darf 2007 ein realer Umsatzrückgang von gut fünf Prozent angenommen werden. Im Tiefbau liegt der tatsächliche Umsatzrückgang bei sieben Prozent, im Hochbau bei drei Prozent.⁵⁾

Die Zahl der tätigen Personen in Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitenden Baustellenarbeiten erreichte 2007 im Jahresdurchschnitt einen Wert von 30 218. Damit lag sie lediglich 0,2 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Jahr 2006 hatte der Rückgang gegenüber 2005 bei 3,1 Prozent gelegen. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung im Baugewerbe 2006 (und bedingt 2007) erreichte nicht die Beschäftigtenentwicklung. Im Unterschied zu Sachsen ist die Beschäftigtenzahl der neuen Länder und Berlins 2007 um 1,4 Prozent gestiegen und in den alten Ländern (ohne Berlin) um 1,9 Prozent gestiegen. In Deutschland insgesamt hat sich die Zahl der tätigen Personen damit um 1,8 Prozent erhöht (vgl. Tab. 2.15).



2007 betrug der Gesamtumsatz der Betriebe in **Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe** 1 711 Millionen €, 1,5 Prozent mehr als 2006 (vgl. Tab. 1.13). Im Jahr 2006 war hier der Umsatz um 11,0 Prozent gestiegen, im Jahr 2005 dagegen um 11,2 Prozent zurückgegangen. Infolge dieser Entwicklungen lag der Gesamtumsatz in diesem Bereich 2007 ziemlich genau auf dem Niveau des Jahres 2004. Im Vergleich zum Rohbau (Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten) zeigt sich, dass im Ausbaubereich der konjunkturelle Aufschwung um etwa ein Jahr zeitversetzt seinen Höhepunkt erreicht.

Die Umsatzentwicklung dieses Baubereiches in den neuen und alten Ländern verlief ähnlich der in Sachsen. In den neuen Ländern (mit Berlin) stieg der Gesamtumsatz um 1,3 Prozent und in den alten Ländern (ohne Berlin) um 2,6 Prozent. Aufgrund des größeren Gewichts der alten Länder im Ausbaugewerbe lag in Deutschland insgesamt der Gesamtumsatz um 2,4 Prozent über dem Vorjahreswert.

In den Betrieben des Bereichs Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe Sachsens waren 2007 17 453 Personen tätig. Das waren 2,2 Prozent mehr als 2006. Im Unterschied zum Rohbau hat der zwischenzeitliche Aufschwung im Ausbaubereich sich auch bei den Beschäftigten ausgewirkt. Der durchschnittliche Beschäftigungsanstieg der neuen und alten Länder lag über dem sächsischen Wert. In den neuen Ländern (mit Berlin) stieg die Zahl der tätigen Personen in diesem Bereich um 4,6 Prozent, in den alten Ländern um 5,2 Prozent und in Deutschland insgesamt um 5,1 Prozent (vgl. Tab. 2.15).

Aus der Entwicklung der **Baugenehmigungen** lassen sich grundsätzlich erste Erkenntnisse über die voraussichtliche Entwicklung des Umsatzes und der Beschäftigung des Baugewerbes in den Folgeperioden gewinnen. 2007 lag die Zahl der Baugenehmigungen insgesamt bei 8 852 und damit um 20,1 Prozent unter dem Vorjahreswert von 11 085 Baugenehmigungen. Betrachtet man die Entwicklung dieser Zeitreihe (vgl. dazu Tab. 1.13), so zeigt sich, dass sich die Zahl der Baugenehmigungen 2007 in den längerfristigen rückläufigen Trend einordnet. Der Wert liegt unter dem des Jahres 2005. Es bestätigt sich, dass die hohe Zahl der 2006 erteilten Baugenehmigungen ein statistischer Ausreißer ist. Es lassen sich zwei Ursachen ausmachen. Zum einen die zum 1. Januar 2007 wirksam gewordene Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent. Das hat eine gewisse Zahl von Bauwilligen veranlasst, ihr Bauvorhaben zeitlich vorzuziehen. Zum anderen hat sich aber auch die zum 31. Dezember 2005 ausgelaufene Eigenheimförderung ausgewirkt, denn besonders im 1. und 2. Quartal 2006 lag die Zahl der Baugenehmigungen deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten. (Maßgeblich für die Gewährung der Eigenheimförderung war der Zeitpunkt der Antragstellung und nicht der der Genehmigungserteilung durch die Bauaufsichtsbehörde.)

Dass es sich 2006 um sogenannte Vorzieheffekte gehandelt hat, wird auch deutlich, wenn man die Art der zu er-

⁵⁾ Vgl. dazu: Oettel, A., U. Ertel: Das Baugewerbe in Sachsen 2007. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 10 - 22.

richtenden Bauten näher betrachtet. Die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohngebäude lag 2007 in Sachsen mit 2 883 um 36,8 Prozent – mehr als ein Drittel – unter dem Vorjahreswert. Der weitestaus größte Teil davon waren Ein- und Zweifamilienhäuser. Dieser starke Rückgang belegt die Vorzieheffekte, denn solche Bauvorhaben sind gut geeignet „vorgezogen“ zu werden. Die Zahl der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude in Sachsen lag 2006 bei 1 529 – ebenfalls eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 1.13) –, 2007 dagegen bei 1 491, lediglich 2,5 Prozent weniger als 2006. Bei diesen Bauvorhaben ist es durchaus nicht so ohne weiteres möglich, den Baubeginn „vorzuziehen“.

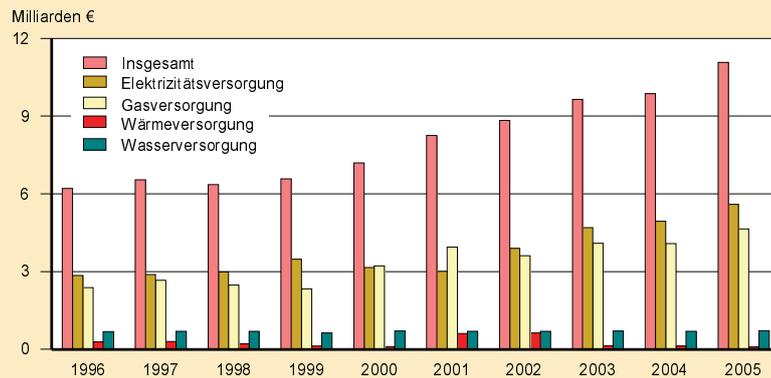
Energie- und Wasserversorgung

Der Gesamtumsatz der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung Sachsens lag im letzten zur Verfügung stehenden Jahr 2005 bei 11,1 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr 2004 war das eine deutliche Steigerung um 12,1 Prozent. Die Hälfte (50,6 Prozent) des Gesamtumsatzes fiel auf die Elektrizitätsversorgung und 41,9 Prozent auf die Gasversorgung. Die beiden anderen Zweige erbrachten mit einem Anteil von zusammen 7,4 Prozent nur geringe Umsätze (vgl. Tab. 1.14 und Abb. 13).

Die Beschäftigtenzahl der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung Sachsens lag 2005 bei 14 882 und damit 3,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Das Jahr 2005 war damit bereits das dritte Jahr in Folge mit sinkender Beschäftigtenzahl. Für dieses Merkmal stehen auch Betriebsangaben zur Verfügung.⁶⁾ Mit 15 050 Beschäftigten lag dieser Zahl 2005 um 2,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Betrachtet man den gesamten Zeitraum seit 2001, so ist die Beschäftigtenzahl bis 2005 insgesamt um 12,8 Prozent gesunken (vgl. Tab. 1.14 und Abb. 14). Weiter zurückreichende Vergleiche sind aufgrund geänderter Wirtschaftszweiguordnungen nicht bzw. nur bedingt möglich.

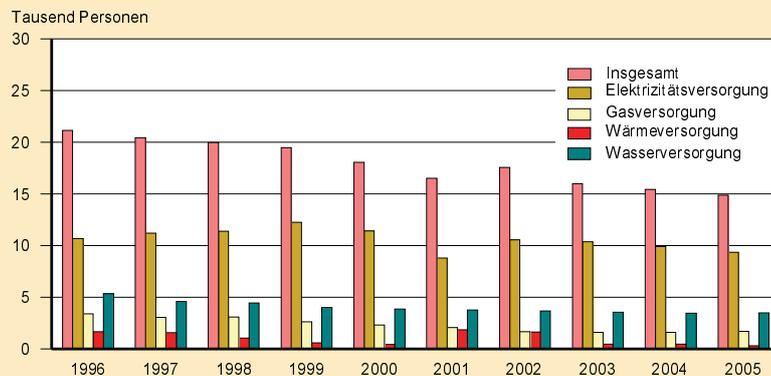
Die Investitionen der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung Sachsens bewegen sich seit 2001 in einer vergleichbaren Größenordnung (vgl. Tab. 1.14). 2005 wurden 45 Prozent der Investitionen in der Elektrizitätsversorgung getätigt und knapp 44 Prozent in der

Abb. 13 Umsätze in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Sachsen 1996 bis 2005¹⁾ nach Wirtschaftszweigen



1) Ab 2001: aktualisierte Wirtschaftszweiguordnung, keine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

Abb. 14 Beschäftigte in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Sachsen 1996 bis 2005¹⁾ nach Wirtschaftszweigen



1) Ab 2001: aktualisierte Wirtschaftszweiguordnung, keine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren

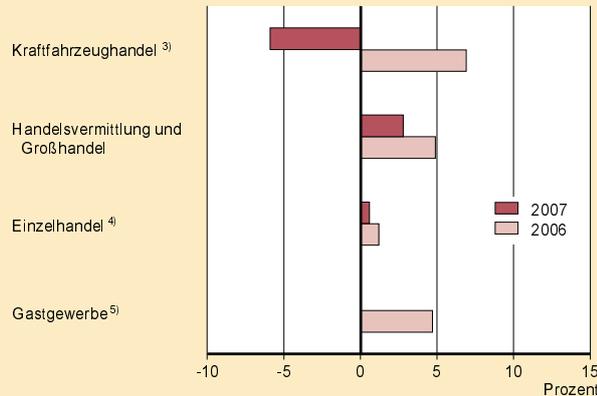
Wasserversorgung. Damit liegt der Anteil der Investitionen in der Wasserversorgung deutlich über dem Umsatzanteil dieses Wirtschaftszweiges. Das Wasser- und Abwasser-Netz erfordert vergleichsweise hohe und stetige Investitionen, damit es funktionsfähig bleibt. Inwieweit sich hier die Beseitigung der Flutschäden vom August 2004 auswirkt, geht aus den zurzeit vorliegenden statistischen Daten nicht zwingend hervor. Dazu sind die Angaben für 2006 erforderlich.

Binnenhandel

Die Entwicklung im sächsischen Binnenhandel war im Jahr 2007 von nominalen Umsatzsteigerungen (außer im Kraftfahrzeughandel) gekennzeichnet. Erstmals stieg auch wieder die Beschäftigtenzahl. Das höchste Umsatzwachstum (in jeweiligen Preisen) erbrachten mit 2,8 Prozent der Großhandel und die Handelsvermittlung. Im Einzelhandel lag die Umsatzsteigerung 2007 bei lediglich 0,6 Prozent, nach 1,2 Prozent 2006 und 0,9 Prozent 2005 – jeweils im Vergleich zum Vorjahr. Im Kraftfahrzeughandel (einschließ-

6) Umsatzangaben liegen nur für Unternehmen vor. Die Beschäftigtenangaben für Unternehmen lassen sich mit den Umsatzangaben verbinden. Bei den Betriebsangaben handelt es sich um die Betriebe mit Sitz in Sachsen (örtliche Einheiten), unabhängig vom Sitz des Unternehmens.

Abb. 15 Umsatz¹⁾ in Binnenhandel und Gastgewerbe in Sachsen 2006 und 2007²⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



- 1) in jeweiligen Preisen
2) Jahr 2007 - vorläufige Ergebnisse; Berechnungsstand: März 2008
3) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
4) ohne Reparatur von Gebrauchsgütern; in Verkaufsräumen
5) 2007 nicht dargestellt

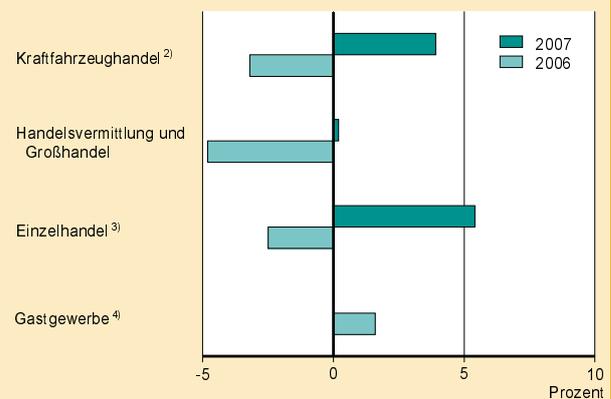
lich Instandhaltung und Reparatur von Kfz sowie Tankstellen) sank der Umsatz dagegen um 5,9 Prozent (vgl. Abb. 15 und Tab. 1.15).⁷⁾ Im Kraftfahrzeughandel allein ist der Umsatz um 4,4 Prozent gesunken. 2006 verzeichnete dieser Bereich dagegen ein kräftiges Umsatzplus. Es darf unterstellt werden, dass sich im Kraftfahrzeughandel Vorzieheffekte in Erwartung der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 auswirken.

Preisbereinigt lag der Umsatz des sächsischen Einzelhandels 2007 faktisch auf dem Vorjahresniveau. Im Großhandel und der Handelsvermittlung ist der reale Umsatz 2007 im Vergleich zum Vorjahr um ein bis eineinhalb Prozent gestiegen, im Kraftfahrzeughandel und den Tankstellen um acht bis neun Prozent gesunken. Die gestiegenen Verbraucherpreise wirken sich entsprechend aus. Darüber hinaus dürfte es jedoch noch andere Ursachen geben.

Bundesweit zeigte die nominale Entwicklung der Umsätze im Kraftfahrzeughandel und in Tankstellen sowie im Großhandel und der Handelsvermittlung den gleichen Trend wie in Sachsen. Im Kraftfahrzeughandel (einschließlich Tankstellen) war der Umsatzrückgang mit 4,8 Prozent etwas niedriger als in Sachsen. In Großhandel und Handelsvermittlung lag die Steigerungsrates von 1,7 Prozent ebenfalls unter dem sächsischen Wert. Im Unterschied zum gestiegenen Umsatz im sächsischen Einzelhandel ging dieser Wert deutschlandweit um 1,2 Prozent zurück.

Die **Beschäftigtenzahl** im sächsischen Einzelhandel lag 2007 um 5,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Mit einer Messzahl von 101,1 lag der Beschäftigtenstand insgesamt sogar über dem des Basisjahres 2003 (2003 = 100). Dieser Zuwachs ist überwiegend auf die Zunahme von Vollbeschäftigungsverhältnissen zurückzuführen. Die Zahl der Vollbeschäftigten stieg 2007 im Vergleich zum Vorjahr allein um 16,4 Prozent, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 5,1 Prozent. Die Messzahl von 90,8 der Vollbeschäftigten liegt jedoch noch deutlich unter dem Stand von 2003. Im Kraftfahrzeughandel (einschließlich Tankstellen)

Abb. 16 Beschäftigte in Binnenhandel und Gastgewerbe in Sachsen 2006 und 2007¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



- 1) Jahr 2007 - vorläufige Ergebnisse
2) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
3) ohne Reparatur von Gebrauchsgütern; in Verkaufsräumen
4) 2007 nicht dargestellt

lag die Beschäftigtenzahl 2007 um 3,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Hier wurde der Zuwachs per Saldo durch die um 4,4 Prozent gestiegene Zahl der Vollbeschäftigten verursacht, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten leicht um 0,4 Prozent gesunken ist. Im Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung) stieg die Beschäftigtenzahl 2007 lediglich ganz geringfügig um 0,2 Prozent. Dafür sind allerdings die um 3,1 Prozent höheren Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse die Ursache (vgl. Tab. 2.17). Bei der Beschäftigung in diesem Bereich insgesamt zeichnen sich zwei Entwicklungen ab. Der Verlagerungsprozess von der Voll- zur Teilzeitbeschäftigung setzte sich auch 2007 fort. Dabei handelt es sich um eine strukturelle Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse. Der Beschäftigungsrückgang der letzten Jahre konnte 2007 unterbrochen werden. Bundesweit verlief die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Handel eher moderat. Zuwachsrates von weniger als einem Prozent waren die Regel.

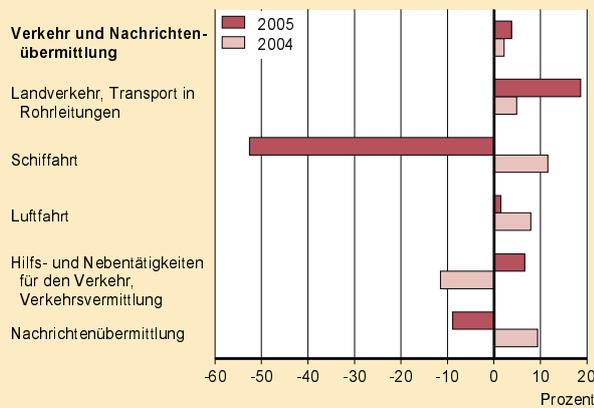
Gastgewerbe

Im Jahr 2007 verzeichnete das sächsische **Gastgewerbe** einen beträchtlichen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr. Mit 14,5 Prozent lag die Zuwachsrates gut drei Mal so hoch wie 2006 mit 4,7 Prozent. Die Wachstumsimpulse gingen sowohl von der Speisegeprägten Gastronomie als auch vom Beherbergungsgewerbe (Hotellerie) aus. Preisbereinigt stieg der Umsatz des sächsischen Gastgewerbes 2007 um rund elf Prozent.⁸⁾

7) Die Daten zum Binnenhandel sind alle vorläufig (Stand März 2008) und weichen von früher veröffentlichten ab. Die Zugangsstichprobe 2007 wurde berücksichtigt. Bei den Messzahlen handelt es sich um verkettete Indizes.

8) Es handelt sich um offizielle vorläufige Daten für Sachsen (Stand März 2008). Die Zugangsstichprobe 2007 wurde berücksichtigt und die Messzahlen in den Tabellen 1.15 und 2.17 sind verkettete Indizes. Den Autoren dieses Berichtes scheinen jedoch die Zuwächse von 2006 zu 2007 die wirkliche Entwicklung im Gastgewerbe zu überzeichnen, insbesondere bei den Beschäftigten. Zur Klärung sind jedoch weitere Untersuchungen erforderlich, so dass die Ausführungen zum Gastgewerbe kurz gehalten werden.

Abb. 17 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Sachsen 2004 und 2005
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Bundesweit ging der erwirtschaftete Umsatz des Gastgewerbes nominal um 0,5 Prozent zurück. Die Umsatzsteigerung im Beherbergungsgewerbe von 1,5 Prozent konnte den Umsatzrückgang in der Speisegeprägten Gastronomie von 1,9 Prozent hier nicht kompensieren.

Sonstige Dienstleistungsbereiche

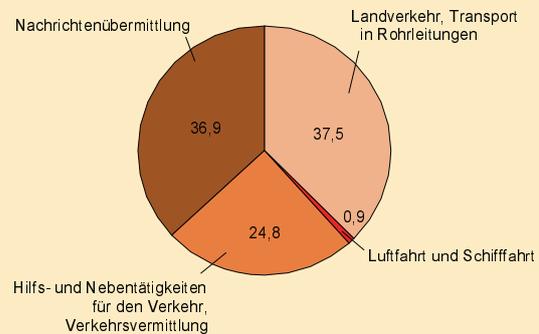
Die Ausführungen beziehen sich auf den Wirtschaftsabschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und den Wirtschaftsabschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.). Der Abschnitt I ist Teil des größeren Dienstleistungsbereiches Handel, Gastgewerbe, Verkehr, der Abschnitt K bildet dagegen zusammen mit dem Wirtschaftsabschnitt J (Kredit- und Versicherungsgewerbe) den Dienstleistungsbereich der Unternehmensdienstleister.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Umsatz des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Sachsen lag im letzten zur Verfügung stehenden Jahr 2005 bei gut 7,8 Milliarden €, 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Vergleicht man die Jahre seit 2002, dem ersten Jahr, für das vergleichbare statistische Daten zur Verfügung stehen, so ist die Tendenz deutlich steigend (vgl. Tab. 1.16). Rund ein Drittel des Umsatzes entfiel auf den Wirtschaftszweig Landverkehr und Transport in Rohrleitungen. Schifffahrt und Luftverkehr sind in Sachsen eher klein und erbringen nur geringe Umsätze. Ebenfalls rund ein Drittel der Umsätze wird von der Nachrichtenübermittlung erbracht. Deutschlandweit ist der Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2005 gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Prozent gestiegen und damit in einer Größenordnung Sachsens.

Die Zahl der tätigen Personen in Verkehr und Nachrichtenübermittlung belief sich 2005 auf 95 753 Personen,

Abb. 18 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Sachsen 2005
nach Wirtschaftszweigen (in Prozent)



3,7 Prozent mehr als 2004. Betrachtet man die Zeitreihe seit 2002, so ist kein eindeutiger Trend erkennbar. Die Beschäftigtenzahl schwankt in einem Bereich von mehr als 90 000 Personen. In Deutschland insgesamt stieg die Beschäftigtenzahl in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2005 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent. In den Unternehmen bis 250 000 € Umsatz ist sie jedoch 2005 um 2,1 Prozent zurückgegangen.

Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen

Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. wurde 2005 ein Umsatz von 11,9 Milliarden € erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr waren das nominal 8,0 Prozent mehr. Damit zeigt dieser Wert seit 2002 ein tendenzielles Wachstum. Die Hälfte des Umsatzes (50,8 Prozent) fiel 2005 auf den Wirtschaftszweig Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. Hierzu zählen zum Beispiel Rechts- und Steuerberatung, Architekten- und Ingenieurbüros, Reinigungswesen, Fotografen, Call Centers aber auch Arbeitskräfteüberlassung. Ein Drittel des Umsatzes (32,2 Prozent) wurden vom Grundstücks- und Wohnungswesen erbracht und schließlich 9,6 Prozent von der Datenverarbeitung. Die anderen Wirtschaftszweige haben nur geringe Umsatzanteile (vgl. Tab. 1.16). Bundesweit stieg der Umsatz im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen 2005 gegenüber dem Vorjahr um 7,3 Prozent, etwas weniger als in Sachsen. Die einzelnen Unterbereiche nahmen z. T. andere Entwicklungen als in Sachsen (vgl. Tab. 2.18).

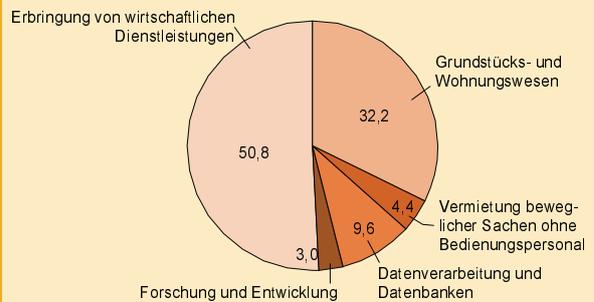
Die Zahl der tätigen Personen in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. belief sich 2005 auf 197 753 Personen, 1,4 Prozent mehr als 2004. Seit 2001 ist hier ein stetiger Anstieg zu erkennen (vgl. Tab. 1.16.). Eine Ursache für den beträchtlichen

Abb. 19 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. in Sachsen 2004 und 2005 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr



¹⁾ Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.

Abb. 20 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. in Sachsen 2005 nach Wirtschaftszweigen (in Prozent)



Anstieg der Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftsabschnitt ist zweifelsfrei darin zu suchen, dass im Wirtschaftszweig Überlassung von Arbeitskräften (WZ 74.50.2) die Leiharbeiter statistisch mit erfasst werden, nicht jedoch in den Unternehmen und damit Wirtschaftszweigen, wo sie dann praktisch arbeiten. Bundesweit ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, wie in Sachsen (vgl. Tab. 2.18).

Landwirtschaft

Der Produktionswert der Landwirtschaft (zu Erzeugerpreisen)⁹⁾ in Sachsen lag 2006 bei 1,7 Milliarden €, 3,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Da die Landwirtschaft derjenige Wirtschaftsbereich ist, der von den jeweiligen Witterungsbedingungen am stärksten unmittelbar abhängt, kann der Produktionswert von Jahr zu Jahr stärker schwanken (vgl. Abb. 21). Das wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Produktionswerte der pflanzlichen

und tierischen Erzeugung vergleicht: ersterer schwankt am stärksten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt ist seit 2001 in Sachsen tendenziell sinkend. Es ist ein Konzentrationsprozess erkennbar. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe mit weniger als 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sinkt, die Zahl der größeren Betriebe mit 100 Hektar LF und mehr nimmt dagegen zu. Die Zahl der Großbetriebe mit 1 000 Hektar LF und mehr ist in den letzten beiden Zählungsjahren (2003 und 2005)¹⁰⁾ faktisch unverändert geblieben (vgl. Tab. 1.11).

Im Vergleich zwischen den neuen und alten Ländern unterscheidet sich besonders deutlich die Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe (vgl. Tab. 2.11). In Sachsen hatten 2005 18,8 Prozent der Betriebe eine LF

9) Datenquelle: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, R-LGR
10) Datenquellen: Vergleiche dazu die Fußnoten zu Tab. 1.11

Abb. 21 Produktionswert und Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Sachsen 1997 bis 2006

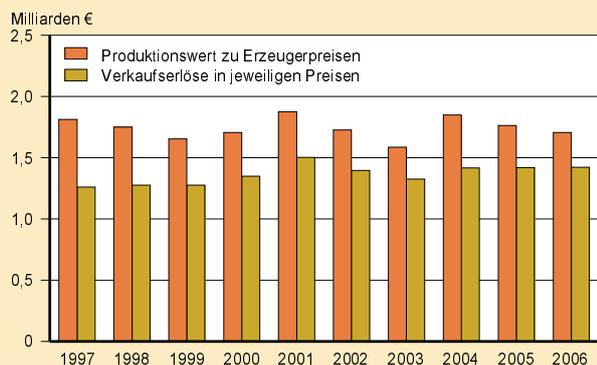
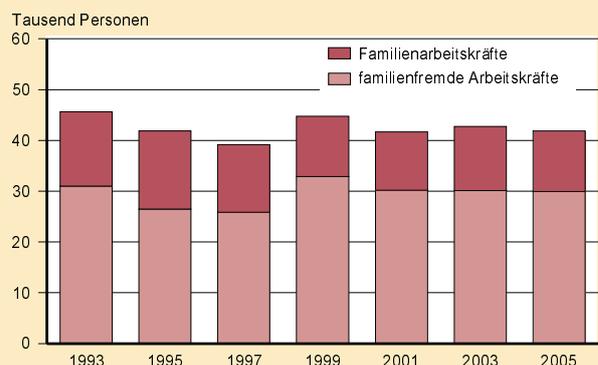


Abb. 22 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in Sachsen 1993 bis 2005 ¹⁾



¹⁾ Die Agrarstruktur erhebung findet zweijährlich statt.

von 100 Hektar und mehr. In den neuen Ländern waren es sogar 30,5 Prozent. Hier wirken sich die landwirtschaftlichen Größenstrukturen Mecklenburg-Vorpommerns und auch Brandenburgs aus. In den alten Ländern lag dieser Anteil lediglich bei 5,9 Prozent, im Mittel Deutschlands bei 7,8 Prozent. In den alten Ländern (ohne Berlin) haben die Landwirtschaftsbetriebe mit 20 bis unter 100 Hektar LF mit 37,9 Prozent einen deutlich höheren Anteil als in den neuen Ländern oder Sachsen. Mit diesen abweichenden Betriebsstrukturen korrespondiert auch, dass die Familienarbeitskräfte in den alten Ländern eine viel größere Rolle spielen als in den neuen Ländern. Hier sind lediglich fünf Prozent der Familienarbeitskräfte tätig (vgl. Tab. 2.11 und Abb. 22).

3. Arbeitskosten, Lohnkosten und Lohnstückkosten

Arbeitnehmerentgelt

Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung ergibt sich nach dem Einkommensansatz aus einer kapitalbezogenen und einer arbeitsbezogenen Komponente. Letztere entspricht dabei dem vom Arbeitgeber zu erbringenden **Arbeitnehmerentgelt** – seinen Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit. Im Jahr 2007 erreichten die Arbeitnehmerentgelte in Sachsen ein Gesamtvolumen von 46,4 Milliarden € (vgl. Tab. 1.4), was 56,1 Prozent der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) entspricht. Im bundesweiten Durchschnitt ergab sich für diese Relation ein Wert von 54,4 Prozent. Dem Faktor Arbeit kam damit in Sachsen eine leicht höhere Bedeutung bei der Wertschöpfung zu, als dies bundesweit der Fall war. Die Entwicklung dieses Verhältnisses seit 1991 ist durch einen Angleichungsprozess der sächsischen Verhältnisse an den bundesdeutschen Durchschnitt gekennzeichnet. So lag das Verhältnis aus Arbeitnehmerentgelt zur Bruttowertschöpfung für Sachsen im Jahr 1995 noch bei 67,3 Prozent. Der in den Folgejahren gestiegene Stellenwert des Faktors Kapital ist charakteristisch für die wirtschaftsstrukturellen Anpassungsprozesse der neuen Länder. Zwischen den alten und neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) ist die Differenz im Jahr 2007 auf ein Minimum von 0,5 Prozentpunkten zusammengeschmolzen. Während der Anteil in den alten Ländern 54,1 Prozent betrug, verzeichneten die neuen Länder einen Wert von 54,6 Prozent. Im Vergleich der einzelnen Bundesländer hatte lediglich Berlin mit 60,1 Prozent, das Saarland mit 57,1 Prozent und Baden-Württemberg mit 56,9 Prozent einen höheren Anteil des Faktors Arbeit an der Bruttowertschöpfung als Sachsen. Die relativ deutlichen Unterschiede zwischen einigen Ländern liegen zum einen in den verschiedenen Arbeitskostenstrukturen begründet, zum anderen herrschen vor allem zwischen den neuen und den alten Ländern beachtliche Unterschiede im Lohnniveau und der Kapitalintensität der ansässigen Wirtschaft vor. Der sächsische Beitrag zu den gesamtdeutschen Arbeitnehmerentgelten im Jahr 2007 betrug 3,9 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte mehr als zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung.

Entwicklung des Arbeitnehmerentgeltes

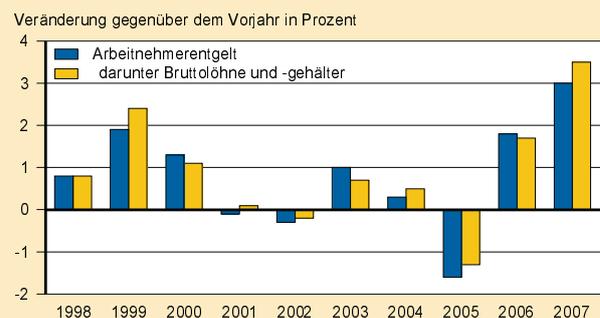
Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Belebung schlug sich 2007 in einer **Steigerung des Arbeitnehmerentgeltes** um 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr nieder (vgl. Abb. 23 und Tab. 2.4). Eine höhere Zunahme des Arbeitnehmerentgeltes wurde zuletzt im Jahr 1995 registriert. Der Anstieg des Arbeitnehmerentgeltes ist dabei sowohl auf eine Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 3,5 Prozent als auch auf um 1,0 Prozent gestiegene Sozialbeiträge der Arbeitgeber zurückzuführen. Im bundesdeutschen Durchschnitt stiegen die Arbeitnehmerentgelte um 2,7 Prozent (vgl. Abb. 24 und Tab. 2.4). Die fünf neuen Länder verzeichneten ein Wachstum von 2,6 Prozent, die alten Länder von 2,7 Prozent. Die absolute Höhe des Arbeitnehmerentgeltes wird zum einen von der Arbeitnehmerzahl bestimmt. Diese stieg 2007 in Sachsen mit 1,7 Prozent etwas mehr als in den fünf neuen Ländern mit

1,6 Prozent und war damit identisch mit der Entwicklung in den alten Ländern (vgl. Tab. 2.7). Die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) – der andere Einflussfaktor – nahmen in Sachsen um 1,2 Prozent zu. In den neuen und alten Ländern betrug die Zunahme jeweils 1,0 Prozent (vgl. Tab. 2.5).

In den einzelnen Bereichen der sächsischen Wirtschaft veränderte sich das Arbeitnehmerentgelt 2007 unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stieg das Arbeitnehmerentgelt im zweiten Jahr in Folge deutlich. Während 2006 ein Wachstum von 4,8 Prozent verzeichnet wurde, waren es 5,8 Prozent im Jahr 2007 (vgl. Tab. 2.4). Als wesentlicher Wachstumsmotor kann auch hier das Verarbeitende Gewerbe angesehen werden. Neben der um 3,6 Prozent gestiegenen Arbeitnehmerzahl verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe eine Steigerung der Lohnkosten um 2,4 Prozent. Das Arbeitnehmerentgelt stieg damit um 6,1 Prozent. Im Baugewerbe nahmen die Arbeitnehmerentgelte um 3,3 Prozent zu. Im Vorjahr wurde ein Wachstum von 0,3 Prozent verzeichnet, nachdem zwischen 1996 und 2005 ein beständiger Rückgang des Arbeitnehmerentgeltes vorlag. Resultierend aus dem Umsatzwachstum der vergangenen beiden Jahre stieg die Zahl der Arbeitnehmer um 1,5 Prozent. Die Lohnkosten stiegen um 1,8 Prozent.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister verzeichnete mit 6,2 Prozent die deutlichste Steigerung der Arbeitnehmerentgelte gegenüber dem Vorjahr. Hier lag auch mit 4,5 Prozent der größte Zuwachs der Arbeitnehmerzahl vor. Die Lohnkosten stiegen um 1,6 Prozent. Lediglich in diesem Bereich liegt seit Anfang der 1990er Jahre eine stetige Steigerung der Arbeitnehmerentgelte vor. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr verzeichnete eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte um 2,8 Prozent und hatte damit ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Entwicklung in Sachsen insgesamt. Die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich in diesem Bereich um 1,4 Prozent, die Lohnkosten stiegen ebenfalls um 1,4 Prozent. Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister war der einzige Wirtschaftsbereich Sachsens, in dem das Arbeitnehmerentgelt auf Vorjahres-

Abb. 23 Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter in Sachsen 1998 bis 2007¹⁾



¹⁾ Berechnungsstand: 1998 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

niveau stagnierte. Dies ist auf die weiterhin vorhandenen Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte zurückzuführen. Sowohl die Zahl der Arbeitnehmer als auch die Lohnkosten blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Zumindest wurde damit die Verringerung der Arbeitnehmerentgelte in den Jahren 2005 und 2006 gestoppt. Die Entwicklung der Vorjahre war vorrangig auf die Zunahme von Ein-Euro-Jobs (insbesondere bei den sächsischen Kommunen) und der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung im Schulbereich (verbunden mit einer Lohnabsenkung) zurückzuführen.

Arbeitskostenstruktur

Unter dem Begriff der Arbeitskostenstruktur versteht man die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche am gesamten Arbeitnehmerentgelt. In den letzten Jahren resultierten in Sachsen sowie den neuen und alten Ländern über zwei Drittel der gesamten Nettowertschöpfung (Bruttowertschöpfung abzüglich der Abschreibungen) aus Arbeitnehmerentgelten. Daher geht vor allem von Wirtschaftsbereichen mit einem hohen Anteil am gesamten Arbeitnehmerentgelt ein erheblicher Einfluss auf die Einkommensentstehung der jeweiligen Region aus. Außerdem wird die Entwicklung des verfügbaren Einkommens, der Privaten Konsumausgaben und des Sparens der Privaten Haushalte wesentlich vom Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitnehmerentgelte – unter Berücksichtigung der Pendlereinkommen – beeinflusst. Nicht zuletzt hängen auch die Sozialbeitrags- und Steuereinnahmen der entsprechenden Sozialversicherungsträger und öffentlichen Haushalte von der Arbeitnehmerentgeltentwicklung ab.

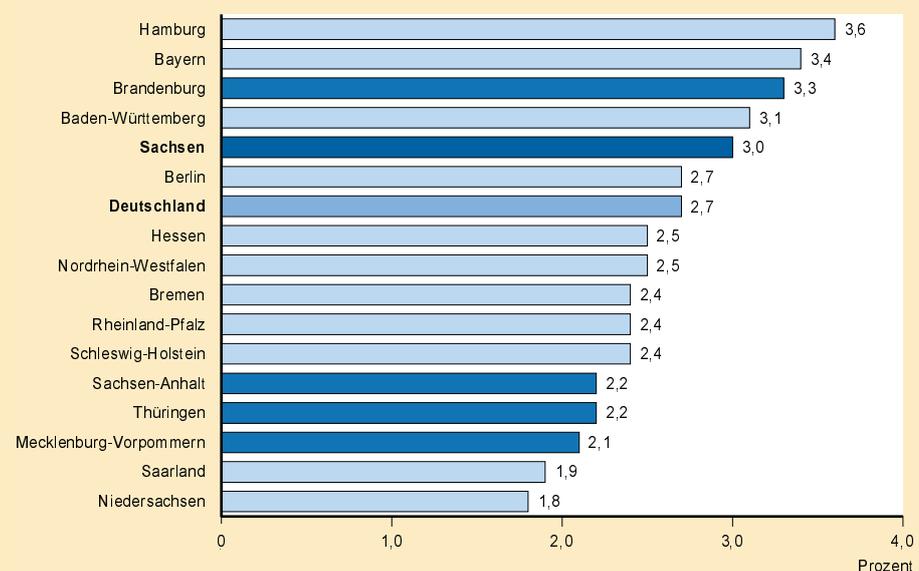
Das Produzierende Gewerbe hatte 2007 einen Anteil von 30,9 Prozent an den Arbeitnehmerentgelten in Sachsen (vgl. Abb. 25 und Tab. 1.4). Dies entsprach in etwa dem Beitrag zur sächsischen Bruttowertschöpfung und im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme um 0,7 Prozentpunkte. Damit stieg der Beitrag des Produzierenden Gewerbes zu den Arbeitnehmerentgelten Sachsens das zweite Jahr in Folge. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete einen Anteil von 24,5 Prozent an den sächsischen Arbeitnehmerentgelten, darunter das Verarbeitende Gewerbe von 22,2 Prozent. Die steigende Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes innerhalb der sächsischen Wirtschaft wird durch den seit 1999 kontinuierlich um 3,8 Prozentpunkte gestiegenen Beitrag zu den Arbeitnehmerentgelten widerspiegelt. Im Baugewerbe stagnierte der Anteil an den sächsischen Arbeitnehmerentgelten im Vergleich zum Vorjahr bei 6,4

Prozent. Damit wurde die seit 1994 anhaltende Abnahme des Anteils an den gesamten Arbeitnehmerentgelten gestoppt.

Die Dienstleistungsbereiche hatten 2007 einen Anteil von 67,9 Prozent an den Arbeitnehmerentgelten Sachsens. Der entsprechende Beitrag zur sächsischen Bruttowertschöpfung wich mit 68,3 Prozent nur geringfügig ab. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Arbeitnehmerentgeltanteil der Dienstleistungsbereiche mit 0,6 Prozentpunkten im zweiten Jahr in Folge ab. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche unterscheidet sich die Arbeitskostenstruktur Sachsens teilweise recht deutlich von der Leistungsstruktur. Grund hierfür sind die Produktivitäts- sowie Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den einzelnen Dienstleistungsbereichen. Auch 2007 verfügte der Bereich Öffentliche und private Dienstleister mit 35,6 Prozent über den höchsten Anteil am geleisteten Arbeitnehmerentgelt Sachsens. Das heißt, dass in Sachsen mehr als jeder dritte Euro des Arbeitnehmerentgeltes von einem Arbeitgeber aus öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen bzw. privaten Dienstleistungsunternehmen kam. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister zeichnet sich durch seine hohe Produktivität aus. So entfielen auf den Bereich mit dem höchsten Wertschöpfungsanteil der sächsischen Wirtschaft lediglich 15,2 Prozent der sächsischen Arbeitnehmerentgelte. Die Arbeitnehmer des Bereichs Handel, Gastgewerbe und Verkehr verzeichneten 17,1 Prozent der sächsischen Arbeitnehmerentgelte.

Die Arbeitskostenstruktur Sachsens weist im Vergleich zu den durchschnittlichen Verhältnissen Deutschlands Unterschiede auf, welche im Wesentlichen die Differenzen aus der Leistungsstruktur widerspiegeln. Beispielsweise lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Arbeitnehmerentgelten im Durchschnitt Deutschlands um 5,8 Prozentpunkte höher. Dabei ist zu berücksichtigen,

Abb. 24 Arbeitnehmerentgelt 2007 nach Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



¹⁾ Berechnungsstand: Februar 2008 (VGR des Bundes)

dass die Wirtschaft der alten Länder auf einer breiteren industriellen Basis steht und ein grundsätzlich höheres Lohnniveau vorherrscht. Seit 1995 gleicht sich der Anteil in Sachsen dem gesamtdeutschen Wert an. Im Jahr 1995 lag die Differenz bei 11,1 Prozentpunkten, im Jahr 2000 bei 9,4 Prozentpunkten. Der Arbeitnehmerentgeltanteil des Baugewerbes lag wiederum in Sachsen 2,0 Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Allerdings ist auch hier ein kontinuierlicher Anpassungsprozess zu verzeichnen. So lag die Differenz im Jahr 1995 noch bei 9,3 Prozentpunkten und im Jahr 2000 bei 4,6 Prozentpunkten. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an den sächsischen Arbeitnehmerentgelten lag 2007 im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt um 2,9 Prozentpunkte höher. Die Verhältnisse innerhalb der Dienstleistungsbereiche sind ebenfalls durch deutliche Unterschiede Sachsens zum gesamtdeutschen Durchschnitt gekennzeichnet. Während in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr der Beitrag zu den Arbeitnehmerentgelten in Sachsen leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt lag, war der Anteil des Bereichs Öffentliche und private Dienstleister in Sachsen mit 7,3 Prozentpunkten klar über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Allerdings verringerte sich die Differenz seit dem Jahr 2004 tendenziell, was im Wesentlichen in den Sparmaßnahmen des Öffentlichen Dienstes begründet liegt.

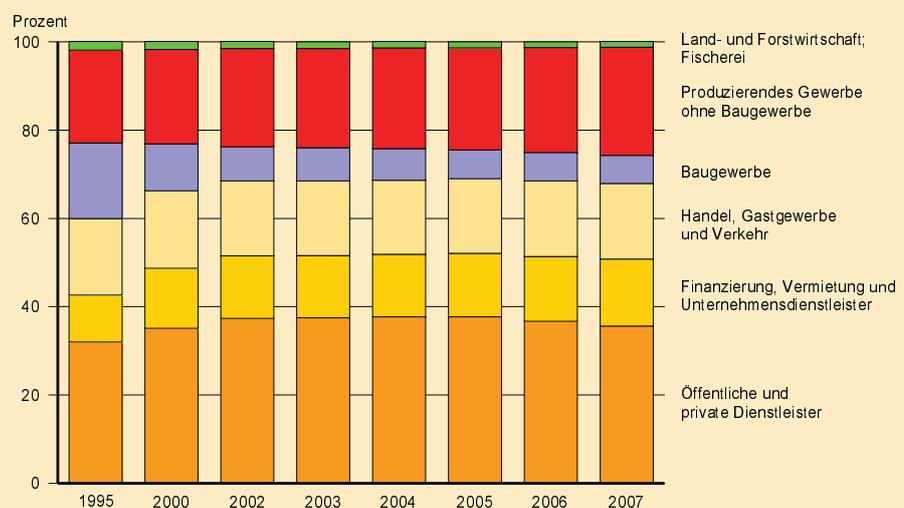
Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung

Die Betrachtung des Anteils der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) verdeutlicht den Stellenwert der arbeitsbezogenen im Vergleich zur kapitalbezogenen Komponente der Bruttowertschöpfung und gleichzeitig die starke wechselseitige Abhängigkeit beider Größen. Im Produzierenden Gewerbe betrug das entsprechende Verhältnis 56,4 Prozent. Der Anteil der arbeitsbezogenen Komponente für die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) und Baugewerbe lagen relativ homogen um diesen Durchschnittswert. Grundsätzlich ist die Entwicklung in den letzten Jahren von einem Rückgang des arbeitsbezogenen Anteils geprägt. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens ist der Beitrag der arbeitsbezogenen Komponente stark zurückgegangen. Während er im Jahr 2000 noch 75,9 Prozent betrug, lag er 2007 bereits bei einem Wert von 59,7 Prozent. Diese Verschiebung ist nicht auf eine rückläufige Arbeitnehmerzahl oder gesunkene Lohnkosten sondern auf die sehr dyna-

mische Ausweitung des Kapitaleinsatzes in Form von teil- bzw. vollautomatischen Anlagen in einzelnen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen. Im Baugewerbe lag der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung 2007 bei 57,4 Prozent. Im Jahr 2000 hatte der Anteil noch 72,9 Prozent betragen. Diese Entwicklung liegt im Wesentlichen in der rückläufigen Arbeitnehmerzahl infolge des anhaltenden Struktur- anpassungsprozesses begründet. Seit dem Jahr 2000 nahm die Zahl der Arbeitnehmer im Baugewerbe um 43,1 Prozent ab. Die Lohnkosten stiegen im selben Zeitraum um 10,6 Prozent.

Der Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister hatte 2007 mit 31,1 Prozent den niedrigsten Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung unter den sächsischen Wirtschaftsbereichen. Wie bereits deutlich wurde, ist für diesen Bereich eine sehr hohe Produktivität charakteristisch. Folglich fällt für die Wertschöpfungserzielung der verhältnismäßig wenig Erwerbstätigen auch ein kleineres Gesamtvolumen beim Arbeitnehmerentgelt an. Zudem liegen die Lohnkosten unter dem sächsischen Durchschnitt. Für den Bereich Öffentliche und private Dienstleister ergab sich ein Anteil von 77,5 Prozent. In dieser Relation schlägt sich einerseits der starke Einfluss der öffentlich dominierten Teilbereiche nieder, deren Wertschöpfungsentwicklung sehr stark von den Arbeitskosten (vor allem Bruttolöhne und -gehälter) abhängig ist. Zum anderen wird hier die wirtschaftliche Leistung mit z. T. verhältnismäßig wenig Kapital erbracht. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr betrug der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung 62,8 Prozent. Die Unternehmen dieses Bereichs verzeichneten die geringsten Lohnkosten innerhalb des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsgewerbes. Die Bruttolöhne und Gehälter je Erwerbstätigen lagen 2007 bei 76,2 Prozent des sächsischen Durchschnitts. Zudem ist

Abb. 25 Arbeitnehmerentgelt in Sachsen 1995, 2000 und 2002 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



¹⁾ Berechnungsstand: 1995, 2000 und 2002 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

in dem Teilbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung von einem relativ hohen Kapitaleinsatz auszugehen.

In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) ergab sich ein Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung von 72,6 Prozent. Aufgrund der starken Abhängigkeit der Produktion von Witterungseinflüssen schwankte dieser Anteil in der Vergangenheit sehr stark. So betrug der Anteil 83,7 Prozent im Jahr 2000, 67,2 Prozent im Jahr 2004 und 89,6 Prozent im Jahr 2006. Zudem ist die Wertschöpfungserzeugung dieses Bereichs z. T. von sehr arbeitsintensiven Tätigkeiten geprägt, was zu einem relativ hohen Anteil des Arbeitnehmerentgeltes an der Bruttowertschöpfung führt.

Lohnkosten

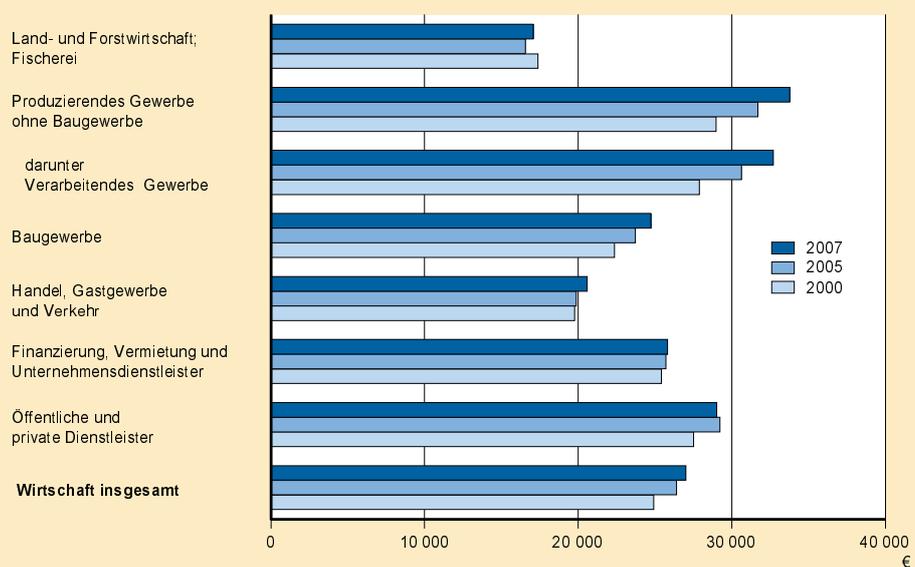
Sachsens **Lohnkosten**, gemessen am Arbeitnehmerentgelt je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer, erreichten im Jahr 2007 einen Wert von 27 008 € (vgl. Tab. 1.5) und erhöhten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent. Der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um 3,0 Prozent wurde somit z. T. durch den gleichzeitigen Anstieg der Zahl der sächsischen Arbeitnehmer um 1,7 Prozent egalisiert. Das gestiegene Arbeitnehmerentgelt wurde auf eine gestiegene Zahl an Arbeitnehmer „verteilt“. Die Lohnkosten lagen in Sachsen damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 33 474 € (vgl. Abb. 27) und nur geringfügig über dem Mittel der fünf neuen Länder (ohne Berlin) von 26 776 €. Sachsens Lohnkosten bleiben damit aus Sicht der Arbeitgeber unverändert vorteilhaft. Im Vergleich zu den Lohnkosten der alten Länder (ohne Berlin) von rund 34 677 € weist Sachsen sogar knapp 22,1 Prozent niedrigere Lohnkosten auf. Bezieht man das Arbeitnehmerentgelt auf die Arbeitsstunden der Arbeitnehmer, wird Sachsens Lohnkostenvorteil noch deutlicher sichtbar. Für dieses Lohnkostenmaß ergab sich in Sachsen 2007 ein Wert von 18,97 € (vgl. Tab. 1.5). Dieser Wert lag 23,4 Prozent niedriger als das mittlere Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer in Deutschland und 26,8 Prozent niedriger als das der alten Länder (vgl. Tab. 2.5). Grund hierfür ist die gegenüber den alten Ländern höhere tarifliche Arbeitszeit und der niedrigere Anteil marginal Beschäftigter in Sachsen.

Das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten wird wesentlich von dem Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche in der Arbeitskostenstruktur und den wirtschaftsbereichsspezifischen Lohnkosten beeinflusst. Mit 33 772 € wies auch im Jahr 2007 das Produzierende Gewerbe (ohne

Baugewerbe) die höchste Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen innerhalb der sächsischen Wirtschaft auf (vgl. Abb. 26). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen hier die Lohnkosten um 2,3 Prozent, im Vergleich zum Jahr 2000 um 16,5 Prozent. Auf der Hierarchieebene der Wirtschaftsbereiche ist dies die höchste Wachstumsrate gegenüber dem Jahr 2000. In dem untergeordneten Wirtschaftsabschnitt Verarbeitendes Gewerbe fiel der Anstieg der Lohnkosten mit 17,2 Prozent seit dem Jahr 2000 noch kräftiger aus. Die Lohnkosten erreichten 2007 ein Niveau von 32 700 €. Als eine Ursache dieser überdurchschnittlichen Entwicklung seit dem Jahr 2000 sind die tariflichen Lohnsteigerungen anzuführen. Außerdem waren verschiedene Industrieansiedlungen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen für qualifizierte und damit gut bezahlte Beschäftigte verbunden. Die Unternehmen des Baugewerbes verzeichneten im Jahr 2007 Lohnkosten in Höhe von 24 739 € und damit ein Wachstum im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Prozent. Hier kam es seit dem Jahr 2000 zu einer Steigerung um 10,6 Prozent.

Im Dienstleistungsbereich Öffentliche und private Dienstleister lagen mit 29 016 € die zweithöchsten Lohnkosten der sächsischen Wirtschaft vor, was u. a. in der inzwischen weit fortgeschrittenen Tarifangleichung im öffentlichen Dienst begründet liegt. Im Vergleich zum Vorjahr stagnierten die Lohnkosten auf nahezu gleichem Niveau. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister betragen die Lohnkosten unterdurchschnittliche 25 822 €. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 1,6 Prozent. Die Unternehmen des Bereichs Handel, Gastgewerbe und Verkehr verzeichneten noch geringere Lohnkosten in Höhe von 20 578 €. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Wachstum 1,4 Prozent. Die Entwicklung der Lohnkosten in den Dienstleistungsbereichen ist im Gegensatz zum Produzierenden Gewerbe durch weit aus geringere Steigerungsraten seit dem Jahr 2000 gekennzeichnet. So betrug die entsprechende Steigerungs-

Abb. 26 Lohnkosten in Sachsen 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



¹⁾ Berechnungsstand: 2000 und 2005 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

rate im Bereich Öffentliche und private Dienstleister 5,4 Prozent, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister lediglich 1,6 Prozent und im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr 4,1 Prozent. Die mit Abstand niedrigsten Lohnkosten innerhalb der sächsischen Wirtschaft ergaben sich im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit 17 078 €. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Lohnkosten um 1,2 Prozent. Seit dem Jahr 2000 nahmen die Lohnkosten um 1,8 Prozent ab.

Bei der Analyse des **Angleichungsstandes** der Lohnkosten Sachsens an den Bundesdurchschnitt kann Sachsen als Region mit vergleichsweise niedrigen Lohnkosten – also mit Angleichungsrückstand – den potentiellen Investoren betriebswirtschaftliche Vorteile bieten. Für die sächsischen Arbeitnehmer sind damit jedoch auch vergleichsweise niedrige Löhne bzw. Gehälter verbunden. Grundsätzlich lag in allen Wirtschaftsbereichen Sachsens ein im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliches Lohnkostenniveau vor. Den deutlichsten Lohnkostenunterschied unter den Wirtschaftsbereichen wies mit 27,4 Prozent das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) auf (vgl. Abb. 27 und Tab. 2.5). Im untergeordneten Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes betrug der Unterschied sogar 28,7 Prozent. Trotz des relativ hohen Lohnkostenanstiegs in diesem Wirtschaftsabschnitt seit dem Jahr 2000 stieg das Angleichungsniveau Sachsens an den bundesdeutschen Wert lediglich um 1,7 Prozentpunkte. Die seit 2000 um 22,1 Prozent überdurchschnittlich gestiegenen Arbeitnehmerentgelte in Sachsen wurden auf die seit 2000 um 4,2 Prozent ebenfalls gestiegene Zahl an Arbeitnehmern verteilt. Im bundesdeutschen Durchschnitt stiegen zum Vergleich die Arbeitnehmerentgelte seit 2000 um 6,0 Prozent, die Zahl der Arbeitnehmer nahm dagegen seit 2000 um 7,4 Prozent ab. Die Lohnkosten im sächsischen Baugewerbe hatten 2007 ein Angleichungsniveau von 82,9 Prozent der bundesdeutschen

Lohnkosten. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Niveau um 0,2 Prozentpunkte. Die Steigerung seit dem Jahr 2000 betrug 2,2 Prozentpunkte.

Im Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wurde im Jahr 2007 ein Angleichungsstand von 75,3 Prozent an die gesamtdeutschen Werte erreicht, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr waren es 76,9 Prozent. Beide Dienstleistungsbereiche verzeichneten damit nicht nur ein annähernd identisches Anpassungsniveau an die bundesdeutschen Durchschnittswerte, sie werden auch durch ein ähnliches Entwicklungsmuster des Angleichungsfortschritts charakterisiert. So war in beiden Bereichen schon 1995 ein höheres Angleichungsniveau als im Jahr 2007 erreicht. Die jeweiligen Rekordwerte der Angleichung liegen für den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister im Jahr 1998 mit 79,9 Prozent und für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Jahr 2000 mit 77,7 Prozent. Während im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr seit 2004 wieder ein Angleichungsprozess an das gesamtdeutsche Niveau zu erkennen ist, wurde im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister im Jahr 2007 erstmals wieder seit 2002 eine Erhöhung des Angleichungsniveaus festgestellt. Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister war 2007 mit einer Höhe von 95,0 Prozent der Wirtschaftsbereich mit dem höchsten Angleichungsniveau innerhalb der sächsischen Wirtschaft. Hier lag das Angleichungsniveau schon 1995 bei 89,1 Prozent. Der Spitzenwert wurde im Jahr 2004 mit 96,1 Prozent erreicht. Seitdem ist eine kontinuierliche Vergrößerung des Abstandes zwischen Sachsen und den deutschen Durchschnittswerten zu verzeichnen, welche im Wesentlichen durch die Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst Sachsens verursacht wird. Während die Arbeitnehmerentgelte in Sachsen seit 2004 um 2,6 Prozent abnahmen, kam es im bundesdeutschen Durchschnitt zu einer Zunahme um 0,8 Prozent. Relativierend wirkte die Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen. Die Zahl der sächsischen Arbeitnehmer im Bereich Öffentliche und private Dienstleister stieg seit 2004 lediglich um 0,1 Prozent, in Deutschland nahm die Arbeitnehmerzahl um 2,3 Prozent zu. In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lagen die Lohnkosten mit 91,7 Prozent im Jahr 2007 ebenfalls lediglich geringfügig unter dem gesamtdeutschen Niveau.

Der Angleichungsprozess bei den Lohnkosten auf Stundenbasis machte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich höhere Abstände als bei den Pro-Kopf-Werten aus (vgl. Tab. 2.5). Im Verarbeitenden Gewerbe erreichten die säch-



sischen Lohnkosten nur knapp zwei Drittel des Bundesdurchschnitts und wiesen innerhalb von Sachsen die größte Differenz auf. Im Bereich der Öffentlichen und privaten Dienstleister näherten sich die stundenbasierten Lohnkosten mit 87,2 Prozent dem bundesdurchschnittlichen Lohnkostenniveau am meisten.

Lohnstückkosten

Die **Lohnstückkosten** sind ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität einer Region bzw. eines Wirtschaftsbereichs. Je günstiger das Verhältnis der Kosten des Arbeitseinsatzes zum Produktionsergebnis ausfällt, d. h. je niedriger der Lohnkostendruck ist, desto mehr kann die betreffende Region bzw. der einzelne Wirtschaftsbereich für künftige Investitionen an Attraktivität gewinnen.

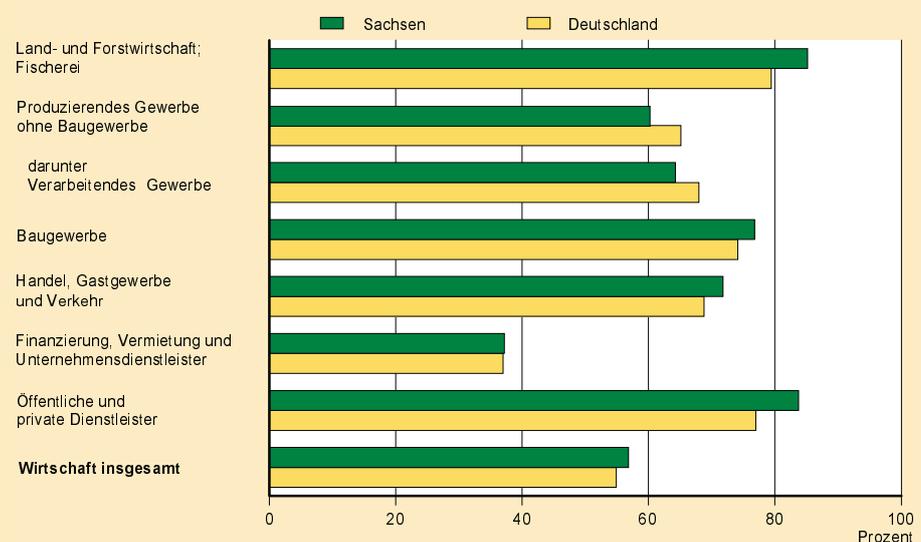
Die nachfolgenden Analysen zum **Angleichungsniveau** der Lohnstückkosten Sachsens an das gesamtdeutsche Niveau erfolgen auf Grundlage der „realen“ Werte (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zur Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] je Erwerbstätigen).¹⁾ Sachsens gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten lagen 2007 mit 56,8 Prozent leicht über dem deutschen Durchschnitt von 54,9 Prozent (vgl. Abb. 28 und Tab. 2.6). Dabei wurde der Lohnkostenvorteil Sachsens durch die geringere Produktivität der Gesamtwirtschaft egalisiert. Zudem war der Angleichungsstand der Lohnkosten an das Bundesniveau etwas höher als der Angleichungsstand der Produktivität. Ein aus wirtschaftlicher Sicht positiver Aspekt ist, dass Sachsens Lohnstückkosten seit 1992 tendenziell und seit 2000 stetig abnahmen und sich damit die Lohnkostenbelastung der sächsischen Produktion verbesserte. Dennoch ist der Angleichungsfortschritt der sächsischen Lohnstückkosten an das bundesdeutsche Niveau nun mehr das dritte Jahr in Folge unterbrochen. Die Differenz zwischen den Lohnstückkosten Sachsens und Deutschlands erreichte 2004 einen Minimalwert von 1,3 Prozentpunkte, stieg allerdings in den Folgejahren bis 2007 auf 1,9 Prozentpunkte. Grund hierfür ist neben den im Vergleich zu den Bundeswerten überdurchschnittlich gestiegenen Lohnkosten der sächsischen Wirtschaft seit 2004, die nur unterdurchschnittlich gestiegene Produktivität.

Wie bei der Produktivität ist auch bei den Lohnstückkosten neben der Pro-Kopf-Betrachtung eine Betrachtung je Arbeitsstunde möglich. Doch auch ein Niveauvergleich der „realen“ Lohnstückkosten auf Basis der Arbeitsstunden (Arbeitnehmerentgelt je Arbeits-

stunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zur Bruttowertschöpfung [in jeweiligen Preisen] je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) führt zu keinen grundlegend anderen Erkenntnissen (vgl. Tab. 2.6). Prinzipiell können die Ergebnisse allerdings als aussagekräftiger bewertet werden, da sie frei von Einflüssen verschiedener Beschäftigungsformen sind und dadurch exaktere Werte zum absoluten Niveau der Lohnstückkosten liefern. Danach sanken die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Sachsen 2007 auf einen Wert von 59,9 Prozent und im gesamten Bundesgebiet auf 58,1 Prozent. Es wird einerseits deutlich, dass im Jahr 2007 das tatsächliche Niveau der Lohnstückkosten auf Stundenbasis in Sachsen mit 59,9 Prozent 3,1 Prozentpunkte höher als beim Ausweis auf Basis der Personen mit 56,8 Prozent war. Andererseits entsprach der Lohnstückkostenunterschied auf Basis der Arbeitsstunden zwischen Sachsen und Deutschland mit 1,8 Prozentpunkten annähernd dem Unterschied auf Basis der Personen mit 1,9 Prozentpunkten. Die Entwicklung ist ebenfalls annähernd deckungsgleich. Gegenüber dem Jahr 2000, in dem noch ein Unterschied von 4,9 Prozentpunkten zwischen den sächsischen und gesamtdeutschen Lohnstückkosten auf Basis der Arbeitsstunden vorlag, ist ein deutlicher Fortschritt des Angleichungsniveaus zu erkennen. Seit dem Jahr 2004 in dem die Differenz einen Minimalwert von 0,9 Prozentpunkten erreichte, ist der Lohnkostenunterschied allerdings wieder deutlich angestiegen.

¹⁾ Die Bezeichnung „reale“ Lohnstückkosten ist in Bezug auf die Preisbereinigung irreführend. Die realen Lohnstückkosten ergeben sich aus dem Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) und Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen (bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). Bei den nominalen Lohnstückkosten stand vor der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in konstanten Preisen) im Nenner. Nach der Revision 2005 und dem Übergang zur Vorjahrespreisbasis bezeichnen sie die Relation zwischen Lohnkostenindex und dem Produktivitätsindex (bzw. der Arbeitsproduktivität).

Abb. 28 Lohnstückkosten¹⁾ in Sachsen und Deutschland 2007 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



¹⁾ Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen
²⁾ eigene Berechnung; Berechnungsstand: Februar 2008 (VGR des Bundes)

Die „realen“ Lohnstückkosten (Stundenkonzept) der Wirtschaftsbereiche variierten in Abhängigkeit von der Produktivität sowie den Lohnkosten teilweise beträchtlich (vgl. Tab. 2.6). Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) war mit einem Verhältnis von 61,5 Prozent der einzige Wirtschaftsbereich, in dem Sachsen mit einer Differenz von 4,9 Prozentpunkten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Durchschnitt der Länder besaß. Begründet liegt dies in den um 33,1 Prozent wesentlich geringeren Lohnkosten (je Arbeitsstunde) Sachsens in diesem Bereich. Die Produktivität des sächsischen Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) war um 27,8 Prozent unter dem gesamtdeutschen Niveau. Die Lohnstückkosten waren hier bereits seit 2002 günstiger als im gesamtdeutschen Mittel. Insbesondere im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, in dem die Lohnstückkosten 3,6 Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Niveau lagen, führte die erhöhte Standortattraktivität Sachsens in den letzten Jahren zu verstärkten Investitionen. Im arbeitsintensiven Bereich des Baugewerbes lagen die Lohnstückkosten auf Basis der Stunden bei 84,4 Prozent und damit 3,9 Prozent über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Die mit Abstand niedrigsten Lohnstückkosten (Stundenkonzept) unter den Wirtschaftsbereichen wies 2007 in Sachsen der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister auf. Die Relation von 40,1 Pro-

zent resultierte aus der für diesen Dienstleistungsbereich charakteristischen stark kapitalabhängigen Wertschöpfungserzielung. Die Lohnstückkosten in diesem Bereich lagen lediglich 0,9 Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Im arbeitsintensiveren Dienstleistungsbereich Öffentliche und private Dienstleister wurden mit 86,3 Prozent wesentlich höhere Lohnstückkosten registriert. Die Relation lag zudem mit einer Differenz in Höhe von 6,3 Prozentpunkten deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr hatten die Lohnstückkosten eine Höhe von 78,0 Prozent und waren damit 2,9 Prozentpunkte geringer als der bundesdeutsche Durchschnitt. Nachdem die Lohnstückkosten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr im Jahr 2002 ein vorläufiges Minimum von 76,5 Prozent erreichten, kam es in den Folgejahren zu schwankenden, allerdings tendenziell steigenden Lohnstückkosten. Der von 2002 bis 2005 vorherrschende Wettbewerbsvorteil Sachsens im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wurde damit abgelöst.

Die äußerst hohen Lohnstückkosten des Bereichs Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) von 88,3 Prozent resultierten vor allem aus den witterungsbedingt starken Schwankungen der Produktion (und damit der Bruttowertschöpfung) bei relativ konstanten Lohnkosten.

4. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Erwerbstätige

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren von den bundesweit 39,7 Millionen Erwerbstätigen rund 1,94 Millionen Personen bzw. 4,9 Prozent an einem Arbeitsort in Sachsen erwerbstätig (Ergebnisse der zweiten Fortschreibung). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg um mehr als 32 000 Personen bzw. 1,7 Prozent. Damit konnte in Sachsen nach mehreren Jahren rückläufiger Erwerbstätigenzahlen der 2006 eingeschlagene Trend fortgesetzt und die damalige Zuwachsrate von 0,9 Prozent annähernd verdoppelt werden. Die Zunahme an Arbeitsplätzen, die zum höchsten Stand seit dem Jahr 2000 geführt hat, war nicht zuletzt auf das solide Wachstum des sächsischen Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen, das im Jahr 2007 preisbereinigt um 2,4 Prozent anstieg (vgl. Abb. 29 und Tab. 1.7).

In den Großraumregionen ergab sich 2007 sowohl für die alten Länder (ohne Berlin) als auch für die neuen Länder (ohne Berlin) ein Beschäftigungszuwachs von jeweils 1,6 Prozent, was in beiden Teilen Deutschlands weitgehend vergleichbare Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vermuten lässt. Auf Bundesebene belief sich der Anstieg der Erwerbstätigenzahl auf fast 650 000 Personen bzw. 1,7 Prozent. Das sächsische Ergebnis entspricht damit dem gesamtdeutschen Mittel und lag um 0,1 Prozentpunkt geringfügig über dem durchschnittlichen Erwerbstätigenzuwachs der fünf neuen Länder (vgl. Abb. 30 und Tab. 2.7).

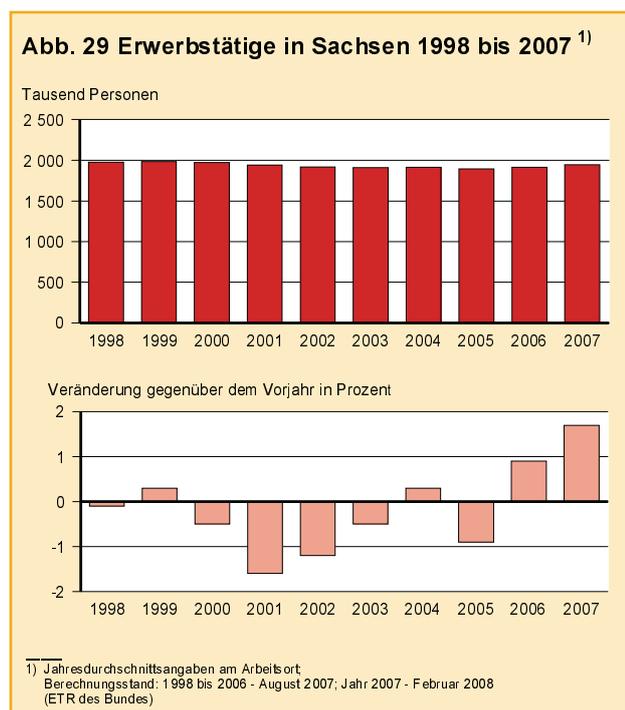
Wie bereits im Vorjahr war der Anstieg der Erwerbstätigenzahl auch im Jahr 2007 maßgeblich auf die wachsende Zahl an Arbeitnehmern zurückzuführen. Insgesamt gehörten 2007 knapp 1,72 Millionen Personen zu dieser Gruppe. Das waren rund 29 000 Personen bzw. 1,7 Pro-

zent mehr als 2006. Der Anteil der sächsischen Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen Sachsens lag bei 88,4 Prozent (vgl. Tab. 1.7). Positiv ist zu bemerken, dass diese Entwicklung – analog zu 2006 und entgegen der Vorjahre – durch einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten getragen wurde. Die Zahl der marginal Beschäftigten, unter denen unter anderem geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie Erwerbstätige in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zusammengefasst werden, sank im Jahresverlauf 2007 dagegen um 2,6 Prozent auf nunmehr gut 252 000 Personen ab. Für die Situation auf dem Arbeitsmarkt kann sich eine derartige Veränderung der Beschäftigungsstrukturen zugunsten einer Ausweitung an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen durchaus entlastend auswirken. Die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen in Sachsen lag 2007 bei knapp 225 000 Personen und damit 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Demnach fiel die weiterhin rückläufige Förderung von Ich-AGs durch Gründungszuschüsse, die u. a. Überbrückungsgelder für Selbstständige umfassen, nur wenig ins Gewicht. Wegen des deutlich geringeren Anteils der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen an allen Erwerbstätigen in Höhe von 11,6 Prozent im Jahr 2007 hatte der Zuwachs – verglichen mit der Gruppe der Arbeitnehmer – jedoch nur einen ziemlich kleinen Einfluss auf die Veränderung der Erwerbstätigenzahl in Sachsen insgesamt. Im Vergleich zum Jahr 2006 blieben die jeweiligen Anteile unverändert. Gleiches gilt für die gesamtdeutsche Entwicklung, wobei der Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen hier mit 88,8 Prozent etwas höher lag als im sächsischen Mittel. Dagegen fiel der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Bundesdurchschnitt um 0,4 Prozentpunkte geringer als in Sachsen aus.

Erwerbstätigenstruktur

Im Vergleich zum Vorjahr erreichte der Zuwachs bei den Erwerbstätigen im Jahr 2007 nahezu alle sächsischen Wirtschaftsbereiche. Im Produzierenden Gewerbe zählte man mit knapp 521 000 Personen 2,7 Prozent mehr als 2006. Entgegen langer Jahre eines kontinuierlichen Beschäftigungsrückgangs im Produzierenden Gewerbe, der maßgeblich dem massiven Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe geschuldet war, konnte der ab 2005 einsetzende Aufwärtstrend zuletzt weiter beibehalten werden. So waren im Jahr 2007 26,8 Prozent aller Erwerbstätigen in Sachsen im Produzierenden Gewerbe tätig. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung von 0,3 Prozentpunkten. Die fast vierprozentige Lücke im Vergleich zum Wertschöpfungsbeitrag dieses Sektors für die sächsische Wirtschaft in Höhe von 30,7 Prozent ergibt sich vor allem aus einer zum Teil kapitalintensiven Leistungserbringung in bestimmten Wirtschaftszweigen innerhalb des Produzierenden Gewerbes, so etwa in der Energiewirtschaft und Teilen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Zahl der Erwerbstätigen in den sächsischen Dienstleistungsbereichen belief sich im Jahr 2007 auf durchschnittlich rund 1,38 Millionen Personen und lag damit um 1,4 Prozent über dem Ergebnis von 2006. Nie zuvor hatte



es in diesem Sektor in Sachsen mehr Erwerbstätige gegeben. Daraus resultiert ein Erwerbstätigenanteil der Dienstleistungsbereiche in Höhe von 71,1 Prozent an der sächsischen Wirtschaft insgesamt. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser allerdings um 0,2 Prozentpunkte. Der 2007 für die Dienstleistungsbereiche zu verzeichnende Wertschöpfungsanteil lag bei 68,3 Prozent und damit 1,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Die Abweichung zwischen Erwerbstätigen- und Leistungsstruktur in diesem – häufig als tertiärer Sektor bezeichneten – Wirtschaftsbereich belief sich 2007 auf plus 2,8 Prozentpunkte. Entgegen der Situation im Produzierenden Gewerbe erfolgt die Leistungserbringung in vielen Dienstleistungsbereichen, etwa im Gastgewerbe oder auch bei der Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, nämlich verhältnismäßig arbeitsintensiv.

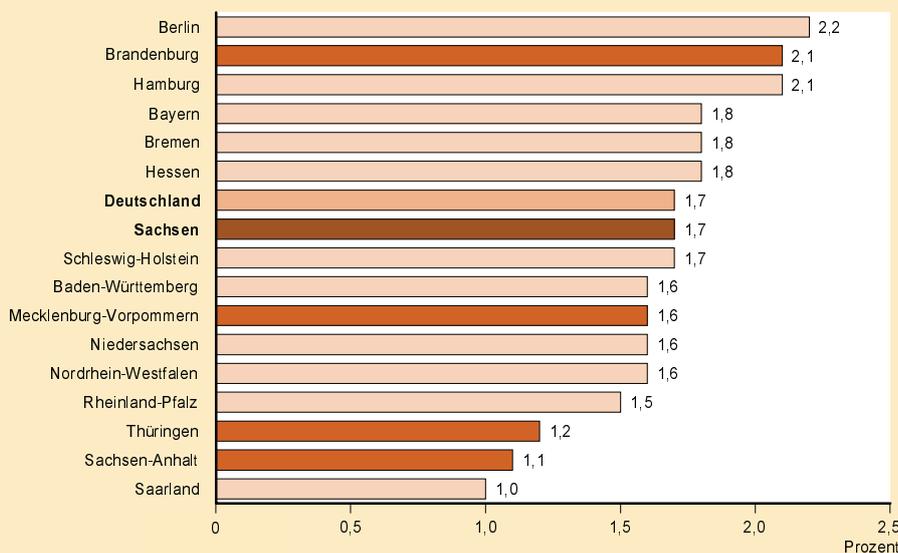
Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) waren im Jahresdurchschnitt 2007 nur 41 400 Personen erwerbstätig. Damit sank die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 2006 einzig in diesem Wirtschaftsbereich ab – und das lediglich um 0,1 Prozent. Seit deren letztmaligem Zuwachs im Jahre 1999, verlor die Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) in acht Jahren über 13 000 Beschäftigte. Das entspricht einem Arbeitsplatzverlust von knapp einem Viertel bzw. 23,9 Prozent. Der Erwerbstätigenanteil des Bereichs war mit 2,1 Prozent an allen Erwerbstätigen des Freistaates Sachsen entsprechend gering (vgl. Tab. 1.7). So kam 2007 nur noch knapp jeder fünfzigste sächsische Erwerbstätige aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei). Da der von hier ausgehende Wertschöpfungsbeitrag für die Wirtschaft Sachsens im Jahr 2007 mit 1,0 Prozent noch geringer ausfiel, ergab sich zwischen Erwerbstätigen- und Leistungsstruktur eine Abweichung in Höhe von plus 1,1 Prozentpunkten. Diese war unter anderem auf die eher arbeitsintensiven Tätigkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) zurückzuführen.

Die soeben dargestellten Unterschiede zwischen Erwerbstätigenstruktur und Leistungsstruktur der Bruttowertschöpfung in den drei Wirtschaftssectoren sind bereits seit längerer Zeit für die sächsische Wirtschaft charakteristisch. Wenngleich die Abweichungen im Jahr 2007 mit plus 1,1 Prozentpunkten im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), minus 3,9 Prozentpunkten im Produzierenden Gewerbe und plus 2,8 Prozentpunkten in den Dienstleistungsbereichen verhältnismäßig gering ausfielen, so offenbart eine sachlich tiefere Analyse der Wirtschaftsbereiche – insbesondere in den Dienstleistungsbereichen – zum Teil doch erhebliche Unterschiede.

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe), unter dem die Wirtschaftsabschnitte Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung zusammengefasst werden, wuchs die Zahl der Erwerbstätigen von 2006 bis 2007 um knapp 11 000 Personen bzw. 3,1 Prozent auf zuletzt gut 360 000 Personen. Der sich daraus ergebende Erwerbstätigenanteil in Höhe von 18,5 Prozent lag um 5,9 Prozentpunkte unter dem Wertschöpfungsanteil jener Wirtschaftsabschnitte. Im Vergleich zu 2006 weitete sich die Kluft noch um 1,1 Prozentpunkte aus. Von den Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) gingen allein 94,3 Prozent, also knapp 340 000 Personen, einer Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe nach. Das waren 3,4 Prozent mehr als noch 2006. Einen Zuwachs in einer derartigen Größenordnung hatte es hier seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr gegeben. Der Anteil der erwerbstätigen Personen im Verarbeitenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen in Sachsen lag 2007 bei 17,5 Prozent und damit um 0,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Verglichen mit dem Wertschöpfungsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2007 ergab sich eine Abweichung von minus 3,4 Prozentpunkten. Hervorzuheben ist darüber hinaus die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im sächsischen Baugewerbe, wo 2007 gut

160 000 erwerbstätige Personen gezählt wurden. Mit dem Zuwachs um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr war es in diesem Wirtschaftsabschnitt damit erstmals seit 1995 wieder zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl gekommen. Das führte zu einem – dem Jahr 2006 analogen – Erwerbstätigenanteil des Baugewerbes in Höhe von 8,2 Prozent. Allerdings reichte der ab 2006 zu verzeichnende Zustrom an Erwerbstätigen in diesen Wirtschaftsabschnitt nicht aus, um den zwischen 2000 und 2006 liegenden Beschäftigungsrückgang von knapp 82 400 Personen bzw. 34,3 Prozent auszugleichen. Im Jahr 2000 hatte der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Erwerbstätigkeit noch

Abb. 30 Erwerbstätige 2007 nach Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



¹⁾ Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: Februar 2008 (ETR des Bundes)

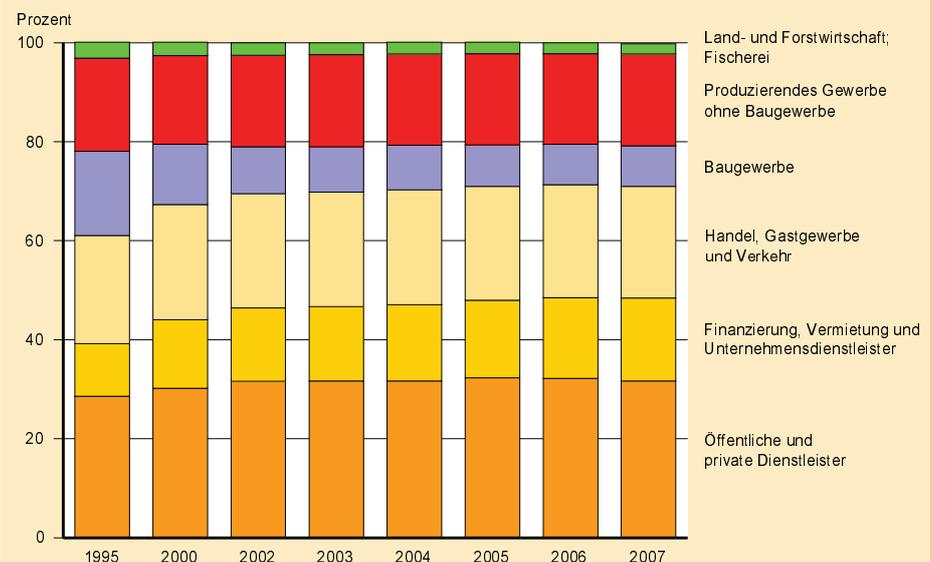
bei 12,2 Prozent gelegen. Dass der Wertschöpfung im sächsischen Baugewerbe 2007 nur ein Anteil von 6,2 Prozent an der Bruttowertschöpfung in Sachsen insgesamt zukam, ist auf die vorrangig arbeitsintensiven Tätigkeiten in diesem Wirtschaftsbereich zurückzuführen. Die Abweichung zwischen Erwerbstätigenstruktur und Leistungsstruktur belief sich im Baugewerbe demnach auf minus 2,0 Prozentpunkte. Das wiederum erklärt die sich für das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) ergebende beträchtliche Lücke zwischen Erwerbstätigenstruktur und Leistungsstruktur (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 1.7).

Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister waren 2007 mit rund 325 000 erwerbstätigen Personen 4,3 Prozent bzw. gut 13 000 Erwerbstätige mehr als im Vorjahr zu verzeichnen. Damit lagen hier die größten Arbeitsplatzgewinne innerhalb aller Dienstleistungsbereiche vor. Das Resultat reihte sich in die seit Jahren zu beobachtende Entwicklung ein, die durch ein kontinuierliches und das im Vergleich zu den übrigen Dienstleistungsbereichen stets höchste Wachstum gekennzeichnet ist. Seit dem Jahr 2000 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister so um knapp 51 000 Personen. Der Anteil der in diesem Bereich beschäftigten Personen an allen Erwerbstätigen in Sachsen lag 2007 bei 16,0 Prozent und damit 0,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist unter anderem auch auf die gestiegene Zahl an Arbeitnehmern zurückzuführen, die im Rahmen der Arbeitskräfteüberlassung (Zeitarbeit) einer Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen nachgehen, statistisch aber zu diesem Dienstleistungsbereich zählen. 2007 betrug der Wertschöpfungsanteil im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (in jeweiligen Preisen) 27,3 Prozent. Das führte zur – im Vergleich zu allen anderen Wirtschaftsbereichen – mit Abstand größten Abweichung von Erwerbstätigenstruktur und Leistungsstruktur in Höhe von minus 10,6 Prozentpunkten. Diese ist in einem eher kapitalintensiven Dienstleistungsbereich vordergründig damit zu erklären, dass die wirtschaftliche Leistung von verhältnismäßig wenigen Beschäftigten erbracht wird. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr belief sich die Zahl der Erwerbstätigen 2007 auf gut 440 000 Personen. Das waren knapp 4 600 Personen bzw. 1,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach rückläufigen oder lediglich geringfügig aufwärtsweisenden Tendenzen bei der Erwerbstätigenzahl seit dem Jahr 2000, die in jenem Zeitraum eine Verringerung um gut 16 000 Erwerbstätige nach sich zogen, lagen die Zuwächse 2007 erstmals wieder etwas deutlicher im Plus. Es ergab

sich ein Erwerbstätigenanteil in Höhe von 22,6 Prozent an der sächsischen Wirtschaft insgesamt. Im Vergleich zum Jahr 2006 verringerte sich dieser um 0,2 Prozentpunkte. Die Differenz zur Leistungsstruktur im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr belief sich 2007 auf plus 7,4 Prozentpunkte. Im Bereich Öffentliche und private Dienstleister waren im Jahr 2007 knapp 617 000 Personen erwerbstätig. Deren Zahl stieg – nachdem bereits von 2000 bis 2006 durch kontinuierliche Zuwächse eine Zunahme der Erwerbstätigen um knapp 21 000 Personen bzw. 3,5 Prozent zu verzeichnen war – im Jahr 2007 um weitere 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis entspricht einem Anteil von 31,7 Prozent an allen Erwerbstätigen in der sächsischen Wirtschaft. Der Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung Sachsens war im Bereich Öffentliche und private Dienstleister 2007 mit 25,8 Prozent dagegen deutlich niedriger. Demnach lag der Erwerbstätigenanteil hier um 5,9 Prozentpunkte über dem Wertschöpfungsanteil. Ähnlich den Gegebenheiten im Baugewerbe ist auch für diesen Dienstleistungsbereich eine überwiegend arbeitsintensive Leistungserbringung charakteristisch (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 1.7).

Für die sächsische Wirtschaft insgesamt sind die seit einiger Zeit von den Dienstleistungsbereichen ausgehenden Beschäftigungseffekte von enormer Bedeutung. Durch einen entsprechenden Zustrom an Erwerbstätigen in diesem Sektor konnte im Jahr 2004 beispielsweise der Beschäftigungsabbau im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) sowie im Produzierenden Gewerbe kompensiert werden. 2007 standen der seit vielen Jahren unter massiven Arbeitsplatzverlusten leidenden Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) neben einem Erwerbstätigenzustrom im Produzierenden Gewerbe erneut beträchtliche Beschäftigungszuwächse in den Dienstleistungsbereichen gegenüber. Dies unterstreicht den auch in Sachsen beschrittenen Weg von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft.

Abb. 31 Erwerbstätige in Sachsen 1995, 2000 und 2002 bis 2007 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



¹⁾ Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: 1995, 2000 und 2002 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Während sich die sächsische Leistungsstruktur im Jahr 2007 zum Teil stark von der bundesdeutschen unterschied (vgl. dazu Kapitel 1), waren für die Erwerbstätigenstruktur Sachsens gegenüber jener von Deutschland insgesamt geringere Abweichungen festzustellen. Im Produzierenden Gewerbe waren 25,4 Prozent aller bundesdeutschen Erwerbstätigen beschäftigt. Die Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen erreichten einen Anteil von 72,4 Prozent. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag der entsprechende Anteil bei 2,1 Prozent. Damit entspricht das bundesdeutsche Ergebnis in diesem Wirtschaftsbereich nahezu dem sächsischen. Wie bereits in den Jahren zuvor ergab sich auch 2007 die größte Abweichung im Baugewerbe, wo der Erwerbstätigenanteil Sachsens in Höhe von 8,2 Prozent um 2,7 Prozentpunkte über dem Bundeswert lag. Dieser hatte entsprechend bei 5,5 Prozent gelegen. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war der Erwerbstätigenanteil Sachsens mit 22,6 Prozent dagegen auffallend niedriger als in Deutschland insgesamt. Hier waren 24,9 Prozent aller Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt. Somit lag das bundesdeutsche Ergebnis um 2,3 Prozentpunkte über dem sächsischen. In den übrigen Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors wichen die jeweiligen Anteile an der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt um maximal 1,5 Prozentpunkte von den entsprechenden durchschnittlichen Erwerbstätigenanteilen in Deutschland ab.

Beim Vergleich der Erwerbstätigenstruktur von Sachsen und jener in den neuen Ländern (ohne Berlin) zeigten sich 2007 insgesamt geringere Unterschiede. In der östlichen Großraumregion waren 25,1 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, 1,7 Prozentpunkte weniger als in Sachsen. 72,1 Prozent aller Erwerbstätigen gingen einer Tätigkeit in den Dienstleistungsbereichen nach, 1,0 Prozentpunkte mehr als in Sachsen. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) wies einen Anteil von 2,8 Prozent an allen erwerbstätigen Personen in den neuen Ländern (ohne Berlin) auf. Damit lag das Ergebnis um 0,7 Prozentpunkte über dem sächsischen. Der Erwerbstätigenanteil im Verarbeitenden Gewerbe belief sich 2007 in den neuen Ländern (ohne Berlin) auf 15,7 Prozent. In Sachsen waren es 17,5 Prozent und damit 1,8 Prozentpunkte mehr. Im Baugewerbe ergaben sich nur geringe Unterschiede. Innerhalb der Dienstleistungsbereiche waren ebenfalls unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister lag 2007 der Erwerbstätigenanteil in Sachsen um 1,6 Prozentpunkte über jenem in den neuen Ländern (ohne Berlin). Hier hatte er bei 15,1 Prozent gelegen. In den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Öffentliche und private Dienstleister waren in den neuen Ländern (ohne Berlin) im Jahr 2007 23,5 Prozent bzw. 33,4 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt. Damit lagen die Erwerbstätigenanteile im Vergleich zu Sachsen hier um 0,9 Prozentpunkte bzw. 1,7 Prozentpunkte höher.

Arbeitsvolumen

Im Jahr 2007 erbrachten die rund 1,94 Millionen Erwerbstätigen in Sachsen ein Arbeitsvolumen in Höhe von knapp 2,92 Milliarden Stunden. Das entspricht durchschnittlich 1 501 Arbeitsstunden je Erwerbstätigen bzw. sechs Stunden je Kalender-Werktag. Gegenüber dem Vorjahr stieg das sächsische Arbeitsvolumen um rund 46 Millionen Stunden bzw. 1,6 Prozent. Damit setzte sich der leicht aufwärtsweisende Trend aus dem Jahr 2006 fort. Damals hatte sich das Arbeitsvolumen Sachsens bereits um 1,0 Prozent gegenüber 2005 erhöht. Wenngleich dies das beste Ergebnis seit vier Jahren ist, so dürfen nicht die langjährigen Rückgänge der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit aller sächsischen Erwerbstätigen übersehen werden (vgl. Tab. 1.8). So ging das Arbeitsvolumen von 3,15 Milliarden Stunden im Jahr 1998, für das erstmals eine Berechnung von Arbeitsvolumina auf Länderebene durchgeführt wurde, bis 2007 deutlich um 7,4 Prozent zurück. Das erhöhte Maß an tatsächlich geleisteter Arbeitszeit in Sachsen wurde 2007 maßgeblich vom Zuwachs an Erwerbstätigen verursacht, da die Kalenderarbeitszeit zum Vorjahr unverändert bei 250 Arbeitstagen lag. Von den 1,72 Millionen Arbeitnehmern mit Arbeitsort in Sachsen wurden 2007 insgesamt knapp 2,45 Milliarden Arbeitsstunden erbracht. Das waren rund 41 Millionen Stunden bzw. 1,7 Prozent mehr als 2006. Damit wurden 83,9 Prozent des von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsvolumens durch die Arbeitnehmer erbracht. Dass dieses Ergebnis zuletzt 4,5 Prozentpunkte unter dem Anteil jenes Personenkreises an allen Erwerbstätigen in Höhe von 88,4 Prozent lag, ist in erster Linie durch die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse zu erklären. So sehen sich die Arbeitnehmer und hier insbesondere Arbeiter, Angestellte sowie marginal Beschäftigte nach wie vor häufig einer geringfügigen Beschäftigung und Teilzeitarbeit gegenüber. Die Gruppe der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen leistete ein Gesamtarbeitsvolumen von knapp 471 Millionen Stunden und damit 1,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Das entspricht einem Anteil von 16,1 Prozent an dem von den Erwerbstätigen insgesamt erbrachten Arbeitsvolumen. Im Vergleich zum „reinen“ Personenverhältnis in Höhe von 11,6 Prozent waren das 4,5 Prozentpunkte mehr. Die relativ deutliche Abweichung lässt sich durch die oftmals längeren und nicht an Tarifverträge gebundenen Arbeitszeiten der Selbstständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen erklären.

Im Produzierenden Gewerbe wurden 2007 von den sächsischen Erwerbstätigen mit 848,0 Millionen Arbeitsstunden 3,0 Prozent mehr als im Vorjahr erbracht. Der Anteil dieses Wirtschaftszweiges am Arbeitsvolumen in Sachsen insgesamt lag bei 29,1 Prozent und damit um 0,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2000 ging der Anteil jedoch um 2,5 Prozentpunkte zurück. In den Dienstleistungsbereichen lag das Arbeitsvolumen 2007 bei 2,0 Milliarden Stunden. Das waren 1,1 Prozent mehr als 2006 und entspricht einem Anteil von 68,7 Prozent am Arbeitsvolumen Sachsens. Ein höheres Arbeitsvolumen hatte es in den sächsischen Dienstleistungsbereichen zuletzt im Jahr 2000 gegeben. Die Erwerbstätigen im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) erbrachten 2007 eine Arbeitsleistung von gut

66 Millionen Stunden. Das entspricht – wie im Vorjahr – einem Anteil von 2,3 Prozent am Arbeitsvolumen Sachsens und zeigt einmal mehr die verhältnismäßig geringe Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs für die sächsische Wirtschaft.

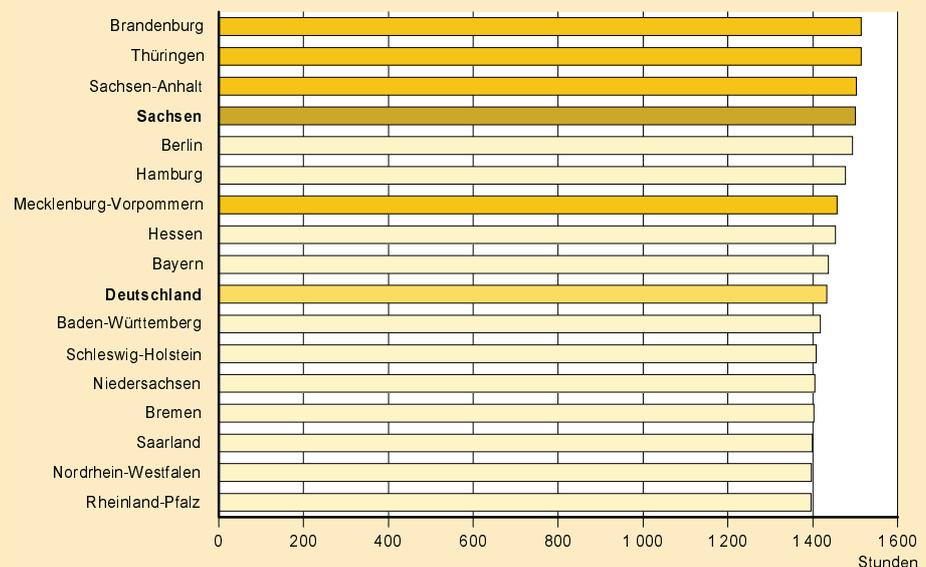
Die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe erbrachten 2007 mit fast 543 Millionen Stunden 18,6 Prozent des sächsischen Arbeitsvolumens. Das waren 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2000 stieg der Anteil der geleisteten Arbeitszeit in diesem Wirtschaftsabschnitt von 17,3 Prozent um 1,3 Prozentpunkte. Die Entwicklung des Arbeitsvolumens im Baugewerbe verlief im Jahr 2007 dagegen weniger dynamisch. Wenngleich hier 273 Millionen Arbeitsstunden und damit 2,5 Prozent mehr als 2006 geleistet wurden, verringerte sich der Anteil des Baugewerbes am in Sachsen erbrachten Arbeitsvolumen von 12,9 Prozent im Jahr 2000 auf 9,4 Prozent im Jahr 2007. Das ergibt eine Abweichung von minus 3,5 Prozentpunkten (vgl. Tab. 1.8).

Innerhalb der Dienstleistungsbereiche wurde im Bereich Öffentliche und private Dienstleister mit fast 904 Millionen Arbeitsstunden die größte Arbeitsleistung, nämlich 31,0 Prozent des Arbeitsvolumens Sachsens insgesamt, erbracht. Gegenüber 2006 sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden allerdings um 0,4 Prozent. Das führte zu einer Verringerung des Anteils des in diesem Wirtschaftsbereich erbrachten Arbeitsvolumens an der in Sachsen geleisteten Arbeitszeit insgesamt um 0,6 Prozentpunkte seit 2006. Nichtsdestotrotz erhöhte sich jener Anteil im Zeitraum von 2000 bis 2007 um 2,0 Prozentpunkte. Im Jahr 2000 hatte er noch bei 29,0 Prozent gelegen. Dem Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr kam im Jahr 2007 mit einem Arbeitsvolumen von 630 Millionen Stunden ein Anteil von 21,6 Prozent an der in Sachsen tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung zu. Im Vergleich zum Vorjahr wurde hier 0,7 Prozent länger gearbeitet. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister belief sich der Anteil bei einem Arbeitsvolumen von mehr als 470 Millionen Arbeitsstunden auf 16,1 Prozent. Hier erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zu 2006 deutlich um 4,7 Prozent. Dementsprechend lag auch der Anteil des in jenem Wirtschaftsbereich erbrachten Arbeitsvolumens an der sächsischen Arbeitsleistung insgesamt um 0,5 Prozentpunkte über dem Wert von 2006, in dem jener Anteil noch bei 15,6 Prozent gelegen hatte (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 1.8). Für den Vergleich der Struktur des Arbeitsvolumens mit der Erwerbstätigenstruktur waren in Sachsen im Jahr 2007 über die einzelnen Wirtschaftsbereiche

relativ geringe Abweichungen charakteristisch. So differierten die entsprechenden Anteile lediglich in einer Spanne von 0,2 Prozentpunkten im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) bis zu 1,2 Prozentpunkten im Baugewerbe.

Das gesamtdeutsche Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag 2007 bei 56,94 Milliarden Stunden. Gegenüber dem Vorjahr war das eine Steigerung von 1,7 Prozent. Der Anteil der in Sachsen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden am in Deutschland insgesamt erbrachten Arbeitsvolumen betrug damit – wie schon 2005 und 2006 – 5,1 Prozent. Noch vor acht Jahren hatte dieser Anteil bei 5,5 Prozent gelegen. In den alten Ländern (ohne Berlin) dehnte sich das Arbeitsvolumen 2007 ebenfalls um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. In den neuen Ländern (ohne Berlin) wuchs das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden binnen Jahresfrist mit 1,5 Prozent etwas schwächer. Dennoch lagen die Zuwächse 2007 in beiden Großraumregionen um jeweils mehr als einen Prozentpunkt, nämlich um 1,2 Prozentpunkte in den alten Ländern (ohne Berlin) und um 1,3 Prozentpunkte in den neuen Ländern (ohne Berlin), über den Steigerungsraten des Vorjahres (vgl. Tab. 2.8). Der relativ geringfügige Entwicklungsunterschied zwischen den alten und neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) ergab sich 2007 vorrangig aus der unterschiedlichen Entwicklung im Dienstleistungsbereich. In den alten Ländern (ohne Berlin) war hier mit 1,8 Prozent ein verhältnismäßig hoher Zuwachs zu verzeichnen, in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 0,9 Prozent dagegen ein eher moderater. Weiterhin lag der Anstieg des Arbeitsvolumens im Produzierenden Gewerbe 2007 gegenüber 2006 in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 3,3 Prozent um über das Doppelte höher, als in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 1,5 Prozent. Mit diesem Ergebnis ließ sich der – in den alten Ländern – seit Jahren zu beobachtende Rückgang des Arbeitsvolumens hier umkehren. Da dem Produzierenden Gewerbe im Vergleich zu

Abb. 32 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2007 nach Ländern¹⁾



¹⁾ Berechnungsstand: Februar 2008 (ETR des Bundes)

den Dienstleistungsbereichen jedoch nur ein knappes Drittel an Gewicht des Gesamtarbeitsvolumens in beiden Großraumregionen zukommt, überlagert die Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen die des Produzierenden Gewerbes. Der Zuwachs des Arbeitsvolumens in Sachsen in Höhe von 1,6 Prozent im Jahre 2007 lag demnach genau zwischen den Ergebnissen der alten und neuen Länder (jeweils ohne Berlin) und um 0,1 Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Resultat.

Die **Pro-Kopf-Arbeitszeit** der Erwerbstätigen, die sich aus dem Verhältnis von geleisteten Arbeitsstunden und der Zahl der Erwerbstätigen ergibt, lag 2007 in Sachsen bei 1 501 Stunden. Das war eine Stunde weniger als im Vorjahr. In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag die durchschnittliche Arbeitszeit mit 1 601 Stunden je Erwerbstätigen, im Produzierenden Gewerbe mit 1 628 Stunden je Erwerbstätigen sachsenweit am höchsten. Dabei wurde das Ergebnis insbesondere durch die Entwicklung im Baugewerbe beeinflusst, wo ein in Sachsen beschäftigter Erwerbstätiger im Durchschnitt gar 1 703 Arbeitsstunden erbrachte. Um einiges niedriger war die mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 450 Stunden in den Dienstleistungsbereichen. Hier wies der Bereich Öffentliche und private Dienstleister mit 1 466 geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ein um 1,1 Prozent über dem Durchschnitt der drei Dienstleistungsbereiche liegendes Ergebnis auf. Dagegen lagen sowohl im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 1 431 Stunden, als auch im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 1 445 Stunden verhältnismäßig niedrige mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeiten vor (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 1.9). Während der Durchschnittswert im Handel, Gastgewerbe und Verkehr auf die dort häufigen Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungen zurückzuführen ist, finden sich im kapitalintensiveren Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister öfter verhältnismäßig niedrige tariflich vereinbarte Arbeitszeitregelungen, die eine Erklärung für die beobachteten Ergebnisse darstellen.¹⁾ Die Veränderung der mittleren Pro-Kopf-Arbeitszeit lag von 2006 bis 2007 in fast allen sächsischen Wirtschaftsbereichen bei 0,5 Prozent oder weniger. Einzig im Baugewerbe ließ sich in diesem Zeitraum ein etwas stärkerer Zuwachs in Höhe von 0,7 Prozent verzeichnen.

Ein Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Sachsen war 2007 mit durchschnittlich 1 423 Stunden fast eine Stunde kürzer als noch 2006 tätig. Der Abwärtstrend der Vorjahre, in denen es zum Teil erhebliche Rückgänge gegeben hatte, setzte sich damit in abgeschwächter Form fort. So sank die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit eines Arbeitnehmers in Sachsen von ursprünglich 1 531 Stunden im Jahr 1998 auf den aktuellen Wert von 1 423 Stunden um 7,1 Prozent ab. Für den Personenkreis der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen waren ähnliche Entwicklungen charakteristisch. So arbeitete im Jahr 2007 eine dieser Gruppe zugehörige Person im Durchschnitt knapp 2 093 Stunden und damit mehr als fünf Stunden bzw. 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Gegenüber 1998, wo die mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit eines Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen noch bei 2 283 Stunden gelegen hatte, war ein Rückgang um 190 Stunden

bzw. 8,3 Prozent zu verzeichnen. Zu erklären ist diese Entwicklung damit, dass sich von 1998 bis 2007 die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen zwar deutlich erhöht hat, das von dieser Personengruppe in Sachsen erbrachte Arbeitsvolumen allerdings nur mäßig angestiegen ist oder sich sogar leicht rückläufig entwickelte.

Die durchschnittliche Arbeitszeit eines Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt lag 2007 – unverändert zum Vorjahr – bei 1 433 Stunden. Damit arbeitete dieser rund 68 Stunden bzw. 4,5 Prozent weniger als sein Kollege in Sachsen. Allerdings war diese Tendenz keineswegs nur für Sachsen charakteristisch, sondern galt wegen der Verschiedenartigkeit der Arbeitsverhältnisse bei den Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland für alle neuen Länder. Während ein Erwerbstätiger in den alten Ländern (ohne Berlin) im Jahr 2007 durchschnittlich 1 418 Arbeitsstunden erbrachte, wurde in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit durchschnittlich 1 501 Stunden knapp 83 Stunden bzw. 5,8 Prozent länger gearbeitet. Unter allen Ländern fand sich Sachsen im oberen Drittel wieder. Zwar lag die Pro-Kopf-Arbeitszeit in Sachsen knapp 14 Arbeitsstunden unter der in Brandenburg und Thüringen, wo 2007 mit jeweils 1 514 Stunden bundesweit am längsten gearbeitet wurde, aber deutlich über der in Rheinland-Pfalz, wo ein Erwerbstätiger mit 1 396 Stunden dagegen am kürzesten arbeitete. Im Vergleich dazu lag das sächsische Resultat um rund 105 Stunden höher (vgl. Abb. 32). Als eine Hauptursache für die in den neuen Ländern (ohne Berlin) tendenziell höher ausfallende durchschnittlich geleistete Arbeitszeit im Vergleich zu den alten Ländern (ohne Berlin) lassen sich die in beiden Großraumregionen variierenden tariflichen Arbeitszeiten anführen, die in den alten Ländern niedriger liegen als in den neuen Ländern. Darüber hinaus werden die Ergebnisse durch individuelle Arbeitszeiten (Voll- und Teilzeitbeschäftigung) sowie durch spezifische Wirtschaftsstrukturen beeinflusst. So wiesen die alten Länder (ohne Berlin) im Jahr 2007 beispielsweise einen höheren Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen als die fünf neuen Länder auf.

Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2007 waren den Angaben der Bundesagentur für Arbeit zufolge (Stand: Mai 2008) in Sachsen durchschnittlich 322 821 **Arbeitslose** gemeldet – so wenig wie noch nie seit 1996 (vgl. Abb. 33 und Tab. 1.17). Gegenüber 2006 entspricht das einem Rückgang um mehr als 49 000 Personen bzw. 13,2 Prozent. Auf Bundesebene meldeten sich 2007 durchschnittlich fast 3,78 Millionen Personen arbeitslos. Das waren 15,8 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. Tab. 2.19). In den alten Ländern (ohne Berlin) verringerte sich die mittlere Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum mit reichlich 17,3 Prozent noch geringfügig stärker. In den neuen Ländern (mit Berlin) sank die Arbeitslosigkeit mit 12,8 Prozent gegenüber 2006 dagegen etwas schwächer. Die Verringerung der sächsischen Arbeitslosenzahl lässt sich vordergründig

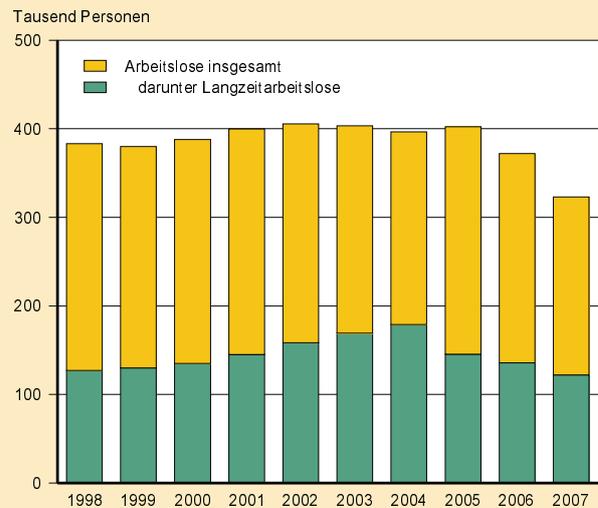
¹⁾ Vgl. Wirtschaft in Sachsen - Ergebnisse der amtlichen Statistik 2006, Statistischer Bericht, Kamenz 2007, S. 35.

auf den auch 2007 noch fortlaufenden konjunkturellen Aufschwung zurückführen, der durch die für Sachsen typische Branchenvielfalt und den Einsatz hochmoderner Technologien zusätzlich vorangetrieben wurde.²⁾ Im Unterschied zu den Vorjahren gingen 2007 beispielsweise vom sächsischen Baugewerbe merklich geringere Belastungen für den Arbeitsmarkt aus. Für die im Folgenden gemachten Ausführungen gilt es allerdings zu beachten, dass eine grundsätzliche Vergleichbarkeit der Arbeitsmarktdaten und ihrer Vorjahresentwicklungen erst ab dem Berichtsjahr 2005 gegeben ist.³⁾

Die **Arbeitslosenquote** Sachsens – berechnet auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen – lag im Jahresdurchschnitt 2007 bei 16,4 Prozent und damit um 2,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Das war ihr niedrigster Stand seit elf Jahren. In den neuen Ländern (mit Berlin) lag die Arbeitslosenquote bei durchschnittlich 16,8 Prozent, 2,4 Prozentpunkte niedriger als 2006. In den alten Ländern (ohne Berlin) waren 8,4 Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen ohne Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 1,8 Prozentpunkte. Da den alten Ländern sowohl wirtschafts- als auch flächenmäßig an Deutschland insgesamt ein höheres Gewicht als den neuen Ländern zukommt, lag die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote mit 10,1 Prozent 2007 näher am Resultat der alten Länder (ohne Berlin). Im Vergleich zum Vorjahr waren das 1,9 Prozentpunkte weniger. Die gegenüber den alten Ländern (ohne Berlin) in den neuen Ländern (mit Berlin) stärker rückläufige Arbeitslosenquote hat dazu geführt, dass sich auch 2007 – inzwischen zum vierten Mal in Folge – die kontinuierliche Verringerung des Abstandes zwischen den neuen und alten Ländern auf zuletzt 8,4 Prozentpunkte fortsetzen konnte (vgl. Abb. 34 und Tab. 2.19).

Von den 2007 knapp 323 000 sächsischen Arbeitslosen waren rund 165 000 Personen bzw. 51,1 Prozent **Frauen** (vgl. Tab. 1.17). Verglichen mit dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 10,6 Prozent. Trotz dieser absoluten Abnahme stieg der Frauenanteil in Sachsen von 49,6 Prozent im Jahr 2006 um weitere 1,5 Prozentpunkte an. Auf Bundesebene waren 49,6 Prozent aller Arbeitslosen im Jahr 2007 Frauen, in den alten Ländern (ohne Berlin) 49,8 Prozent und in den neuen Ländern (mit Berlin) 49,2 Prozent. Damit lag der Anteil arbeitsloser Frauen in Sachsen um 1,5 Prozentpunkte über dem Bundeswert und sogar um 1,9 Prozentpunkte über dem in den neuen Ländern (mit Berlin). Das Ergebnis von zuletzt 51,1 Prozent war der höchste Frauenanteil an den Arbeitslosen in Sachsen seit dem Jahr 2000. Damals hatte er bei 52,5 Pro-

Abb. 33 Arbeitslose und Langzeitarbeitslose¹⁾ in Sachsen 1998 bis 2007²⁾



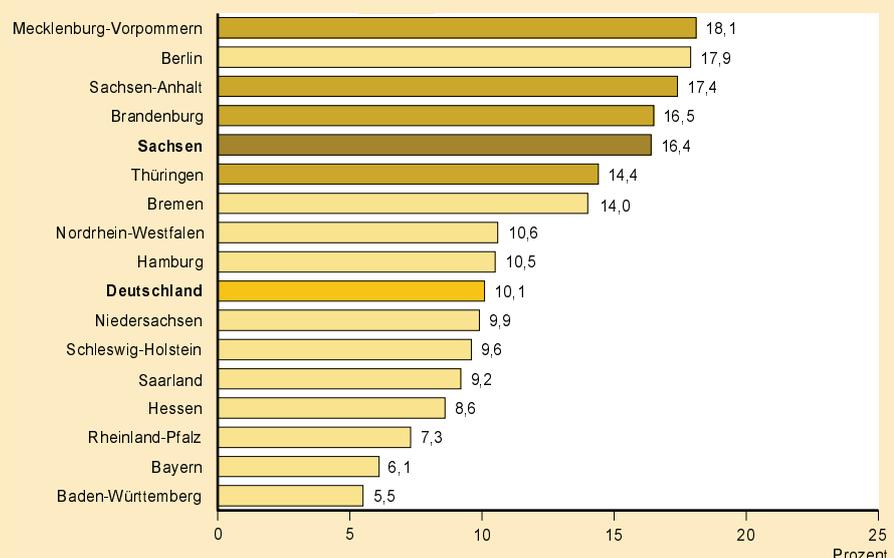
1) 2005, 2006 und 2007 ohne Daten zugelassener kommunaler Träger
2) Jahresdurchschnittsangaben, bis 2004 Berechnung auf Basis der Daten zum Monatsende; ab 2005 auf Basis der Daten zur Monatsmitte; Datenstand: Mai 2008
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

zent gelegen (vgl. Abb. 35). Die Zahl der arbeitslos registrierten Männer im Freistaat Sachsen nahm 2007 binnen Jahresfrist um 16,0 Prozent ab. Die Arbeitslosenzahl insgesamt verringerte sich in diesem Jahr um 13,2 Prozent. Demnach sank die Männerarbeitslosigkeit in Sachsen um

2) Vgl. Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, vom 23. Januar 2008, S. 2.

3) Im Jahr 2005 erfolgte im Zuge der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. In einigen Bereichen, etwa bei den Langzeitarbeitslosen, sind die Daten nach wie vor dennoch nur eingeschränkt vergleichbar, da der Bundesagentur für Arbeit für diese Bereiche vorerst keine ausreichend verwertbaren Datenmeldungen von zugelassenen kommunalen Trägern vorliegen.

Abb. 34 Arbeitslosenquote 2007 nach Ländern¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben; Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) in Prozent; Datenstand: Mai 2008
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

2,8 Prozentpunkte stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Anhand dieser Entwicklung lässt sich erkennen, dass Frauen von der weiterhin aufstrebenden Konjunktur und den damit verstärkt einher gehenden Neueinstellungen im Jahr 2007 in weitaus geringerem Maße profitieren konnten, als dies für Männer galt. Dies war nicht zuletzt auf die in Sachsen gegebene Industriestruktur zurückzuführen, die – im Vergleich zu anderen Bundesländern – eher Beschäftigte des männlichen Geschlechts begünstigt.

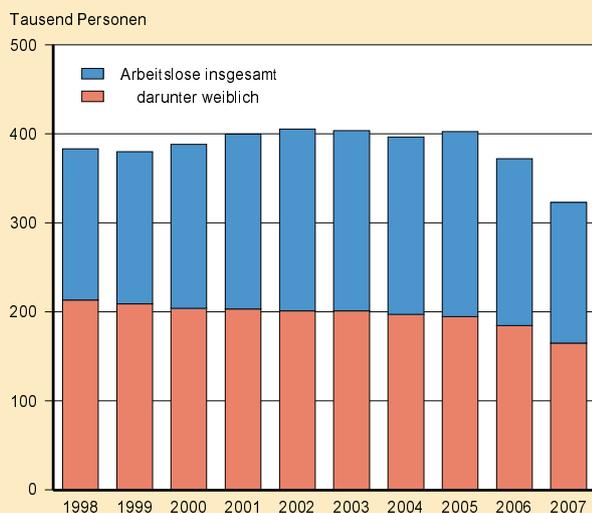
Mit der Einführung des SGB II veränderten sich in Deutschland die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik. Dies hat u. a. zur Folge, dass der Bundesagentur für Arbeit verwertbare Datenmeldungen von zugelassenen kommunalen Trägern zur Dauer der Arbeitslosigkeit oder auch zur Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Berichtsjahre 2005 bis 2007 nur in unzureichendem Umfang vorliegen. Bei diesen Merkmalen finden lediglich die auf Basis des IT-Fachverfahrens der Arbeitsagenturen erfassten Daten Berücksichtigung, was die Ableitung valider Aussagen zu den Entwicklungen am Arbeitsmarkt – insbesondere bei den **Langzeitarbeitslosen** – erheblich erschwert. Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren 2007 in Sachsen knapp 122 000 Personen ein Jahr und länger ohne Arbeit. Das waren 10,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Sachsen bei über einem Drittel (37,8 Prozent) und damit um 1,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. 2006 hatte er noch bei 36,5 Prozent gelegen (vgl. Abb. 33 und Tab. 1.17). Für Deutschland insgesamt vermeldete die Bundesagentur für Arbeit 2007 mit knapp 1,39 Millionen Personen 17,3 Prozent weniger Langzeitarbeitslose als im Jahr zuvor.

Durchschnittlich fast 47 500 Personen von den in Sachsen insgesamt gemeldeten Arbeitslosen waren im Jahr 2007 **55 Jahre und älter** (vgl. Tab. 1.17). Damit ging deren

Zahl gegenüber dem Vorjahr um 8,0 Prozent zurück. In Bezug zu allen Arbeitslosen in Sachsen belief sich der Anteil dieser Personengruppe im Jahr 2007 auf 14,7 Prozent. Nachdem dieser Anteil aufgrund von Fördermaßnahmen bzw. des „Nichtverfügbarkeitsprivilegs“ bis 2004 auf 10,6 Prozent zurückgegangen war, stieg er im Zeitraum von 2005 bis 2007 wieder signifikant an. Die weiblichen Arbeitslosen waren zu 54,7 Prozent an den 55 Jahre und älteren Personen ohne Beschäftigung vertreten. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Anteilssteigerung um 0,9 Prozentpunkte. In den neuen Ländern (mit Berlin) wurden in dieser Personengruppe 2007 mit rund 165 000 arbeitslosen Personen 9,4 Prozent weniger als im Vorjahr gezählt. Das waren 12,8 Prozent aller Arbeitslosen in den neuen Ländern (mit Berlin). In den alten Ländern (ohne Berlin) hatten 2007 gut 310 000 der 55 Jahre und älteren Personen keine Arbeit. Das waren 19,5 Prozent weniger als im Vorjahr und entspricht einem Anteil von 12,5 Prozent an allen Arbeitslosen in den alten Ländern (ohne Berlin). Prozentual wies Sachsen demnach deutlich mehr Ältere als die beiden Großraumregionen auf. In Deutschland lag die Zahl der 55 Jahre und älteren Arbeitslosen 2007 bei gut 475 000 Personen und damit 16,3 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Das ergab einen Anteil an allen Arbeitslosen in Deutschland in Höhe von 12,6 Prozent. Von diesem Wert wich das sächsische Resultat um plus 2,1 Prozentpunkte ab (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 2.19).

Bei der sächsischen **Jugendarbeitslosigkeit**, die sich 2007 binnen Jahresfrist um 18,6 Prozent auf eine Zahl von zuletzt knapp 37 300 Personen verringerte, traten die rückläufigen Entwicklungen noch stärker als bei der Gesamtarbeitslosenzahl hervor. So waren 11,5 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen unter 25 Jahre. Darunter waren gut 16 500 Personen bzw. 44,3 Prozent Frauen. Damit lag deren Anteil an allen Arbeitslosen in Sachsen in der Gruppe der Jugendlichen im Alter bis unter 25 Jahren um 10,4 Prozentpunkte unter dem der 55 Jahre und älteren. Im Durchschnitt der neuen Länder (mit Berlin) fiel der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen Personen ohne Erwerbstätigkeit mit 11,1 Prozent etwas niedriger als in Sachsen aus. In den alten Ländern (ohne Berlin) waren es mit einem entsprechenden Anteil von durchschnittlich 10,5 Prozent 1,0 Prozentpunkte weniger als in Sachsen. Beim Vergleich der Ergebnisse beider Großraumregionen gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenquote in den alten Ländern (ohne Berlin) erheblich niedriger als in den neuen Ländern (mit Berlin) war (vgl. Abb. 34). Vor diesem Hintergrund muss – ungeachtet der verhältnismäßig geringen Unterschiede zwischen Ost und West und trotz der in Sachsen stark rückläufigen Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit – die Lage der arbeitslosen Jugendlichen in Sachsen als nach wie vor angespannt eingeschätzt werden. So hatte trotz der deutlichen Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit ein nicht zu unterschätzender Teil der Jugendlichen keine Ausbildung und weit mehr als die Hälfte von ihnen bezog inzwischen Arbeitslosengeld II.⁴⁾

Abb. 35 Arbeitslose in Sachsen 1998 bis 2007 nach Geschlecht¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben, bis 2004 Berechnung auf Basis der Daten zum Monatsende; ab 2005 auf Basis der Daten zur Monatsmitte; Datenstand: Mai 2008
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

4) Vgl. Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen vom 23. Januar 2008, S. 4.

Für die Gruppe der **Jugendlichen bis unter 20 Jahren**, in der vor allem Schulabgänger mit oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung enthalten sind, ist die zeitnahe Aufnahme einer regulären Beschäftigung, und damit auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt, von besonderer Bedeutung. Im Jahresdurchschnitt 2007 wurden sachsenweit knapp 6 300 Personen aus dieser Personengruppe bei den Agenturen für Arbeit registriert. Das waren 22,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit lag der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen bis unter 20 Jahren an allen Arbeitslosen in Sachsen bei 1,9 Prozent. Darunter kam den arbeitslosen Frauen ein Anteil von 46,4 Prozent zu, der nahezu unverändert auf Vorjahresniveau verharrte. Der gegenüber der Abnahme bei den Jugendarbeitslosen um 4,0 Prozentpunkte geringere Rückgang in der Gruppe der Jugendlichen bis unter 20 Jahren insgesamt war – wie auch in den Vorjahren – in erster Linie auf die 2007 weiter rückläufige Zahl von Schulabgängern zurückzuführen. Darüber hinaus begünstigte die konjunkturelle Dynamik der sächsischen Wirtschaft auch das Angebot an Lehrstellen für die Absolventen. So kommen gegenwärtig zwei Bewerber auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Vor gut einem Jahr waren das noch mehr als drei Bewerber gewesen.⁵⁾ Als problematisch erweist sich dagegen nach wie vor der – wenn auch mittlerweile verringerte – Anteil unversorgter Altbewerber von rund der Hälfte aller Bewerber um einen Ausbildungsplatz.⁶⁾ In den neuen Ländern (mit Berlin) waren die unter 20-jährigen Arbeitslosen im Umfang von knapp 25 700 Personen zu 2,0 Prozent an allen Arbeitslosen in dieser Großraumregion vertreten. Damit gestaltete sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für jene Personengruppe in Sachsen geringfügig entspannter als im Durchschnitt der neuen Länder (mit Berlin). Gegenüber den alten Ländern (ohne Berlin), wo im Jahr 2007 gut 57 700 Personen bzw. 2,3 Prozent aller Arbeitslosen zur Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen bis unter 20 Jahren zählten, lag die Abweichung bei 0,4 Prozentpunkten. Bundesweit waren im Jahr 2007 fast 83 400 Personen im Alter von unter 20 Jahren ohne Beschäftigung. Das entspricht einem Anteil von 2,2 Prozent an sämtlichen Arbeitslosen in Deutschland.

Insgesamt wurden den sächsischen Agenturen für Arbeit im Jahr 2007 knapp 184 300 **Stellen neu gemeldet**. Der durchschnittliche Bestand an gemeldeten offenen Stellen lag bei reichlich 29 300. Damit war nach massiven Zuwächsen an offenen Arbeitsplätzen in Höhe von rund 65 Prozent im Jahr 2005 bzw. 55 Prozent im Jahr 2006 gegenüber dem jeweiligen Vorjahr 2007 wieder ein geringfügiger Rückgang um 219 Stellen bzw. 0,7 Prozent zu verzeichnen (vgl. Tab. 1.17). Eine Erklärung dafür könnte sein, dass sich in Sachsen infolge einer leichten Abschwächung des Konjunkturwachstums nach dem verhältnis-

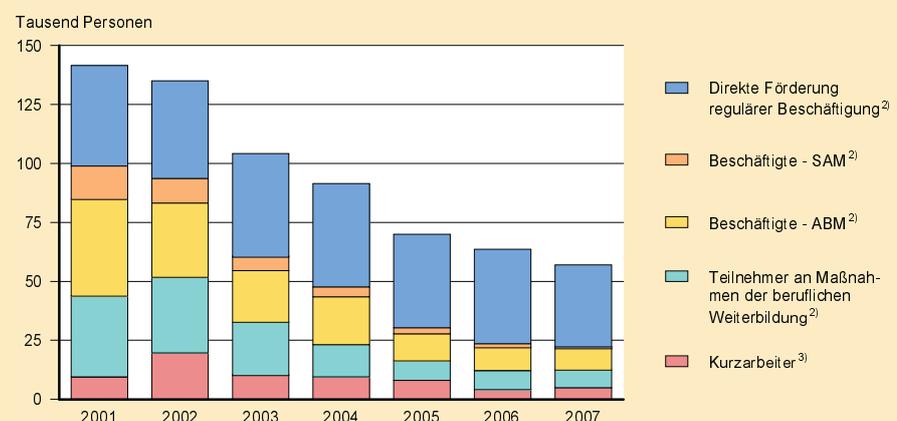
mäßig starken Wirtschaftswachstum von 2005 bis 2006 in Höhe von preisbereinigt 2,8 Prozent die durch dieses hervorgerufene zusätzliche Arbeitskräftenachfrage wieder reduziert hat. Ein weiterer Grund ist in dem präferierten Einstellungsverhalten mancher Arbeitgeber zu sehen, die in Zeiten der wirtschaftlichen Blüte weniger Arbeitskräfte entlassen und damit entsprechend weniger offene Stellen an die Agentur für Arbeit melden können.⁷⁾ In den neuen Ländern (mit Berlin) war die Situation 2007 etwas anders. Hier erhöhte sich der durchschnittliche Bestand an gemeldeten Stellen auf zuletzt gut 132 700 Stellen um weitere 3,3 Prozent gegenüber 2006 und erreichte damit einen neuen Höchststand. In den alten Ländern (ohne Berlin) lagen den jeweiligen Agenturen für Arbeit im Jahr 2007 Meldungen über durchschnittlich rund 488 700 freie Arbeitsplätze vor. Das waren 12,2 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. In Deutschland insgesamt betrug der Zuwachs zuletzt 10,1 Prozent (vgl. Tab. 2.19).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Im Jahr 2007 lag die Zahl der **Kurzarbeiter** in Sachsen im Durchschnitt bei knapp 4 900 Personen (vgl. Tab. 1.17). Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Zuwachs um fast 800 Personen bzw. 18,8 Prozent (vgl. Abb. 36). Demnach wirkte sich die Konjunktur auch bei dieser Personengruppe positiv aus. Weiter zurückreichende Vergleiche sind aufgrund von gesetzlichen Änderungen allerdings nicht möglich.⁸⁾

- 5) Vgl. Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, vom 1. April 2008.
http://www.arbeitsagentur.de/mn_29378/Dienststellen/RD-S/RD-S/Presse/2008/Mehr-Ausbildung.html
- 6) Vgl. Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, vom 23. Januar 2008, S. 9.
- 7) Vgl. Pressemitteilung der Agentur für Arbeit vom 3. Januar 2008.
http://www.arbeitsagentur.de/mn_27030/zentraler-Content/Pressemeldungen/2008/Presse-08-001.html
- 8) Seit dem 1. Dezember 2006 gilt die neue Saison-Kurzarbeiter-Regelung, wonach die Arbeitnehmer im Baugewerbe auch bei saisonalen Arbeitsausfällen in der Schlechtwetterzeit mit dem Saison-Kurzarbeitergeld weiterbeschäftigt werden können, ohne sie zwischenzeitlich in die Arbeitslosigkeit entlassen zu müssen.

Abb. 36 Kurzarbeiter und Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Sachsen 2001 bis 2007¹⁾



- 1) Jahresdurchschnittsangaben, bis 2004 Berechnung auf Basis der Daten zum Monatsende; ab 2005 auf Basis der Daten zur Monatsmitte; Datenstand: Mai 2008
- 2) 2005, 2006 und 2007 Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA; ohne Daten zugelassener kommunaler Träger
- 3) 2006 infolge gesetzlicher Änderungen nicht mit den Vorjahren vergleichbar
- Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Den sächsischen Agenturen für Arbeit stand im Jahr 2007 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein Budget von rund 327 Millionen Euro zur Verfügung.⁹⁾ Mit dessen Hilfe wurde über 34 700 Personen eine **direkte Förderung der regulären Beschäftigung** gewährt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Rückgang um 13,2 Prozent. Ähnlich verlief die Entwicklung in den neuen Ländern (mit Berlin). Hier ging die Zahl der direkten Förderungshilfen für eine reguläre Beschäftigung 2007 binnen Jahresfrist um 13,0 Prozent, also 0,2 Prozentpunkte weniger stark als in Sachsen, zurück. In den alten Ländern (ohne Berlin) ergab sich gegenüber 2006 ein Rückgang von 11,5 Prozent (vgl. Tab. 1.17 und Tab. 2.19).

Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden in Sachsen 2007 noch gut 9 500 Personen gefördert. Das waren 6,9 Prozent weniger als 2006. Im Vergleich zum Jahr 2000 verringerte sich die Zahl der ABM-Kräfte sogar um 80,6 Prozent (vgl. Abb. 36 und Tab. 1.17). Die Bedeutung von Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) nahm 2007 – den Entwicklungen der Vorjahre folgend – ebenfalls weiter ab. So waren zuletzt noch durchschnittlich knapp 800 Personen in SAM beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um fast zwei Drittel (58,0 Prozent). Seit dem Jahr 2000 verringerte sich die Zahl der durch SAM geförderten Personen sogar um 97,0 Prozent. Die wesentlichste Ursache hierfür ist in der seit 2001 geänderten Fördervoraussetzung bei Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW) zu sehen. Bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW), an denen 2007 noch knapp 7 700 Personen teilnehmen konnten, war mit einem Rückgang um 5,2 Prozent gegenüber dem

Vorjahr ebenfalls ein Abwärtstrend festzustellen. Damit erreichte die bereits seit 2003 vollzogene mehr oder weniger deutliche Reduktion von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nunmehr einen neuen Negativhöhepunkt. Es sei daran erinnert, dass die Angaben der sächsischen Agenturen für Arbeit zu verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen das tatsächliche Niveau der durch diese geförderten Personen unterzeichnen, da die Angaben noch keinerlei Daten von zugelassenen kommunalen Trägern enthalten.

Die soeben für Sachsen beschriebenen Entwicklungen waren 2007 überwiegend auch für Deutschland insgesamt charakteristisch. So ging das Förderungsangebot der Agentur für Arbeit bei ABM bundesweit um 11,2 Prozent, die Unterstützung Arbeitsuchender mithilfe von SAM sogar um 67,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme deutschlandweit im Zeitraum von 2006 bis 2007 um durchschnittlich 4,2 Prozent (vgl. Tab. 2.19). Damit verlief die Entwicklung in Deutschland insgesamt einzig in diesem Bereich entgegengesetzt zur sächsischen. Der Hauptgrund für die im Allgemeinen rückläufigen Tendenzen im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist in erster Linie in der relativ günstigen konjunkturellen Lage zu sehen, die zu einer verringerten Arbeitslosigkeit führt und damit auch die Nachfrage nach potentiellen Förderungsleistungen der Agentur für Arbeit zurückgehen lässt.

⁹⁾ Vgl. Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen, vom 23. Januar 2008, S. 5.

5. Unternehmensstruktur, Gewerbeanzeigen und Unternehmensinsolvenzen

Unternehmensstruktur

Ende 2007 waren insgesamt 156 499 Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (zum Berichtsjahr 2005) im Produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen¹⁾ mit Sitz in Sachsen wirtschaftlich aktiv – Stand des sächsischen statistischen Unternehmensregister (URS 95) vom 31. Dezember 2007 – (vgl. Tab. 1.18). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme der Unternehmenszahl um 3,3 Prozent. Eine Differenzierung der Unternehmen nach **Beschäftigtengrößenklassen** verdeutlicht dabei, dass in der sächsischen Wirtschaft Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) überwiegen. 90,8 Prozent aller Unternehmen waren Kleinstunternehmen mit 0 bis 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 7,4 Prozent kleine Unternehmen mit 10 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 1,5 Prozent mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und lediglich 0,3 Prozent Großunternehmen mit 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Tab. 2.20). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Anteil der Kleinstunternehmen um 0,9 Prozentpunkte. Der Anteil der kleinen Unternehmen nahm um 0,8 Prozentpunkte und der Anteil der mittleren Unternehmen um 0,1 Prozentpunkt ab. Entsprechend der KMU-Definition der EU-Kommission waren zum Jahresende 2007 folglich 99,7 Prozent der im sächsischen Unternehmensregister erfassten Einheiten kleine und mittlere Unternehmen (KMU).²⁾ Der Anteil ist damit in den letzten beiden Jahren konstant geblieben.

Die Struktur der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen in Sachsen und im Durchschnitt der neuen Länder entsprechen weitestgehend einander (vgl. Tab. 2.20). Der Anteil der Kleinstunternehmen ist im Durchschnitt der neuen Länder um 0,3 Prozentpunkte geringer. Dafür war der Anteil der Kleinunternehmen sowie der mittleren Unternehmen um jeweils 0,2 Prozentpunkte höher, während die Anteile der Großunternehmen einander entsprachen. Im Vergleich zu den alten Ländern (ohne Berlin) beschränken sich die Unterschiede auf die Kleinstunternehmen und die kleinen Unternehmen (vgl. Tab. 2.20). So lag der Anteil der Kleinstunternehmen im Durchschnitt der alten Länder 0,5 Prozentpunkte über dem entsprechenden Verhältnis in Sachsen, die kleinen Unternehmen hatten einen um 0,5 Prozentpunkte geringeren Anteil. Die Verhältnisse der Großunternehmen waren zwar identisch, allerdings ist davon auszugehen, dass die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in den Großunternehmen der alten Länder weitaus höher liegt.

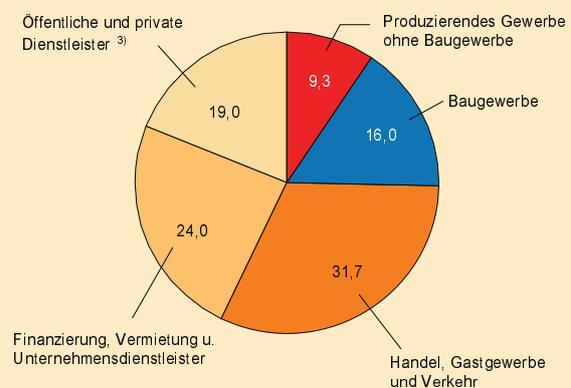
In der vom Unternehmensregister (URS 95) abgebildeten **Unternehmensstruktur** Sachsens entfiel 2007 ein Anteil von 25,3 Prozent bzw. 39 550 Unternehmen auf das Produzierende Gewerbe (vgl. Abb. 37 und Tab. 2.20). Darunter hatten 8,9 Prozent der Unternehmen ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe. Von den 13 985 Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hatten wiederum 6,3 Prozent eine mittlere Größe und

0,8 Prozent waren Großunternehmen (vgl. Tab. 1.18). Der Anteil der kleinen Unternehmen lag mit 21,0 Prozent ebenfalls über dem Durchschnitt. Die Kleinstunternehmen hatten hingegen lediglich einen Anteil von 71,7 Prozent. Im Baugewerbe stellen sich die Verhältnisse unterschiedlich dar. Der Anteil der Kleinstunternehmen lag bei 92,7 Prozent, der kleinen Unternehmen bei 6,5 Prozent und der mittleren Unternehmen bei 0,7 Prozent. Insgesamt waren 16,0 Prozent der im URS 95 erfassten sächsischen Unternehmen im Baugewerbe tätig.

In den Dienstleistungsbereichen hatte mit 74,7 Prozent ein Großteil der sächsischen Unternehmen ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag mit 49 614 Unternehmen die höchste Unternehmenszahl unter den sächsischen Wirtschaftsbereichen vor. Dies entspricht 31,7 Prozent aller in der Unternehmensauswertung betrachteten Einheiten. Zum Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister gehörten 37 622 Unternehmen bzw. 24,0 Prozent. Für beide Wirtschaftsbereiche ist dabei ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Kleinstunternehmen charakteristisch. Während der Anteil der Unternehmen mit 0 bis 9 Beschäftigten im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 92,3 Prozent betrug, verzeichneten der Bereich Finanzierung, Ver-

- 1) Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS 95); ohne die Bereiche Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei); öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal
- 2) insofern ihr Umsatz kleiner/gleich 50 Millionen € oder ihre Bilanzsumme kleiner/gleich 43 Millionen € war; Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie kleiner und mittleren Unternehmen (KMU) (Empfehlung 2003/361/EG, ABl. L 124/36).

Abb. 37 Unternehmen¹⁾ in Sachsen nach Wirtschaftsbereichen²⁾ in Prozent



1) am 31. Dezember 2007 im Unternehmensregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2005

2) ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal

3) ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal

mietung und Unternehmensdienstleister sogar einen Anteil von 94,7 Prozent. Der Anteil der mittleren und Großunternehmen lag hingegen in beiden Wirtschaftsbereichen deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt. Im Bereich Öffentliche und private Dienstleister (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal) betrug die Unternehmensanzahl 29 713, damit waren 19,0 Prozent der Unternehmen und Einrichtungen Sachsens in diesem Bereich tätig. Die Verhältnisse der Unternehmensgrößenklassen für diesen Dienstleistungsbereich stimmten nahezu mit dem sächsischen Durchschnitt überein.

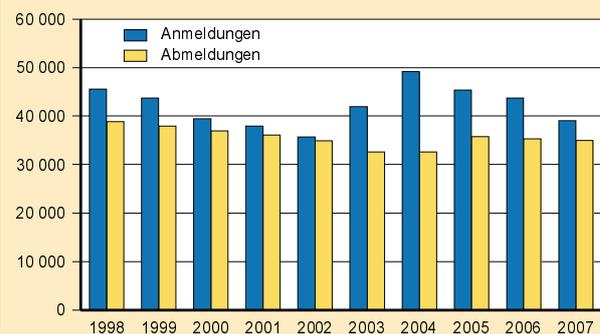
Beim Vergleich der sächsischen Unternehmensstruktur mit dem Durchschnitt der neuen Länder sind nur geringfügige Unterschiede festzustellen (vgl. Tab. 2.20). Der Anteil von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes lag in Sachsen um 1,3 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der neuen Länder. Innerhalb des Dienstleistungssektors war der Anteil von Unternehmen des Bereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um 1,6 Prozentpunkte höher. Der Anteil des Bereiches Öffentliche und private Dienstleister war dem entgegen um 0,8 Prozentpunkte und der Anteil des Bereichs Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 2,1 Prozentpunkte geringer.

Zur Unternehmensstruktur der alten Länder bestanden stärkere Abweichungen (vgl. Tab. 2.20). So lag der Anteil der Unternehmen des Baugewerbes in den alten Ländern bei lediglich 9,2 Prozent, in Sachsen waren es 16,0 Prozent und in den neuen Ländern 15,4 Prozent. Damit verzeichnete Sachsen hinter Brandenburg mit 16,2 Prozent den höchsten Anteil an Unternehmen des Baugewerbes. Der Anteil der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nahm mit 8,9 Prozent in Sachsen im Vergleich zu den alten Ländern nur einen geringfügig überdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtzahl der Unternehmen ein. Im Durchschnitt der alten Länder wurde ein Anteil von 8,8 Prozent registriert. In den Dienstleistungsbereichen lag der bedeutendste Unterschied zu den alten Ländern im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Hier lag der entsprechende Anteil in den alten Ländern mit durchschnittlich 29,7 Prozent deutlich höher als in Sachsen mit 24,0 Prozent. Die Unterschiede werden im Wesentlichen durch den Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt hervorgerufen. Während 22,2 Prozent der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbereiche mit Sitz in Sachsen in diesem Wirtschaftsabschnitt tätig waren, betrug der entsprechende Anteil für die alten Länder 28,2 Prozent. Im Dienstleistungsbereich Öffentliche und private Dienstleister war der Anteil in den alten Ländern um 0,7 Prozentpunkte geringer, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wiederum 1,8 Prozentpunkte höher.

Gewerbeanzeigen

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** in Sachsen verringerte sich 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 10,7 Prozent (vgl. Tab. 2.21). Damit setzte sich nicht nur der Rückgang

**Abb. 38 Gewerbeanzeigen in Sachsen
1998 bis 2007**



der Gewerbeanmeldungen im dritten Jahr in Folge fort, der prozentuale Rückgang erreichte zudem ein Rekordniveau. Die 39 038 Gewerbeanmeldungen in Sachsen erfolgten in knapp 33 397 Fällen bzw. 85,5 Prozent aufgrund der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes (Betriebsgründung oder sonstige Neuerrichtung) (vgl. Tab. 1.19). Die übrigen Gewerbeanmeldungen gingen auf die Übernahme durch Erbfolge, Kauf oder Pacht bzw. den Zuzug von Gewerbebetrieben aus anderen Gewerbeamtsbezirken (auch innerhalb von Sachsen) zurück. Die Betriebsgründungen (Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbstständige Zweigstellen), hinter denen sich eine größere wirtschaftliche Substanz vermuten lässt, verzeichneten einen Anteil von 25,9 Prozent an den Neuerrichtungen und damit 0,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Allerdings verringerte sich ungeachtet der wirtschaftlichen Belebung der Jahre 2006 und 2007 die Zahl der Betriebsgründungen um 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr und damit deutlicher als im Jahr 2001, in dem mit einem Rückgang um 8,8 Prozent der bisherige Rekordwert vorlag. Die Zahl der sonstigen Neuerrichtungen, das sind Anmeldungen von Kleingewerbeunternehmen bzw. Nebenerwerbsbetrieben, verringerte sich um 13,5 Prozent. Diese stark rückläufige Entwicklung steht u. a. mit der Überleitung des Existenzgründungszuschusses und Überbrückungsgeldes in den so genannten Gründungszuschuss zum 1. August 2006 in Zusammenhang. Eine Betrachtung des Bestandes an Personen, welche eine Förderung zur Existenzgründung erhalten, reflektiert die sinkende Zahl an Zuschüssen für Kleingewerbeunternehmen. Während nach Angaben der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit sich 2006 durchschnittlich noch insgesamt 26 559 Personen in Maßnahmen zur Förderung der Existenzgründung befanden, waren es im Jahr 2007 nur noch 21 160 Personen und somit 20,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Auch in den neuen Ländern (ohne Berlin) verringerte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2007 um einen Rekordwert von 9,7 Prozent (vgl. Tab. 2.21). In den alten Ländern betrug der Rückgang vergleichsweise geringe 2,8 Prozent. Bundesweit wurden 3,8 Prozent weniger Anmeldungen als im Vorjahr registriert.

Das Umsatzwachstum des sächsischen Baugewerbes in den Jahren 2006 und 2007 schlug sich nicht auf die

Gewerbebeanmeldungen des Jahres 2007 niedriger. Das Baugewerbe hatte mit einer Abnahme um 16,3 Prozent maßgeblichen Anteil am Rückgang der Gewerbebeanmeldungen in Sachsen (vgl. Tab. 2.21). Grund hierfür ist der anhaltende Struktur Anpassungsprozess des sächsischen Baugewerbes an das gesamtdeutsche Niveau. Der Anteil des Baugewerbes an den Gewerbebeanmeldungen blieb trotz des Rückgangs auch im Jahr 2007 mit 14,6 Prozent verhältnismäßig hoch (vgl. Tab. 1.19). Dieser relativ hohe Anteil an den Gewerbebeanmeldungen bzw. die grundsätzlich hohe Fluktuation an Unternehmen ist durch die typische Kleinbetriebsstruktur des Baugewerbes bedingt. Das Verarbeitende Gewerbe registrierte 2007 zum Vergleich lediglich 4,3 Prozent bzw. 1 679 Gewerbebeanmeldungen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 11,5 Prozent.

Innerhalb der Dienstleistungsbereiche wurden 2007 die meisten Gewerbebeanmeldungen im Bereich Handel, einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern gemeldet. Die 9 437 Gewerbebeanmeldungen in diesem Bereich entsprechen einem Anteil von 24,2 Prozent an der Gesamtzahl an Gewerbebeanmeldungen (vgl. Tab. 1.19). Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Gewerbebeanmeldungen um 12,7 Prozent zurück. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen anderweitig nicht genannt verzeichnete einen ähnlich hohen Anteil von 23,1 Prozent an den gesamten Gewerbebeanmeldungen. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Bereich allerdings auch einen Rückgang der Gewerbebeanmeldungen um 8,0 Prozent. Die Anteile der weiteren Wirtschaftsabschnitte können der Abbildung 39 bzw. Tabelle 1.19 entnommen werden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Zahl der Gewerbebeanmeldungen in Sachsen in fast allen Wirtschaftsabschnitten zurückging. Einzige Ausnahme bildet der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) in dem die Zahl der Gewerbebeanmeldungen um 1,9 Prozent auf 476 zunahm. Hierbei ist das geringe absolute Niveau der Gewerbebeanmeldungen in diesem Bereich zu berücksichtigen.

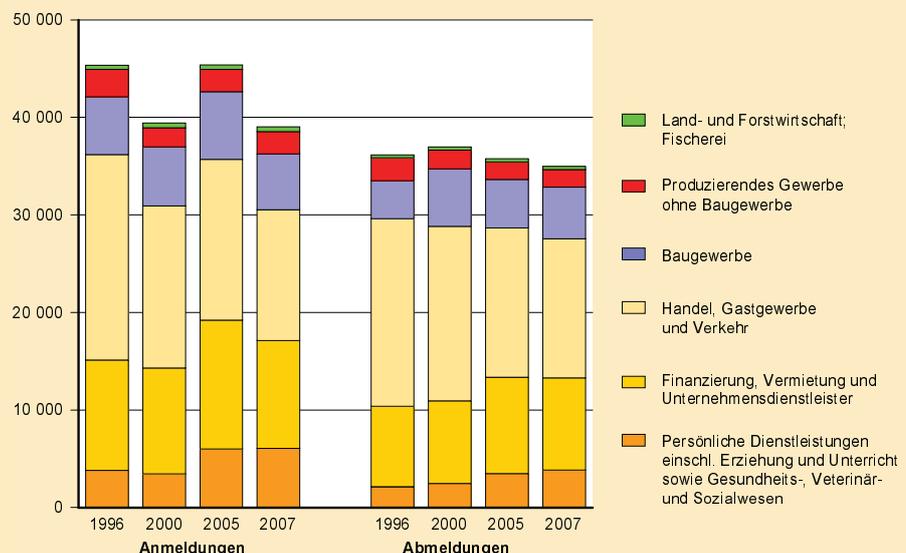
Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** in Sachsen verringerte sich 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent (vgl. Tab. 2.22). Damit setzte sich der Rückgang der Gewerbeabmeldungen im zweiten Jahr in Folge fort und es wurde ein Absolutwert von 34 965 Abmeldungen erreicht (vgl. Abb. 38 und Tab. 1.19). Die anhaltende wirtschaftliche Belebung des Jahres 2007 beeinflusste den Rückgang der Gewerbeabmeldungen positiv. Im Jahr 2006 war der Rückgang mit 1,5 Prozent geringfügig höher. 29 248

Abmeldungen bzw. 83,6 Prozent erfolgten im Jahr 2007 wegen vollständiger und teilweiser Aufgabe eines Betriebes (vgl. Tab. 1.19). Davon waren wiederum 27,7 Prozent Betriebsaufgaben von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbstständigen Zweigstellen und 72,3 Prozent sonstige Stilllegungen von Kleingewerbeunternehmen bzw. Nebenerwerbsbetrieben. Hierbei ist hervorzuheben, dass die Zahl der Betriebsaufgaben, denen eine relativ große wirtschaftliche Substanz zugrunde liegt, um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist und die sonstigen Stilllegungen um lediglich 0,4 Prozent angestiegen sind.

Die fünf neuen Länder verzeichneten einen Rückgang der Gewerbeabmeldungen um 0,2 Prozent, die alten Länder um 0,1 Prozent und Deutschland ebenfalls um 0,1 Prozent (vgl. Tab. 2.22). Die Zahl der Gewerbeabmeldungen verringerte sich damit in Sachsen überdurchschnittlich.

Die Struktur der Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftszweigen unterscheidet sich nur geringfügig von der Struktur der Gewerbebeanmeldungen (vgl. Tab. 1.19). Auf das Baugewerbe entfiel ein relativ hoher Anteil von 15,2 Prozent der Gewerbeabmeldungen. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde lediglich ein Anteil von 4,9 Prozent verzeichnet. Entgegen der Entwicklung im Vorjahr kam es sowohl im Baugewerbe als auch im Verarbeitenden Gewerbe zu einer Zunahme der Gewerbeabmeldungen: im Verarbeitenden Gewerbe um 4,9 Prozent und im Baugewerbe um 9,8 Prozent. In den Dienstleistungsbereichen entfielen mit 28,7 Prozent die meisten Abmeldungen auf den Abschnitt Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Dies entspricht mit einem um 4,6 Prozentpunkte höheren Anteil dem größten Unterschied zur Struktur der Gewerbebeanmeldungen. 20,0 Prozent aller Abmeldungen entfielen auf Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen ander-

Abb. 39 Gewerbeanzeigen in Sachsen 1996, 2000, 2005 und 2007 nach Wirtschaftsbereichen



weitig nicht genannt. Die Anteile der weiteren Abschnitte können der Abbildung 39 und der Tabelle 1.19 entnommen werden. In nahezu sämtlichen Dienstleistungsabschnitten kam es zu einem Rückgang der Gewerbeabmeldungen. Lediglich im Bereich Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen nahmen die Abmeldungen um 1,9 Prozent bzw. 64 Fälle zu (vgl. Tab. 2.22).

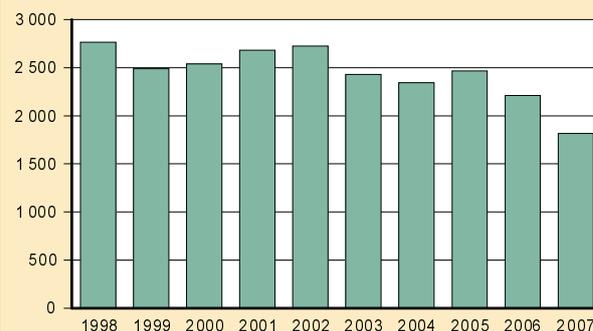
Die Zahl der Gewerbeabmeldungen übertraf auch 2007 die Zahl der Gewerbeabmeldungen deutlich. Der Saldo aus Gewerbe- und -abmeldungen hatte einen Wert von 4 073. Im Vorjahr betrug der Saldo allerdings noch 8 480. Diese Verringerung des Saldos wird auch bei Betrachtung der Verhältnisse aus Gewerbe- und -abmeldungen deutlich. Während 2007 auf 100 Gewerbeabmeldungen 90 Gewerbeabmeldungen kamen, lag das Verhältnis 2006 noch bei 100 zu 81. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen war die Relation von An- und Abmeldungen sehr unterschiedlich. Während im Verarbeitenden Gewerbe ein Verhältnis von 100 zu 101 zu Gunsten der Gewerbeabmeldungen vorlag, wurde im Baugewerbe ein Verhältnis von 100 zu 93 zu Gunsten der Gewerbeabmeldungen registriert. Auch in den Dienstleistungsbereichen bestanden größere Unterschiede. Im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt wurde eine Relation von 100 zu 77 verzeichnet, im Abschnitt Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen von 100 zu 61 und in den übrigen Wirtschaftsbereichen, d. h. in Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), Energie und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, von 100 zu 50. Somit herrschte in diesen Wirtschaftsabschnitten eine Relation zu Gunsten der Gewerbeabmeldungen. In den Abschnitten Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern betrug die Relation 100 zu 106, im Gastgewerbe 100 zu 105, im Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung 100 zu 109 und im Abschnitt Kredit- und Versicherungsgewerbe 100 zu 120. Somit überwogen in diesen Wirtschaftsabschnitten die Gewerbeabmeldungen.

Eine Differenzierung der Gewerbeanzeigen nach **Rechtsformen** offenbart, dass mit rund 31 484 Fällen bzw. 80,6 Prozent auch 2007 ein Großteil der Anmeldungen auf Einzelunternehmen entfiel. 10,1 Prozent der Anmeldungen bzw. 3 932 Fälle erfolgten für Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Auch die Gewerbeabmeldungen wurden maßgeblich von Einzelunternehmen und GmbH geprägt. Mit 79,2 Prozent aller Abmeldungen bzw. in 27 709 Fällen waren 2007 Einzelunternehmen betroffen. Zudem wurden gut 3 996 Gesellschaften mit beschränkter Haftung abgemeldet, was einem Anteil von 11,4 Prozent entspricht.

Unternehmensinsolvenzen

Die Gesamtzahl der Insolvenzen in Sachsen – hier sind neben den Unternehmensinsolvenzen auch übrige Schuldner, wie Private Personen und Nachlässe enthalten –

Abb. 40 Unternehmensinsolvenzen in Sachsen 1998 bis 2007¹⁾



¹⁾ eingeschränkter Vergleich 2002 zu 2001 infolge Änderung der Insolvenzordnung

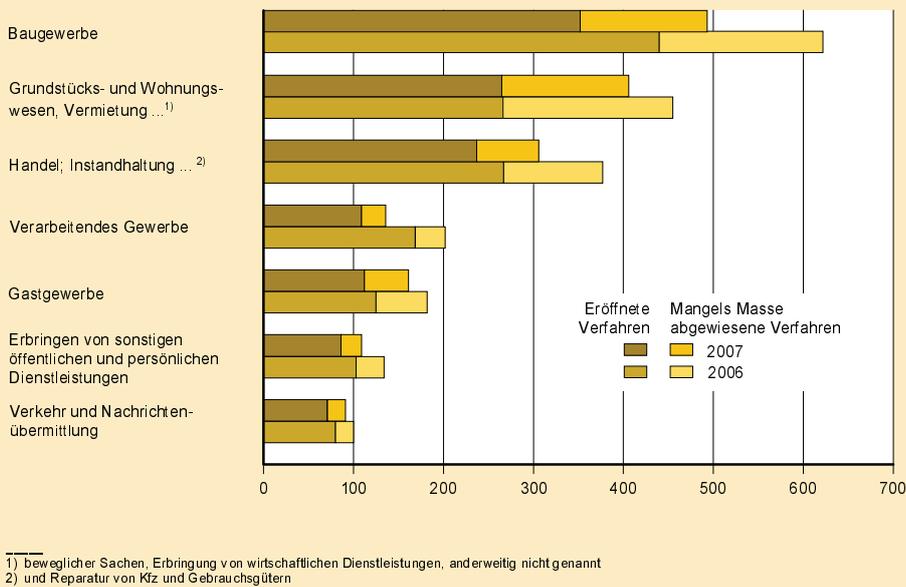
– erhöhte sich im Jahr 2007 um 2,4 Prozent auf 9 323 Verfahren (vgl. Tab. 1.20 und Tab. 2.23). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank allerdings im Vergleich zum Vorjahr um 17,9 Prozent auf 1 815 Verfahren (vgl. Abb. 40). Dieser relativ deutliche Rückgang der Unternehmensinsolvenzen kann als Zeichen der anhaltenden wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2007 gewertet werden. Es betraf nur noch rund ein Fünftel der gesamten Insolvenzen, während 2006 noch fast ein Viertel der Verfahren Unternehmensinsolvenzen waren. Knapp 56,6 Prozent bzw. 1 028 insolvente Unternehmen waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 536 Unternehmen weniger als vier Jahre. Die Insolvenzhäufigkeit verringerte sich von 154 Verfahren je 10 000 Unternehmen im Jahr 2006 auf 126 Verfahren je 10 000 Unternehmen im Jahr 2007.³⁾ Der Anteil eröffneter Unternehmensinsolvenzverfahren stieg 2007 in Sachsen auf 72,7 Prozent aller Verfahren. Während der Anteil eröffneter Verfahren im Vorjahr noch 70,4 Prozent betrug, waren es 2005 mit 62,1 Prozent weitaus weniger. Die verbleibenden 27,3 Prozent der Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2007 wurden mangels Masse abgewiesen.

Bundesweit ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 14,6 Prozent auf noch rund 29 160 Fälle zurück (vgl. Tab. 2.23). Die neuen Länder (ohne Berlin) verzeichneten einen überdurchschnittlichen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 22,1 Prozent auf 4 471 Fälle. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug der Rückgang 13,9 Prozent auf 23 261 Fälle.

Bei einer Betrachtung der Wirtschaftszweiggliederung der insolventen Unternehmen kann auch für 2007 festgehalten werden, dass mit 27,2 Prozent bzw. 493 Verfahren die meisten der insolventen sächsischen Unternehmen im Baugewerbe ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt hatten (vgl. Abb. 41 und Tab. 1.20). Ein Grund hierfür liegt neben dem anhaltenden Abbau von Überkapazitäten in dem überdurchschnittlichen Anteil von Kleingewerben ohne große wirtschaftliche Substanz. Seit 2004 nahm der Anteil des Baugewerbes an der Gesamtzahl an Insolvenzen

³⁾ bezogen auf die in der Umsatzsteuerstatistik für 2005 erfassten Unternehmen

Abb. 41 Unternehmensinsolvenzen in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen in Sachsen 2006 und 2007



allerdings um 5,1 Prozentpunkte ab. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einer Abnahme der Zahl an Unternehmensinsolvenzen im Baugewerbe um 20,7 Prozent auf 493 Verfahren (vgl. Tab. 2.23). Das anhaltende Umsatzwachstum hatte somit einen positiven Einfluss auf den Rückgang der Unternehmensinsolvenzen. Im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens wurden lediglich 7,5 Prozent der Insolvenzen verzeichnet. Dieser geringe Anteil spiegelt die überdurchschnittliche Zahl an Unternehmen mit einer relativ hohen wirtschaftlichen Substanz im Verarbeitenden Gewerbe wider. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 32,7 Prozent auf 136 Verfahren ab.

Der Dienstleistungsbereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen anderweitig nicht genannt hatte 2007 einen Anteil von 22,4 Prozent an den sächsischen Unternehmensinsolvenzen. Absolut entsprach dies einer Zahl von 406 Verfahren. Damit wurde mit einem Rückgang von 10,8 Prozent das zweite Jahr in Folge eine deutliche Abnahme der Unternehmensinsolvenzen verzeichnet. Der Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern hatte im Jahr 2007 mit 306 Verfahren einen Anteil von 16,9 Prozent an den Unternehmensinsolvenzen in Sachsen. Auch in diesem Abschnitt wurde im Vergleich zum Vorjahr ein mit 18,8 Prozent prägnanter Rückgang der Unternehmensinsolvenzen verzeichnet. Das Gastgewerbe hatte einen Anteil von 8,9 Prozent an den sächsischen Insolvenzen, der Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung von 5,0 Prozent. Während im Gastgewerbe die Zahl der Insolvenzen um 11,5 Prozent zurückging, betrug der Rückgang im Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung 9,0 Prozent.

Auch in den weiteren Wirtschaftsabschnitten wirkte sich die anhaltende konjunkturelle Belebung 2007 auf einen Rückgang der Zahl an Unternehmensinsolvenzen aus

(vgl. Abb. 41 und Tab. 1.20). Die einzige Ausnahme bildete der Abschnitt Erziehung und Unterricht, in dem vier Verfahren mehr als im Vorjahr gemeldet wurden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass ein Großteil der Einrichtungen dieses Abschnittes in öffentlicher Hand ist und aus diesem Grund die Absolutzahl an Unternehmensinsolvenzen hier relativ gering ist. Im Jahr 2007 wurden lediglich 18 Insolvenzen gemeldet.

Im Vergleich zu den Durchschnittswerten für Deutschland werden recht deutliche Unterschiede sichtbar. Im bundesdeutschen Durchschnitt entfielen lediglich 18,2 Prozent der Insolvenzen auf das Baugewerbe, 8,9 Prozentpunkte weniger als in Sach-

sen. Im Dienstleistungsabschnitt Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern hatten die Insolvenzen im bundesdeutschen Durchschnitt einen um 4,2 Prozentpunkte höheren Anteil als in Sachsen, im Gastgewerbe belief sich die Differenz auf einen um 2,1 Prozentpunkte höheren Anteil, im Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf einem um 1,7 Prozentpunkte höheren Anteil. Die Verhältnisse in den weiteren Wirtschaftsabschnitten entsprachen weitestgehend einander.

Nach Rechtsformen betrachtet, zeigte sich, dass auch im Jahr 2007 insbesondere Einzelunternehmen von Insolvenz betroffen waren. 60,4 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen in Sachsen betrafen diese Rechtsform. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der insolventen Einzelunternehmen um 12,3 Prozent. Die Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen sank mit 17,9 Prozent allerdings weitaus stärker. Die Rechtsform „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ hatten 2007 lediglich 31,6 Prozent der in Sachsen von Insolvenz betroffenen Unternehmen. Im Jahr 2006 lag der Anteil bei 35,5 Prozent, 2005 bei 39,7 Prozent. Absolut ging die Zahl der insolventen Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegenüber dem Vorjahr um 27,1 Prozent zurück. Auch bei den Personengesellschaften und Aktiengesellschaften verminderte sich 2007 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Lediglich die Sonstigen Rechtsformen, die unter anderem Vereine und Genossenschaften beinhalten, registrierten 16 Insolvenzfälle bzw. 33,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Rechtsformen der Personengesellschaften, Aktiengesellschaften und Sonstigen Rechtsformen hatten allerdings auch 2007 zusammen einen relativ geringen Anteil von 8,0 Prozent an den insolventen Unternehmen in Sachsen.

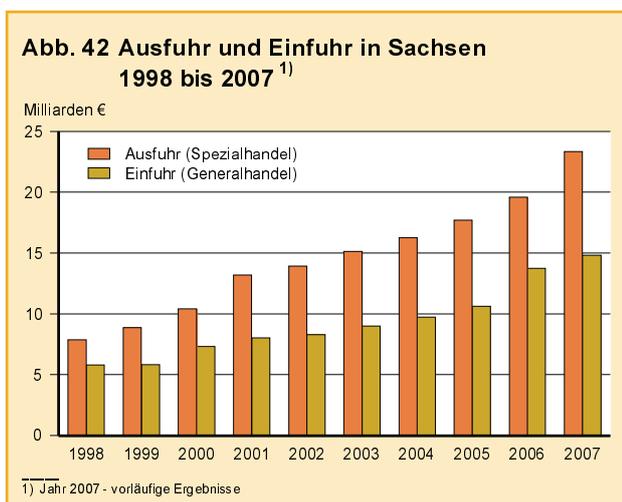
6. Außenhandel und Außenhandelspartner

Ausfuhr

Die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung Sachsens wurde auch im Jahr 2007 in erheblichem Maße durch die florierende Außenwirtschaft begünstigt (vgl. Abb. 42). Aufgrund vielfältiger Verflechtungen ins nähere und entfernte Ausland konnten die sächsischen Unternehmen und Betriebe ihre Exportaktivitäten weiter intensivieren. So stiegen die Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen im Jahr 2007 nach vorläufigen Ergebnissen¹⁾ auf ein neues Rekordhoch von 23,3 Milliarden € und übertrafen damit den Vorjahreswert um 19,1 Prozent. Im Vergleich zu 1998, dem Jahr, in dem gegenüber dem Vorjahr der bis heute größte Zuwachs bei den Ausfuhr in Höhe von 46,5 Prozent zu verzeichnen war, stieg das sächsische Exportvolumen 2007 auf einen fast dreimal so hohen nominalen Wert (vgl. Abb. 43 und Tab. 1.21).

Nach **Warengruppen** betrachtet, entfielen im Jahr 2007 vom Gesamtexport Sachsens 92,3 Prozent auf Güter der gewerblichen Wirtschaft und lediglich 3,5 Prozent auf die Ernährungswirtschaft.²⁾ Unter den einzelnen Hauptwarengruppen der gewerblichen Wirtschaft kam den Fertigwaren und hierunter den Enderzeugnissen mit einem Anteil von 75,8 Prozent an den Exporten Sachsens insgesamt die Hauptbedeutung zu. Dagegen spielten Halbwaren mit einem entsprechenden Anteil von 4,7 Prozent eine weniger wichtige Rolle. Die Ausfuhr von Rohstoffen, die sich 2007 neben dem Export von Nickelerzen vor allem auf die Ausfuhr von Wolle und anderen Tierhaaren beschränkte, war nur zu 0,4 Prozent an den Ausfuhr Sachsens insgesamt vertreten. Bei den Enderzeugnissen, deren Ausfuhrvolumen sich 2007 auf fast 17,7 Milliarden € belief, erhöhten sich die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 16,8 Prozent (vgl. Tab. 1.21 und Tab. 2.24). Das neuerliche Wachstum resultierte maßgeblich aus der positiven Entwicklung der Auslandsnachfrage nach Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus. Deren Warenwert lag 2007 bei 7,4 Milliarden € und damit um 16,9 Prozent höher als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von fast einem Drittel (31,7 Prozent) an den Ausfuhr Sachsens insgesamt. Damit waren 2007 die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus – wie bereits in den Jahren zuvor – die bedeutendsten

Exportgüter für den Freistaat. Innerhalb der EU-Staaten, wohin im Jahr 2007 Kraftfahrzeugbaufabrikate im Wert von insgesamt 4,8 Milliarden € ausgeführt wurden, stieg vor allem in Italien und Russland die Nachfrage nach Gütern dieser Warengruppe aus Sachsen mit Raten von 134,8 Prozent bzw. 70,9 Prozent exorbitant an. Daneben wurden die Ausfuhr Sachsens auch in die Länder des asiatischen Raumes deutlich ausgeweitet. So stieg 2007 beispielsweise der Export von Kraftfahrzeugbaufabrikaten in die Volksrepublik China um 60,1 Prozent, jener nach Malaysia sogar um 63,0 Prozent. Das wiederum trug dazu bei, dass bei den Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus das zuletzt rückläufige Exportvolumen in die Vereinigten Staaten von Amerika in Höhe von 14,6 Prozent kompensiert werden konnte. Das Ausfuhrvolumen an elektrotechnischen Erzeugnissen lag 2007 bei gut 3,7 Milliarden € und erreichte damit einen Anteil von 16,0 Prozent an den gesamten sächsischen Ausfuhr. Mit einer Exportsteigerung um 21,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr verlief die Entwicklung in dieser Warengruppe dynamischer als bei den Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus. Auch der durchschnittliche Exportzuwachs Sachsens konnte um 2,3 Prozentpunkte übertroffen werden. Der weitaus größte Teil elektrotechnischer Fabrikate im Wert von knapp 1,5 Milliarden € wurde nach Malaysia geliefert. Das entspricht 32,2 Prozent mehr als im Vorjahr. In die Volksrepublik China gelangten im Jahr 2007 aus dieser Warengruppe Erzeugnisse im Wert von 250 Millionen €. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung um das Eineinhalbfache (142,1 Prozent). Neben jenen Entwicklungen im asiatischen Raum wurde die überdurchschnittliche Exportsteigerung bei den elektrotechnischen Erzeugnissen auch durch die Ausfuhr entsprechender Fabrikate in die EU-Staaten begünstigt. Hierher wurden aus Sachsen 2007 elektrotechnische Erzeugnisse im Wert von knapp 1,1 Milliarden € geliefert. Der Zuwachs von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr fiel hier allerdings deutlich geringer als der nach Malaysia und China aus. Der Wert der Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus lag 2007 bei rund 3,3 Milliarden € und damit 21,6 Prozent über Vorjahresniveau. Somit waren 14,1 Prozent der weltweiten Exporte Sachsens Fabrikate des Maschinenbaus. Hauptexportmarkt für diese waren die EU-Länder, wohin 2007 Erzeugnisse im Wert von gut 1,5 Milliarden € ausgeführt wurden. Das waren 17,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch die außerordentliche Exportsteigerung sächsischer Maschinenbauerzeugnisse nach Portugal in Höhe von 171,0 Prozent begünstigt. Die zusätzlichen Warenlieferungen nach Malaysia waren 2007 sogar um mehr als das Dreifache gestiegen (362,6 Prozent). Letzten Endes ließ sich dadurch auch das um 14,1 Prozent rückläufige Exportvolumen bei den Erzeugnissen des Maschinenbaus in die Vereinigten Staaten von Amerika kompensieren (vgl. zu diesem Absatz genauer Tab. 1.21 und Tab. 2.24).



1) Die Ergebnisse zu den Aus- bzw. Einfuhr Sachsens fußen auf Daten mit Stand April 2008. Diese können von später zu veröffentlichenden endgültigen Daten geringfügig abweichen.

2) Die zu 100 Prozent fehlende Differenz in Höhe von 4,2 Prozent ist 2007 auf das verhältnismäßig hohe Ausfuhrvolumen an Rückwaren und Ersatzlieferungen zurückzuführen.

Nach **Ländern** betrachtet, waren 2007 die Vereinigten Staaten von Amerika, Malaysia, Italien, Spanien, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Tschechien, Polen, die Volksrepublik China und Österreich die zehn wichtigsten Exporthandelspartner Sachsens. Anhand dieser Reihung wird die hohe Bedeutung der europäischen Länder als Absatzmarkt für sächsische Erzeugnisse erkennbar. So gelangten 2007 mit einem Volumen von knapp 15,7 Milliarden € rund zwei Drittel (67,0 Prozent) aller Waren aus Sachsen in die europäischen Länder. Dabei entfielen Warenlieferungen im Wert von fast 13,4 Milliarden € allein auf die Exporte in die EU-Staaten. Das waren 20,9 Prozent mehr als im Vorjahr und entspricht einem Anteil von 57,4 Prozent an der Ausfuhr Sachsens insgesamt. Demnach bildeten die EU-Staaten im Jahr 2007 erneut den wichtigsten Absatzmarkt für sächsische Erzeugnisse (vgl. Abb. 43). Innerhalb der EU waren 2007 Italien mit einem Ausfuhrvolumen von gut 1,5 Milliarden € sowie Spanien, Frankreich und das Vereinigte Königreich mit einem Exportvolumen von jeweils knapp 1,4 Milliarden € Sachsens bedeutendste Exporthandelspartner. Binnen eines Jahres hatte sich die Nachfrage nach sächsischen Erzeugnissen in Italien um 54,1 Prozent ausgedehnt, in Spanien war sie mit 32,3 Prozent um fast ein Drittel gestiegen. In Frankreich und im Vereinigten Königreich lagen die Exportsteigerungsraten mit 18,6 Prozent bzw. 11,6 Prozent etwas niedriger. Zusammen erreichten diese vier Länder Waren im Wert von fast 5,7 Milliarden € aus Sachsen. Das entspricht einem Anteil von rund einem Viertel (24,4 Prozent) an den in alle Welt gelieferten sächsischen Erzeugnissen. Dabei war für diese Länder vorrangig der Handel mit Kraftfahrzeugbauerzeugnissen von Interesse. Unter den „älteren“ EU-Mitgliedsstaaten brach die Nachfrage nach sächsischen Waren von 2006 bis 2007 einzig in Irland mit minus 32,8 Prozent stärker ein.

Die Ausfuhren in die sächsischen Nachbarländer Tschechische Republik und Polen wurden im Jahr 2007 weiter ausgebaut. So erhöhte sich das Exportvolumen nach Tschechien auf fast 1,2 Milliarden €, was das Land unter den EU-Staaten zum fünftwichtigsten Exporthandelspartner für Sachsen machte. Gegenüber 2006 entsprach das einem Zuwachs um 14,3 Prozent. Das Ausfuhrvolumen der sächsischen Exporte nach Polen steigerte sich in diesem Zeitraum mit 33,7 Prozent noch wesentlich stärker und erreichte ebenfalls knapp 1,2 Milliarden €. Der Wert sämtlicher Warenlieferungen in diese beiden Länder belief sich 2007 auf knapp 2,4 Milliarden €. Damit gelangte etwa jeder zehnte Euro als monetäre Gegenleistung für die Exporte Sachsens insgesamt aus Tschechien bzw. Polen in den Freistaat zurück. In beiden Ländern war der Außenhandel mit Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus von hoher Bedeutung. In Polen machte dieser 2007 allein ein gutes Viertel (27,1 Prozent) an allen aus Sachsen in dieses Land gelieferten Gütern aus. In die Russische Föderation wurden 2007 Waren im Wert von gut 657 Millionen € aus Sachsen geliefert. Gegenüber 2006 entspricht das einem Exportzuwachs von 33,9 Prozent. Dabei kam zuletzt den Erzeugnissen des Maschinenbaus die größte Bedeutung zu. Nach Litauen gelangten im Jahr 2007 Güter im Wert von 48 Millionen € und damit fast drei Viertel (73,3 Prozent) mehr Waren aus Sachsen, als dies im Jahr zuvor der Fall gewesen war. Ungeachtet der mit Abstand höch-

sten Exportsteigerungsrates aller EU-Staaten ist das Land wegen des geringen Warenwerts für Sachsen aber eher ein unbedeutender EU-Außenhandelspartner.

Auf den asiatischen Kontinent wurden 2007 Waren im Gesamtwert von 4,8 Milliarden € und damit 25,9 Prozent mehr als im Vorjahr aus Sachsen geliefert. Der Außenhandel Sachsens verlief hier – anknüpfend an die Entwicklungen der Jahre 2003, 2004 und 2006 – also noch um einiges dynamischer als in Europa. Unter den einzelnen asiatischen Nationen war 2007 Malaysia mit einem Handelsvolumen von fast 1,6 Milliarden € der wichtigste Exportpartner des Freistaates. Gegenüber dem Vorjahr hatte sich der Umfang der nach Malaysia gerichteten Warenlieferungen mit 34,0 Prozent um mehr als ein Drittel erhöht. Dabei konzentrierte sich die sächsische Ausfuhr nahezu ausschließlich auf Erzeugnisse aus dem elektrotechnischen Bereich. Mit einem Warenwert von fast 1,5 Milliarden € kommt diesen allein ein Anteil von 94,6 Prozent an den gesamten Exporten Sachsens nach Malaysia zu. In die Volksrepublik China stieg das Volumen der sächsischen Ausfuhren 2007 mit gut 1,0 Milliarden € erstmals über die Milliarden-Marke und lag damit um 41,6 Prozent höher als im Jahr zuvor. Im Gegensatz zu Malaysia war für China der Import von Erzeugnissen des Maschinenbaus, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus aus Sachsen annähernd gleichbedeutend. Dabei war für die in die Volksrepublik China gelieferten elektrotechnischen Erzeugnisse 2007 binnen Jahresfrist ein enormer Anstieg in Höhe von 142,1 Prozent zu verzeichnen. Daneben erhöhten sich auch die Exportleistungen nach Japan, die sich im Jahr 2007 auf einen Warenwert von 237 Millionen € beliefen. Gegenüber dem Vorjahr kam das einer Steigerung um 10,4 Prozent gleich. 2006 hatte sich die Ausfuhr hierher dagegen kaum erhöht.

In die Vereinigten Staaten von Amerika gelangten 2007 Erzeugnisse im Warenwert von fast 1,8 Milliarden €. Das waren 3,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Nachdem die dorthin gerichteten Exporte bereits von 2005 zu 2006 um ein Viertel eingebrochen waren, setzte sich die rückläufige Tendenz im Jahr 2007 also in einer deutlich abgeschwächten Form fort. Somit blieben die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Anteil der an sie gelieferten Waren an den Exporten Sachsens insgesamt in Höhe von 7,7 Prozent auch 2007 der bedeutendste Ausfuhrpartner des Freistaates. Allerdings hatte jener Anteil 2006 noch bei 9,5 Prozent und 2005 sogar noch bei 14,1 Prozent gelegen. In nur zwei Jahren hat er sich damit um 6,4 Prozentpunkte verringert. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika als Exportpartner Sachsens scheint sich demnach stetig weiter abzuschwächen. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die Wechselkursentwicklung des US-Dollar zum Euro zurückzuführen. So erhöhte sich das durchschnittliche Wechselkursniveau von 1,26 US-Dollar je Euro im Jahr 2006 auf 1,37 US-Dollar je Euro im Jahr 2007.³⁾ Das entspricht einer Steigerung von 9,2 Prozent. Ungeachtet dessen dominierten Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus 2007 – trotz beachtlicher Rück-

3) Vgl. Devisenkursstatistik der Deutschen Bundesbank – Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5 vom 24. April 2008, S. 9.

gänge über die vergangenen Jahre – mit einem Wert von 756 Millionen € die Warenlieferungen aus Sachsen in die Vereinigten Staaten von Amerika. Dagegen waren sowohl Erzeugnisse des Maschinenbaus mit einem Volumen von 296 Millionen € als auch elektrotechnische Erzeugnisse mit einem Warenwert von 241 Millionen € für die US-amerikanischen Nachfrager deutlich weniger wichtig. Entgegen des Rückgangs der sächsischen Exporte insgesamt in die Vereinigten Staaten von Amerika konnte im Jahr 2007 bei den elektrotechnischen Erzeugnissen ein Ausfuhrzuwachs von über einem Drittel (33,8 Prozent) verzeichnet werden. In alle Länder Nord- und Südamerikas wurden in jenem Jahr Waren im Wert von knapp 2,4 Milliarden € aus Sachsen geliefert. Damit verharrte das Exportvolumen in diese Region im Vergleich zu 2006 auf einem nahezu unveränderten Niveau.

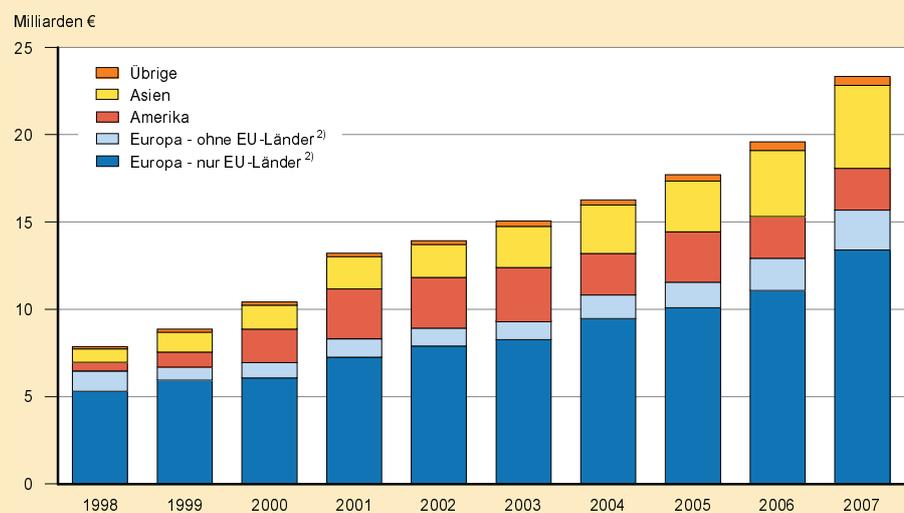
Die Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland insgesamt erreichten im Jahr 2007 mit einem Volumen von 969,0 Milliarden € erneut ein Rekordniveau. Die Zuwachsrate der Warenexporte in Höhe von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag für Deutschland aber deutlich niedriger als jene für Sachsen (vgl. Tab. 2.24). An den gesamten Warenlieferungen der Bundesrepublik in andere Staaten hatten die sächsischen Exporte von gut 23,3 Milliarden € 2007 einen Anteil von 2,4 Prozent. Ähnlich wie in Sachsen dominieren auch auf gesamtdeutscher Ebene die Exporte von Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft und hierunter der Handel mit Fertigwaren-Enderzeugnissen. Allein 71,6 Prozent aller bundesweiten Ausfuhren stammten aus dieser Warengruppe. Den Gütern der Ernährungswirtschaft kam mit einem Anteil von 4,5 Prozent an den gesamtdeutschen Exporten dagegen eine etwas größere Bedeutung zu als denen in Sachsen. Vordergründig begünstigen die zum Teil signifikanten Ausfuhrsteigerungen in viele EU-Staaten die Entwicklung der bundesdeutschen Exporte. So wuchs der Umfang der Ausfuhren in das Vereinigte Königreich und nach Italien von 2006 bis 2007 um jeweils knapp ein Zehntel, nämlich um 9,7 Prozent bzw. 9,8 Prozent. Nach Frankreich, das im Jahr 2007 Waren im Wert von fast 93,9 Milliarden € aus Deutschland bezog, steigerten sich die Exporte binnen eines Jahres sogar um 10,4 Prozent. Damit war dieser Staat 2007 erneut der wichtigste Außenhandelspartner Deutschlands. Der EU-Exportanteil deutscher Erzeugnisse belief sich 2007 mit einem Ausfuhrvolumen von 627,5 Milliarden € auf 64,8 Prozent und lag damit um 1,5 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres. Auch mit den Staaten auf dem asiatischen Kontinent wurden die bundesdeutschen Außenhandelsbeziehungen weiter ausgebaut. In die Volksrepublik China gelangten im Jahr 2007 beispielsweise Waren im Wert von gut 29,9 Milliarden €. Das

entspricht einem Zuwachs um 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika lag das Volumen der bundesdeutschen Warenexporte 2007 bei knapp 73,4 Milliarden € und damit um 5,9 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Einbruch der Exporte ist u. a. auf die bereits angesprochene Wechselkursentwicklung des US-Dollar zum Euro zurückzuführen. Nichtsdestotrotz waren die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2007 erneut Deutschlands zweitwichtigster Exportpartner.

Das Ausfuhrvolumen der alten Länder (mit Berlin) erhöhte sich – dem bundesdeutschen Trend folgend – 2007 binnen Jahresfrist um 8,2 Prozent. In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag die Exportsteigerungsrate im gleichen Zeitraum mit 17,1 Prozent deutlich höher. Allerdings waren das noch immer 2,0 Prozentpunkte weniger als der Exportzuwachs in Sachsen (vgl. Tab. 2.24). Zu erklären ist jenes Ergebnis unter anderem durch die zum Teil differenzierten und niedrigeren Exportsteigerungsraten einiger Bundesländer in die umliegenden EU-Staaten. Bei den hier dargestellten Exportentwicklungen gilt es auch die von 2006 zu 2007 um 1,8 Prozent gestiegenen deutschen Ausfuhrpreise zu berücksichtigen⁴⁾, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Außenhandelsergebnisse der Bundesrepublik haben. Bereits 2006 hatten sich die Preise binnen Jahresfrist um 2,3 Prozent erhöht. Somit fiel die Teuerungsrate jüngst wieder etwas moderater aus.

4) Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, Nr. 33 – Importpreise 2007: +1,2% gegenüber 2006 – vom 25. Januar 2008.

Abb. 43 Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen 1998 bis 2007 nach Kontinenten¹⁾



1) Jahr 2007 - vorläufige Ergebnisse

2) EU-Länder: einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

Einfuhr

Im Jahr 2007 belief sich die Wareneinfuhr (Generalhandel) Sachsens auf gut 14,8 Milliarden €. Das entspricht einem Importzuwachs in Höhe von 1,1 Milliarden € bzw. 7,9 Prozent gegenüber 2006. Wenngleich diese Steigerung nach vorläufigen Angaben deutlich unter der des Vorjahres in Höhe von 29,4 Prozent lag, erreichten die sächsischen Einfuhren erneut ein Rekordhoch. So lag 2007 das Importvolumen Sachsens mehr als doppelt so hoch als noch im Jahr 2000 (vgl. Tab. 1.22).

Hinsichtlich der Größenverhältnisse der einzelnen **Warengruppen** sind durchaus Parallelen zum Exportgeschäft erkennbar. So entfiel 2007 mit einem Anteil von 86,2 Prozent der weitaus größte Teil der Importe Sachsens insgesamt auf Güter der gewerblichen Wirtschaft. Den Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft, von denen mehr als vier Fünftel (81,4 Prozent) aus den EU-Staaten nach Sachsen eingeführt wurden, kam mit einem entsprechend Anteil von 5,8 Prozent eine eher geringe Bedeutung im Importgeschäft zu.⁵⁾ Der Großteil der Güter der gewerblichen Wirtschaft waren Fertigwaren und hierunter Enderzeugnisse, die im Jahr 2007 58,9 Prozent aller sächsischen Importe ausmachten. Dagegen spielte die Einfuhr von Rohstoffen, die sich neben Steinen und Erden vorrangig auf Erdöl und Erdgas beschränkte, mit einem Anteil von 7,1 Prozent an allen nach Sachsens gelieferten Waren eine geringere Rolle. Ähnliches galt für Halbwaren, die einen entsprechenden Anteil von 8,2 Prozent aufwiesen. Im Vergleich zur Struktur bei den Exporten hatten die Güter aus beiden Warengruppen für den Importhandel Sachsens allerdings eine etwas höhere Relevanz. Dies ist nicht zuletzt auf die verhältnismäßig geringen Rohstoffvorkommen im Freistaat zurückzuführen.

Wie schon in den Jahren zuvor hatte die Einfuhr von Erdöl und Erdgas auch 2007 einen außerordentlich hohen Stellenwert für die sächsische Wirtschaft. Mit einem Warenwert von gut 905 Millionen € bildete sie den mit Abstand größten Teil der Rohstoffimporte. Entgegen des von 2006 zu 2007 nahezu unveränderten Einfuhrvolumens von den nach Sachsen gelieferten Rohstoffen insgesamt, gingen die Importe von Erdöl und Erdgas innerhalb des vergangenen Jahres um 3,3 Prozent zurück. Dabei erfolgte die Lieferung eben jener Güter 2007 fast ausschließlich aus der Russischen Föderation. Gegenüber dem Vorjahr gelangten von hier 3,7 Prozent weniger Erdöl und Erdgas nach Sachsen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die kontinuierlich gestiegenen Preise für Rohöl und Erdgas zurückzuführen, die die Suche und den Einsatz alternativer Energieträger in der näheren Zukunft immer dringlicher werden lassen. In der Warengruppe der Enderzeugnisse, deren Importvolumen sich 2007 auf gut 8,7 Milliarden € belief, lagen die Einfuhren um 3,1 Prozent über Vorjahresniveau. Dabei kam den Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus mit einem Warenwert von gut 3,1 Milliarden € und einem sich daraus ergebenden Anteil von 21,2 Prozent an allen Importen Sachsens die größte Bedeutung zu. Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Einfuhren dieser Erzeugnisse um 7,4 Prozent. Die Impulse gingen maßgeblich vom Außenhandel mit den EU-Staaten aus, aus denen im Jahr 2007 Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus im Wert

von fast 3,0 Milliarden € nach Sachsen eingeführt wurden. Das waren 5,2 Prozent mehr als noch 2006. Ihr Anteil am gesamten Import von Kraftfahrzeugbauerzeugnissen nach Sachsen lag damit bei 94,8 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat sich das Einfuhrvolumen derartiger Erzeugnisse aus aller Welt bereits verdreifacht. Entgegen dem 2007 geringfügig rückläufigen Import von Personenkraftwagen und Wohnmobilen, der zu großen Teilen durch den Außenhandel mit der Tschechischen Republik abgedeckt wurde, dehnte sich die Einfuhr von Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge nach Sachsen weiter aus. Auch diese Waren stammten zum überwiegenden Teil aus den EU-Mitgliedsstaaten. Daran wird erkennbar, wie eng die sächsische Fahrzeugbauindustrie mittlerweile mit den Standorten in den europäischen Nachbarländern vernetzt ist. Erzeugnisse des Maschinenbaus wurden 2007 im Wert von gut 1,9 Milliarden € nach Sachsen eingeführt. Damit lag in dieser Warengruppe mit 13,8 Prozent die höchste Importsteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr vor. Entsprechend waren jüngst 12,8 Prozent von den in den Freistaat gelieferten Waren Erzeugnisse des Maschinenbaus. Dabei dominierten in erster Linie die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Volumen von 441 Millionen €. Japan lieferte Güter dieser Warengruppe im Wert von 357 Millionen €, was das Land zum zweitwichtigsten Importpartner Sachsens für Maschinenbauerzeugnisse machte. Innerhalb der EU-Staatengemeinschaft stammte die Einfuhr entsprechender Erzeugnisse hauptsächlich aus Österreich, der Schweiz, der Tschechischen Republik und den Niederlanden. Von hier beispielsweise gelangte 2007 mit einem Warenwert von 168 Millionen € mehr als die dreieinhalbfache Menge (259,9 Prozent) an Gütern aus dieser Warengruppe im Vergleich zu 2006 nach Sachsen. Das Einfuhrvolumen der elektrotechnischen Erzeugnisse belief sich 2007 auf rund 1,3 Milliarden € und stieg damit um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das entspricht einem Anteil von 8,8 Prozent an den Importen Sachsens insgesamt. Innerhalb der EU war für Sachsen in dieser Warengruppe der Außenhandel mit der Tschechischen Republik und Polen am bedeutendsten. Trotz rückläufiger Tendenzen gegenüber 2006 stammte ein Großteil der entsprechenden Erzeugnisse aber nach wie vor auch aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und der Volksrepublik China.

Unter den europäischen **Ländern** bildeten die an Deutschland grenzenden EU-Staaten für Sachsen den Hauptimportmarkt. Der Wert der Wareneinfuhr aus sämtlichen EU-Staaten belief sich 2007 auf gut 9,7 Milliarden € und lag damit um 6,2 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Damit waren fast zwei Drittel (65,6 Prozent) aller nach Sachsen eingeführten Güter Warenlieferungen aus der EU. Aus der Tschechischen Republik gelangten 2007 Waren im Wert von 2,6 Milliarden € nach Sachsen. Das entspricht einer Importsteigerung um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. So stammte zuletzt rund ein Sechstel (17,5 Prozent) aller in den Freistaat gelieferten Waren allein aus Tschechien, was das Land 2007 erneut zum mit Abstand bedeu-

⁵⁾ Die zu 100 Prozent fehlende Differenz in Höhe von 8,0 Prozent ist 2007 auf ein verhältnismäßig hohes Einfuhrvolumen an Rückwaren und Ersatzlieferungen zurückzuführen.

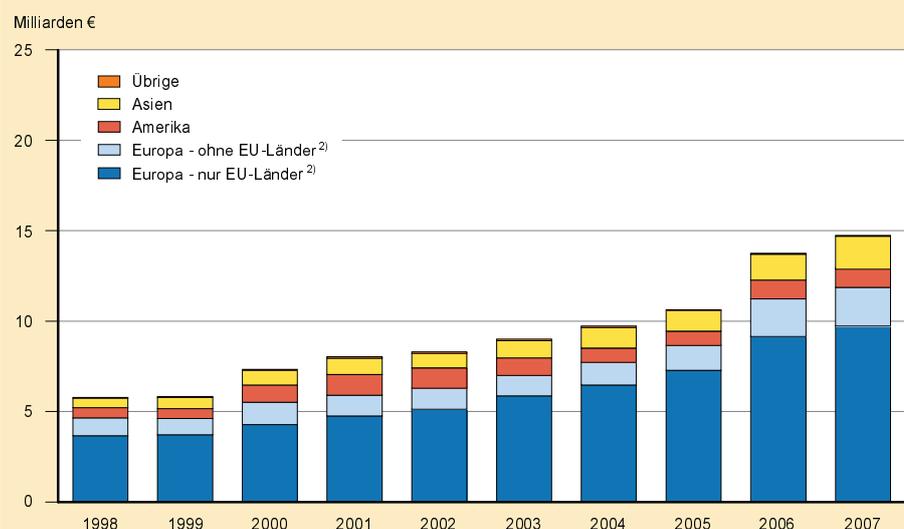
tendsten Importpartner Sachsens machte (vgl. Tab. 1.22 und Tab. 2.25). Dieser Umstand wurde dabei entscheidend vom verhältnismäßig hohen Einfuhrniveau von Personenkraftwagen und Wohnmobilen in Höhe von gut 1,1 Milliarden € getragen. Der Rückgang der aus der Tschechischen Republik stammenden Importe in dieser Warengruppe um 7,2 Prozent gegenüber 2006 fiel nur wenig ins Gewicht. Waren im Wert von knapp 1,4 Milliarden € gelangten 2007 aus der Russischen Föderation nach Sachsen. Nach einem Zuwachs in Höhe von 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht das 9,4 Prozent aller sächsischen Importe. Dabei zählten die Erzeugnisse aus der Warenuntergruppe Erdöl und Erdgas mit einem Volumen von gut 901 Millionen € zu den wesentlichen russischen Importgütern. Polen, aus dem Sachsen 2007 Güter im Wert von rund 1,1 Milliarden € und damit gut ein Viertel (25,8 Prozent) mehr als noch vor einem Jahr einfuhrte, war 2007 vor Frankreich, Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika der drittgrößte sächsische Importpartner. So wirkte sich in Polen unter anderem die in einem Jahr um 22,2 Prozent gesteigerte Einfuhr von Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge belebend aus. Auch die Verdreifachung der Einfuhren elektrotechnischer Erzeugnisse aus Polen gegenüber 2006 (plus 187,7 Prozent) brachte positive Wachstumsimpulse. Zusammen erreichten die drei bedeutendsten Außenhandelspartner Sachsens 2007 einen Anteil von gut einem Drittel (34,4 Prozent) an den gesamten Importen. Aus Frankreich und Österreich gelangten 2007 Waren im Wert von jeweils rund 1,0 Milliarden € nach Sachsen. Das sind zusammen 13,6 Prozent der gesamten Importe. Während die vorrangig auf Personenkraftwagen und Wohnmobile, Luftfahrzeuge sowie auf chemische Vorerzeugnisse ausgerichteten Einfuhren aus Frankreich annähernd auf Vorjahresniveau verharrten, war für die österreichischen Importe – dem Trend der letzten Jahre folgend – ein deutlicher Zuwachs in Höhe von 29,2 Prozent zu verzeichnen. Dieser rührte nicht zuletzt aus einer intensivierten Einfuhr großer Mengen an Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge sowie Maschinen für das Papier- und Druckgewerbe her. Die Importe aus Italien wurden 2007 um 6,8 Prozent auf einen Warenwert von 805 Millionen € gedehnt. Damit stammten aus noch 5,4 Prozent aller nach Sachsen eingeführten Waren aus diesem Land. Dabei konzentrierte sich der Außenhandel insbesondere auf Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge sowie Genussmittel aus dem Bereich der Ernährungswirtschaft. Aus den Niederlanden wurden 2007 Waren im Wert von 783 Millionen € und damit nur etwas mehr als

im Vorjahr von Sachsen importiert. Dieses Resultat entspricht einem Anteil von 5,3 Prozent an den gesamten Einfuhren des Freistaates Sachsen. Dabei waren beim Außenhandel mit den Niederlanden in erster Linie der Handel mit optischen und fotografischen Geräten sowie jener mit Nahrungsmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs von Bedeutung. Trotz geringerer Importvolumen zählten auch andere EU-Staaten, etwa das Vereinigte Königreich, Ungarn, Belgien und Spanien, im Jahr 2007 zu wichtigen Importpartnern für die sächsische Wirtschaft (vgl. Abb. 44).

Die Außenhandelsbeziehungen Sachsens mit Staaten im asiatischen Raum entwickelten sich von 2006 zu 2007 noch deutlich dynamischer als jene in Europa. So bezog der Freistaat aus Asien Waren im Gesamtwert von zuletzt gut 1,8 Milliarden €. Binnen Jahresfrist steigerten sich die Importe damit um 28,2 Prozent. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung waren zum einen die Einfuhren aus Japan, die 2007 eine Größenordnung von 733 Millionen € erreichten. Von hier gelangten zuletzt 9,7 Prozent mehr Waren nach Sachsen. Dabei waren vor allem chemische Vorerzeugnisse sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus gefragt. Zum anderen wurden aus der Volksrepublik China 2007 Waren im Wert von 422 Millionen € nach Sachsen eingeführt. Hier lag die Importsteigerung mit 19,4 Prozent gegenüber 2006 doppelt so hoch wie die mit Japan. Unter den aus der Volksrepublik China gelieferten Gütern waren elektrotechnische Erzeugnisse und hierunter elektronische Bauelemente die für Sachsen wichtigsten Importgüter.

Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten von Amerika erreichten 2007 ein Volumen von 925 Millionen €. Das entspricht einem Exportzuwachs in Höhe von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Zeitraum von 2005 bis 2006 hatte die Wachstumsrate mit 37,4 Prozent noch deutlich höher gelegen. Zuletzt stammten damit 6,2 Prozent aller Importe Sachsens aus den Vereinigten Staaten von Ame-

Abb. 44 Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen 1998 bis 2007 nach Kontinenten¹⁾



¹⁾ Jahr 2007 - vorläufige Ergebnisse

²⁾ EU-Länder: einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

rika. Die andauernde Belegung des Importgeschäfts zwischen beiden Außenhandelspartnern ist in erster Linie auf einen für Importeure vorteilhaften und sich kontinuierlich verbessernden Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar zurückzuführen. Dieser begünstigte nicht zuletzt den Handel mit chemischen Vorerzeugnissen, mess-, steuerungs- und regelungstechnischen Erzeugnissen sowie Erzeugnissen des Maschinenbaus, auf denen 2007 mit einem Warenwert von 441 Millionen € der Schwerpunkt der US-amerikanischen Importe nach Sachsen lag.

Das Einfuhrvolumen Deutschlands wuchs im Jahr 2007 auf 776,0 Milliarden € an. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem um 5,2 Prozent höheren Ergebnis. Damit fiel die Importsteigerung jüngst spürbar geringer aus als 2006, wo sie noch bei 16,8 Prozent gelegen hatte (vgl. Tab. 2.25). Ungeachtet dessen erreichte die bundesdeutsche Einfuhr insgesamt 2007 einen neuen Rekordstand. Den Importen von Sachsen im Gesamtwert von 14,8 Milliarden € kam ein Anteil von 1,9 Prozent an den von anderen Ländern ausgehenden Warenlieferungen in die Bundesrepublik zu. Hierher wurden 2007 aus den der Europäischen Union angehörenden Ländern Güter im Wert von 459,9 Milliarden € und damit 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr eingeführt. Neben Frankreich und den Niederlanden gehören Italien, das Vereinigte Königreich, Belgien und Österreich zu den wichtigsten Importpartnern Deutschlands. Die Tschechische Republik und Polen gewinnen ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Die aus Asien stammenden Importe beliefen sich im Jahr 2007 auf einen Warenwert von 129,5 Milliarden €. Im Vergleich zu 2006 wurden die Einfuhren nach Deutschland vom asiatischen Kontinent damit um 1,8 Prozent ausgedehnt. Dies war nicht zuletzt auf die dynamische Steigerung der Importe aus der Volksrepublik China in Höhe von 9,4 Prozent zurückzuführen. Aus den Vereinigten Staaten von Amerika gelangten

2007 Waren im Wert von 46,5 Milliarden € in die Bundesrepublik. Das waren 6,9 Prozent weniger als 2006. Angesichts der seit einiger Zeit zu beobachtenden Wechselkursentwicklung zwischen Euro und US-Dollar, die momentan bei 0,73 € je US-\$ angekommen ist ⁶⁾ und deutschen Importeuren damit prinzipiell günstige Handelsabschlüsse bei der Einfuhr amerikanischer Waren ermöglicht, ist diese Entwicklung doch bemerkenswert.

Das Einfuhrvolumen der neuen Länder (ohne Berlin) lag 2007 um 10,8 Prozent höher als im Vorjahr. Damit war hier ein mehr als doppelt so hohes Importwachstum wie im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen. Bereits im Jahr 2005 hatte es in den neuen Ländern (ohne Berlin) ein außerordentlich hohes Importwachstum von 24,3 Prozent gegeben (vgl. Tab. 2.25). Der Umfang der in die alten Länder (mit Berlin) gelieferten Waren lag 2007 um 4,5 Prozent über Vorjahresniveau. Damit fiel die Importsteigerung hier noch um 0,7 Prozentpunkte geringer als im bundesdeutschen Mittel aus. Zum Importzuwachs Sachsens, der zwischen 2006 und 2007 bei 7,9 Prozent lag, fehlten sogar 3,4 Prozentpunkte. Bei allen Ausführungen zum Warenimport ist zu beachten, dass ein Teil der Entwicklung auf die um 1,2 Prozent gestiegenen Importpreise des Jahres 2007 in Deutschland insgesamt zurückzuführen ist. ⁷⁾ Bereits 2006 waren diese binnen Jahresfrist um 5,2 Prozent angewachsen.

6) Vgl. Devisenkursstatistik der Deutschen Bundesbank – Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5 vom 24. April 2008, S. 9.

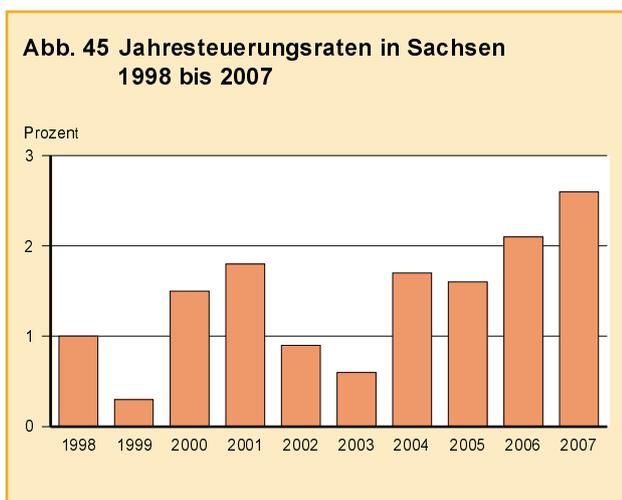
7) Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 033 – Importpreise 2007: +1,2% gegenüber 2006 – vom 25. Januar 2008.

7. Verbraucherpreisindex und Preisindizes für Bauwerke

Im Jahr 2007 hielt der überdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise weiter an. Der Verbraucherpreisindex (2005 = 100) stieg im Jahresdurchschnitt auf einen Wert von 104,8 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent (vgl. Tab. 2.10). Im Jahr 2006 lag die Jahresteuerrate bei 2,1 Prozent, nachdem zwischen 1998 und 2005 relativ moderate Preissteigerungen die Entwicklung bestimmt hatten (vgl. Abb. 45 und Tab. 1.10). Sachsens Verbraucherpreise überstiegen damit bereits das zweite Jahr in Folge das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von 2,0 Prozent.¹⁾

Beim Vergleich der monatlichen Preissteigerungen des Jahres 2007 gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat sind vor allem die Monate des vierten Quartals durch die höchsten Teuerungsraten auffallend. Im Oktober 2007 stiegen die Verbraucherpreise um 2,9 Prozent, im November um 3,5 Prozent und im Dezember um 3,3 Prozent. In den Sommermonaten Juni, Juli und August waren die monatlichen Teuerungsraten mit Werten zwischen 2,2 und 2,4 Prozent vergleichsweise niedrig. Die erhöhte Mehrwertsteuer, die als ein Grund für die massive Steigerung der Verbraucherpreise anzusehen ist, wurde somit eher kontinuierlich über das Jahr 2007 an die Verbraucher weitergegeben. Auch Anfang des Jahres 2008 setzten sich die hohen Preissteigerungen der Monate November und Dezember 2007 fort. In den ersten fünf Monaten 2008 lag die geringste Steigerung gegenüber dem Vorjahresmonat mit 2,6 Prozent im April vor, die höchste Preissteigerungsrate wurde mit 3,1 Prozent im Mai registriert.

Die Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ besitzt mit rund 300 Promille den höchsten Wägungsanteil an den Verbraucherausgaben der privaten Haushalte (vgl. Abb. 46 und Tab. 1.10). Im Jahr 2007 gingen mit einer Steigerung um 1,7 Prozent von dieser Hauptgruppe wesentlich geringere preistreibende Effekte als noch im Vorjahr aus. Die Steigerungen des Verbraucherpreisindex in den Jahren 2005 und 2006 wurde noch maßgeblich durch die Erhöhung dieses Teilindexes um 2,4 bzw. 2,5 Prozent bestimmt, wobei der Wägungsanteil bei Berechnung des Verbraucherpreisindex mit dem Basisjahr 2000 nahezu identisch bei rund 300 Promille lag. Die



Wohnungsmieten (einschließlich Mietwert von Eigentumswohnungen) stiegen im Jahr 2007 um 0,3 Prozent. Diese relativ moderate Preisentwicklung hält nun schon seit dem Jahr 2001 an. Die Wohnungsnebenkosten stiegen im Jahr 2007 um 0,8 Prozent. Ein wesentlicher Grund für die im Vergleich zu den Vorjahren geringen Preissteigerungen der Hauptgruppe sind die mit 0,3 Prozent im Jahresmittel leicht gesunkenen Preise für Heizöl. Im Jahr 2005 betrug die Steigerungsrate 32,5 Prozent und im Jahr 2006 noch 11,8 Prozent. Die massiven Preissenkungen für Heizöl in den Monaten Januar bis August 2007 wurden durch die zunehmenden Preissteigerungen ab September relativiert. Ein anderer wesentlicher Grund für die im Vergleich zu den Vorjahren geringen Preissteigerungen der Hauptgruppe ist die mit 0,9 Prozent relativ geringe Teuerungsrate von Gas. Im Jahr 2005 lag diese noch bei 9,6 Prozent und im Jahr 2006 bei 19,0 Prozent. Die Preisentwicklung für Gas war innerhalb des Jahres 2007 durch recht deutliche Steigerungen in den ersten drei Monaten gegenüber den Vorjahresmonaten gekennzeichnet, bevor es ab Mai zu einer kontinuierlichen Abnahme der Preise kam. Eine deutlich höhere Teuerungsrate im Vergleich zu den Vorjahren verzeichnete der Strom. Die Strompreise stiegen im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt um 11,8 Prozent. Innerhalb des Jahres stiegen die Preise gegenüber den Vorjahresmonat relativ gleichmäßig. Der Preisindex für Haushaltsenergie stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,7 Prozent.

Die Hauptgruppe „Verkehr“ hatte mit einer Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt von 4,4 Prozent einen relativ starken Einfluss auf die überdurchschnittlich steigenden Verbraucherpreise. Mit 130 Promille besitzt die Hauptgruppe den zweithöchsten Wägungsanteil an den Verbraucherausgaben 2007. Im Jahr 2005 erhöhten sich die Preise dieser Hauptgruppe um 4,6 Prozent und in Verbindung mit dem höheren Wägungsanteil von fast 140 Promille (Preisbasis = 2000) hatte die Hauptgruppe einen noch stärkeren preistreibenden Einfluss als 2007. Im Jahr 2006 stiegen die Preise der Hauptgruppe um 3,0 Prozent. Innerhalb der Hauptgruppe verzeichnete der Preis für Kraftstoff 2007 eine im Vergleich zum Vorjahr identisch hohe Zunahme des Verbraucherpreises von 4,4 Prozent. Der Preisanstieg fiel allerdings deutlich geringer aus, als noch 2005 mit 8,8 Prozent. Preistreibende Effekte gingen im Gegensatz zum Vorjahr von den Gruppen „Ersatzteile, Zubehör und Pflegemittel“ mit einer Steigerung um 5,1 Prozent sowie „Reparaturen, Inspektionen und Wagenwäschen“ mit einer Steigerung um 5,2 Prozent aus. Der Kraftfahrerpreisindex stieg um 4,5 Prozent und verzeichnete damit die höchste Teuerungsrate seit 2000.

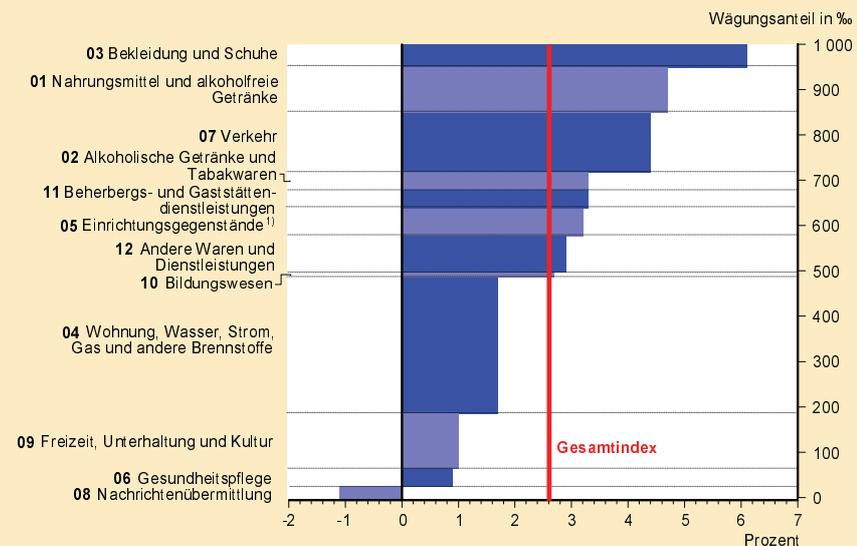
In der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ wurde mit einer Zunahme der Verbraucherpreise von 6,1 Prozent die höchste Teuerungsrate der zwölf Hauptgruppen registriert. Auch schon im Vorjahr wurde hier mit 5,2 Prozent die höchste Teuerungsrate verzeichnet. Ebenfalls deutliche Preissteigerungen gingen im Jahr 2007 von der Haupt-

¹⁾ Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) – „Die geldpolitische Strategie der EZB“ vom 8. Mai 2003, S. 1.

gruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ aus. Die Teuerungsrate erreichte hier mit 4,7 Prozent den höchsten Wert seit 2001. Zu den deutlichsten Preistreibern innerhalb dieser Hauptgruppe zählten „Eier und Molkereiprodukte“ mit einer Teuerungsrate von 7,8 Prozent sowie „Gemüse (einschließlich Kartoffeln und Knollengewächsen)“ mit einer Teuerungsrate in Höhe von 7,6 Prozent. Bei den Preisen der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ wurde 2007 eine Steigerung um 3,3 Prozent registriert. Die Steigerung dieses Teilindex war damit erstmals geringer als im Jahre 2001. Getragen wurde diese Entwicklung im Wesentlichen durch die Preissteigerung für Tabakwaren um 3,7 Prozent. In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ wurden die seit 2003 anhaltenden Preisrückgänge mit einer Steigerung in Höhe von 1,0 Prozent 2007 gestoppt. Lediglich die Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ verzeichnete mit einem Rückgang um 1,1 Prozent im Jahr 2007 sinkende Verbraucherpreise. Dieser Trend hält bereits seit 2004 an. Allein die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 17,3 Prozent.

Der Anstieg der Verbraucherpreise ohne den Einfluss der Preisentwicklung bei Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln wird durch die **Kerninflation** wiedergegeben. Der entsprechende Index stieg 2007 um 2,4 Prozent und damit außerordentlich stark (vgl. dazu Tab. 1.10 und Tab. 2.10). Im Vorjahr betrug die Steigerung noch 1,3 Prozent. Der Einfluss der Preisentwicklung bei Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln auf den Anstieg der Verbraucherpreise war 2007 demnach relativ gering. Der Sonderindex Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) stieg 2007 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat um 5,4 Prozent, während sich saisonabhängige Nahrungsmittel um 4,0 Prozent verteuerten. Noch im Vorjahr verzeichneten sowohl der Sonderindex Energie als auch der Teilindex saisonabhängige Nahrungsmittel eine Teuerungsrate in Höhe von jeweils 8,4 Prozent.

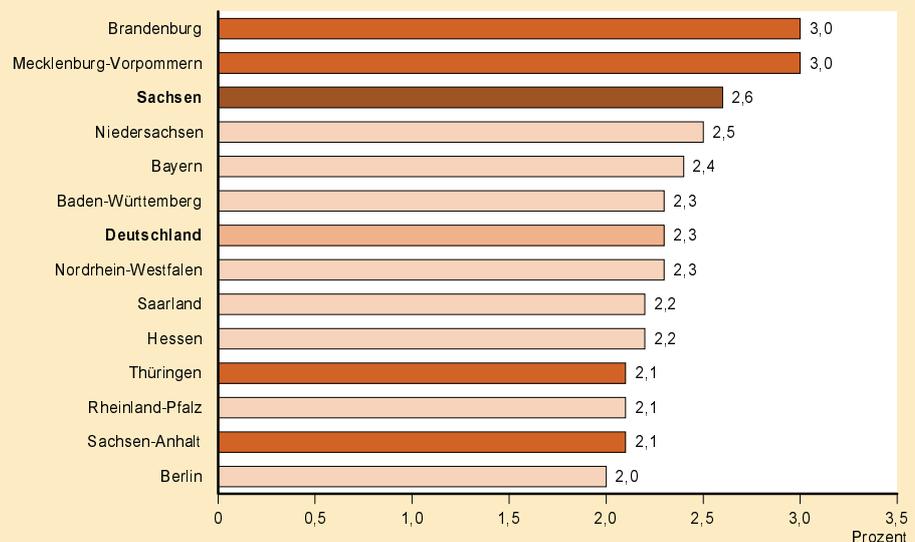
Abb. 46 Jahresteuersraten in Sachsen 2007 nach Hauptgruppen



1) Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung

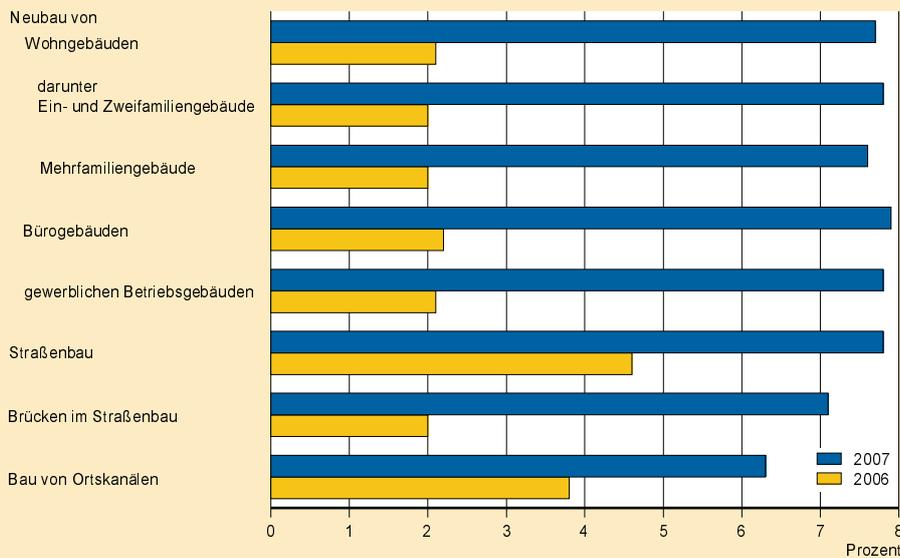
Im Index Administrierte Preise werden Preisänderungen zusammengefasst, die der Genehmigung einer Behörde oder Institution bedürfen. Die Preissteigerungen des Index betragen im Jahr 2007 durchschnittlich 2,6 Prozent (vgl. Tab. 1.10). Die einfließenden Einzelpositionen müssen zwischen direkt administrierten Preisen und teiladministrierten Preisen unterschieden werden. Bei den direkt administrierten Preisen führten vor allem der Anstieg der Rundfunk- und Fernsehgebühren um 4,6 Prozent, der Kfz-Prüf- und Zulassungsgebühren um 9,2 Prozent und der Kfz-Steuer und sonstigen Gebühren um 4,3 Prozent zu einer Erhöhung des Teilindex. Bei den teiladministrierten Preisen belasteten vor allem die um 11,8 Prozent gestiegenen

Abb. 47 Jahresteuersraten 2007 nach Ländern¹⁾



1) Die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein berechnen keinen Verbraucherpreisindex.

Abb. 48 Jahresteuerraten ausgewählter Baupreisindizes in Sachsen 2006 und 2007



Preise für Strom, 6,4 Prozent für Steinkohle, Koks und Braunkohle und 3,3 Prozent für Rechtsberatung die Budgets der Verbraucher.

Mit der Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Basisjahr 2005 beendete das Statistische Bundesamt die Veröffentlichung von Ergebnissen zu den Verbraucherpreisen in den Großraumregionen früheres Bundesgebiet sowie neue Länder.²⁾ Aus einem **Vergleich** der durchschnittlichen Jahresteuerraten der Länder geht allerdings hervor, dass – wie schon in den Jahren 2005 und 2006 – die Preissteigerung in Sachsen 2007 über dem bundesdeutschen Durchschnitt lag (vgl. Abb. 47). Der deutsche Verbraucherpreisindex erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent (vgl. Tab. 2.10). Die Steigerungsraten in den einzelnen alten Ländern lagen relativ gleichmäßig in Höhe des bundesdeutschen Durchschnitts. Die Verbraucher in den neuen Ländern waren hingegen von recht unterschiedlichen Preissteigerungen betroffen. Die höchsten Preissteigerungen verzeichneten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 3,0 Prozent. In Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden hingegen Steigerungen des Verbraucherpreisindex von lediglich 2,1 Prozent registriert. Die geringste Erhöhung des Verbraucherpreisindex 2007 verzeichnete mit 2,0 Prozent Berlin.

Der für europäische Zwecke berechnete **harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)** für Deutschland verzeichnete im Jahresdurchschnitt 2007 ein Wachstum von 2,3 Prozent. Damit lag die Teuerungsrate Deutschlands erstmals nicht unter dem Durchschnitt der Europäischen Union, der ebenfalls 2,3 Prozent betrug. Die höchsten Teuerungsraten verzeichneten Länder des ehemaligen Ostblocks. Die Verbraucherpreise in Lettland stiegen um 10,1 Prozent, in Ungarn um 7,9 Prozent, in Bulgarien um 7,6 Prozent und in Estland um 6,7 Prozent. Die geringsten Preissteigerungen registrierten Norwegen und Malta mit jeweils 0,7 Pro-

zent, die Schweiz mit 0,8 Prozent sowie Finnland, Frankreich und die Niederlande mit jeweils 1,6 Prozent.

Die vorliegenden **Preisindizes für Bauwerke** werden mit dem Basisjahr 2000 angegeben. Die Umbasierung auf 2005 und damit die Überarbeitung der Wägungsanteile der Einzelpositionen erfolgt im August 2008, d. h. nach Redaktionsschluss. Das anhaltende Umsatzwachstum im sächsischen Baugewerbe wurde 2007 von überdurchschnittlich steigenden Baupreisen begleitet (vgl. Abb. 48). Die Entwicklung war dabei schon im zweiten Jahr in Folge von einer wesentlich stärkeren Teuerung als im Vorjahr geprägt. In sämtlichen Bauwerksarten wurde im Jahr 2007 das Vorjahrespreisniveau

deutlich übertroffen. Ursachen für die Entwicklung sind neben der Mehrwertsteuererhöhung vor allem auch die zugenommenen Material- und betrieblichen Nebenkosten.

Der Baupreisindex für Wohngebäude stieg im Jahr 2007 um 7,7 Prozent und übertraf damit deutlich die Steigerungsraten des Vorjahres in Höhe von 2,1 Prozent. Die Preissteigerungen für die einzelnen Gebäudearten der Ein- und Zweifamilienhäuser, der Mehrfamilienhäuser und der gemischt genutzten Gebäude lagen 2007 dabei relativ gleichmäßig um den Wert von 7,7 Prozent. Unterschiede lassen sich allerdings in den Teuerungsdaten für Rohbauarbeiten und Ausbauarbeiten feststellen. Während die Preise für Arbeiten am Rohbau um durchschnittlich 7,1 Prozent stiegen, wurde bei Ausbauarbeiten eine Teuerungsrate von 8,2 Prozent verzeichnet. Bei den Wirtschaftsgebäuden stieg der Preisindex für Bürogebäude um 7,9 Prozent und der von gewerblichen Betriebsgebäuden um 7,8 Prozent. Auch hier lagen die Teuerungsdaten für Ausbauarbeiten deutlich über denen für Rohbauarbeiten. Im Straßenbau erreichte die Teuerungsrate 7,8 Prozent. Noch im Vorjahr verzeichnete der Straßenbau mit einer Teuerungsrate von 4,6 Prozent den mit Abstand höchsten Preisanstieg im Baugewerbe. Der Teilindex Brücken im Straßenbau registrierte 2007 eine Preissteigerung in Höhe von 7,1 Prozent, und der Index für Ortskanäle eine Preissteigerung von 6,3 Prozent.

²⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt: Preise - Allgemeine Informationen zur Verbraucherpreisstatistik 2008, S. 1.

8. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

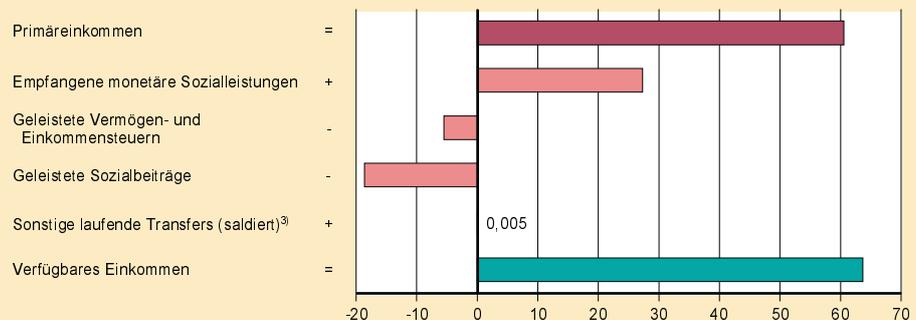
Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) "Wohstand" der Bevölkerung dar. Das Verfügbare Einkommen ist der Geldbetrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Einwohnern für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung steht. Im letzten verfügbaren Jahr 2006 lag das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in Sachsen bei 63,7 Milliarden €, 1,1 Prozent höher als im Vorjahr (vgl. Tab. 1.23 und Tab. 2.26). Damit setzte sich der seit 1992 anhaltende Wachstumstrend weiter fort. Lediglich im Jahr 2005 kam es bedingt durch das gesunkene Arbeitnehmerentgelt und die Reformen am Arbeitsmarkt (u. a. die Einführung von Arbeitslosengeld II) zu einer Verringerung des Verfügbaren Einkommens der sächsischen Haushalte. Im bundesdeutschen Durchschnitt lag die Steigerungsrate 2006 gegenüber dem Vorjahr bei 1,9 Prozent (vgl. Tab. 2.26). Die Entwicklung in den Großraumregionen unterscheidet sich recht deutlich. In den neuen Ländern (ohne Berlin) stieg das Verfügbare Einkommen im Mittel um 1,1 Prozent, in den alten Ländern (ohne Berlin) dagegen um 2,1 Prozent. Auch die längerfristige Entwicklung zeigt erhebliche Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern. So stieg das Verfügbare Einkommen zwischen 2000 bis 2006 in Sachsen um 6,2 Prozent, in den neuen Ländern (ohne Berlin) um 5,5 Prozent und in den alten Ländern (ohne Berlin) um 14,5 Prozent. Auffallend ist, dass für die alten Länder seit dem Jahr 2000 beständig wesentlich höhere Steigerungsraten als für die neuen Länder ausgewiesen werden.

Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen **Primäreinkommen** nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers (vgl. Abb. 49 und Tab. 1.23). Das Primäreinkommen setzt sich wiederum zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt der Arbeitnehmer mit Arbeitsort in einem bestimmten Wirtschaftsgebiet (Inländerprinzip), den Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen sowie dem saldierten Vermögenseinkommen (vgl. Tab. 1.23). Im Jahr 2006 hatte das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Sachsen einen Umfang von 60,5 Milliarden €, 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das empfangene Arbeitnehmerentgelt hatte 2006 einen Wert von 46,6 Milliarden €, die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse von 6,8 Milliarden € und der Saldo der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte von 7,1 Mil-

liarden €. Im Vergleich zum Vorjahr kam es bei allen drei Positionen zu einer Steigerung. Das Arbeitnehmerentgelt erhöhte sich um 1,7 Prozent, die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse um 3,0 Prozent und der Saldo der Vermögenseinkommen um 7,6 Prozent. Der Anteil des empfangenen Arbeitnehmerentgeltes am Primäreinkommen betrug 2006 in Sachsen 77,0 Prozent. Während im Jahr 1992 die Arbeitnehmerentgelte noch einen Anteil von 84,2 Prozent einnahmen, waren es im Jahr 2000 nur noch 79,8 Prozent. Beim Vergleich der Anteile des Arbeitnehmerentgeltes an den Primäreinkommen der Großraumregionen ist dieser Abnahmeprozess ebenfalls feststellbar. Die Größe der jeweiligen Anteile unterscheidet sich allerdings beachtlich. Während im Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) im Jahr 2006 ein Anteil des Arbeitnehmerentgeltes von 77,2 Prozent verzeichnet wurde, lag er in den alten Ländern (ohne Berlin) bei 65,8 Prozent. Ursächlich hierfür sind vor allem die anteilig geringeren Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen sowie wesentlich niedrigere Vermögenseinkommen in den neuen Ländern. Die Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen hatten im Durchschnitt der neuen Länder einen Anteil von 11,3 Prozent an den Primäreinkommen, in den alten Ländern waren es 12,1 Prozent. Für den Saldo der Vermögenseinkommen besteht ein noch größerer Unterschied. Während dessen Anteil am Primäreinkommen in den neuen Ländern bei 11,5 Prozent lag, waren es in den alten Ländern 22,1 Prozent.

Die unterschiedliche Entwicklung der Verfügbaren Einkommen in den Großraumregionen seit dem Jahr 2000 (siehe vorheriger Absatz) liegt neben der unterschiedlichen Einkommensstruktur auch in der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Komponenten des Verfügbaren Einkommens begründet. So stieg das Primäreinkommen zwischen 2000 und 2006 in den neuen Ländern um 4,6 Prozent und in den alten Ländern um 10,8 Prozent. Diese unterschiedliche Entwicklung liegt wiederum an der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und dem Saldo der Vermögenseinkommen. So stiegen die

Abb. 49 Einkommensumverteilung im Sektor private Haushalte¹⁾ in Sachsen 2006²⁾



¹⁾ einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

²⁾ Berechnungsstand: Februar 2008

³⁾ insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen

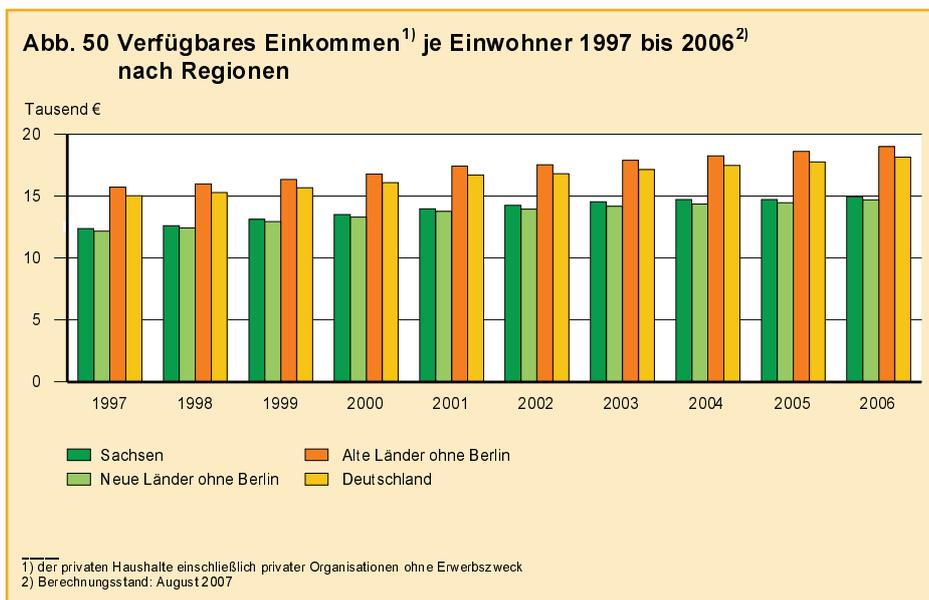
Arbeitnehmerentgelte in den neuen Ländern zwischen 2000 und 2006 um 0,8 Prozent und in den alten Ländern um 5,5 Prozent. Der Saldo der Vermögenseinkommen stieg in den neuen Ländern um 26,1 Prozent und in den alten Ländern um 32,8 Prozent. Einzig bei den Betriebsüberschüssen und den Selbstständigeneinkommen war zwischen 2000 und 2006 in den neuen Ländern mit 14,1 Prozent eine höhere Steigerungsrate zu verzeichnen als in den alten Ländern mit 7,6 Prozent. Allerdings hatte diese Position in den neuen Ländern ein geringeres Gewicht an den Primäreinkommen als in den alten Ländern. In Sachsen stiegen die Primäreinkommen zwischen 2000 und 2006 um 5,3 Prozent, die Arbeitnehmerentgelte um 1,6 Prozent, die Betriebsüberschüsse sowie Selbstständigeneinkommen um 14,7 Prozent und der Saldo der Vermögenseinkommen um 25,2 Prozent.

Zur Bildung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte werden entsprechend der volkswirtschaftlichen Umverteilungsrechnung dem Primäreinkommen die empfangenen monetären Sozialleistungen zugerechnet. 2006 betrug dieser Wert für Sachsen 27,3 Milliarden € (vgl. Abb. 49 und Tab. 1.23). Nachdem bis 2003 eine kontinuierliche Steigerung der empfangenen monetären Sozialleistungen vorlag, haben sie damit, bedingt durch die umfangreichen Arbeitsmarktreformen, im dritten Jahr in Folge abgenommen. Die geleisteten Sozialbeiträge und die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern werden hingegen bei der Berechnung des Verfügbaren Einkommens vom Primäreinkommen abgezogen. Die geleisteten Sozialbeiträge der privaten Haushalte in Sachsen erreichten 2006 einen Wert von 18,7 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie damit wieder leicht um 0,8 Prozent. Von 2002 bis 2005 hatte ihr Wert kontinuierlich abgenommen. Die Summe der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuer erreichte im Jahr 2006 mit einer Steigerung um 5,8 Prozent einen Wert von 5,5 Milliarden €. Der sich aus einkommenserhöhenden Positionen und einkommensmindernden Positionen ergebende Saldo war für Sachsen und die neuen Länder positiv. Der entsprechende Saldo Sachsens in Höhe von 3,2 Milliarden € im Jahr 2006 verminderte sich schon im dritten Jahr in Folge.

Die Abnahme betrug dabei relativ deutliche 19,6 Prozent. In den alten Ländern übertrafen wie auch in Deutschland insgesamt die Abzüge zum Primäreinkommen die Zuschläge. In den alten Ländern kam es 2006 erstmals wieder seit 2000 zu einer Abnahme des Saldos, d. h. zu einer weiteren Verschiebung des Verhältnisses hin zu den einkommensmindernden Positionen. Die Entwicklungen in den alten und neuen Ländern entsprachen für 2006 zumindest tendenziell einander. Während in den alten Ländern der negative Saldo um 11,9 Prozent weiter abnahm, sank der positive Saldo der neuen Länder um 33,0 Prozent. Im bundesdeutschen Durchschnitt betrug 2006 der Saldo minus 213,1 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Wert um 13,6 Prozent. Zuletzt kam es im Jahr 2000 zu einer Abnahme um 8,2 Prozent. Eine weitere Position, die neben den einkommensmindernden und einkommenserhöhenden Positionen dem Primäreinkommen zugerechnet werden muss, um das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu erhalten, sind die sonstigen laufenden Transfers. Diese beinhalten Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen sowie den Saldo für übrige laufende Transfers einschließlich empfangener Sozialbeiträge abzüglich geleisteter monetärer Sozialleistungen. Der Einfluss dieser Position in der Umverteilungsrechnung ist relativ gering. Im Jahr 2007 hatten die sonstigen laufenden Transfers in Sachsen lediglich einen Betrag von 5,5 Millionen €.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Steigerung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte Sachsens im Jahr 2006 maßgeblich durch den Anstieg der Primäreinkommen um 2,5 Prozent beeinflusst wurde (vgl. Abb. 49 und Tab. 2.26). Gebremst wurde die Entwicklung des Verfügbaren Einkommens durch die gesunkenen empfangenen monetären Sozialleistungen und die gestiegenen geleisteten Sozialbeiträge sowie den Anstieg bei Einkommen- und Vermögenssteuer. Dabei ist der Rückgang der empfangenen monetären Leistungen im Wesentlichen auf die Abnahme der Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner lag 2006 in Sachsen bei 14 949 € je Einwohner (vgl. Abb. 50 und Tab. 1.23). Es stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 241 € bzw. 1,6 Prozent. Diese Entwicklung wurde sowohl von dem gestiegenen Verfügbaren Einkommen als auch von der weiterhin stetig abnehmenden Einwohnerzahl in Sachsen bestimmt. So nahm die Zahl der Einwohner hier im Vergleich zu 2005 um 0,6 Prozent ab, wodurch sich das Verfügbare Einkommen auf entsprechend weniger Köpfe als im Vorjahr „verteilte“.



Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag 2006 für die neuen Länder (ohne Berlin) bei 14 683 €, für den Durchschnitt der alten Länder (ohne Berlin) bei 18 991 € und für den Durchschnitt Deutschlands bei 18 135 € (vgl. Tab. 2.26). Sachsens verfügbares Einkommen je Einwohner lag damit bei einer Höhe von 82,4 Prozent des bundesdeutschen Wertes. Der Angleichungsprozess Sachsens an die bundesdeutschen Werte bleibt damit seit dem Jahr 2002 unterbrochen, nachdem sich die Werte zwischen 1992 bis 2002 kontinuierlich anglichen. So lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen 1995 bei 79,1 Prozent und im Jahr 2002 bei 84,8 Prozent des gesamtdeutschen Wertes. Trotz des stockenden Anpassungsprozesses verbesserte sich die durchschnittliche Einkommenssituation der sächsischen privaten Haushalte seit Anfang der 1990er Jahre nahezu kontinuierlich. Allerdings wurden die bis 2001 anhaltenden recht deutlichen Steigerungsraten seither durch moderate Zuwächse abgelöst. Im Jahr 2005 kam es sogar zu einer Stagnation des verfügbaren Einkommens je Einwohner. Die Steigerungsraten in Sachsen lagen bis 2000 beständig über den bundesweiten Zuwachsraten. Im Anschluss war dies nur noch im Jahr 2002 der Fall. Seit dem Jahr 2000 stieg das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen um 10,7 Prozent, in den neuen Ländern um 10,3 Prozent und in den alten Ländern um 13,2 Prozent.

Private Konsumausgaben der privaten Haushalte

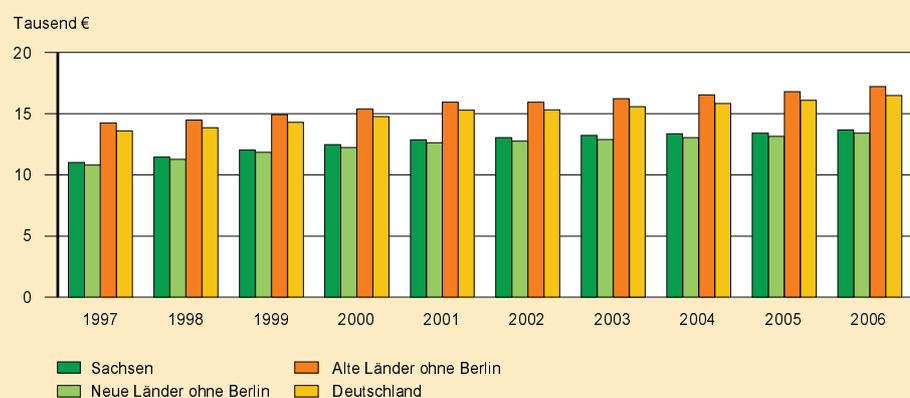
Der größte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) wird für Konsumzwecke verwendet. Der restliche Teil wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Sparen zuzüglich der Position „Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche“ zugeordnet. Im Jahr 2006 wurde 91,5 Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte Sachsens für den Konsum ausgegeben. Dies entspricht einem nominalen Wert von 58,3 Milliarden € (vgl. Tab. 1.24). Sachsens Anteil an den gesamtdeutschen Konsumausgaben der privaten Haushalte betrug 4,3 Prozent. Dieser Wert liegt deutlich höher als der sächsische Beitrag zum deutschen Bruttoinlandsprodukt von lediglich 3,8 Prozent im Jahr 2006. Der vorhandene Unterschied zwischen dem Beitrag Sachsens zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und dem privaten Konsum ist insbesondere auf die geleisteten Transferzahlungen zurückzuführen. Zudem lag der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen in Sachsen über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 90,9 Prozent. Allgemein ist in den neuen Ländern ein überdurchschnittlicher Anteil von 91,4 Prozent zu verzeichnen, während in den alten Ländern ein Wert von 90,7

Prozent vorlag. Die nominale Entwicklung der Konsumausgaben in Sachsen entspricht nahezu der Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Während die Steigerungsraten bis 2001 einen beständig hohen Betrag aufwiesen, wurden danach nur noch geringe Steigerungsraten erzielt. Im Jahr 2005 sanken die Konsumausgaben der privaten Haushalte bedingt durch den Rückgang des verfügbaren Einkommens um 0,3 Prozent, im Jahr 2006 kam es wiederum zu einer Steigerung um 1,4 Prozent.

Die **privaten Konsumausgaben je Einwohner** betragen 2006 in Sachsen 13 676 € (vgl. Abb. 51 und Tab. 1.24). Damit hatte ein sächsischer Einwohner durchschnittlich 263 € bzw. 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr ausgegeben. Sachsens Konsumausgaben je Einwohner lagen damit knapp über dem Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) mit 13 423 € (vgl. Tab. 2.27). Die alten Länder (ohne Berlin) verzeichneten mit 17 227 € einen deutlich höheren Wert, der Durchschnitt Deutschlands lag bei 16 481 €. Die sächsischen Pro-Kopf-Konsumausgaben hatten 2006 eine Höhe von 83,0 Prozent des gesamtdeutschen Pro-Kopf-Wertes. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das Angleichungsniveau um 0,4 Prozentpunkte ab. Der Angleichungsprozess Sachsens an die gesamtdeutschen Werte bleibt damit seit 2002 unterbrochen. Im Jahr 2002 wurde das bisher höchste Angleichungsniveau mit einem Wert von 85,3 Prozent erreicht. Bis dahin war die Zeitreihe seit Anfang der 1990er durch einen kontinuierlichen Anpassungsprozess gekennzeichnet.

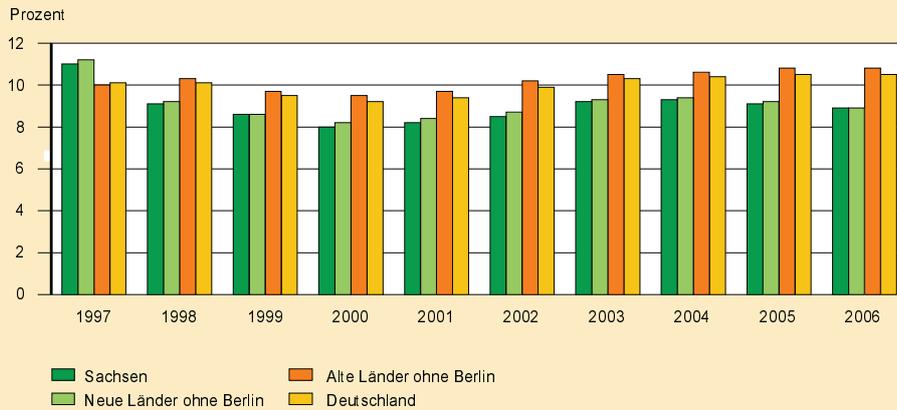
Preisbereinigt sanken die privaten Konsumausgaben je Einwohner Sachsens im Jahr 2006 um 0,3 Prozent (vgl. Tab. 2.27). Die Verringerung der realen Konsumausgaben hält damit seit dem Jahr 2002 an, nachdem zwischen 1992 und 2001 ein tendenzielles Wachstum vorhanden war. Die Wachstumsraten waren dabei bis 1999 nahezu kontinuierlich höher als die durchschnittlichen Steigerungen für Deutschland. Seitdem entwickeln sich die Konsumausgaben Sachsens mit geringeren Steigerungsraten bzw. größeren Senkungsraten als die Durchschnittswerte für Deutschland.

Abb. 51 Konsumausgaben^{1) 2)} je Einwohner 1997 bis 2006³⁾ nach Regionen



1) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
 2) in jeweiligen Preisen
 3) Berechnungsstand: August 2007

Abb. 52 Sparquote¹⁾ der privaten Haushalte²⁾ 1997 bis 2006³⁾ nach Regionen



1) Sparquote = Sparvolumen / (verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)
 2) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
 3) Berechnungsstand: August 2007

Im bundesdeutschen Vergleich unterscheiden sich die Sparquoten zwischen den Großraumregionen deutlich (vgl. Abb. 52 und Tab. 2.27). Die durchschnittliche Sparquote in den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) entsprach im Jahr 2006 mit 8,9 Prozent dem sächsischen Wert, die Sparquote der alten Länder (ohne Berlin) lag bei 10,8 Prozent. Deutschlandweit ergab dies eine Sparquote von 10,5 Prozent. Der unterdurchschnittliche Wert des Freistaates wird auch daran ersichtlich, dass der Beitrag Sachsens zum gesamtdeutschen Sparvolumen 2006 nur bei 3,6 Prozent lag. Insgesamt verzeichneten die fünf neuen Länder lediglich einen Beitrag von 11,1 Prozent.

Sparvolumen der privaten Haushalte

Der nicht für Konsumzwecke verausgabte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird zur Ersparnisbildung verwendet, wobei entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Sparen auch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche gehört.¹⁾ Das Sparvolumen der sächsischen Haushalte lag im Jahr 2006 bei 5,7 Milliarden € und sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent (vgl. Tab. 1.24 und Tab. 2.27). Nachdem das Sparvolumen zwischen 2001 und 2004 mit relativ deutlichen Wachstumsraten zunahm, sank es damit das zweite Jahr in Folge. Zwischen 1998 und 2000 war das Sparvolumen allerdings auch schon rückläufig. Der Einfluss des verfügbaren Einkommens auf die Entwicklung des Sparvolumens wird durch die Sparquote deutlich. Diese entspricht dem Anteil des Sparvolumens am verfügbaren Einkommen und der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche. Im Jahr 2006 lag die Sparquote der sächsischen privaten Haushalte bei 8,9 Prozent (vgl. Abb. 52). Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie damit um 0,2 Prozentpunkte ab. Nachdem zwischen 2001 und 2004 die Sparquote kontinuierlich zunahm, sank sie damit im zweiten Jahr in Folge. Der Anstieg des verfügbaren Einkommens im Jahr 2006 schlug sich auf eine Erhöhung der Konsumausgaben in jeweiligen Preisen nieder, gleichzeitig wurde allerdings weniger gespart.

Das Sparvolumen je Einwohner hatte 2006 in Sachsen einen Wert von 1 330 € (vgl. Tab. 1.24). Nachdem zwischen 2001 und 2004 der Pro-Kopf-Wert kontinuierlich zunahm, ist dies das zweite Jahr in Folge, in dem eine Abnahme registriert wurde. Das Entwicklungsmuster entspricht damit annähernd dem Verlauf des Sparvolumens. Im Durchschnitt der neuen Länder wurden noch geringere 1 318 € je Einwohner gespart, in den alten Ländern waren es 2 080 € je Einwohner und im bundesdeutschen Durchschnitt 1 923 € je Einwohner (vgl. Tab. 2.27). Im Vergleich zum gesamtdeutschen Wert lag Sachsen zuletzt bei einem Niveau von 69,2 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Bei der Angleichung Sachsens an den gesamtdeutschen Durchschnitt ist kein kontinuierlicher Prozess erkennbar. Das Angleichungsniveau schwankt von Jahr zu Jahr relativ stark. Beispielsweise lag das Angleichungsniveau Sachsens 2002 mit einem Pro-Kopf-Wert von 1 221 € noch bei 72,3 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts, bevor es 2003 auf einen Pro-Kopf-Wert von 1 337 € und ein Angleichungsniveau von 75,0 Prozent anstieg.

1) Vgl. Arbeitskreis VGR der Länder – Methodenbeschreibung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, Stand April 2007, S. 54.

8. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

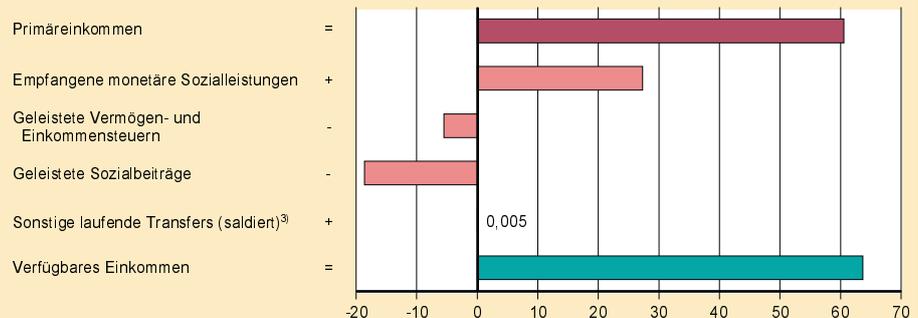
Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) "Wohstand" der Bevölkerung dar. Das Verfügbare Einkommen ist der Geldbetrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Einwohnern für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung steht. Im letzten verfügbaren Jahr 2006 lag das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in Sachsen bei 63,7 Milliarden €, 1,1 Prozent höher als im Vorjahr (vgl. Tab. 1.23 und Tab. 2.26). Damit setzte sich der seit 1992 anhaltende Wachstumstrend weiter fort. Lediglich im Jahr 2005 kam es bedingt durch das gesunkene Arbeitnehmerentgelt und die Reformen am Arbeitsmarkt (u. a. die Einführung von Arbeitslosengeld II) zu einer Verringerung des Verfügbaren Einkommens der sächsischen Haushalte. Im bundesdeutschen Durchschnitt lag die Steigerungsrate 2006 gegenüber dem Vorjahr bei 1,9 Prozent (vgl. Tab. 2.26). Die Entwicklung in den Großraumregionen unterscheidet sich recht deutlich. In den neuen Ländern (ohne Berlin) stieg das Verfügbare Einkommen im Mittel um 1,1 Prozent, in den alten Ländern (ohne Berlin) dagegen um 2,1 Prozent. Auch die längerfristige Entwicklung zeigt erhebliche Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern. So stieg das Verfügbare Einkommen zwischen 2000 bis 2006 in Sachsen um 6,2 Prozent, in den neuen Ländern (ohne Berlin) um 5,5 Prozent und in den alten Ländern (ohne Berlin) um 14,5 Prozent. Auffallend ist, dass für die alten Länder seit dem Jahr 2000 beständig wesentlich höhere Steigerungsraten als für die neuen Länder ausgewiesen werden.

Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen **Primäreinkommen** nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers (vgl. Abb. 49 und Tab. 1.23). Das Primäreinkommen setzt sich wiederum zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt der Arbeitnehmer mit Arbeitsort in einem bestimmten Wirtschaftsgebiet (Inländerprinzip), den Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen sowie dem saldierten Vermögenseinkommen (vgl. Tab. 1.23). Im Jahr 2006 hatte das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Sachsen einen Umfang von 60,5 Milliarden €, 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das empfangene Arbeitnehmerentgelt hatte 2006 einen Wert von 46,6 Milliarden €, die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse von 6,8 Milliarden € und der Saldo der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte von 7,1 Mil-

liarden €. Im Vergleich zum Vorjahr kam es bei allen drei Positionen zu einer Steigerung. Das Arbeitnehmerentgelt erhöhte sich um 1,7 Prozent, die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse um 3,0 Prozent und der Saldo der Vermögenseinkommen um 7,6 Prozent. Der Anteil des empfangenen Arbeitnehmerentgeltes am Primäreinkommen betrug 2006 in Sachsen 77,0 Prozent. Während im Jahr 1992 die Arbeitnehmerentgelte noch einen Anteil von 84,2 Prozent einnahmen, waren es im Jahr 2000 nur noch 79,8 Prozent. Beim Vergleich der Anteile des Arbeitnehmerentgeltes an den Primäreinkommen der Großraumregionen ist dieser Abnahmeprozess ebenfalls feststellbar. Die Größe der jeweiligen Anteile unterscheidet sich allerdings beachtlich. Während im Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) im Jahr 2006 ein Anteil des Arbeitnehmerentgeltes von 77,2 Prozent verzeichnet wurde, lag er in den alten Ländern (ohne Berlin) bei 65,8 Prozent. Ursächlich hierfür sind vor allem die anteilig geringeren Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen sowie wesentlich niedrigere Vermögenseinkommen in den neuen Ländern. Die Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen hatten im Durchschnitt der neuen Länder einen Anteil von 11,3 Prozent an den Primäreinkommen, in den alten Ländern waren es 12,1 Prozent. Für den Saldo der Vermögenseinkommen besteht ein noch größerer Unterschied. Während dessen Anteil am Primäreinkommen in den neuen Ländern bei 11,5 Prozent lag, waren es in den alten Ländern 22,1 Prozent.

Die unterschiedliche Entwicklung der Verfügbaren Einkommen in den Großraumregionen seit dem Jahr 2000 (siehe vorheriger Absatz) liegt neben der unterschiedlichen Einkommensstruktur auch in der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Komponenten des Verfügbaren Einkommens begründet. So stieg das Primäreinkommen zwischen 2000 und 2006 in den neuen Ländern um 4,6 Prozent und in den alten Ländern um 10,8 Prozent. Diese unterschiedliche Entwicklung liegt wiederum an der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte und dem Saldo der Vermögenseinkommen. So stiegen die

Abb. 49 Einkommensumverteilung im Sektor private Haushalte¹⁾ in Sachsen 2006²⁾



¹⁾ einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

²⁾ Berechnungsstand: Februar 2008

³⁾ insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen

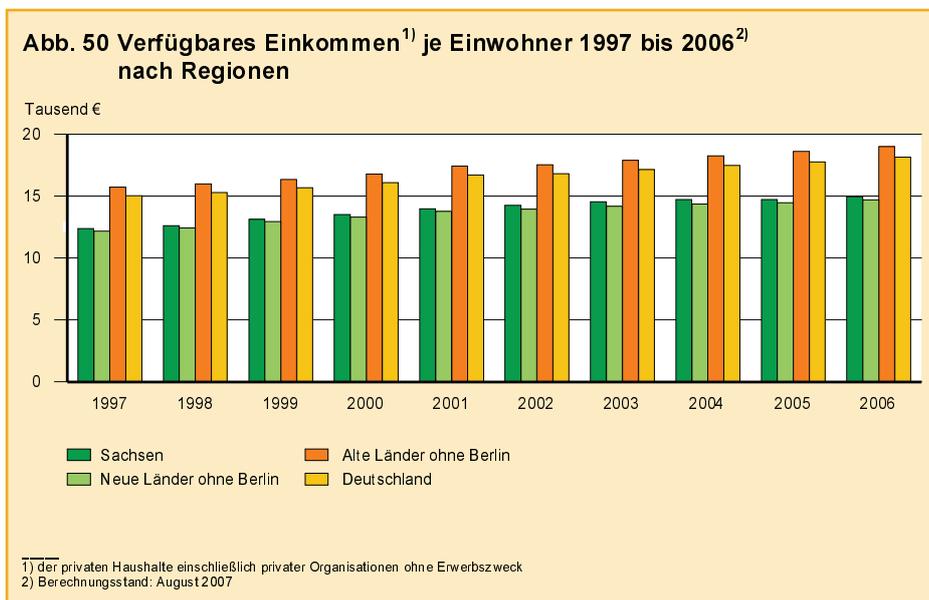
Arbeitnehmerentgelte in den neuen Ländern zwischen 2000 und 2006 um 0,8 Prozent und in den alten Ländern um 5,5 Prozent. Der Saldo der Vermögenseinkommen stieg in den neuen Ländern um 26,1 Prozent und in den alten Ländern um 32,8 Prozent. Einzig bei den Betriebsüberschüssen und den Selbstständigeneinkommen war zwischen 2000 und 2006 in den neuen Ländern mit 14,1 Prozent eine höhere Steigerungsrate zu verzeichnen als in den alten Ländern mit 7,6 Prozent. Allerdings hatte diese Position in den neuen Ländern ein geringeres Gewicht an den Primäreinkommen als in den alten Ländern. In Sachsen stiegen die Primäreinkommen zwischen 2000 und 2006 um 5,3 Prozent, die Arbeitnehmerentgelte um 1,6 Prozent, die Betriebsüberschüsse sowie Selbstständigeneinkommen um 14,7 Prozent und der Saldo der Vermögenseinkommen um 25,2 Prozent.

Zur Bildung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte werden entsprechend der volkswirtschaftlichen Umverteilungsrechnung dem Primäreinkommen die empfangenen monetären Sozialleistungen zugerechnet. 2006 betrug dieser Wert für Sachsen 27,3 Milliarden € (vgl. Abb. 49 und Tab. 1.23). Nachdem bis 2003 eine kontinuierliche Steigerung der empfangenen monetären Sozialleistungen vorlag, haben sie damit, bedingt durch die umfangreichen Arbeitsmarktreformen, im dritten Jahr in Folge abgenommen. Die geleisteten Sozialbeiträge und die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern werden hingegen bei der Berechnung des Verfügbaren Einkommens vom Primäreinkommen abgezogen. Die geleisteten Sozialbeiträge der privaten Haushalte in Sachsen erreichten 2006 einen Wert von 18,7 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen sie damit wieder leicht um 0,8 Prozent. Von 2002 bis 2005 hatte ihr Wert kontinuierlich abgenommen. Die Summe der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuer erreichte im Jahr 2006 mit einer Steigerung um 5,8 Prozent einen Wert von 5,5 Milliarden €. Der sich aus einkommenserhöhenden Positionen und einkommensmindernden Positionen ergebende Saldo war für Sachsen und die neuen Länder positiv. Der entsprechende Saldo Sachsens in Höhe von 3,2 Milliarden € im Jahr 2006 verminderte sich schon im dritten Jahr in Folge.

Die Abnahme betrug dabei relativ deutliche 19,6 Prozent. In den alten Ländern übertrafen wie auch in Deutschland insgesamt die Abzüge zum Primäreinkommen die Zuschläge. In den alten Ländern kam es 2006 erstmals wieder seit 2000 zu einer Abnahme des Saldos, d. h. zu einer weiteren Verschiebung des Verhältnisses hin zu den einkommensmindernden Positionen. Die Entwicklungen in den alten und neuen Ländern entsprachen für 2006 zumindest tendenziell einander. Während in den alten Ländern der negative Saldo um 11,9 Prozent weiter abnahm, sank der positive Saldo der neuen Länder um 33,0 Prozent. Im bundesdeutschen Durchschnitt betrug 2006 der Saldo minus 213,1 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Wert um 13,6 Prozent. Zuletzt kam es im Jahr 2000 zu einer Abnahme um 8,2 Prozent. Eine weitere Position, die neben den einkommensmindernden und einkommenserhöhenden Positionen dem Primäreinkommen zugerechnet werden muss, um das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu erhalten, sind die sonstigen laufenden Transfers. Diese beinhalten Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen sowie den Saldo für übrige laufende Transfers einschließlich empfangener Sozialbeiträge abzüglich geleisteter monetärer Sozialleistungen. Der Einfluss dieser Position in der Umverteilungsrechnung ist relativ gering. Im Jahr 2007 hatten die sonstigen laufenden Transfers in Sachsen lediglich einen Betrag von 5,5 Millionen €.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Steigerung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte Sachsens im Jahr 2006 maßgeblich durch den Anstieg der Primäreinkommen um 2,5 Prozent beeinflusst wurde (vgl. Abb. 49 und Tab. 2.26). Gebremst wurde die Entwicklung des Verfügbaren Einkommens durch die gesunkenen empfangenen monetären Sozialleistungen und die gestiegenen geleisteten Sozialbeiträge sowie den Anstieg bei Einkommen- und Vermögenssteuer. Dabei ist der Rückgang der empfangenen monetären Leistungen im Wesentlichen auf die Abnahme der Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner lag 2006 in Sachsen bei 14 949 € je Einwohner (vgl. Abb. 50 und Tab. 1.23). Es stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 241 € bzw. 1,6 Prozent. Diese Entwicklung wurde sowohl von dem gestiegenen Verfügbaren Einkommen als auch von der weiterhin stetig abnehmenden Einwohnerzahl in Sachsen bestimmt. So nahm die Zahl der Einwohner hier im Vergleich zu 2005 um 0,6 Prozent ab, wodurch sich das Verfügbare Einkommen auf entsprechend weniger Köpfe als im Vorjahr „verteilte“.



Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag 2006 für die neuen Länder (ohne Berlin) bei 14 683 €, für den Durchschnitt der alten Länder (ohne Berlin) bei 18 991 € und für den Durchschnitt Deutschlands bei 18 135 € (vgl. Tab. 2.26). Sachsens verfügbares Einkommen je Einwohner lag damit bei einer Höhe von 82,4 Prozent des bundesdeutschen Wertes. Der Angleichungsprozess Sachsens an die bundesdeutschen Werte bleibt damit seit dem Jahr 2002 unterbrochen, nachdem sich die Werte zwischen 1992 bis 2002 kontinuierlich anglichen. So lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen 1995 bei 79,1 Prozent und im Jahr 2002 bei 84,8 Prozent des gesamtdeutschen Wertes. Trotz des stockenden Anpassungsprozesses verbesserte sich die durchschnittliche Einkommenssituation der sächsischen privaten Haushalte seit Anfang der 1990er Jahre nahezu kontinuierlich. Allerdings wurden die bis 2001 anhaltenden recht deutlichen Steigerungsraten seither durch moderate Zuwächse abgelöst. Im Jahr 2005 kam es sogar zu einer Stagnation des verfügbaren Einkommens je Einwohner. Die Steigerungsraten in Sachsen lagen bis 2000 beständig über den bundesweiten Zuwachsraten. Im Anschluss war dies nur noch im Jahr 2002 der Fall. Seit dem Jahr 2000 stieg das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen um 10,7 Prozent, in den neuen Ländern um 10,3 Prozent und in den alten Ländern um 13,2 Prozent.

Private Konsumausgaben der privaten Haushalte

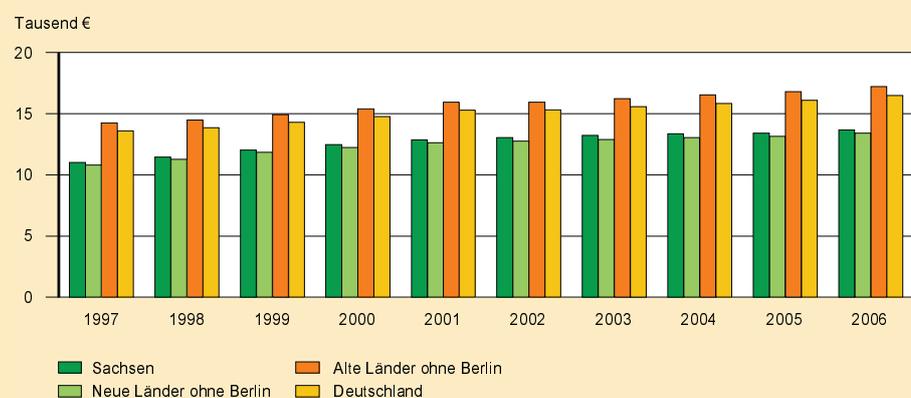
Der größte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) wird für Konsumzwecke verwendet. Der restliche Teil wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Sparen zuzüglich der Position „Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche“ zugeordnet. Im Jahr 2006 wurde 91,5 Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte Sachsens für den Konsum ausgegeben. Dies entspricht einem nominalen Wert von 58,3 Milliarden € (vgl. Tab. 1.24). Sachsens Anteil an den gesamtdeutschen Konsumausgaben der privaten Haushalte betrug 4,3 Prozent. Dieser Wert liegt deutlich höher als der sächsische Beitrag zum deutschen Bruttoinlandsprodukt von lediglich 3,8 Prozent im Jahr 2006. Der vorhandene Unterschied zwischen dem Beitrag Sachsens zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und dem privaten Konsum ist insbesondere auf die geleisteten Transferzahlungen zurückzuführen. Zudem lag der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen in Sachsen über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 90,9 Prozent. Allgemein ist in den neuen Ländern ein überdurchschnittlicher Anteil von 91,4 Prozent zu verzeichnen, während in den alten Ländern ein Wert von 90,7

Prozent vorlag. Die nominale Entwicklung der Konsumausgaben in Sachsen entspricht nahezu der Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Während die Steigerungsraten bis 2001 einen beständig hohen Betrag aufwiesen, wurden danach nur noch geringe Steigerungsraten erzielt. Im Jahr 2005 sanken die Konsumausgaben der privaten Haushalte bedingt durch den Rückgang des verfügbaren Einkommens um 0,3 Prozent, im Jahr 2006 kam es wiederum zu einer Steigerung um 1,4 Prozent.

Die **privaten Konsumausgaben je Einwohner** betragen 2006 in Sachsen 13 676 € (vgl. Abb. 51 und Tab. 1.24). Damit hatte ein sächsischer Einwohner durchschnittlich 263 € bzw. 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr ausgegeben. Sachsens Konsumausgaben je Einwohner lagen damit knapp über dem Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) mit 13 423 € (vgl. Tab. 2.27). Die alten Länder (ohne Berlin) verzeichneten mit 17 227 € einen deutlich höheren Wert, der Durchschnitt Deutschlands lag bei 16 481 €. Die sächsischen Pro-Kopf-Konsumausgaben hatten 2006 eine Höhe von 83,0 Prozent des gesamtdeutschen Pro-Kopf-Wertes. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das Angleichungsniveau um 0,4 Prozentpunkte ab. Der Angleichungsprozess Sachsens an die gesamtdeutschen Werte bleibt damit seit 2002 unterbrochen. Im Jahr 2002 wurde das bisher höchste Angleichungsniveau mit einem Wert von 85,3 Prozent erreicht. Bis dahin war die Zeitreihe seit Anfang der 1990er durch einen kontinuierlichen Anpassungsprozess gekennzeichnet.

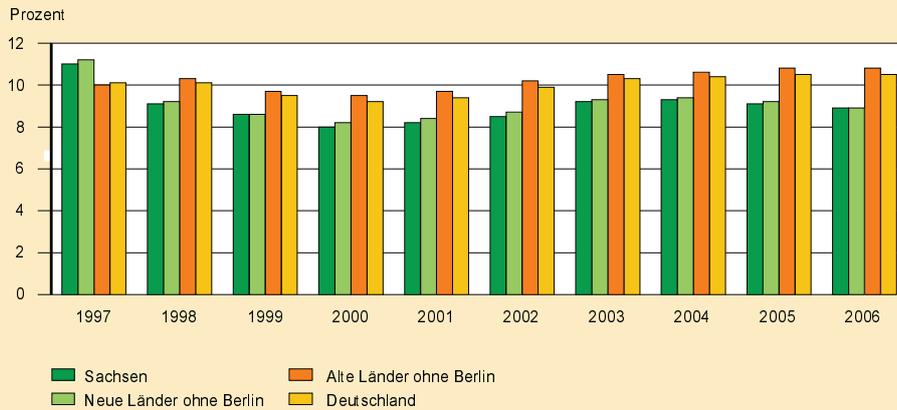
Preisbereinigt sanken die privaten Konsumausgaben je Einwohner Sachsens im Jahr 2006 um 0,3 Prozent (vgl. Tab. 2.27). Die Verringerung der realen Konsumausgaben hält damit seit dem Jahr 2002 an, nachdem zwischen 1992 und 2001 ein tendenzielles Wachstum vorhanden war. Die Wachstumsraten waren dabei bis 1999 nahezu kontinuierlich höher als die durchschnittlichen Steigerungen für Deutschland. Seitdem entwickeln sich die Konsumausgaben Sachsens mit geringeren Steigerungsraten bzw. größeren Senkungsraten als die Durchschnittswerte für Deutschland.

Abb. 51 Konsumausgaben^{1) 2)} je Einwohner 1997 bis 2006³⁾ nach Regionen



1) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
 2) in jeweiligen Preisen
 3) Berechnungsstand: August 2007

Abb. 52 Sparquote¹⁾ der privaten Haushalte²⁾ 1997 bis 2006³⁾ nach Regionen



1) Sparquote = Sparvolumen / (verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)
 2) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
 3) Berechnungsstand: August 2007

Im bundesdeutschen Vergleich unterscheiden sich die Sparquoten zwischen den Großraumregionen deutlich (vgl. Abb. 52 und Tab. 2.27). Die durchschnittliche Sparquote in den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) entsprach im Jahr 2006 mit 8,9 Prozent dem sächsischen Wert, die Sparquote der alten Länder (ohne Berlin) lag bei 10,8 Prozent. Deutschlandweit ergab dies eine Sparquote von 10,5 Prozent. Der unterdurchschnittliche Wert des Freistaates wird auch daran ersichtlich, dass der Beitrag Sachsens zum gesamtdeutschen Sparvolumen 2006 nur bei 3,6 Prozent lag. Insgesamt verzeichneten die fünf neuen Länder lediglich einen Beitrag von 11,1 Prozent.

Sparvolumen der privaten Haushalte

Der nicht für Konsumzwecke verausgabte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird zur Ersparnisbildung verwendet, wobei entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Sparen auch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche gehört.¹⁾ Das Sparvolumen der sächsischen Haushalte lag im Jahr 2006 bei 5,7 Milliarden € und sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent (vgl. Tab. 1.24 und Tab. 2.27). Nachdem das Sparvolumen zwischen 2001 und 2004 mit relativ deutlichen Wachstumsraten zunahm, sank es damit das zweite Jahr in Folge. Zwischen 1998 und 2000 war das Sparvolumen allerdings auch schon rückläufig. Der Einfluss des verfügbaren Einkommens auf die Entwicklung des Sparvolumens wird durch die Sparquote deutlich. Diese entspricht dem Anteil des Sparvolumens am verfügbaren Einkommen und der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche. Im Jahr 2006 lag die Sparquote der sächsischen privaten Haushalte bei 8,9 Prozent (vgl. Abb. 52). Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie damit um 0,2 Prozentpunkte ab. Nachdem zwischen 2001 und 2004 die Sparquote kontinuierlich zunahm, sank sie damit im zweiten Jahr in Folge. Der Anstieg des verfügbaren Einkommens im Jahr 2006 schlug sich auf eine Erhöhung der Konsumausgaben in jeweiligen Preisen nieder, gleichzeitig wurde allerdings weniger gespart.

Das Sparvolumen je Einwohner hatte 2006 in Sachsen einen Wert von 1 330 € (vgl. Tab. 1.24). Nachdem zwischen 2001 und 2004 der Pro-Kopf-Wert kontinuierlich zunahm, ist dies das zweite Jahr in Folge, in dem eine Abnahme registriert wurde. Das Entwicklungsmuster entspricht damit annähernd dem Verlauf des Sparvolumens. Im Durchschnitt der neuen Länder wurden noch geringere 1 318 € je Einwohner gespart, in den alten Ländern waren es 2 080 € je Einwohner und im bundesdeutschen Durchschnitt 1 923 € je Einwohner (vgl. Tab. 2.27). Im Vergleich zum gesamtdeutschen Wert lag Sachsen zuletzt bei einem Niveau von 69,2 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Bei der Angleichung Sachsens an den gesamtdeutschen Durchschnitt ist kein kontinuierlicher Prozess erkennbar. Das Angleichungsniveau schwankt von Jahr zu Jahr relativ stark. Beispielsweise lag das Angleichungsniveau Sachsens 2002 mit einem Pro-Kopf-Wert von 1 221 € noch bei 72,3 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts, bevor es 2003 auf einen Pro-Kopf-Wert von 1 337 € und ein Angleichungsniveau von 75,0 Prozent anstieg.

1) Vgl. Arbeitskreis VGR der Länder – Methodenbeschreibung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, Stand April 2007, S. 54.

1. Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Tab. 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt (Mill. €)	75 666	83 166	85 570	85 681	88 467	92 422
Bruttowertschöpfung²⁾	68 098	74 926	77 348	77 352	79 782	82 827
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	972	793	981	733	665	830
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	13 194	15 562	16 857	17 259	18 403	20 220
darunter Verarbeitendes Gewerbe	11 141	13 071	14 160	14 535	15 414	17 291
Baugewerbe	6 461	5 326	5 158	4 579	4 983	5 166
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	11 700	12 303	12 470	12 224	12 653	12 627
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	16 441	20 270	20 792	21 469	21 874	22 614
Öffentliche und private Dienstleister	19 330	20 672	21 091	21 089	21 203	21 369
	preisbereinigt					
Bruttoinlandsprodukt Kettenindex (2000 = 100)	100	105,7	107,4	107,7	110,8	113,4
Bruttowertschöpfung	100	106,3	108,5	108,9	112,0	115,1
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	100	91,2	119,4	98,3	86,1	92,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100	117,1	127,6	134,3	144,6	158,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe	100	118,2	130,1	139,2	151,8	169,9
Baugewerbe	100	80,3	76,9	67,9	74,1	74,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	100	104,0	105,3	102,9	106,2	105,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	100	117,8	117,7	121,4	123,0	126,4
Öffentliche und private Dienstleister	100	100,0	99,9	99,3	98,6	98,0

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
in jeweiligen Preisen						
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen²⁾ (€)	38 377	43 602	44 745	45 226	46 268	47 530
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen²⁾	34 538	39 282	40 446	40 829	41 726	42 596
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	18 363	17 007	21 434	17 134	16 044	20 059
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	37 487	43 963	47 980	49 605	52 651	56 100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	34 132	39 453	42 974	44 506	46 894	50 890
Baugewerbe	26 920	30 234	30 092	28 911	31 620	32 222
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	25 631	27 982	28 146	28 073	29 040	28 677
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	59 861	70 742	70 436	71 975	70 084	69 480
Öffentliche und private Dienstleister	32 453	34 200	34 822	34 475	34 442	34 661
preisbereinigt						
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen³⁾ Kettenindex (2000 = 100)	100	109,2	110,8	112,1	114,2	115,0
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen³⁾	100	109,9	111,8	113,4	115,5	116,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	100	103,7	138,1	121,6	110,0	118,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100	116,4	127,8	135,9	145,6	154,6
darunter Verarbeitendes Gewerbe	100	116,5	128,9	139,1	150,7	163,2
Baugewerbe	100	109,4	107,7	102,9	112,9	111,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	100	108,0	108,5	107,9	111,3	109,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	100	112,9	109,5	111,8	108,2	106,7
Öffentliche und private Dienstleister	100	98,6	98,3	96,7	95,4	94,7

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Produktivität

3) Produktivitätsindex

Tab. 1.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
€						
in jeweiligen Preisen						
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde²⁾	24,74	29,03	29,63	30,12	30,80	31,67
Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde²⁾	22,27	26,16	26,79	27,19	27,78	28,38
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	10,98	10,52	13,35	10,60	9,98	12,53
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	23,15	28,13	30,05	31,11	33,03	35,17
darunter Verarbeitendes Gewerbe	21,01	25,21	26,85	27,87	29,38	31,85
Baugewerbe	16,35	18,48	18,22	17,34	18,70	18,92
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	16,68	19,30	19,41	19,37	20,23	20,04
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	39,59	48,68	49,44	50,11	48,69	48,10
Öffentliche und private Dienstleister	21,77	23,12	23,26	23,50	23,37	23,64

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Stundenproduktivität

Tab. 1.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	Mill. €					
Insgesamt²⁾	44 604	44 905	45 043	44 310	45 101	46 444
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	814	684	659	606	596	603
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	9 524	10 091	10 257	10 257	10 744	11 364
darunter Verarbeitendes Gewerbe	8 459	9 091	9 259	9 262	9 738	10 330
Baugewerbe	4 708	3 359	3 230	2 861	2 871	2 964
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	7 869	7 575	7 526	7 503	7 710	7 924
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6 049	6 335	6 380	6 396	6 629	7 038
Öffentliche und private Dienstleister	15 639	16 861	16 991	16 687	16 551	16 551

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	€					
	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer					
Insgesamt	24 913	26 198	26 391	26 411	26 681	27 008
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	17 384	17 018	16 688	16 569	16 879	17 078
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	28 979	30 524	31 323	31 699	33 000	33 772
darunter Verarbeitendes Gewerbe	27 893	29 516	30 288	30 639	31 944	32 700
Baugewerbe	22 371	23 697	23 870	23 732	24 310	24 739
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	19 767	19 798	19 561	19 883	20 292	20 578
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	25 412	25 766	25 530	25 708	25 416	25 822
Öffentliche und private Dienstleister	27 518	29 423	29 817	29 232	29 006	29 016
	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer					
Insgesamt	16,80	18,29	18,34	18,54	18,74	18,97
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	10,81	10,88	10,78	10,67	10,96	11,07
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	18,39	20,04	20,09	20,35	21,17	21,64
darunter Verarbeitendes Gewerbe	17,68	19,39	19,41	19,68	20,50	20,95
Baugewerbe	14,34	15,65	15,70	15,65	15,85	15,97
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	13,90	14,84	14,69	14,96	15,40	15,63
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	17,94	18,97	19,29	19,37	19,11	19,30
Öffentliche und private Dienstleister	18,86	20,32	20,35	20,47	20,27	20,41

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

Tab. 1.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	%					
Lohnstückkosten auf Basis der Personen²⁾						
Insgesamt	64,9	60,1	59,0	58,4	57,7	56,8
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	94,7	100,1	77,9	96,7	105,2	85,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	77,3	69,4	65,3	63,9	62,7	60,2
darunter Verarbeitendes Gewerbe	81,7	74,8	70,5	68,8	68,1	64,3
Baugewerbe	83,1	78,4	79,3	82,1	76,9	76,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	77,1	70,8	69,5	70,8	69,9	71,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	42,5	36,4	36,2	35,7	36,3	37,2
Öffentliche und private Dienstleister	84,8	86,0	85,6	84,8	84,2	83,7
Lohnstückkosten auf Basis der Stunden³⁾						
Insgesamt	67,9	63,0	61,9	61,6	60,8	59,9
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	98,5	103,4	80,7	100,7	109,8	88,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	79,4	71,2	66,9	65,4	64,1	61,5
darunter Verarbeitendes Gewerbe	84,2	76,9	72,3	70,6	69,8	65,8
Baugewerbe	87,7	84,7	86,2	90,3	84,8	84,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	83,3	76,9	75,7	77,2	76,1	78,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	45,3	39,0	39,0	38,7	39,2	40,1
Öffentliche und private Dienstleister	86,6	87,9	87,5	87,1	86,7	86,3

1) eigene Berechnung, Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen

3) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Tab. 1.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	1 000 Personen					
Erwerbstätige	1 972	1 907	1 912	1 895	1 912	1 944
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	53	47	46	43	41	41
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	352	354	351	348	350	360
darunter Verarbeitendes Gewerbe	326	331	329	327	329	340
Baugewerbe	240	176	171	158	158	160
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	456	440	443	435	436	440
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	275	287	295	298	312	325
Öffentliche und private Dienstleister	596	604	606	612	616	617
darunter						
Arbeitnehmer	1 790	1 714	1 707	1 678	1 690	1 720
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	47	40	40	37	35	35
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	329	331	327	324	326	336
darunter Verarbeitendes Gewerbe	303	308	306	302	305	316
Baugewerbe	210	142	135	121	118	120
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	398	383	385	377	380	385
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	238	246	250	249	261	273
Öffentliche und private Dienstleister	568	573	570	571	571	570

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Tab. 1.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	Mill. Stunden					
Insgesamt²⁾	3 058	2 865	2 887	2 845	2 872	2 918
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	89	75	73	69	67	66
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	570	553	561	555	557	575
darunter Verarbeitendes Gewerbe	530	518	527	522	525	543
Baugewerbe	395	288	283	264	266	273
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	701	637	642	631	625	630
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	415	416	421	428	449	470
Öffentliche und private Dienstleister	888	894	907	897	907	904

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	Stunden					
Insgesamt	1 551	1 502	1 510	1 502	1 502	1 501
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1 672	1 617	1 605	1 616	1 608	1 601
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 620	1 563	1 597	1 595	1 594	1 595
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1 624	1 565	1 600	1 597	1 596	1 598
Baugewerbe	1 647	1 636	1 652	1 667	1 691	1 703
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 536	1 450	1 450	1 449	1 435	1 431
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1 512	1 453	1 425	1 436	1 439	1 445
Öffentliche und private Dienstleister	1 491	1 479	1 497	1 467	1 474	1 466

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2003 bis 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Tab. 1.10 Verbraucherpreisindex - Jahresteuerraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen¹⁾

Index Indexgruppe	Wägungs- anteil am Gesamtindex	2000	2003	2004	2005	2006	2007
		%					
	Promille						
Gesamtindex	1 000	1,5	0,6	1,7	1,6	2,1	2,6
ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel ²⁾	887,90	x	0,4	1,4	0,9	1,3	2,4
ohne administrierte Preise	792,42	1,8	0,4	0,7	1,4	2,1	2,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	-0,5	-0,7	-0,5	0,5	3,2	4,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	1,2	5,3	6,7	8,8	3,6	3,3
Bekleidung und Schuhe	48,88	-1,7	-2,9	-1,4	0,9	5,2	6,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	308,00	3,3	1,0	0,8	2,4	2,5	1,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	55,87	-0,2	-0,1	-0,7	0,2	1,8	3,2
Gesundheitspflege	40,27	1,7	1,0	20,9	1,0	1,7	0,9
Verkehr	131,90	5,3	2,0	2,8	4,6	3,0	4,4
Nachrichtenübermittlung	31,00	-11,0	0,7	-0,9	-1,8	-4,0	-1,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	0,6	-0,8	-1,1	-0,5	-0,1	1,0
Bildungswesen	7,40	0,0	1,8	1,0	0,9	1,3	2,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	43,99	0,5	0,9	1,1	0,3	1,2	3,3
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	2,3	1,6	1,7	0,7	1,4	2,9
Kraftfahrerpreisindex	122,39	6,0	1,8	2,6	3,7	2,8	4,5
Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	95,19	12,7	4,2	3,9	10,7	8,4	5,4
Saisonabhängige Nahrungsmittel (frisches Obst und Gemüse, Kartoffeln, Frischfisch)	16,91	-1,5	-2,1	-3,6	0,7	8,4	4,0
Administrierte Preise	207,58	0,6	1,9	4,9	2,9	1,9	2,6
Dienstleistungen	507,00	1,6	0,9	1,6	0,7	0,8	1,6
Waren	493,00	1,4	0,4	1,5	2,8	3,4	3,8

1) Basis 2005=100

2) so genannte Kerninflation

Tab. 1.11 Landwirtschaft

Merkmal	Einheit	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾	Anzahl	7 790	8 097	8 132	7 819	7 820	7 475
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche							
unter 5 ha	Anzahl	2 716	...	2 408	...
5 bis unter 20 ha	Anzahl	2 321	...	2 277	...
20 bis unter 100 ha	Anzahl	1 686	...	1 667	...
100 ha bis unter 1 000 ha	Anzahl	1 161	...	1 219	...
mehr als 1 000 ha	Anzahl	248	...	249	...
Arbeitskräfte ¹⁾	Anzahl	42 746	...	41 859	...
darunter Familienarbeitskräfte ²⁾	Anzahl	12 615	...	11 940	...
Produktionswert zu Erzeugerpreisen ³⁾⁴⁾	Mill. €	1 708	1 727	1 587	1 849	1 765	1 707
Pflanzliche Erzeugung	Mill. €	849	880	750	987	881	853
Tierische Erzeugung	Mill. €	823	805	198	818	834	804
Verkaufserlöse in jeweiligen Preisen ³⁾⁵⁾	Mill. €	1 350	1 396	1 325	1 417	1 420	1 422
Pflanzliche Erzeugung	Mill. €	536	592	533	602	582	614
Tierische Erzeugung	Mill. €	814	804	792	815	838	809

1) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung

2) werden nur in der Betriebsform Einzelunternehmen ausgewiesen

3) Ergebnisse der regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR); Berechnungsstand November 2007

4) einschließlich Neuanpflanzungen, Lohnarbeit, Maschinenmiete und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten

5) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.12 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Einheit	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe							
Gesamtumsatz	Mill. €	27 014	32 602	35 493	39 644	45 364	51 129
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	Mill. €	11 049	11 576	13 273	14 050	16 330	18 485
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	9 826	13 065	14 163	16 546	19 562	22 315
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	695	785	832	990	1 198	1 236
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	5 444	7 176	7 224	8 059	8 274	9 093
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	7 660	10 318	11 820	13 182	16 728	19 569
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	Mill. €	2 676	3 941	5 048	4 974	6 187	7 206
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	4 515	5 605	5 894	7 244	9 387	10 894
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	104	161	191	219	259	310
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	365	610	687	745	895	1 159
Exportquote	%	28,4	31,6	33,3	33,3	36,9	38,3
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	%	24,2	34,0	38,0	35,4	37,9	39,0
Investitionsgüterproduzenten	%	45,9	42,9	41,6	43,8	48,0	48,8
Gebrauchsgüterproduzenten	%	15,0	20,6	22,9	22,1	21,7	25,1
Verbrauchsgüterproduzenten	%	6,7	8,5	9,5	9,2	10,8	12,7
darunter Verarbeitendes Gewerbe							
Betriebe ³⁾	Anzahl	1 122	1 170	1 186	1 205	1 216	1 214
Tätige Personen ³⁾	Anzahl	170 324	176 251	177 526	180 671	185 086	189 634
Gesamtumsatz	Mill. €	26 630	32 206	35 085	39 215	44 917	50 635
und zwar							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	Mill. €	3 952	5 181	5 290	6 048	6 142	6 745
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	1 402	1 678	1 771	2 067	2 505	2 959
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	Mill. €	3 251	3 592	4 143	4 856	5 354	6 195
Maschinenbau	Mill. €	3 244	3 867	4 330	4 380	5 124	5 739
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁵⁾	Mill. €	3 218	4 335	5 260	5 336	6 491	7 264
Fahrzeugbau	Mill. €	6 092	7 508	8 041	10 124	12 173	13 895
Auslandsumsatz	Mill. €	7 653	10 310	11 812	13 172	16 714	19 546
darunter							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	Mill. €	166	245	294	320	395	555
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	520	871	947	1 175	1 524	1 792
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	Mill. €	539	704	873	1 109	1 196	1 467
Maschinenbau	Mill. €	1 186	1 801	2 011	2 051	2 411	2 735
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁵⁾	Mill. €	904	1 786	2 642	2 140	2 817	3 197
Fahrzeugbau	Mill. €	3 324	3 537	3 570	4 779	6 577	7 596
Exportquote	%	28,7	32,0	33,7	33,6	37,2	38,6
darunter							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	%	4,2	4,7	5,6	5,3	6,4	8,2
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	%	37,1	51,9	53,5	56,9	60,8	60,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	%	16,6	19,6	21,1	22,8	22,3	23,7
Maschinenbau	%	36,6	46,6	46,5	46,8	47,0	47,7
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁵⁾	%	28,1	41,2	50,2	40,1	43,4	44,0
Fahrzeugbau	%	54,6	47,1	44,4	47,2	54,0	54,7

1) Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

2) ab 2003 Vorleistungsgüterproduzenten und Energie - Vergleich 2000/2003 eingeschränkt

3) Jahresdurchschnittsangaben

4) Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen

5) Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik

Tab. 1.13 Baugewerbe und Baugenehmigungen

Merkmal	Einheit	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten¹⁾							
Betriebe²⁾	Anzahl	1 240	705	674	618	569	561
Tätige Personen²⁾	Anzahl	59 959	37 095	34 895	31 224	30 268	30 218
darunter Arbeiter ²⁾³⁾	Anzahl	48 167	29 364	27 383	24 360	23 715	.
Gesamtumsatz	Mill. €	5 659	4 577	4 154	3 464	3 712	3 610
darunter baugewerblicher Umsatz	Mill. €	5 594	4 535	4 109	3 420	3 675	3 571
und zwar							
Hochbau	Mill. €	3 176	1 932	1 774	1 358	1 519	1 514
Tiefbau	Mill. €	2 418	2 602	2 335	2 062	2 156	2 057
Wohnungsbau	Mill. €	1 456	633	572	335	325	311
Wirtschaftsbau	Mill. €	2 169	1 964	1 812	1 510	1 733	1 694
Öffentlicher Bau und Straßenbau	Mill. €	1 970	1 938	1 725	1 575	1 618	1 566
darunter Straßenbau	Mill. €	777	831	731	694	782	774
Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe⁴⁾							
Betriebe²⁾	Anzahl	943	566	548	494	454	449
Tätige Personen²⁾	Anzahl	35 371	21 508	19 948	17 708	17 084	17 453
darunter Arbeiter ²⁾³⁾	Anzahl	28 547	16 944	15 768	13 809	13 221	.
Gesamtumsatz	Mill. €	2 587	1 788	1 712	1 519	1 686	1 711
darunter ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. €	2 475	1 689	1 621	1 434	1 613	1 638
Baugenehmigungen							
Insgesamt	Anzahl	15 280	12 130	12 044	9 999	11 085	8 852
darunter							
Errichtung neuer Wohngebäude	Anzahl	7 997	6 104	5 500	4 382	4 563	2 883
Rauminhalt	1 000 m ³	6 558	4 703	4 182	3 269	3 660	2 329
darunter Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	7 536	5 926	5 355	4 257	4 428	2 804
Rauminhalt	1 000 m ³	5 089	4 110	3 739	2 921	3 140	2 013
Errichtung neuer Nichtwohngebäude	Anzahl	1 470	1 212	1 283	1 255	1 529	1 491
Rauminhalt	1 000 m ³	10 814	9 466	7 682	7 253	6 094	9 003
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Anzahl	5 813	4 814	5 896	4 362	4 993	4 478

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

2) Jahresdurchschnittsangaben

3) wird ab 2007 nicht mehr gesondert erhoben

4) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

Tab. 1.14 Energie- und Wasserversorgung

Merkmal	2000	2001 ²⁾	2002	2003	2004	2005
Betriebe¹⁾ (Anzahl)	139	143	166	198	199	192
Elektrizitätsversorgung	15	45	67	98	95	91
Gasversorgung	16	16	16	17	25	24
Wärmeversorgung	69	46	47	47	44	42
Wasserversorgung	39	36	36	36	35	35
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	18 765	17 256	16 430	16 090	15 475	15 050
Elektrizitätsversorgung	8 873	11 048	10 536	10 250	9 763	9 415
Gasversorgung	1 845	1 657	1 489	1 478	1 438	1 441
Wärmeversorgung	3 955	834	791	804	776	730
Wasserversorgung	4 091	3 717	3 613	3 557	3 498	3 434
Unternehmen¹⁾ (Anzahl)	137	142	141	134	135	136
Elektrizitätsversorgung	42	38	40	42	41	43
Gasversorgung	14	16	14	13	14	14
Wärmeversorgung	39	43	39	33	33	33
Wasserversorgung	42	45	48	46	47	46
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	18 041	16 515	17 564	16 004	15 421	14 882
Elektrizitätsversorgung	11 435	8 802	10 555	10 371	9 895	9 367
Gasversorgung	2 309	2 094	1 687	1 629	1 624	1 711
Wärmeversorgung	438	1 867	1 642	473	454	313
Wasserversorgung	3 859	3 752	3 680	3 531	3 448	3 491
Umsätze (Mill. €)	7 187	8 254	8 838	9 641	9 868	11 067
Elektrizitätsversorgung	3 158	3 003	3 893	4 702	4 945	5 601
Gasversorgung	3 216	3 941	3 613	4 088	4 083	4 643
Wärmeversorgung	101	614	629	143	133	98
Wasserversorgung	712	698	703	709	707	725
Investitionen (Mill. €)	891	575	639	600	567	584
Elektrizitätsversorgung	329	192	259	274	258	260
Gasversorgung	125	80	116	78	65	65
Wärmeversorgung	19	36	38	16	13	5
Wasserversorgung	418	268	225	231	232	254

1) Jahresdurchschnittsangaben

2) aktualisierte Wirtschaftszweigzuordnung, keine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr

Tab. 1.15 Binnenhandel und Gastgewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2003	2004	2005	2006	2007 ²⁾
	2003 = 100				
	Umsatz (in jeweiligen Preisen)				
Kraftfahrzeughandel und Tankstellen³⁾	100	102,6	101,0	108,0	101,6
darunter					
Handel mit Kraftwagen	100	105,5	105,4	113,0	108,0
Großhandel und Handelsvermittlung	100	107,2	109,2	114,5	117,7
darunter					
Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	100	96,6	93,8	96,8	96,9
Großhandel von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	100	115,1	124,0	126,9	137,0
Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	100	102,9	108,7	119,1	115,5
Einzelhandel⁴⁾	100	100,9	101,8	103,0	103,6
darunter					
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	100	104,1	106,1	107,4	102,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	100	99,1	95,0	93,6	101,9
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	100	95,9	101,3	104,2	109,3
sonstiger Facheinzelhandel	100	98,6	94,7	95,2	98,3
Gastgewerbe	100	102,3	105,3	110,3	126,3
darunter					
Hotellerie	100	106,7	113,3	125,2	132,2
Speisegeprägte Gastronomie	100	98,2	100,7	100,5	128,2
	Beschäftigte				
Kraftfahrzeughandel und Tankstellen³⁾	100	99,7	96,8	93,7	97,4
Vollbeschäftigte	100	99,6	97,2	93,8	97,9
Teilzeitbeschäftigte	100	100,1	94,4	93,0	94,2
Großhandel und Handelsvermittlung	100	103,7	102,7	97,8	98,0
Vollbeschäftigte	100	104,0	103,0	98,4	98,2
Teilzeitbeschäftigte	100	102,1	100,6	94,8	97,7
Einzelhandel⁴⁾	100	100,9	98,4	95,9	101,1
Vollbeschäftigte	100	97,4	89,6	78,0	90,8
Teilzeitbeschäftigte	100	103,8	105,7	104,4	109,7
Gastgewerbe	100	102,3	98,4	100,0	120,8
Vollbeschäftigte	100	97,7	94,8	94,5	118,8
Teilzeitbeschäftigte	100	108,7	103,3	107,6	155,7

1) Messzahlen zum Berechnungsstand März 2008; Basis ist der Monatsdurchschnitt 2003

2) vorläufige Ergebnisse

3) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

4) ohne Reparatur von Gebrauchsgütern; in Verkaufsräumen

Tab. 1.16 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche^{1) 2)}

Merkmal Wirtschaftsbereich	Einheit	2002	2003	2004	2005
Umsatz (in jeweiligen Preisen)					
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Mill. €	6 854	7 386	7 546	7 832
Landverkehr, Transport in Rohrleitungen	Mill. €	2 653	2 357	2 473	2 933
Schifffahrt	Mill. €	7	24	27	13
Luftfahrt	Mill. €	56	54	58	59
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr					
Verkehrsvermittlung	Mill. €	2 167	2 056	1 820	1 940
Nachrichtenübermittlung	Mill. €	1 971	2 897	3 169	2 887
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	Mill. €	10 963	10 678	11 032	11 911
Grundstücks- und Wohnungswesen	Mill. €	4 050	3 580	3 637	3 830
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	Mill. €	473	622	601	526
Datenverarbeitung und Datenbanken	Mill. €	731	978	1 009	1 146
Forschung und Entwicklung	Mill. €	196	301	314	361
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	Mill. €	5 513	5 197	5 472	6 048
Tätige Personen³⁾					
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Anzahl	98 050	92 860	92 305	95 753
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	Anzahl	170 059	175 505	194 457	197 151

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ2003): Rückrechnung für vorherige Jahre

2) Wirtschaftsabschnitt I: Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Wirtschaftsabschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.

3) Stichtag: 30. September

Tab. 1.17 Arbeitsmarkt¹⁾

Merkmal	2000	2003	2004	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾
Arbeitslose insgesamt (Personen)	387 868	403 480	396 328	402 270	371 892	322 821
und zwar						
weiblich	203 734	201 119	197 004	194 570	184 507	164 983
im Alter von unter 20 Jahren	9 307	7 056	6 516	9 175	8 084	6 260
im Alter von unter 25 Jahren	43 261	44 750	44 000	52 226	45 789	37 272
im Alter von 55 Jahren und mehr	80 509	48 750	41 910	49 673	51 599	47 469
Langzeitarbeitslose	134 794	169 269	178 786	145 335	135 919	121 926
Schwerbehinderte	9 203	9 017	9 700	10 239	11 120	11 303
Kurzarbeiter³⁾	7 885	10 641	9 485	8 105	4 106	4 879
Gemeldete Stellen (Anzahl)	20 618	17 064	11 566	19 067	29 561	29 342
Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	34 259	22 559	13 605	8 141	8 090	7 666
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	49 168	22 009	20 309	11 492	10 258	9 550
Beschäftigte in Strukturanpassungsmaßnahmen	24 864	6 382	4 098	2 627	1 798	755
Direkte Förderung regulärer Beschäftigung ⁴⁾	43 472	43 899	43 912	39 565	40 009	34 740
Arbeitslosenquote insgesamt (Prozent)	18,5	19,4	19,4	20,0	18,9	16,4
männlich	17,2	19,0	19,1	20,3	18,6	15,7
weiblich	19,8	19,8	19,7	19,8	19,1	17,2

1) Jahresdurchschnittsangaben (Stand Mai 2008); ab 2006 Berechnung auf der Grundlage der vorläufigen Daten zur Monatsmitte

2) Daten zu den Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entsprechend den Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA (Stand Februar 2008), ohne Daten zugelassener kommunaler Träger, Vergleich mit den Jahren vor 2006 eingeschränkt

3) Jahre 2006 und 2007 aufgrund gesetzlicher Änderungen nicht mit den Daten der Vorjahre vergleichbar

4) Jahr 2000 arithmetischer Mittelwert, danach chronologischer Mittelwert

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 1.18 Unternehmen¹⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
		0 - 9	10 - 49	50 - 249	250 und mehr
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche²⁾	156 499	142 162	11 503	2 407	427
Produzierendes Gewerbe	39 550	33 637	4 655	1 123	135
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	13 985	10 024	2 943	908	110
Baugewerbe	24 974	23 162	1 624	177	11
Dienstleistungsbereiche²⁾	116 949	108 525	6 848	1 284	292
davon					
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	49 614	45 785	3 358	427	44
darunter					
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	32 626	30 283	2 062	254	27
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	37 622	35 637	1 622	301	62
darunter					
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ³⁾	34 817	32 901	1 597	273	46
Öffentliche und private Dienstleister²⁾	29 713	27 103	1 868	556	186
darunter					
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	12 566	11 338	847	270	111
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	14 926	13 934	776	189	27

1) am 31. Dezember 2007 im Unternehmensregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2005

2) ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal

3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 1.19 Gewerbeanzeigen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2003	2004	2005	2006	2007
	Anzahl					
Gewerbebeanmeldungen	39 433	41 952	49 171	45 386	43 736	39 038
und zwar						
Neuerrichtungen	32 355	37 543	43 903	39 990	38 164	33 397
Betriebsgründungen	12 870	10 670	10 281	10 035	9 586	8 663
sonstige Neuerrichtungen	19 485	26 873	33 622	29 955	28 578	24 734
Land- und Forstwirtschaft	475	437	479	452	467	476
Verarbeitendes Gewerbe	1 827	1 785	2 078	1 906	1 897	1 679
Baugewerbe	6 025	6 439	7 883	6 932	6 824	5 713
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	11 177	10 809	12 362	11 714	10 813	9 437
Gastgewerbe	3 770	3 238	3 276	3 231	2 998	2 709
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 679	1 654	1 892	1 532	1 481	1 260
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 984	2 744	3 025	2 594	2 383	2 047
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ²⁾	7 882	9 979	11 096	10 650	9 804	9 019
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2 863	3 920	5 914	5 246	5 870	5 522
übrige Wirtschaftsbereiche	751	947	1 166	1 129	1 199	1 176
Gewerbeabmeldungen	36 981	32 600	32 630	35 776	35 256	34 965
und zwar						
vollständige und teilweise Aufgabe eines Betriebes	30 319	27 999	27 286	30 381	29 801	29 248
Betriebsaufgabe	12 008	9 588	9 026	9 413	8 749	8 110
sonstige Stilllegungen	18 311	18 411	18 260	20 968	21 052	21 138
Land- und Forstwirtschaft	331	279	284	343	323	295
Verarbeitendes Gewerbe	1 860	1 587	1 649	1 675	1 622	1 701
Baugewerbe	5 855	4 310	4 185	5 007	4 825	5 300
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	12 112	9 765	9 875	10 727	10 316	10 047
Gastgewerbe	4 075	3 185	3 004	3 049	2 972	2 855
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 713	1 532	1 569	1 519	1 456	1 375
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 453	2 676	2 511	2 489	2 624	2 459
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ²⁾	6 031	6 682	6 520	7 384	7 196	6 977
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2 040	2 073	2 494	2 954	3 308	3 372
übrige Wirtschaftsbereiche	511	511	539	629	614	584

1) Daten für 2000 für Wirtschaftsbereiche nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93); ab 2003 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ2003); ohne Rückrechnung

2) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 1.20 Insolvenzen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000 ²⁾	2003	2004	2005	2006	2007
	Anzahl					
Insgesamt	3 050	5 629	6 523	8 244	9 106	9 323
und zwar						
eröffnete Verfahren	1 254	4 134	4 859	6 607	7 906	8 300
mangels Masse abgewiesene Verfahren	1 780	1 467	1 617	1 580	1 160	988
Schuldenbereinigungsplan	16	28	47	57	40	35
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe)	2 541	2 430	2 344	2 465	2 212	1 815
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	242	287	223	233	202	136
Baugewerbe	1 030	730	757	727	622	493
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	376	370	372	391	377	306
Gastgewerbe	177	182	195	180	182	161
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	103	135	85	110	100	91
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ³⁾	431	507	475	553	455	406
Private Personen, Nachlässe⁴⁾	509	3 199	4 179	5 779	6 894	7 508
darunter						
übrige Verbraucher	323	1 145	1 860	3 241	4 601	5 251
ehemals selbstständig Tätige ⁵⁾	.	267	403	571	611	576
ehemals selbstständig Tätige ⁶⁾	.	1 285	1 445	1 435	1 263	1 267

1) Änderung der Insolvenzordnung im Dezember 2001; ab Januar 2003 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) mit Rückrechnung; vorher nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

2) Das Jahr 2000 ist infolge der Änderung der Insolvenzverordnung nur eingeschränkt vergleichbar.

3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

4) Ab Dezember 2001 erfolgte eine gesetzliche Neuregelung für Verbraucherinsolvenzen. Für Kleingewerbetreibende wird nur noch unter besonderen Voraussetzungen ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet.

5) die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen (ab 01/02)

6) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen (ab 01/02)

Tab. 1.21 Ausfuhr (Spezialhandel)

Merkmal	2000	2003	2004	2005	2006	2007 ¹⁾
	Mill. €					
Insgesamt ²⁾	10 425	15 144	16 260	17 696	19 590	23 341
nach Warengruppen ³⁾						
Ernährungswirtschaft	390	501	552	554	723	822
Gewerbliche Wirtschaft	10 035	14 560	15 504	16 894	18 545	21 550
Rohstoffe	76	66	65	64	84	87
Halbwaren	308	430	498	603	912	1 098
Fertigwaren	9 651	14 064	14 941	16 227	17 549	20 365
Vorzeugnisse	1 464	1 463	1 673	1 937	2 409	2 678
Enderzeugnisse	8 187	12 601	13 268	14 290	15 140	17 687
darunter						
Erzeugnisse des Maschinenbaus	1 432	1 917	2 222	2 451	2 862	3 287
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 578	2 788	2 986	2 893	3 070	3 728
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 835	5 902	5 892	6 448	6 332	7 399
nach Ländern						
EU-Länder⁴⁾	6 078	8 267	9 480	10 091	11 079	13 391
darunter						
Italien	667	920	1 213	1 170	1 001	1 543
Spanien	478	722	848	957	1 052	1 392
Frankreich	765	905	985	1 117	1 170	1 388
Vereinigtes Königreich	826	1 002	1 030	998	1 222	1 364
Tschechische Republik	461	703	746	851	1 046	1 195
Polen	441	496	581	676	861	1 151
Österreich	409	507	729	768	824	925
Niederlande	440	565	666	665	741	805
Belgien	381	469	598	547	565	534
Portugal	217	628	576	483	414	482
Ungarn	112	195	196	261	353	411
Schweden	192	181	247	331	316	381
Finnland	54	85	153	161	298	350
Slowakei	175	273	207	213	228	316
Rumänien	36	82	114	146	185	250
Dänemark	126	180	190	212	223	246
Griechenland	52	87	135	117	132	191
Irland	92	81	53	75	166	111
Slowenien	39	33	57	75	68	98
Lettland	28	30	30	32	55	69
Luxemburg	24	35	40	140	46	52
Litauen	19	34	26	27	28	48
Bulgarien	24	29	32	39	42	42
Vereinigte Staaten	1 687	2 811	2 019	2 489	1 865	1 796
Malaysia	173	830	990	969	1 166	1 563
Volksrepublik China	189	427	523	477	722	1 023
Russische Föderation	201	243	277	281	491	657
Japan	433	231	223	214	215	237

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) Ab Januar 2002 gilt eine revidierte Fassung der Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EWG Rev. 2002). Das Jahr 2000 ist nur eingeschränkt vergleichbar. Die Position Erdöl, Erdgas gehört seither zu den Rohstoffen (vorher zu den Halbwaren).

4) einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

Tab. 1.22 Einfuhr (Generalhandel)

Merkmal	2000	2003	2004	2005	2006	2007 ¹⁾
	Mill. €					
Insgesamt ²⁾	7 327	9 002	9 732	10 623	13 747	14 830
nach Warengruppen ³⁾						
Ernährungswirtschaft	475	635	589	682	873	854
Gewerbliche Wirtschaft	6 853	8 260	8 875	9 639	12 429	12 785
Rohstoffe	104	707	697	806	1 043	1 047
Halbwaren	1 303	438	579	577	1 261	1 222
Fertigwaren	5 445	7 115	7 600	8 257	10 125	10 517
Vorerzeugnisse	911	960	1 063	1 140	1 658	1 789
Enderzeugnisse	4 534	6 155	6 536	7 116	8 467	8 728
darunter						
Erzeugnisse des Maschinenbaus	1 195	990	1 129	1 306	1 672	1 904
Elektrotechnische Erzeugnisse	699	926	828	1 069	1 277	1 307
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	1 036	2 146	2 365	2 641	2 929	3 144
nach Ländern						
EU-Länder ⁴⁾	4 276	5 863	6 475	7 288	9 159	9 729
darunter						
Tschechische Republik	785	813	1 279	1 928	2 386	2 594
Polen	550	894	749	608	882	1 110
Frankreich	564	621	717	889	1 013	1 020
Österreich	249	276	366	553	777	1 003
Italien	368	436	539	646	754	805
Niederlande	430	413	566	649	782	783
Vereinigtes Königreich	216	187	224	317	433	374
Ungarn	258	291	236	295	332	374
Belgien	159	286	312	321	385	368
Spanien	195	252	276	310	360	356
Slowakei	103	878	616	138	172	161
Schweden	64	109	125	122	140	148
Luxemburg	13	15	26	51	84	99
Dänemark	72	77	108	91	113	98
Slowenien	83	60	41	64	148	88
Rumänien	28	34	61	90	125	75
Irland	22	32	30	50	65	53
Portugal	22	32	44	43	63	52
Finnland	45	84	79	56	56	50
Litauen	5	13	11	8	13	41
Griechenland	14	20	25	25	30	27
Bulgarien	9	15	21	14	17	22
Lettland	16	12	9	9	19	16
Estland	6	10	12	10	10	8
Russische Föderation	720	628	648	785	1 358	1 397
Vereinigte Staaten	852	834	672	659	905	925
Volksrepublik China	122	212	281	258	354	422
Japan	370	449	506	581	668	733

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) Ab Januar 2002 gilt eine revidierte Fassung der Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EWG Rev. 2002). Das Jahr 2000 ist nur eingeschränkt vergleichbar. Die Position Erdöl, Erdgas gehört seither zu den Rohstoffen (vorher zu den Halbwaren).

4) einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

Tab. 1.23 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾

Merkmal		2000	2002	2003	2004	2005	2006
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt		45 874	46 274	46 598	46 702	45 845	46 626
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen	+	5 924	6 452	6 154	6 495	6 596	6 792
Vermögenseinkommen (saldiert)	+	5 694	5 578	6 037	6 260	6 625	7 126
Primäreinkommen (Mill. €)	=	57 492	58 303	58 789	59 456	59 066	60 544
Empfangene monetäre Sozialleistungen	+	27 024	28 326	28 463	28 287	27 626	27 314
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	-	5 180	5 133	5 239	5 308	5 179	5 482
Geleistete Sozialbeiträge	-	19 381	19 274	19 101	19 008	18 523	18 676
Sonstige laufende Transfers (saldiert) ³⁾	+	45	-61	32	-60	18	5
Verfügbares Einkommen (Mill. €)	=	60 001	62 161	62 943	63 367	63 008	63 706
Primäreinkommen je Einwohner (€)		12 941	13 355	13 564	13 802	13 788	14 207
Verfügbares Einkommen je Einwohner (€)		13 505	14 238	14 522	14 710	14 708	14 949

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2002 bis 2005 - August 2007; Jahr 2006 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

3) insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen

Tab. 1.24 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte^{1) 2)}

Merkmal	Einheit	2000	2002	2003	2004	2005	2006
in jeweiligen Preisen							
Private Konsumausgaben	Mill.€	55 356	57 029	57 349	57 637	57 462	58 283
Private Konsumausgaben je Einwohner	€	12 460	13 063	13 232	13 379	13 413	13 676
Sparen der privaten Haushalte	Mill.€	4 821	5 329	5 794	5 938	5 739	5 670
Sparen der privaten Haushalte je Einwohner	€	1 085	1 221	1 337	1 378	1 340	1 330
preisbereinigt							
Private Konsumausgaben	%	100,0	100,7	100,0	99,2	97,1	96,8
Sparquote ³⁾	%	8,0	8,5	9,2	9,3	9,1	8,9

1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2002 bis 2005 - August 2007; Jahr 2006 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

3) Sparquote = Sparen / (Verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)

2. Sachsens Wirtschaft im Vergleich

Tab. 2.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt	0,1	3,3	4,5	0,5	2,9	4,6	1,6	3,6	4,4	1,5	3,5	4,4
Bruttowertschöpfung	0,0	3,1	3,8	0,4	2,8	3,9	1,5	3,5	3,7	1,4	3,3	3,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-25,2	-9,3	24,9	-27,8	-6,4	17,5	-15,6	1,9	10,4	-18,2	0,2	11,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter Verarbeitendes Gewerbe	2,4	6,6	9,9	4,4	6,1	9,6	1,0	4,8	6,0	1,4	4,8	6,3
Baugewerbe	2,6	6,0	12,2	4,3	5,7	12,1	0,7	4,2	6,8	1,0	4,2	7,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-11,2	8,8	3,7	-8,4	5,0	4,7	-3,0	5,3	5,7	-4,1	5,1	5,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-2,0	3,5	-0,2	-0,8	3,7	1,9	1,7	4,9	2,8	1,4	4,8	2,7
Öffentliche und private Dienstleister	3,3	1,9	3,4	3,4	2,1	3,5	3,2	2,9	3,2	3,2	2,8	3,2
	-0,0	0,5	0,8	-0,3	0,4	0,4	1,1	1,4	1,9	1,0	1,2	1,7
	in jeweiligen Preisen											
	preisbereinigt											
Bruttoinlandsprodukt	0,2	2,8	2,4	0,2	2,2	2,2	0,9	3,0	2,5	0,8	2,9	2,5
Bruttowertschöpfung	0,4	2,8	2,8	0,4	2,1	2,6	1,0	3,0	2,9	1,0	2,8	2,8
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-17,6	-12,4	7,9	-20,3	-9,6	0,9	-8,0	-1,5	3,4	-10,6	-3,2	2,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter Verarbeitendes Gewerbe	5,2	7,7	9,5	5,4	6,1	8,7	0,7	5,3	5,0	1,2	5,3	5,3
Baugewerbe	6,9	9,1	11,9	6,4	7,6	11,2	1,0	5,7	5,9	1,4	5,8	6,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-11,7	9,2	0,2	-8,9	5,4	1,3	-3,7	5,6	2,2	-4,8	5,4	2,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-2,2	3,2	-0,7	-1,5	3,0	1,0	0,8	3,7	2,2	0,6	3,6	2,1
Öffentliche und private Dienstleister	3,1	1,3	2,8	3,3	1,5	2,9	2,8	2,3	3,1	2,7	2,2	3,1
	-0,6	-0,7	-0,6	-0,9	-0,7	-1,0	0,6	0,4	0,7	0,4	0,2	0,5

¹⁾ Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

Tab. 2.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Deutschland = 100											
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen²⁾	78,3	77,9	77,9	79,9	79,5	79,7	104,1	104,3	104,3	100	100	100
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen²⁾	78,3	77,9	77,9	79,9	79,5	79,7	104,1	104,3	104,3	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	81,8	75,6	85,6	99,0	94,5	99,7	100,4	101,5	100,2	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter Verarbeitendes Gewerbe	77,1	77,4	78,5	82,8	82,4	83,1	102,0	102,2	102,2	100	100	100
Baugewerbe	73,4	73,5	75,4	78,4	78,0	79,6	102,7	102,9	102,8	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	78,4	81,4	80,0	77,8	78,0	77,5	107,0	107,1	107,2	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	76,6	75,8	73,8	83,6	83,2	82,6	103,4	103,5	103,6	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	76,6	75,0	74,9	80,0	78,5	78,2	104,7	105,0	105,1	100	100	100
	87,8	87,4	87,4	89,0	89,1	89,2	102,6	102,7	102,6	100	100	100
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen³⁾	1,2	1,9	0,7	1,1	1,6	0,7	0,8	2,4	0,9	0,9	2,2	0,8
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen³⁾	1,4	1,9	1,1	1,3	1,6	1,0	1,0	2,4	1,2	1,1	2,2	1,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-11,9	-9,6	8,0	-14,3	-6,6	0,1	-6,6	-1,0	2,2	-8,2	-2,1	1,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter Verarbeitendes Gewerbe	6,3	7,2	6,2	6,4	5,4	4,9	2,5	6,5	4,0	2,9	6,3	4,0
Baugewerbe	7,9	8,4	8,3	7,4	6,7	7,0	2,7	6,9	4,8	3,1	6,8	4,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-4,5	9,7	-1,5	-2,7	6,0	-0,5	-0,5	5,7	0,4	-0,8	5,7	0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-0,5	3,1	-1,8	0,2	3,4	-0,1	0,9	3,4	0,9	1,0	3,4	0,8
Öffentliche und private Dienstleister	2,1	-3,2	-1,4	2,7	-2,9	-1,7	0,9	-0,8	-0,7	1,1	-1,1	-0,8
	-1,6	-1,3	-0,7	-2,0	-0,8	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,8	-0,7	-0,5

1) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; - Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) in jeweiligen Preisen; Produktivität

3) preisbereinigt; Produktivitätsindex

Tab. 2.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Deutschland = 100											
in jeweiligen Preisen												
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde²⁾	74,8	74,3	74,4	76,1	75,9	76,2	105,3	105,4	105,4	100	100	100
Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde²⁾	74,8	74,3	74,4	76,1	75,9	76,1	105,3	105,4	105,4	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	89,8	83,4	94,4	107,9	103,3	109,0	98,2	99,3	98,1	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	71,0	71,0	72,2	76,1	75,7	76,4	103,4	103,6	103,6	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	67,3	67,3	69,1	71,7	71,2	72,7	104,1	104,4	104,3	100	100	100
Baugewerbe	76,3	79,3	78,1	75,7	76,0	75,5	108,0	108,0	108,1	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	75,1	74,6	72,7	81,0	80,9	80,4	104,1	104,1	104,2	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	76,4	74,9	74,9	79,3	77,9	77,6	105,3	105,6	105,6	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	81,9	80,9	80,9	82,9	83,4	83,5	104,7	104,8	104,7	100	100	100

1) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Stundenproduktivität

Tab. 2.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	-1,6	1,8	3,0	-1,3	1,1	2,6	-0,5	1,8	2,7	-0,6	1,7	2,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-8,1	-1,7	1,2	-8,5	-1,9	1,9	-4,0	2,4	4,7	-5,5	1,0	3,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,0	4,8	5,8	0,1	4,1	6,3	-1,4	2,7	2,7	-1,3	2,8	3,0
darunter Verarbeitendes Gewerbe	0,0	5,1	6,1	0,1	4,4	6,9	-1,4	2,7	3,0	-1,4	2,9	3,2
Baugewerbe	-11,4	0,3	3,3	-9,3	-0,2	4,0	-5,2	0,3	3,2	-6,1	0,1	3,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-0,3	2,8	2,8	-0,8	1,4	2,2	-0,1	1,2	2,5	-0,1	1,3	2,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,3	3,6	6,2	0,8	3,6	6,5	2,5	2,5	5,3	2,1	2,6	5,4
Öffentliche und private Dienstleister	-1,8	-0,8	-0,0	-1,2	-0,9	-0,6	-0,6	0,8	1,2	-0,7	0,5	0,9

1) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

Tab. 2.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Deutschland = 100											
Insgesamt	80,5	80,5	80,7	80,3	80,0	80,0	103,5	103,6	103,6	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	91,9	91,6	91,7	93,3	92,8	92,6	103,8	103,9	103,8	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	71,9	72,1	72,6	71,9	71,5	72,0	103,5	103,6	103,6	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	70,6	70,9	71,3	70,1	69,7	70,2	103,6	103,7	103,8	100	100	100
Baugewerbe	81,6	82,7	82,9	82,2	83,1	83,9	105,1	104,8	104,7	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	75,6	76,6	76,9	76,9	77,2	77,0	103,9	103,8	103,9	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	75,4	75,1	75,3	72,7	72,5	72,6	103,9	104,1	104,1	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	95,7	95,1	95,0	96,6	96,2	96,1	100,3	100,4	100,4	100	100	100
							Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer					
Insgesamt	76,5	76,4	76,6	75,8	75,7	75,8	104,7	104,8	104,8	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	85,2	85,2	85,4	85,1	84,8	84,6	109,2	109,0	108,9	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	66,4	66,3	66,9	66,2	65,8	66,3	104,7	104,9	104,9	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	65,0	65,0	65,5	64,3	63,8	64,4	104,9	105,0	105,2	100	100	100
Baugewerbe	80,1	81,7	81,9	79,9	80,9	81,7	105,9	105,6	105,4	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	73,8	75,0	75,5	73,9	74,5	74,3	104,8	104,6	104,7	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	76,4	76,3	76,6	72,7	72,6	72,7	104,2	104,3	104,3	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	88,4	87,2	87,2	89,2	89,3	89,2	102,5	102,5	102,4	100	100	100
							Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer					
Insgesamt	76,5	76,4	76,6	75,8	75,7	75,8	104,7	104,8	104,8	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	85,2	85,2	85,4	85,1	84,8	84,6	109,2	109,0	108,9	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	66,4	66,3	66,9	66,2	65,8	66,3	104,7	104,9	104,9	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	65,0	65,0	65,5	64,3	63,8	64,4	104,9	105,0	105,2	100	100	100
Baugewerbe	80,1	81,7	81,9	79,9	80,9	81,7	105,9	105,6	105,4	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	73,8	75,0	75,5	73,9	74,5	74,3	104,8	104,6	104,7	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	76,4	76,3	76,6	72,7	72,6	72,7	104,2	104,3	104,3	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	88,4	87,2	87,2	89,2	89,3	89,2	102,5	102,5	102,4	100	100	100

1) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

Tab. 2.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	%											
Lohnstückkosten auf Basis der Personen²⁾												
Insgesamt	58,4	57,7	56,8	57,0	56,1	55,0	56,4	55,4	54,5	56,8	55,8	54,9
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	96,7	105,2	85,1	81,1	85,3	73,8	89,0	88,9	82,3	86,1	86,8	79,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	63,9	62,7	60,2	59,5	58,3	56,5	69,5	68,1	66,0	68,6	67,2	65,1
darunter Verarbeitendes Gewerbe	68,8	68,1	64,3	64,0	63,2	60,0	72,2	71,2	68,6	71,6	70,7	68,0
Baugewerbe	82,1	76,9	76,8	83,4	80,6	80,2	77,4	74,0	72,4	78,9	75,6	74,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	70,8	69,9	71,8	66,0	64,2	64,1	72,1	69,4	69,0	71,7	69,1	68,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	35,7	36,3	37,2	33,0	33,5	34,3	36,0	35,9	36,6	36,3	36,2	37,0
Öffentliche und private Dienstleister	84,8	84,2	83,7	84,5	83,6	82,9	76,1	75,7	75,3	77,8	77,5	77,0
Lohnstückkosten auf Basis der Stunden³⁾												
Insgesamt	61,6	60,8	59,9	59,9	59,0	57,9	59,8	58,8	57,8	60,1	59,2	58,1
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	100,7	109,8	88,3	83,7	88,2	75,8	117,9	117,9	108,5	106,1	107,4	97,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	65,4	64,1	61,5	60,9	59,7	57,7	70,9	69,5	67,3	70,0	68,6	66,4
Verarbeitendes Gewerbe	70,6	69,8	65,8	65,6	64,7	61,4	73,7	72,7	70,0	73,2	72,2	69,4
Baugewerbe	90,3	84,8	84,4	90,7	87,7	87,0	84,4	80,5	78,5	86,0	82,4	80,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	77,2	76,1	78,0	71,6	69,6	69,4	79,1	76,0	75,4	78,6	75,6	75,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	38,7	39,2	40,1	35,4	35,9	36,7	38,2	38,0	38,7	38,6	38,5	39,2
Öffentliche und private Dienstleister	87,1	86,7	86,3	86,8	86,1	85,5	78,9	78,7	78,4	80,7	80,5	80,1

1) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen

3) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Tab. 2.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Erwerbstätige	-0,9	0,9	1,7	-0,9	0,5	1,6	0,0	0,6	1,6	-0,1	0,6	1,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-6,5	-3,2	-0,1	-7,0	-3,2	0,8	-1,4	-0,5	1,1	-2,6	-1,1	1,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,0	0,5	3,1	-1,0	0,7	3,6	-1,8	-1,2	0,9	-1,7	-1,0	1,2
darunter Verarbeitendes Gewerbe	-0,9	0,6	3,4	-0,9	0,9	3,9	-1,7	-1,1	1,0	-1,7	-0,9	1,3
Baugewerbe	-7,6	-0,5	1,7	-6,4	-0,6	1,8	-3,2	-0,1	1,8	-3,9	-0,3	1,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-1,7	0,1	1,1	-1,8	-0,3	1,2	-0,1	0,2	1,2	-0,4	0,2	1,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,0	4,6	4,3	0,7	4,5	4,7	1,8	3,1	3,8	1,7	3,3	4,0
Öffentliche und private Dienstleister	1,0	0,6	0,1	1,1	0,0	-0,4	1,2	0,9	1,3	1,3	0,9	1,0
darunter												
Arbeitnehmer	-1,7	0,8	1,7	-1,6	0,4	1,6	-0,3	0,6	1,7	-0,5	0,6	1,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-7,4	-3,5	-0,0	-7,9	-3,4	1,0	-1,0	0,2	3,6	-3,5	-1,1	2,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,2	0,6	3,4	-1,2	0,8	3,8	-1,9	-1,2	1,0	-1,9	-0,9	1,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe	-1,1	0,8	3,6	-1,1	1,1	4,2	-1,9	-1,1	1,1	-1,8	-0,9	1,4
Baugewerbe	-10,9	-2,1	1,5	-9,5	-2,3	1,5	-4,2	-0,4	1,7	-5,4	-0,9	1,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-1,9	0,7	1,4	-2,0	0,2	1,5	-0,2	0,5	1,6	-0,5	0,5	1,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-0,4	4,8	4,5	-0,5	4,6	5,0	1,2	3,2	3,9	0,9	3,3	4,1
Öffentliche und private Dienstleister	0,2	-0,0	-0,0	0,5	-0,3	-0,7	0,9	0,8	1,1	0,8	0,7	0,8

¹⁾ Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Tab. 2.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	-1,5	1,0	1,6	-1,3	0,2	1,5	-0,4	0,5	1,7	-0,6	0,5	1,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-5,8	-3,7	-0,6	-6,4	-3,6	0,4	-1,3	-0,6	0,8	-2,3	-1,2	0,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,1	0,4	3,2	-1,2	0,5	3,7	-2,4	-1,5	1,2	-2,3	-1,2	1,5
darunter Verarbeitendes Gewerbe	-1,1	0,6	3,5	-1,3	0,8	4,1	-2,3	-1,4	1,3	-2,2	-1,2	1,6
Baugewerbe	-6,7	0,9	2,5	-5,7	0,9	2,6	-3,4	1,5	2,7	-3,9	1,3	2,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-1,8	-0,9	0,7	-1,9	-1,2	0,9	-0,6	-0,3	1,1	-0,7	-0,4	1,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,9	4,8	4,7	1,6	4,8	5,1	1,9	3,5	4,3	1,9	3,7	4,5
Öffentliche und private Dienstleister	-1,0	1,1	-0,4	-0,3	-0,7	-0,9	0,6	0,7	0,8	0,5	0,6	0,5

¹⁾ Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Tab. 2.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Deutschland = 100											
Insgesamt	104,7	104,9	104,7	105,0	104,8	104,7	98,9	98,9	99,0	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	91,1	90,7	90,6	91,7	91,5	91,4	102,2	102,1	102,1	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	108,7	109,0	108,8	108,8	108,9	108,8	98,7	98,7	98,7	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	109,1	109,3	109,1	109,4	109,5	109,4	98,7	98,6	98,6	100	100	100
Baugewerbe	102,7	102,5	102,4	102,7	102,7	102,6	99,1	99,1	99,2	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	102,0	101,6	101,4	103,1	102,8	102,7	99,3	99,4	99,4	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	100,4	100,2	100,0	100,9	100,8	100,7	99,4	99,5	99,5	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	107,3	108,1	108,0	107,3	106,8	106,8	98,0	98,0	98,1	100	100	100

¹⁾ Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (ETR des Bundes)

Tab. 2.10 Verbraucherpreisindex - Indizes und Jahresteuerraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen

Index Indexgruppe	Sachsen						Deutschland					
	Index 2005 = 100			Jahresteuerrate %			Index 2005 = 100			Jahresteuerrate %		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Gesamtindex	100	102,1	104,8	1,6	2,1	2,6	100	101,6	103,9	1,5	1,6	2,3
ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel ¹⁾	887,90	101,3	103,7	0,9	1,3	2,4	100	100,7	102,8	0,7	0,7	2,1
ohne administrierte Preise	792,42	102,1	104,9	1,4	2,1	2,7	100	101,5	103,7	1,1	1,5	2,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	103,2	108,0	0,5	3,2	4,7	100	102,0	105,9	0,1	2,0	3,8
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	103,6	107,0	8,8	3,6	3,3	100	103,0	106,4	8,5	3,0	3,3
Bekleidung und Schuhe	48,88	100	105,2	111,6	0,9	6,1	100	99,4	100,7	-1,9	-0,6	1,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	308,00	100	102,5	104,2	2,4	1,7	100	102,9	104,9	2,8	2,9	1,9
Einrichtungsgüter (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie d. Instandhaltung	55,87	100	101,8	105,1	0,2	1,8	100	99,8	101,0	-0,3	-0,2	1,2
Gesundheitspflege	40,27	100	101,7	102,6	1,0	0,9	100	100,5	101,3	1,7	0,5	0,8
Verkehr	131,90	100	103,0	107,5	4,6	4,4	100	103,0	106,9	4,1	3,0	3,8
Nachrichtenübermittlung	31,00	100	96,0	94,9	-1,8	-1,1	100	96,0	94,9	-1,8	-4,0	-1,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	100	99,9	100,9	-0,5	1,0	100	99,5	99,8	-1,1	-0,5	0,3
Bildungswesen	7,40	100	101,3	104,0	0,9	2,7	100	101,5	126,9	1,9	1,5	25,0
Beherbungs- und Gaststättenleistungen	43,99	100	101,2	104,5	0,3	3,3	100	101,2	104,0	0,1	1,2	2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	100	101,4	104,3	0,7	2,9	100	101,1	103,7	0,7	1,1	2,6
Kraftfahrpreisindex	122,39	100	102,8	107,4	3,7	4,5	100	102,9	107,0	3,3	2,9	4,0
Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	95,19	100	108,4	114,2	10,7	8,4	100	108,5	112,8	9,8	8,5	4,0
Saisonabhängige Nahrungsmittel (frisches Obst und Gemüse, Kartoffeln, Frischfleisch)	16,91	100	108,4	112,7	0,7	4,0	100	106,8	113,0	0,3	6,8	5,8
Administrierte Preise	207,58	100	101,9	104,6	2,9	2,6	100	101,9	104,9	3,0	1,9	2,9
Dienstleistungen	507,00	100	100,8	102,4	0,7	1,6	100	101,0	103,2	0,8	1,0	2,2
Waren	493,00	100	103,4	107,3	2,8	3,4	100	102,1	104,6	2,0	2,1	2,4

¹⁾ so genannte Kerninflation

Tab. 2.11 Agrarstruktur

Merkmal	Einheit	Sachsen						Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder mit Berlin			Deutschland			
		2001		2003		2005		2001	2003	2005	2001	2003	2005	2001	2003	2005	
		2001	2003	2003	2005	2005	2001	2003	2005	2001	2003	2005	2001	2003	2005		
Landwirtschaftliche Betriebe¹⁾	1 000	8	8	8	8	29	30	30	30	30	30	383	407	360	436	412	390
Veränderung gegenüber vorheriger Erhebung	%	5,4	-3,2	-3,8		-0,3	1,4	-1,0				-6,0	-5,9	-5,8	-5,6	-5,5	-5,4
Anteil der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	%																
unter 5 ha	%	34,4	33,4	30,8		24,8	25,8	25,1				23,5	23,7	22,4	23,8	23,6	22,6
5 bis unter 20 ha	%	28,7	28,5	29,1		24,5	23,5	24,4				34,0	35,1	33,8	34,4	33,3	33,0
20 bis unter 100 ha	%	20,5	20,7	21,3		21,1	20,8	20,3				37,4	36,9	37,9	35,8	36,2	36,6
100 ha und mehr	%	16,5	17,3	18,8		29,6	29,9	30,5				5,1	4,3	5,9	6,0	6,9	7,8
Arbeitskräfte¹⁾	1 000	42	43	42	42	162	167	165	165	167	165	1 137	1 161	1 111	1 323	1 303	1 276
Veränderung gegenüber vorheriger Erhebung	%	-6,8	2,5	-2,1		-4,3	3,1	-1,0				-2,1	-8,4	-2,2	-7,9	-1,5	-2,1
Familienarbeitskräfte ²⁾	1 000	12	13	12		38	40	39				783	822	744	860	823	783

1) Agrarstrukturerhebung

2) werden nur für die Betriebsform Einzelunternehmen ausgewiesen

Tab. 2.12 Produktionswerte und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft

Merkmal	Einheit	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder mit Berlin			Deutschland			
		2004		2006		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
		2004	2005	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Produktionswert zu Erzeugerpreisen¹⁾²⁾	Mill. €	1 849	1 765	1 707	1 423	8 471	8 177	8 139	31 541	30 747	31 991	40 011	38 924	40 129
Veränderung zum Vorjahr	%	16,5	-4,5	-3,3		16,4	-3,5	-0,5				8,7	-2,7	3,1
Anteil Pflanzliche Erzeugung	%	53,4	49,9	50,0		54,7	52,1	53,2				48,9	46,7	47,0
Anteil Tierische Erzeugung	%	44,2	47,3	47,1		43,4	45,5	44,4				47,0	48,9	48,7
Verkaufserlöse (in jeweiligen Preisen)²⁾	Mill. €	1 417	1 420	1 423	6 742	6 742	6 757	6 808	25 061	25 176	26 225	31 802	31 933	33 032
Veränderung zum Vorjahr	%	6,9	0,2	0,2		7,9	0,2	0,8				4,2	0,4	3,4
Anteil Pflanzliche Erzeugung	%	42,5	41,0	43,1		45,4	43,6	46,1				40,8	39,6	39,6
Anteil Tierische Erzeugung	%	57,5	59,0	56,9		54,6	56,4	53,9				59,2	60,4	60,4

1) einschließlich Neuanpflanzungen, Lohnarbeit, Maschinenmiete und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten

2) Berechnungsstand: November 2007 (Regionale landwirtschaftliche Gesamtrechnung, R-LGR)

Tab. 2.13 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder mit Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland	
	2005	2006	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾
	2007	2007	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007	2006 ²⁾	2007	2007
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Gesamtumsatz	11,7	14,4	12,7	...	10,3	7,0
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	5,8	16,2	13,2	...	12,2	8,5
Investitionsgüterproduzenten	16,8	18,2	14,1	...	14,9	7,8
Gebrauchsgüterproduzenten	19,0	21,0	3,2	...	4,4	2,6
Verbrauchsgüterproduzenten	11,6	2,7	9,9	...	5,0	4,3
darunter Auslandsumsatz	11,5	26,9	17,0	...	14,6	9,5
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	-1,5	24,4	16,5	...	13,4	9,0
Investitionsgüterproduzenten	22,9	29,6	16,1	...	16,3	9,8
Gebrauchsgüterproduzenten	14,5	18,6	19,6	...	7,6	7,7
Verbrauchsgüterproduzenten	8,5	20,1	29,4	...	13,9	9,3
Exportquote								
Exportquote	33,3	36,9	38,3	...	32,7	44,9
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	35,4	37,9	39,0	...	36,4	43,6
Investitionsgüterproduzenten	43,8	48,0	48,8	...	46,2	58,7
Gebrauchsgüterproduzenten	22,1	21,7	25,1	...	34,7	37,3
Verbrauchsgüterproduzenten	9,2	10,8	12,7	...	18,6	25,4

1) Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

2) Rückrechnungsergebnisse für den Berichtskreis der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tab. 2.14 Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder mit Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland			
	2005	2006	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2005 ²⁾	2006 ²⁾		
	2005	2006	2007	2007	2007	2007	2007	2007		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Gesamtumsatz und zwar	11,8	14,5	12,7	...	10,4	6,4	...	6,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	14,3	1,5	9,8	...	5,2	5,3	...	5,3
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	16,7	21,2	18,1	...	16,2	5,8	...	6,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	17,2	10,3	15,7	...	12,4	11,7	...	11,7
Maschinenbau	1,2	17,0	12,0	...	14,1	11,8	...	12,0
Herstellung von Büromaschinen ... ⁴⁾	1,4	21,6	11,9	...	9,4	2,1	...	2,9
Fahrzeugbau	25,9	20,2	14,1	...	16,6	6,7	...	7,3
Auslandsumsatz darunter	11,5	26,9	16,9	...	14,6	9,1	...	9,5
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	8,7	23,4	40,6	...	17,3	11,2	...	12,1
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	24,1	29,7	17,6	...	14,6	7,0	...	7,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	27,1	7,8	22,7	...	15,8	11,9	...	12,3
Maschinenbau	2,0	17,5	13,5	...	13,5	14,0	...	14,0
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁴⁾	-19,0	31,7	13,5	...	12,0	0,9	...	1,9
Fahrzeugbau	33,9	37,6	15,5	...	16,3	9,8	...	10,2
	Prozent									
Exportquote darunter	33,6	37,2	38,6	...	33,0	46,6	...	45,1
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	5,3	6,4	8,2	...	10,6	18,2	...	16,5
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	56,9	60,8	60,6	...	51,2	56,3	...	55,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	22,8	22,3	23,7	...	30,7	37,5	...	36,8
Maschinenbau	46,8	47,0	47,7	...	44,2	59,9	...	59,0
Herstellung von Büromaschinen ... ⁴⁾	40,1	43,4	44,0	...	42,8	50,9	...	49,9
Fahrzeugbau	47,2	54,0	54,7	...	51,5	62,4	...	61,6

1) Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen

2) Rückrechnungsergebnisse für den Berichtsreis der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

3) Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen

4) Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik; Feinmechanik und Optik

Tab. 2.15 Baugewerbe

Merkmal	Sachsen						Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten¹⁾															
Betriebe²⁾	-8,3	-7,9	-1,4	-11,0	-8,8	-1,7	-7,9	-5,4	-0,4	-8,8	-6,4	-0,8	-8,8	-6,4	-0,8
Tätige Personen²⁾	-10,5	-3,1	-0,2	-10,4	-4,1	1,4	-8,7	-2,2	1,9	-9,2	-2,6	1,8	-9,2	-2,6	1,8
darunter Arbeiter ²⁾³⁾	-11,0	-2,6	.	-10,9	-3,7	.	-8,9	-1,7	.	-9,4	-2,3	.	-9,4	-2,3	.
Gesamtumsatz	-16,6	7,1	-2,7	-8,5	4,3	-1,8	-6,0	8,1	1,1	-6,6	7,2	0,4	-6,6	7,2	0,4
darunter baugewerblicher Umsatz und zwar	-16,8	7,5	-2,8	-8,6	4,3	-1,8	-6,1	8,0	1,1	-6,7	7,2	0,4	-6,7	7,2	0,4
Hochbau	-23,4	11,8	-0,3	-13,6	6,9	1,4	-6,7	9,4	0,2	-8,1	8,9	0,4	-8,1	8,9	0,4
Tiefbau	-11,7	4,6	-4,6	-4,6	2,4	-4,3	-5,3	6,4	2,2	-5,1	5,3	0,4	-5,1	5,3	0,4
Wohnungsbau	-41,4	-3,2	-4,2	-27,0	7,0	-0,1	-7,9	8,4	-10,4	-11,6	8,2	-8,7	-11,6	8,2	-8,7
Wirtschaftsbau	-16,7	14,8	-2,2	-5,3	7,3	-0,5	-6,2	10,3	5,3	-6,0	9,6	3,9	-6,0	9,6	3,9
Öffentlicher Bau und Straßenbau	-8,7	2,7	-3,2	-5,4	0,9	-3,5	-5,0	5,3	2,2	-5,1	4,1	0,7	-5,1	4,1	0,7
darunter Straßenbau	-5,1	12,6	-1,0	-2,1	8,4	-7,5	-1,0	9,1	2,8	-1,3	8,9	-0,1	-1,3	8,9	-0,1
Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe⁴⁾															
Betriebe²⁾	-9,9	-8,1	-1,1	-9,5	-7,4	-1,3	-3,1	-3,2	-0,8	-4,7	-4,2	-0,9	-4,7	-4,2	-0,9
Tätige Personen²⁾	-11,2	-3,5	2,2	-10,4	-3,3	4,6	-4,3	-1,1	5,2	-5,7	-1,6	5,1	-5,7	-1,6	5,1
darunter Arbeiter ²⁾³⁾	-12,4	-4,3	.	-11,2	-3,4	.	-4,7	-1,2	.	-6,3	-1,7	.	-6,3	-1,7	.
Gesamtumsatz	-11,2	11,0	1,5	-8,4	7,4	1,3	-0,6	7,7	2,6	-2,3	7,6	2,4	-2,3	7,6	2,4
darunter ausbaugewerblicher Umsatz	-11,5	12,5	1,5	-8,4	8,2	1,7	-0,7	7,3	3,1	-2,3	7,4	2,9	-2,3	7,4	2,9

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen
2) Jahresdurchschnittsangaben
3) wird ab 2007 nicht mehr gesondert erhoben
4) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

Tab. 2.16 Energie- und Wasserversorgung

Merkmal	Sachsen					Deutschland								
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005		
	Anzahl		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anzahl		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anzahl		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Unternehmen														
Unternehmen¹⁾ (Anzahl)	134	135	136	-5,0	0,7	0,7	3 258	3 315	3 322	-0,7	1,7	0,2		
Elektrizitätsversorgung	42	41	43	5,0	-2,4	4,9	931	960	979	0,4	3,1	2,0		
Gasversorgung	13	14	14	-7,1	7,7	-	259	266	267	-3,0	2,7	0,4		
Wärmeversorgung	33	33	33	-15,4	-	-	194	219	215	0,0	12,9	-1,8		
Wasserversorgung	46	47	46	-4,2	2,2	-2,1	1 874	1 870	1 861	-1,0	-0,2	-0,5		
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	16 004	15 421	14 882	-8,9	-3,6	-3,5	271 340	283 701	277 710	-4,8	4,6	-2,1		
Elektrizitätsversorgung	10 371	9 895	9 367	-1,7	-4,6	-5,3	198 804	209 716	207 700	-4,2	5,5	-1,0		
Gasversorgung	1 629	1 624	1 711	-3,4	-0,3	5,4	25 065	22 954	22 838	0,9	-8,4	-0,5		
Wärmeversorgung	473	454	313	-71,2	-4,0	-31,1	6 373	9 340	5 602	-43,8	46,6	-40,0		
Wasserversorgung	3 531	3 448	3 491	-4,0	-2,4	1,2	41 098	41 691	41 570	-0,8	1,4	-0,3		
Umsätze²⁾ (Mill. €)	9 641	9 868	11 067	9,1	2,4	12,1	171 711	195 222	225 395	7,1	13,7	15,5		
Elektrizitätsversorgung	4 702	4 945	5 601	20,8	5,2	13,2	118 329	140 627	162 005	5,8	18,8	15,2		
Gasversorgung	4 088	4 083	4 643	13,2	-0,1	13,7	42 527	42 500	51 708	15,6	-0,1	21,7		
Wärmeversorgung	143	133	98	-77,3	-6,9	-26,4	2 762	3 711	3 086	-26,0	34,4	-16,8		
Wasserversorgung	709	707	725	0,8	-0,2	2,5	8 093	8 384	8 596	2,4	3,6	2,5		
Investitionen (Mill. €)	600	567	584	-6,1	-5,4	2,9	9 470	9 575	9 743	-5,1	1,1	1,8		
Elektrizitätsversorgung	274	258	260	5,8	-6,0	0,9	5 627	5 696	6 095	-6,4	1,2	7,0		
Gasversorgung	78	65	65	-32,9	-16,8	0,2	1 106	994	996	-0,5	-10,1	0,2		
Wärmeversorgung	16	13	5	-57,5	-21,2	-62,2	322	384	303	0,6	19,3	-21,1		
Wasserversorgung	231	232	254	2,7	0,2	9,5	2 415	2 502	2 348	-4,7	3,6	-6,2		

1) Jahresdurchschnittsangaben

2) ohne Umsatzsteuer und Stromsteuer

Tab. 2.17 Binnenhandel und Gastgewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen					Deutschland								
	2005	2006	2007 ²⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2005	2006	2007 ²⁾		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					2003 = 100					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Umsatz (in jeweiligen Preisen)														
Kraftfahrzeughandel und Tankstellen³⁾	101,0	108,0	101,6	-1,6	6,9	101,4	108,1	102,9	0,5	6,6	102,9	0,5	6,6	-4,8
darunter Handel mit Kraftwagen	105,4	113,0	108,0	-0,1	7,2	102,9	111,4	104,7	3,0	8,3	104,7	3,0	8,3	-6,0
Großhandel und Handelsvermittlung	109,2	114,5	117,7	1,9	4,9	111,3	118,8	120,8	5,0	6,7	120,8	5,0	6,7	1,7
darunter														
Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	93,8	96,8	96,9	-2,9	3,2	103,8	105,3	104,2	3,2	1,4	104,2	3,2	1,4	-1,0
Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	108,7	119,1	115,5	5,6	9,6	121,4	136,9	138,8	9,5	12,8	138,8	9,5	12,8	1,3
Einzelhandel⁴⁾	101,8	103,0	103,6	0,9	1,2	103,9	104,8	103,6	1,9	0,9	103,6	1,9	0,9	-1,2
darunter														
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	106,1	107,4	102,7	1,9	1,2	105,4	105,5	104,4	2,1	0,1	104,4	2,1	0,1	-1,0
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	101,3	104,2	109,3	5,6	2,9	104,8	107,0	109,8	4,6	2,1	109,8	4,6	2,1	2,6
sonstiger Facheinzelhandel	94,7	95,2	98,3	-4,0	0,5	101,9	103,9	103,3	-0,1	1,9	103,3	-0,1	1,9	-0,5
Gastgewerbe	105,3	110,3	126,3	2,9	4,7	97,9	99,4	99,0	-0,4	1,6	99,0	-0,4	1,6	-0,4
darunter														
Hotellerie	113,3	125,2	132,2	6,2	10,5	102,0	106,4	108,0	1,0	4,3	108,0	1,0	4,3	1,5
Speisegeprägte Gastronomie	100,7	100,5	128,2	2,5	-0,2	94,7	94,2	92,4	-1,5	-0,6	92,4	-1,5	-0,6	-1,9
Beschäftigte														
Kraftfahrzeughandel und Tankstellen³⁾	96,8	93,7	97,4	-2,9	-3,2	100,4	99,7	100,3	-1,1	-0,7	100,3	-1,1	-0,7	0,6
Vollbeschäftigte	97,2	93,8	97,9	-2,4	-3,5	99,5	98,9	99,6	-1,3	-0,6	99,6	-1,3	-0,6	0,7
Teilzeitbeschäftigte	94,4	93,0	94,2	-5,7	-1,5	104,5	103,2	103,4	0,3	-1,2	103,4	0,3	-1,2	0,2
Großhandel und Handelsvermittlung	102,7	97,8	98,0	-1,0	-4,8	95,0	94,6	94,3	-1,3	-0,4	94,3	-1,3	-0,4	-0,4
Vollbeschäftigte	103,0	98,4	98,2	-1,0	-4,5	94,7	94,0	93,4	-1,5	-0,7	93,4	-1,5	-0,7	-0,6
Teilzeitbeschäftigte	100,6	94,8	97,7	-1,5	-5,8	96,1	96,8	97,4	-0,6	0,7	97,4	-0,6	0,7	0,6
Einzelhandel⁴⁾	98,4	95,9	101,1	-2,5	-2,5	102,6	101,8	102,2	0,5	-0,7	102,2	0,5	-0,7	0,4
Vollbeschäftigte	89,6	78,0	90,8	-8,0	-12,9	96,9	94,9	94,6	-2,3	-2,1	94,6	-2,3	-2,1	-0,3
Teilzeitbeschäftigte	105,7	104,4	109,7	1,8	-1,2	107,5	107,7	108,7	2,9	0,2	108,7	2,9	0,2	0,9
Gastgewerbe	98,4	100,0	120,8	-3,8	1,6	101,1	101,0	101,4	0,4	-0,1	101,4	0,4	-0,1	0,3
Vollbeschäftigte	94,8	94,5	118,8	-3,0	-0,3	92,5	91,2	90,7	-3,1	-1,4	90,7	-3,1	-1,4	-0,5
Teilzeitbeschäftigte	103,3	107,6	155,7	-5,0	4,2	110,0	111,2	112,6	3,6	1,1	112,6	3,6	1,1	1,3

1) Messzahlen zum Berechnungsstand März 2008; Basis ist der Monatsdurchschnitt 2003

2) vorläufige Ergebnisse

3) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

4) in Verkaufsräumen; Sachsen ohne Reparatur von Gebrauchsgütern

Tab. 2.18 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen					Deutschland						
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
	Absolutwerte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Absolutwerte					
	Umsatz (in jeweiligen Preisen) in Mill. €											
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7 386	7 546	7 832	7,8	2,2	3,8	254 194	275 309	294 333	1,1	8,3	6,9
Landverkehr, Transport in Rohrleitungen	2 357	2 473	2 933	-11,2	4,9	18,6	52 645	55 747	60 096	-7,1	5,9	7,8
Schifffahrt	24	27	13	250,8	11,6	-52,6	15 945	18 109	19 697	17,2	13,6	8,8
Luffahrt	54	58	59	-5,0	7,9	1,5	12 782	11 765	14 445	13,7	-8,0	22,8
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr	2 056	1 820	1 940	-5,1	-11,5	6,6	80 571	87 973	94 647	-9,3	9,2	7,6
Verkehrsvermittlung	2 897	3 169	2 887	47,0	9,4	-8,9	92 250	101 715	105 447	13,7	10,3	3,7
Nachrichtenübermittlung												
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen,	10 678	11 032	11 911	-2,6	3,3	8,0	363 365	377 978	405 580	-7,3	4,0	7,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	3 580	3 637	3 830	-11,6	1,6	5,3	95 206	94 487	100 304	-3,0	-0,8	6,2
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	622	601	526	31,6	-3,4	-12,5	23 889	26 984	29 627	5,1	13,0	9,8
Datenverarbeitung und Datenbanken	978	1 009	1 146	33,7	3,2	13,6	56 780	58 525	61 608	0,7	3,1	5,3
Forschung und Entwicklung	301	314	361	53,5	4,4	15,1	6 378	6 820	7 884	10,7	6,9	15,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5 197	5 472	6 048	-5,7	5,3	10,5	181 113	191 162	206 157	-13,3	5,5	7,8
	92 860	92 305	95 753	-5,3	-0,6	3,7	1 802 386	1 848 550	1 899 998	-4,2	2,6	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung davon in Unternehmen/ Einrichtungen mit Umsatz							Tätige Personen²⁾					
bis 250 000 €	x	x	x	x	x	x	153 940	156 060	152 770	-2,6	1,4	-2,1
von 250 000 € und mehr	x	x	x	x	x	x	1 648 446	1 692 490	1 747 228	-4,3	2,7	3,2
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, davon in Unternehmen/ Einrichtungen mit Umsatz	175 505	194 457	197 151	3,2	10,8	1,4	3 826 355	3 979 375	4 130 533	-1,5	4,0	3,8
bis 250 000 €	x	x	x	x	x	x	756 067	746 311	780 412	4,0	-1,3	4,6
von 250 000 € und mehr	x	x	x	x	x	x	3 070 288	3 233 063	3 350 121	-2,8	5,3	3,6

1) Wirtschaftsabschnitt I: Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Wirtschaftsabschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.
2) Stichtag: 30. September

Tab. 2.19 Arbeitsmarkt¹⁾

Merkmal	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2005	2006 ²⁾	2007 ²⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Arbeitslose insgesamt	1,5	-7,6	-13,2	1,0	-8,3	-12,8	16,7	-7,4	-17,3	10,9	-7,7	-15,8
und zwar												
weiblich	-1,2	-5,2	-10,6	0,0	-6,4	-10,6	27,4	-3,8	-14,0	16,7	-4,7	-12,8
im Alter von unter 20 Jahren	40,8	-11,9	-22,6	42,8	-14,4	-21,2	76,9	-11,4	-23,9	64,8	-12,3	-23,1
im Alter von unter 25 Jahren	18,7	-12,3	-18,6	13,8	-14,6	-18,7	27,7	-16,0	-24,5	22,7	-15,5	-22,6
im Alter von 55 Jahren und mehr	18,5	3,9	-8,0	14,8	-0,3	-9,4	22,7	-3,0	-19,5	20,1	-2,2	-16,3
Langzeitarbeitslose	-18,7	-6,5	-10,3	-14,3	-7,7	-12,2	0,7	13,5	-19,8	-5,5	5,5	-17,3
Schwerbehinderte	5,6	8,6	1,6	2,3	4,8	1,9	3,9	-0,3	-8,4	3,5	1,0	-5,7
Kurzarbeiter³⁾	-14,5	-49,3	18,8	-14,8	-47,8	...	-17,1	-46,3	...	-16,7	-46,6	...
Gemeldete Stellen	64,9	55,0	-0,7	89,5	45,6	3,3	35,9	34,1	12,2	44,6	36,6	10,1
Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	-40,2	-0,6	-5,2	-39,5	-2,1	4,8	-37,2	6,9	3,9	-38,0	3,9	4,2
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	-43,4	-10,7	-6,9	-44,7	-4,5	-13,1	-42,8	-20,9	-3,9	-44,3	-8,5	-11,2
Beschäftigte in Struktur Anpassungsmaßnahmen	-35,9	-31,6	-58,0	-55,0	-52,8	-67,6	-83,2	-69,1	-75,2	-58,4	-53,6	-67,9
Direkte Förderung regulärer Beschäftigung	-9,9	1,1	-13,2	-4,2	-4,7	-13,0	12,6	-3,5	-11,5	5,8	-4,0	-12,0
Arbeitslosenquote insgesamt	20,0	18,9	16,4	20,6	19,2	16,8	11,0	10,2	8,4	13,0	12,0	10,1
männlich	20,3	18,6	15,7	21,3	19,5	16,7	11,3	10,1	8,1	13,4	12,0	9,8
weiblich	19,8	19,1	17,2	19,7	18,8	16,8	10,7	10,2	8,7	12,7	12,0	10,4

1) Jahresdurchschnittsangaben (Stand Mai 2008); ab 2006 Berechnung auf der Grundlage der vorläufigen Daten zur Monatsmitte

2) Daten zu den Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen entsprechend den Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA (Stand Mai 2008) ohne Daten zugelassener kommunaler Träger

3) Jahre 2006 und 2007 aufgrund gesetzlicher Änderungen nicht mit den Daten des Jahres 2005 vergleichbar

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 2.20 Unternehmen¹⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Beschäftigtengrößenklasse Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland	
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %
Insgesamt und zwar	156 499	100,0	457 430	100,0	2 690 149	100,0	3 284 666	100,0
Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten								
0 - 9	142 162	90,8	413 963	90,5	2 458 200	91,4	2 999 848	91,3
10 - 49	11 503	7,4	34 590	7,6	183 244	6,8	225 260	6,9
50 - 249	2 407	1,5	7 659	1,7	39 571	1,5	48 812	1,5
250 und mehr	427	0,3	1 218	0,3	9 134	0,3	10 746	0,3
Unternehmen des Wirtschaftsbereichs								
Produzierendes Gewerbe	39 550	25,3	109 601	24,0	498 344	18,5	625 305	19,0
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe	13 985	8,9	37 128	8,1	237 598	8,8	280 545	8,5
Baugewerbe	24 974	16,0	70 397	15,4	246 533	9,2	328 344	10,0
Dienstleistungsbereiche	116 949	74,7	347 829	76,0	2 191 805	81,5	2 659 361	81,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	49 614	31,7	154 500	33,8	901 569	33,5	1 096 238	33,4
darunter								
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Verbrauchsgütern	32 626	20,8	98 698	21,6	584 244	21,7	708 063	21,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	37 622	24,0	102 785	22,5	798 394	29,7	950 352	28,9
darunter								
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ²⁾	34 817	22,2	95 000	20,8	758 805	28,2	901 483	27,4
Öffentliche und private Dienstleister³⁾	29 713	19,0	90 544	19,8	491 842	18,3	612 771	18,7
darunter								
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	12 566	8,0	39 100	8,5	185 400	6,9	235 822	7,2
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	14 926	9,5	42 999	9,4	260 077	9,7	319 639	9,7

1) am 31. Dezember 2007 im Unternehmenregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2005

2) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

3) ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal

Tab. 2.21 Gewerbeanmeldungen

Merkmal Wirtschaftsbereich	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland					
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007		
Insgesamt	-7,7	-3,6	-10,7	-11,6	-5,5	-9,7	-5,9	-1,1	-2,8	-6,8	-1,5	-3,8		
und zwar														
Neuerichtungen	-8,9	4,6	-12,5	-13,4	-6,6	-12,0	-6,7	-1,9	-4,2	-7,7	-2,3	-5,4		
Betriebsgründungen	-2,4	4,5	-9,6	-3,7	-10,1	-8,5	-2,8	-4,4	-4,8	-2,9	-5,2	-5,2		
sonstige Neuerichtungen	-10,9	4,6	-13,5	-16,7	-5,3	-13,3	-7,7	-1,2	-4,0	-9,1	-1,4	-5,4		
Land- u. Forstwirtschaft	-5,6	3,3	1,9	-18,0	-4,5	-0,5	-2,9	3,2	1,4	-6,8	1,9	0,5		
Verarbeitendes Gewerbe	-8,3	-0,5	-11,5	-8,4	-0,5	-3,6	-6,2	-2,0	-1,7	-6,7	-1,7	-3,5		
Baugewerbe	-12,1	-1,6	-16,3	-15,7	-4,8	-15,1	3,2	4,6	-2,3	-1,2	3,0	-4,8		
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Verbrauchsgütern	-5,2	-7,7	-12,7	-10,2	-7,5	-12,3	-9,8	-6,1	-8,1	-10,2	-6,3	-8,5		
Gastgewerbe	-1,4	-7,2	-9,6	-7,1	-6,7	-7,9	-4,2	-2,0	-2,7	-4,4	-2,5	-3,5		
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	-19,0	-3,3	-14,9	-20,1	-5,4	-11,6	-9,2	-0,9	-4,7	-11,4	-1,3	-5,9		
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-14,2	-8,1	-14,1	-4,1	-17,4	-18,1	-11,5	-1,0	-11,6	-10,4	-4,3	-13,2		
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ¹⁾	4,0	-7,9	-8,0	-13,2	-6,1	-8,6	-6,8	-1,3	-1,7	-8,0	-1,6	-2,1		
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	-11,3	11,9	-5,9	-14,3	3,5	-3,2	-3,7	7,7	6,9	4,0	7,9	4,8		
übrige Wirtschaftsbereiche	-3,2	6,2	-1,9	9,1	6,8	7,3	13,5	1,4	8,7	14,0	1,5	7,4		

¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 2.22 Gewerbeabmeldungen

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	9,6	-1,5	-0,8	7,0	-3,2	-0,2	3,9	1,0	-0,1	4,5	0,3	-0,1
und zwar												
vollständige und teilweise Aufgabe eines Betriebes	11,3	-1,9	-1,9	6,8	-2,7	-1,5	7,0	1,0	-1,8	7,2	0,4	-1,7
darunter Betriebsaufgabe	4,3	-7,1	-7,3	1,0	-8,4	-3,5	0,8	-4,4	-4,9	0,9	-5,0	-4,4
sonstige Stilllegungen	14,8	0,4	0,4	9,7	-0,1	-0,7	8,9	2,6	-0,9	9,4	2,1	-0,9
Land- u. Forstwirtschaft	20,8	-5,8	-8,7	14,1	-6,8	2,5	9,3	5,8	7,2	10,0	3,4	5,6
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-3,2	4,9	3,1	-6,8	4,8	-1,8	-3,6	-0,9	0,0	-4,4	-1,3
Baugewerbe	19,6	-3,6	9,8	9,6	-5,6	5,3	16,8	5,8	11,4	15,0	3,9	9,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Verbrauchsgütern	8,6	-3,8	-2,6	4,2	-3,2	-3,8	1,7	-1,8	-5,4	2,2	-2,1	-5,0
Gastgewerbe	1,5	-2,5	-3,9	-1,5	-2,9	-1,8	-1,4	2,1	-0,9	-1,4	1,5	-0,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	-3,2	-4,1	-5,6	-1,3	-7,0	-3,7	1,5	-5,2	-3,3	1,5	-5,7	-3,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-0,9	5,4	-6,3	4,9	-4,8	2,4	1,9	-1,5	3,2	2,9	-2,8	2,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ¹⁾	13,3	-2,5	-3,0	11,3	-3,4	-1,4	3,7	0,9	-0,2	4,6	0,3	0,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	18,4	12,0	1,9	20,0	7,7	3,4	11,4	10,8	6,7	13,2	10,5	5,7
übrige Wirtschaftsbereiche	16,7	-2,4	-4,9	25,7	-6,6	9,3	10,4	9,1	1,0	14,7	5,7	0,4

¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 2.23 Insolvenzen

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen						Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
Insgesamt und zwar	26,4	10,5	2,4	21,0	16,6	-0,7	14,3	18,2	2,2	15,5	18,2	2,0			
eröffnete Verfahren	36,0	19,7	5,0	29,5	23,7	1,8	19,5	23,7	4,0	21,5	24,5	4,0			
mangels Masse abgewiesene Verfahren	-2,3	-26,6	-14,8	-12,3	-24,0	-23,9	-9,0	-15,9	-13,5	-10,1	-19,0	-15,4			
Schuldenbereinigungsplan	21,3	-29,8	-12,5	24,6	16,7	-3,7	-2,5	15,4	-7,5	0,9	13,1	-6,9			
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) darunter	5,2	-10,3	-17,9	-2,6	-19,3	-22,1	-6,7	-3,6	-13,9	-6,0	-7,3	-14,6			
Verarbeitendes Gewerbe	4,5	-13,3	-32,7	-15,1	-20,8	-26,8	-11,5	-6,2	-24,0	-12,2	-9,7	-23,6			
Baugewerbe	-4,0	-14,4	-20,7	-8,3	-25,3	-22,5	-9,3	-13,9	-15,3	-8,9	-18,0	-17,2			
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	5,1	-3,6	-18,8	0,8	-20,2	-23,6	-4,4	-1,2	-13,1	-3,9	-5,1	-13,9			
Gastgewerbe	-7,7	1,1	-11,5	-6,6	-13,3	-18,1	-6,8	13,3	-7,0	-7,6	8,6	-7,7			
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	29,4	-9,1	-9,0	27,4	-23,8	-27,9	-5,7	1,2	-18,2	-0,3	-3,3	-19,5			
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ¹⁾	16,4	-17,7	-10,8	2,4	-16,6	-17,3	-7,1	-6,6	-12,5	-5,9	-8,8	-12,1			
Private Personen, Nachlässe darunter	38,3	19,3	8,9	33,1	30,0	4,2	24,6	26,3	6,7	26,1	27,7	6,4			
übrige Verbraucher	74,2	42,0	14,1	40,3	40,2	9,0			
ehemals selbständig Tätige ²⁾	41,7	7,0	-5,7	24,6	21,4	-0,2			
ehemals selbständig Tätige ³⁾	-0,7	-12,0	0,3	2,8	0,3	0,2			

1) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

2) die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen

3) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen

Tab. 2.24 Ausfuhr (Spezialhandel)

Merkmal	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland					
	2005	2006	2007 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt²⁾	8,8	10,7	19,1	12,2	20,3	17,1	8,0	11,5	8,2	7,5	13,6	8,5
nach Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	0,4	30,6	13,6	1,4	21,0	8,8	4,9	8,1	7,3	9,6	9,6	6,9
Gewerbliche Wirtschaft	9,0	9,8	16,2	10,6	20,1	13,9	6,0	11,4	4,9	7,2	13,5	5,2
Rohstoffe	-1,8	31,3	4,5	21,2	14,3	-1,2	-5,2	7,3	10,2	-3,7	6,9	-4,2
Halbwaren	21,2	51,2	20,3	40,7	34,7	12,4	15,9	31,5	6,0	19,0	32,3	5,9
Fertigwaren	8,6	8,1	16,0	8,3	18,8	14,3	5,4	10,3	4,8	6,8	12,6	5,3
Vorzzeugnisse	15,8	24,3	11,2	22,1	28,8	8,2	7,4	14,8	4,0	7,8	16,4	4,2
Enderzeugnisse	7,7	6,0	16,8	5,0	16,0	16,1	5,3	9,4	5,0	6,6	11,9	5,5
nach Ländern												
EU-Länder³⁾	6,5	9,8	20,9	13,3	20,9	18,6	7,4	9,9	11,4	7,1	11,7	11,1
darunter												
Frankreich	13,5	4,7	18,6	11,9	13,6	32,7	6,9	6,8	8,7	6,3	7,5	10,4
Vereinigtes Königreich	-3,1	22,4	11,6	4,9	35,1	12,1	1,6	6,3	10,5	0,7	7,2	9,7
Italien	-3,5	-14,5	54,1	2,9	7,8	23,4	5,4	8,7	9,7	4,6	10,2	9,8
Niederlande	-0,2	11,4	8,6	13,5	14,3	8,9	6,9	15,2	12,6	4,9	15,3	10,3
Belgien	-8,6	3,3	-5,5	-2,6	18,9	-2,2	8,8	3,5	13,3	8,2	7,1	10,0
Österreich	5,4	7,3	12,2	19,6	15,5	9,8	6,9	14,3	8,0	7,6	14,3	6,6
Spanien	12,8	9,9	32,3	18,5	17,2	30,7	11,5	1,4	13,5	10,4	4,4	15,3
Polen	16,4	27,3	33,7	37,2	40,1	26,5	14,3	21,4	22,4	19,0	29,8	24,3
Tschechische Republik	14,2	22,8	14,3	16,8	28,2	21,4	9,9	14,7	14,7	7,9	17,4	15,7
Schweden	34,1	-4,4	20,5	23,1	4,3	31,7	9,1	7,0	14,6	9,6	9,0	15,4
Ungarn	33,3	35,4	16,3	22,3	25,8	10,8	7,0	17,8	8,6	6,5	17,5	7,9
Dänemark	12,0	5,3	10,3	21,4	33,7	1,7	8,4	11,2	9,3	9,9	15,0	7,0
Finnland	5,4	85,2	17,2	15,8	37,4	12,4	4,2	8,6	18,2	11,2	13,3	11,5
Russische Föderation	1,6	74,4	33,9	8,8	42,8	28,0	15,9	34,7	21,6	15,3	35,2	20,6
Vereinigte Staaten	23,3	-25,0	-3,7	17,0	-5,4	-0,0	8,1	9,8	-7,4	6,8	12,5	-5,9
Volksrepublik China	-8,9	51,6	41,6	7,3	46,1	26,2	2,0	26,9	7,0	1,2	29,4	8,9
Japan	-3,9	0,4	10,4	-7,0	17,4	3,5	7,0	2,5	-6,4	4,9	4,1	-5,8

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

Tab. 2.25 Einfuhr (Generalhandel)

Merkmal	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2005	2006	2007 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt²⁾	9,2	29,4	7,9	19,5	24,3	10,8	7,9	16,6	4,5	8,9	16,8	5,2
nach Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	15,8	28,1	-2,2	9,0	18,9	8,6	-1,0	8,8	3,5	4,0	9,4	3,7
Gewerbliche Wirtschaft	8,6	28,9	2,9	16,9	24,1	5,7	5,5	16,4	-0,8	9,8	16,7	0,0
Rohstoffe	15,7	29,4	0,3	47,8	26,2	-0,9	30,0	24,6	-5,4	33,7	24,7	-4,7
Halbwaren	-0,4	118,7	-3,1	11,9	51,6	3,0	19,0	29,7	2,2	20,4	30,7	2,6
Fertigwaren	8,6	22,6	3,9	8,4	19,7	9,0	1,5	13,8	-0,5	6,1	14,1	0,5
Vorzzeugnisse	7,2	45,4	7,9	18,2	29,8	10,2	3,8	17,6	8,9	7,6	18,6	9,4
Enderzeugnisse	8,9	19,0	3,1	6,1	17,1	8,7	1,2	13,1	-2,2	5,9	13,3	-1,2
nach Ländern												
EU-Länder³⁾	12,5	25,7	6,2	8,7	25,0	13,7	6,9	14,0	8,3	7,0	14,2	8,5
darunter												
Frankreich	24,0	14,0	0,7	16,4	11,3	13,1	3,1	15,9	4,0	4,2	15,6	4,5
Vereinigtes Königreich	41,5	36,4	-13,5	24,6	39,3	10,5	12,9	3,3	6,6	13,4	4,5	6,3
Italien	19,9	16,7	6,8	12,1	23,1	17,9	1,4	13,7	6,9	1,9	14,1	6,9
Niederlande	14,7	20,4	0,2	13,9	19,9	12,2	12,5	17,4	5,6	12,2	17,2	5,9
Belgien	2,9	19,7	-4,4	9,8	17,0	1,5	8,7	15,7	16,8	8,8	15,8	16,2
Österreich	50,9	40,6	29,2	22,0	39,6	18,2	8,2	15,1	7,1	8,5	16,3	8,1
Spanien	12,2	16,0	-0,9	-0,6	14,7	6,0	4,0	9,0	6,3	3,7	9,8	6,6
Polen	-18,9	45,1	25,8	-6,3	43,9	19,3	11,6	24,5	12,5	5,0	26,6	13,6
Tschechische Republik	50,8	23,7	8,7	42,9	23,4	10,1	5,5	24,1	21,9	7,1	23,7	19,9
Schweden	-2,3	14,7	5,8	8,5	14,5	47,1	12,5	14,4	5,5	10,9	14,1	10,0
Ungarn	25,2	12,5	12,6	24,1	10,0	19,7	6,0	11,3	16,0	5,9	10,6	15,3
Dänemark	-16,6	24,3	-12,6	-3,8	25,5	19,6	5,9	2,1	2,4	4,8	4,6	3,8
Finnland	-29,4	0,6	-11,4	-9,7	25,8	11,5	7,3	26,4	7,4	27,6	7,0	0,1
Russische Föderation	21,1	73,0	2,9	54,8	24,6	-2,8	27,0	42,7	-5,7	35,8	35,1	-4,1
Vereinigte Staaten	-2,0	37,4	2,2	14,4	38,0	9,2	0,2	19,0	-8,3	2,1	17,6	-6,9
Volksrepublik China	-8,1	36,8	19,4	55,4	11,0	22,6	20,6	20,5	7,8	24,1	22,4	9,4
Japan	14,7	15,1	9,7	8,4	27,0	37,4	-4,0	10,5	-2,7	-0,4	9,3	0,4

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) einschließlich Beitrittsländer zum 1. Januar 2007 (EU-27)

Tab. 2.26 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte^{1) 2)}

Merkmal	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland					
	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	0,2	-1,8	1,7	0,0	-1,3	1,4	0,6	-0,5	1,8	0,4	-0,6	1,7
Betriebsüberschuss, Selbständigeeinkommen	5,5	1,6	3,0	7,3	2,3	2,7	0,7	1,9	3,4	1,3	2,0	3,3
Vermögenseinkommen (saldiert)	3,7	5,8	7,6	4,6	6,3	7,6	3,4	8,7	8,7	3,4	8,4	8,6
Primäreinkommen	1,1	-0,7	2,5	1,2	-0,1	2,2	1,1	1,6	3,4	1,1	1,3	3,3
Empfangene monetäre Sozialleistungen	-0,6	-2,3	-1,1	-0,5	-2,4	-1,3	0,9	0,9	0,0	0,6	0,3	-0,2
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	1,3	-2,4	5,8	3,1	-3,5	5,5	-5,7	1,7	7,2	-4,9	1,0	7,0
Geleistete Sozialbeiträge	-0,5	-2,6	0,8	-0,4	-2,2	0,6	0,7	0,0	2,7	0,4	-0,3	2,4
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	0,7	-0,6	1,1	0,7	-0,1	0,8	2,2	2,0	2,1	1,9	1,7	1,9
	Euro											
Primäreinkommen je Einwohner	13 802	13 788	14 207	13 826	13 899	14 304	21 217	21 542	22 289	19 786	20 060	20 741
Verfügbares Einkommen je Einwohner	14 710	14 708	14 949	14 371	14 458	14 683	18 244	18 594	18 991	17 465	17 769	18 135

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

Tab. 2.27 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte ^{1) 2)}

Merkmal	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland				
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2006		
Private Konsumausgaben (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,5	-0,3	1,4	0,5	0,1	1,2	1,7	2,5	1,8	1,4	2,3
Sparen der privaten Haushalte (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,5	-3,3	-1,2	2,5	-2,1	-2,2	3,3	2,0	3,2	2,9	1,5
Private Konsumausgaben je Einwohner (€)	13 379	13 413	13 676	13 061	13 165	13 423	16 537	17 227	15 849	16 085	16 481
Sparen der privaten Haushalte je Einwohner (€)	1 378	1 340	1 330	1 358	1 338	1 318	1 970	2 039	1 840	1 894	1 923
	in jeweiligen Preisen										
Private Konsumausgaben (Veränderung zum Vorjahr in %)	-0,9	-2,0	-0,3	-1,0	-1,6	-0,3	0,5	0,2	0,2	-0,1	1,0
Sparquote ³⁾	9,3	9,1	8,9	9,4	9,2	8,9	10,6	10,8	10,4	10,5	10,5
	preisbereinigt										
	Anteil in %										

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: 2005 und 2006 - August 2007; Jahr 2007 - Februar 2008 (VGR des Bundes)

3) Sparquote = Sparen / (Verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)

Methodische Hinweise

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Erwerbstätigenrechnung

In diesem Bericht wird auf die aktuellen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sowie der Erwerbstätigenrechnung (ETR) zurückgegriffen. Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis „VGR der Länder“ erstellt, die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen und zum Arbeitsvolumen vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Grundlage der Berechnungen ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.¹⁾ Die Ergebnisüberarbeitung der Erwerbstätigenrechnung erfolgte insbesondere auf der Grundlage bisher nicht zur Verfügung stehender erwerbsstatistischer Quellen, wie z. B. der Zahl der Beschäftigten in Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs). Nach dem Erwerbskonzept der International Labour Organisation (ILO) zählen auch diese Personen zu den Erwerbstätigen.

Die Ergebnisse des Arbeitskreises VGR der Länder und des Arbeitskreises ETR des Bundes und der Länder bis zum Jahr 2006 wurden auf den Berechnungsstand der VGR des Statistischen Bundesamtes vom August 2007 abgestimmt. Für 2007 entsprechen die Ergebnisse hingegen dem Berechnungsstand Februar 2008. Die VGR des Bundes hat für den Stand Mai 2008 korrigierte Daten für Deutschland vorgelegt. Für diesen Rechenstand sind keine Länderdaten der VGR und ETR vorgesehen.²⁾

Arbeitsmarkt

Die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik in Deutschland änderten sich mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II). Bis Ende 2004 basierten die Arbeitsmarktstatistiken allein auf den Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA). Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist die BA nur noch für einen Teil der Landkreise und Kreisfreien Städte zuständig. Für den anderen Teil sind entweder die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen oder die zugelassenen kommunalen Träger (so genannte optierende Kommunen) zuständig. Die BA führt gemäß SGB II die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich ab 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA und aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger (§ 51b SGB II) bzw. sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden, aus ergänzenden Schätzungen der BA.

Bei der Interpretation der Daten zum Arbeitsmarkt ist außerdem zu beachten, dass die Daten zu Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus dem IT-Verfahren der BA (Stand Februar 2008) stammen, ohne die Daten zugelassener

kommunaler Träger. Durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (in Kraft seit 1. Januar 2004) wurde § 16 SGB III modifiziert. Danach gelten Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik generell nicht als arbeitslos. Dies gilt auch für die bis Ende 2003 zu den Arbeitslosen gezählten Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Somit werden Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Statistik einheitlich behandelt. Des Weiteren sind die Regelungen der Paragraphen 428 SGB III und 252 Abs. 8 SGB VI zu beachten, wonach Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen und auch nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Außerdem liegt ab dem Jahr 2005 der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA in der Monatsmitte, bis dahin erfolgte die statistische Erfassung jeweils zum Monatsende.

Infolge dieser Gesetzesänderungen ist das Jahr 2005 in der Arbeitsmarktstatistik nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. Für die Berichtsjahre 2006 und 2007 sind inzwischen Entwicklungsvergleiche gegenüber 2005 grundsätzlich möglich, da für beide Jahre Daten nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge der Einführung des SGB II vorliegen.

Aktuelle Ergebnisse sind für drei Monate als vorläufig anzusehen. Die im Bericht angeführten Arbeitsmarktdaten entsprechen dem Stand vom Mai 2008.

Landwirtschaft

Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung werden Merkmale der Bodennutzung, Viehbestände (Grundprogramm) und Arbeitskräfte sowie weitere Strukturmerkmale (Ergänzungsprogramm) zeitgleich erfasst. Die Erhebung findet im Mai des Erhebungsjahres statt. Sie wird zweijährlich als repräsentative Erhebung durchgeführt. Zusätzlich wird ein Teil der Merkmale alle vier Jahre allgemein (total) erfragt. Auskunftpflichtig für den umfangreicheren repräsentativen Teil ist nur eine Stichprobe von landwirtschaftlichen Betrieben, in Sachsen sind das ungefähr 40 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Für diese Erhebungen gelten bestimmte Abschneidegrenzen. Wenn landwirtschaftliche Betriebe eine oder mehrere dieser Grenzen (z. B. zwei Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche, acht Rinder, 200 Legehennen, 30 Ar Obstfläche) überschreiten, sind sie für diese Statistik auskunftpflichtig. Die Erhebung aller Angaben erfolgt nach dem

1) Vgl. Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft. (Abl. Nr. L 310 vom 30. November 1996, S. 1).

2) Vgl. Leibing, E.: Regionale VGR: Bewährte Praxis - Neue Perspektiven. In: Gemeinschaftsveröffentlichungen des Arbeitskreises VGR der Länder, Nr. 23, Stuttgart 1994, S. 13 - 17, insbesondere den Abschnitt „Grenzen der Regionalisierbarkeit“, S. 14 f.

Ort des Betriebssitzes. Betriebssitz ist die Gemeinde, in der sich die wichtigsten Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Die Agrarstrukturerhebung liefert Daten über Produktionsstrukturen und -kapazitäten der landwirtschaftlichen Betriebe sowie über deren Betriebsstrukturen und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betriebsinhaber und -leiter. Für den vorliegenden Bericht wurde die Anzahl der Betriebe sowie der Arbeitskräfte den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung entnommen. Die Angaben aus der Agrarstrukturerhebung wurden durch Daten anderer Landwirtschaftsstatistiken ergänzt.

Zusätzlich werden im vorliegenden Bericht Ergebnisse der Gesamtrechnung für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft (einschließlich Garten- und Weinbau, ohne Forstwirtschaft und Fischerei) entnommen. Die **Regionale landwirtschaftliche Gesamtrechnung (R-LGR)** ermittelt den Produktionswert, die Vorleistungen sowie die Wertschöpfung für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft (ohne Garten- und Landschaftsbau, Forstwirtschaft und Fischerei) nach den Regeln des ESVG 1995 für Deutschland auf Länder- und Regierungsbezirksebene ab dem Berichtsjahr 1991.

Der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft gilt dabei als Zusammenfassung aller örtlichen fachlichen Einheiten (landwirtschaftliche Betriebe), die folgende Tätigkeiten ausüben: Pflanzenbau, Tierhaltung, gemischte Landwirtschaft, landwirtschaftliche Lohnarbeiten, gewerbliche Jagd. Ebenfalls Bestandteil der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sind nach dem ESVG 1995 nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in landwirtschaftlichen Betrieben, die buchmäßig nicht getrennt erfasst werden können, wie z. B. Landschaftspflege oder Urlaub auf dem Bauernhof. Die landwirtschaftliche Produktion von Haushalten sowie die Tierhaltung von Nichtlandwirten sind dagegen nicht Bestandteil der R-LGR.³⁾

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe

Der Berichtskreis für den Monatsbericht umfasst die produzierenden Betriebe von Unternehmen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden und des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr tätigen Personen sowie Betriebe dieser Wirtschaftszweige mit 50 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Seit Januar 2003 werden entsprechend der Gliederung der EU-Hauptgruppenverordnung fünf industrielle Hauptgruppen ausgewiesen. Die neue Hauptgruppe Energie setzt sich aus den Abteilungen 10, 11, 12, 23, 40 und 41 der WZ 2003 zusammen. In diesem Bericht wird die Hauptgruppe jedoch nur als „reduzierte Hauptgruppe“ abgebildet. In die Ergebnisaufbereitung werden nur diejenigen Zweige einbezogen, die zu den Abschnitten C (Abteilung 10, 11, 12) und D (Abteilung 23) der WZ 2003 gehören. Da für Sachsen die Ergebnisse der Hauptgruppen A (Vorleistungsgüterproduzenten) und EN (Energie) nur zusammen ausgewiesen werden, erfolgte für die Großraumregionen (neue Länder und Berlin, alte Länder

ohne Berlin) und Deutschland ebenfalls nur eine zusammengefasste Darstellung.

Baugewerbe

Der Monatsbericht im Bauhauptgewerbe ist eine Teilerhebung. Es melden Betriebe des Hoch- und Tiefbaus sowie der Vorbereitenden Baustellenarbeiten von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland erstreckt. Ebenfalls auskunftspflichtig sind alle Arbeitsgemeinschaften.

Betriebe, die zur Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe im Juni eines Jahres 20 und mehr tätige Personen ausweisen, werden ab Oktober des jeweiligen Jahres mit der Berichtspflicht zum Monatsbericht im Bauhauptgewerbe belegt, entsprechend endet die Berichtspflicht für die Betriebe von Einbetriebsunternehmen mit laut Ergänzungserhebung weniger als 20 tätigen Personen im September (so genannter Berichtskreisprung).

Der vierteljährliche Bericht im Ausbaugewerbe ist ebenfalls eine Teilerhebung. Es melden die Betriebe der Bauinstallation und des Sonstigen Ausbaugewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland erstreckt. Ebenfalls auskunftspflichtig sind alle Arbeitsgemeinschaften.

Betriebe von Einbetriebsunternehmen, die zur jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe im Juni eines jeden Jahres 20 und mehr tätige Personen ausweisen, werden ab dem 1. Vierteljahr des Folgejahres zum vierteljährlichen Bericht im Ausbaugewerbe auskunftspflichtig.

Bautätigkeit

Die Bautätigkeitsstatistik beobachtet den Hochbau. Sie besteht aus folgenden Teilen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen, Statistik des Bauabgangs, Überhangsstatistik und Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes. Es wird unterschieden in Wohn- und Nichtwohnbau sowie Neubau und Baumaßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand. Erfasst werden Baumaßnahmen, die nach der Sächsischen Bauordnung im Genehmigungs- oder Zustimmungsverfahren bzw. über eine Genehmigungsfreistellung Baurecht erlangt haben. In die Statistik gehen keine Fälle ein, die weniger als 18 000 € veranschlagte Kosten haben oder weniger als 350 m³ Rauminhalt aufweisen (Bagatellgrenze), in jedem Falle aber alle, bei denen Wohnraum geschaffen oder verändert wird. Renovierungen oder Modernisierungsarbeiten wie z. B. Dachdämmung oder -neueindeckung, Fensterersatz, Heizungseinbau gehen nicht in die Statistik ein.

³⁾ Zur ausführlichen Methodenbeschreibung der R-LGR vgl.: Handbuch zur Landwirtschaftlichen und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung LGR/FGR 97, (Rev.1.1), (Hrg. Europäische Kommission), Luxemburg 2000.

Energie- und Wasserversorgung

Die **Kostenstruktur- und Investitionserhebung** erstreckt sich auf sämtliche Unternehmen mit Schwerpunkt in der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung (hier auf Unternehmen mit einer Wärmeleistung von mindestens 20,9 GJ/h oder einer Versorgungsleistung von mindestens 500 Wohnungen) und auf Unternehmen der Wasserversorgung mit einer jährlichen Wasserabgabe von mindestens 200 000 m³. Sie liefert Ergebnisse und Informationen über die Struktur, den Umfang und die Entwicklung der Investitionstätigkeit und ist somit ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung sowohl durch staatliche als auch private Institutionen.

Die Anzahl der Betriebe und der zugehörigen Beschäftigten wurden den Ergebnissen der **monatlichen Erhebung** über Beschäftigte und deren Einkommen in den Betrieben der Energie- und Wasserversorgung entnommen. Sie erstreckt sich auf Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 und mehr tätigen Personen – Stand Ende September des jeweiligen Berichtsjahres – sowie auf Betriebe der Energie- und Wasserversorgung mit 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Die Erhebung dient der kurzfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage des Energiemarktes.

Binnenhandel und Gastgewerbe

Für die Bereiche des Binnenhandels (Kraftfahrzeughandel, Großhandel einschließlich Handelsvermittlung und Einzelhandel) sowie des Gastgewerbes können absolute Daten in der Regel nur im Ergebnis einer Totalerhebung (Handels- und Gaststättenzählung) dargestellt werden. Deshalb liegen in diesen Wirtschaftsbereichen nur monatliche Ergebnisse zur Darstellung des Konjunkturverlaufs in Form von Messzahlen und Veränderungsraten vor. Basis dieser Ergebnisse ist die Stichprobenziehung aus dem Jahr 2004. Die Darstellung der Messzahlen erfolgt auf der Basis des Jahres 2003 (2003 = 100). Angaben für dieses Jahr wurden rückwirkend bei den Unternehmen der neuen Stichprobe erfragt. In den Ergebnissen des Jahres 2007 ist eine Neuzugangsstichprobe berücksichtigt. Eine Umrechnung der Daten der alten Stichprobe auf der Grundlage der Handels- und Gaststättenzählung 1993 auf die neue Basis und die Bildung langer Reihen war aufgrund der Strukturveränderungen in der Branche für Sachsen nicht möglich. Demgegenüber liegen auf Bundesebene auch Ergebnisse für zurückliegende Jahre vor. Die im Bericht angeführten Ergebnisse entsprechen dem Stand des Berichtsmonates März 2008.

Dienstleistungsstatistik

Mit dem Gesetz zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik wurde eine Unternehmensstatistik in den Abschnitten I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige angeordnet. Der Abschnitt I beinhaltet alle Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, der Abschnitt K Unternehmen oder Einrichtungen zur

Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit der Wirtschaftsbereiche Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen anderweitig nicht genannt (a. n. g.).

Die Dienstleistungsstatistik ist eine jährliche Stichprobenerhebung bei bundesweit maximal 15 Prozent aller Unternehmen und Einrichtungen in den genannten Wirtschaftsabschnitten. Auf Grundlage der bei den befragten Stichprobenunternehmen erfassten Merkmalswerte werden durch Hochrechnung entsprechenden Gesamtwerte ermittelt. Für die Länder werden sogenannte „bereinigte Länderergebnisse“ ermittelt. Dies entspricht den Betriebsergebnissen anderer Statistiken.

Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung ist das Unternehmensregister. Die Grundgesamtheit bilden Unternehmen bzw. Einrichtungen mit dem wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den Wirtschaftsabschnitten I und K, die ganzjährig aktiv und umsatzsteuerpflichtig waren. Die Umsatzsteuerpflicht beginnt gegenwärtig bei einem Jahresumsatz über 17 500 €. Damit gehen Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 € und weniger nicht in die Statistik ein.

Im Berichtsjahr 2003 wurde der Berichtskreis der Dienstleistungsstatistik neu bestimmt und seitdem beibehalten. In den Berichtsjahren 2004 und 2005 erfolgte jeweils eine Ergänzung durch eine Neuzugangsstichprobe. Dadurch entsprach der Kreis der Auskunftspflichtigen für die Erhebung 2005 dem aktuellen Registerstand zum Zeitpunkt der Ziehung der Neuzugangsstichprobe im September 2006.

Unternehmen (Auswertung aus dem URS)

In den Unternehmenstabellen werden zum Stichtag 31. Dezember 2007 wirtschaftlich aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) derzeit mit dem Berichtsjahr 2005 berücksichtigt, die in Sachsen ansässig sind. Unternehmensangaben können aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen ausgewertet werden. Ausgenommen werden lediglich die Bereiche A (Land- und Forstwirtschaft), B (Fischerei und Fischzucht), L (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung), P (Private Haushalte mit Hauspersonal) und Q (Exterritoriale Organisationen und Körperschaften). Die vorliegenden Ergebnisse wurden dabei dem Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS 95) entnommen. Es dient gleichzeitig der Erhebungsplanung und -vorbereitung sowie der Durchführung von Statistiken und soll in Zukunft verstärkt Entlastungseffekte bei der Auskunftspflicht erbringen.

Gewerbeanzeigen

Auskunftspflichtig für die Gewerbeanzeigenstatistik sind die Gewerbeanzeigen, die nach § 14 der Gewerbeordnung (GewO) jedes stehende Gewerbe, den Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle bzw. nach § 55c GewO ein Reisegewerbe als selbstständige Tätigkeit anzeigen müssen. Sie erfüllen ihre statistische Auskunftspflicht durch die Erstattung der Anzeige bei den zuständigen Behörden. Diese übermitteln die Angaben der Gewerbeanzeigen monatlich an das zuständige statistische Landesamt.

Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und in Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Die Tätigkeiten, die der Gewerbeordnung unterliegen, regelt § 6 GewO. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind insbesondere die so genannte Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei, Bergbau), die freien Berufe im Sinne des Gewerberechts (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, freie wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten), Versicherungsunternehmen und die bloße Verwaltung eigenen Vermögens. Anzeigepflichtig sind die Gewerbetreibenden (natürliche oder juristische Personen).

Insolvenzen

Seit dem 1. Januar 1999 gilt bundesweit die neue Insolvenzordnung (InsO). Damit wurden die bis Ende 1998 in den neuen Bundesländern gültige Gesamtvollstreckungsordnung sowie die Konkurs- und Vergleichsordnung (früheres Bundesgebiet) abgelöst und ein für ganz Deutschland einheitliches Insolvenzrecht geschaffen.

Neben dem Regel- und Nachlassinsolvenzverfahren gibt es seit 1999 für Privatpersonen und Kleingewerbetreibende ein spezielles Verbraucherinsolvenzverfahren, das diesen die Möglichkeit der Restschuldbefreiung einräumt. Von 1999 bis 2001 wurden die Verbraucherinsolvenzverfahren für Kleingewerbetreibende den Unternehmen zugerechnet. Während bei Kleingewerbetreibenden bisher lediglich eine geringfügige wirtschaftliche Tätigkeit Voraussetzung für ein Verbraucherinsolvenzverfahren war, müssen aufgrund der Änderung des § 304 der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 nun die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar sein und es dürfen gegen ihn keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Überschaubar sind die Vermögensverhältnisse, wenn der Schuldner zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt wird, weniger als 20 Gläubiger hat. Ansonsten kann für Kleingewerbetreibende nur ein Regelinsolvenzverfahren beantragt werden. Die ehemals selbstständig Tätigen werden jetzt – sowohl bei Regel- als auch bei Verbraucherinsolvenzverfahren – den privaten Personen zugeordnet. Regelinsolvenzverfahren für aktive Kleingewerbetreibende zählen in der Position Einzelunternehmen weiterhin zu den Unternehmen.

Ein Vergleich der Daten des Jahres 2002 mit den Daten von 2001 ist somit bei den Regel- und Verbraucherinsol-

venzen sowie bei Unternehmen und übrigen Schuldnern (private Personen, Nachlässe) im Einzelnen nur eingeschränkt möglich.

Außenhandel

Der grenzüberschreitende Warenverkehr wird in der Außenhandelsstatistik als Spezialhandel und als Generalhandel dargestellt. Die Ergebnisse der **Ausfuhr** als **Spezialhandel** betreffen Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung oder Verarbeitung der Wirtschaft Sachsens stammen und ausgeführt worden sind. Sie beinhalten nicht die Wiederausfuhr eingelagerter ausländischer Waren. Die Ergebnisse der **Einfuhr** als **Generalhandel** enthalten alle in Sachsen zum Gebrauch, zum Verbrauch, zur Be- oder Verarbeitung eingehenden Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs. Sie beinhalten auch auf Lager genommene Waren, die danach durch Spediteure und Händler aus Sachsen in andere Länder ausgeführt werden. Ein Saldieren der Ausfuhr- und Einfuhrwerte ist wegen der unterschiedlichen Abgrenzung **nicht** möglich. Für Deutschland werden die Ergebnisse für die Ausfuhr und die Einfuhr in der Regel als Spezialhandel nachgewiesen und ein Außenhandels-saldo ermittelt. Da für die Bundesländer und Großraumregionen Einfuhrergebnisse jedoch nur als Generalhandel vorliegen, werden zum Vergleich mit Deutschland ebenfalls die Ergebnisse der Einfuhr als Generalhandel herangezogen.

Preise

Grundlage für die Berechnung des **Verbraucherpreisindex** ist ein Warenkorb, der gegenwärtig rund 700 genau beschriebene Waren- und Dienstleistungspositionen umfasst, die so genannten Preisrepräsentanten. Die Verbrauchsbedeutung der einzelnen Positionen des Warenkorbes wird bei der Indexberechnung über das Wägungsschema berücksichtigt. Dabei wird auf die Ausgabenanteile dieser Positionen an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im Basisjahr (zurzeit 2005) zurückgegriffen. Die Wägungsanteile der im Warenkorb befindlichen Waren und Dienstleistungen bewirken, dass Preisveränderungen unterschiedlich stark in die Ermittlung des Verbraucherpreisindex eingehen.

Der Verbraucherpreisindex wird nach der Laspeyres-Formel berechnet, das heißt, die Wägungsanteile der einzelnen Positionen des Warenkorbes bleiben bis zur nächsten Basisumstellung (in der Regel aller fünf Jahre) konstant. Somit lässt sich die Preisentwicklung unter der Annahme gleich bleibender Verbrauchsverhältnisse im Berichtszeitraum im Vergleich zum Basiszeitraum feststellen.

Die **Baupreisindizes** werden ebenfalls nach der Laspeyres-Formel berechnet, das heißt, die Wägungsanteile der einzelnen Erhebungspositionen bleiben bis zur nächsten Basisumstellung (in der Regel aller fünf Jahre) konstant. Basisjahr ist zurzeit das Jahr 2000.⁴⁾ Die Wägungsanteile stellen gewogene Durchschnitte aus den Landesmesszahlen von repräsentativ ausgewählten Bauleistungen dar.

Die Landesmesszahl einer bestimmten Bauleistung ist der arithmetische Mittelwert der Preismesszahlen derjenigen Baufirmen, die für diese Bauleistung vierteljährlich Preise gemeldet haben. Die Preisindizes werden einschließlich der Mehrwertsteuer berechnet.

4) Die Umstellung auf das Basisjahr 2005 erfolgt erst im Berichtsmonat August 2008, so dass Verbraucherpreis- und Baupreisindizes in diesem Bericht verschiedene Basen haben.

Definitionen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Leistung dar. Seine Bewertung erfolgt zu Marktpreisen. Es entspricht entstehungsseitig der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung wird aus dem Wert der gesamten im Berichtszeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich des Wertes der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen) ermittelt und zu Herstellungspreisen bewertet.

Das Bruttoinlandsprodukt und die meisten seiner Komponenten lassen sich sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch preisbereinigt darstellen. Die Preisbereinigung erfolgt auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) und ersetzt die Berechnung in konstanten Preisen eines bisher im Allgemeinen fünfjährlich wechselnden festen Preisbasisjahres (zuletzt 1995). Die Darstellung erfolgt in Form eines verketteten Indexes. Auf Vorjahrespreisbasis wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für die Wirtschaftsentwicklung der Volkswirtschaften.

Produktivität, Produktivitätsindex und Stundenproduktivität

Die Produktivität ergibt sich als Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Wirtschaftsbereiche und den Erwerbstätigen (im Inland). Obwohl diese Kennzahl keine Aussage über den tatsächlichen Beitrag des Produktionsfaktors Arbeit zum Produktionsergebnis enthält, wird bei ihr der gesamte Ertrag auf einen Produktionsfaktor bezogen. Sie wird in der Regel zum Vergleich der Pro-Kopf-Leistung verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode genutzt.

Beim Produktivitätsindex fußt der Zähler auf preisbereinigten Daten. Er dient vorrangig zur Messung von Veränderungen der Pro-Kopf-Leistung zwischen verschiedenen Perioden. Da das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung preisbereinigt als Kettenindex vorliegen, ergibt sich rein rechnerisch die Produktivität (preisbereinigt) als Index. Deshalb wurde in diesem Bericht auch zur leichteren Unterscheidung der Begriff Produktivitätsindex gewählt.

Bei der Stundenproduktivität wird das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Wirtschaftsbereiche mit den tatsächlich geleisteten

Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen) ins Verhältnis gesetzt. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung ist mit diesem Maß ein aussagekräftigerer Leistungsvergleich zwischen verschiedenen Gebieten oder Bereichen im Zeitablauf möglich.

Gütersteuern

Zu den Gütersteuern zählen alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Sie umfassen die nichtabziehbare Umsatzsteuer, Importabgaben (u. a. Zölle, Verbrauchssteuern, Abschöpfungsbeträge auf eingeführte Güter) und sonstige Gütersteuern (Verkehrs- und Verbrauchssteuern wie z. B. Mineralöl-, Tabak- oder Versicherungssteuer).

Gütersubventionen

Gütersubventionen sind Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Subventionen als laufende Zahlungen ohne Gegenleistung charakterisiert, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)

Entsprechend europäischer Vorgaben werden die indirekt gemessenen Finanzserviceleistungen auf die unterschiedlichen Nachfrager (Einleger und Kreditnehmer) aufgeteilt und gehen damit – soweit sie nicht als Vorleistungen direkt im Produktionsprozess verbraucht werden – in die Größe des Bruttoinlandsprodukts und in dessen Verwendungskategorien Konsum sowie Exporte (abzüglich Importe) ein. Die FISIM beinhalten die Entgelte, die neben den direkt erzielten Umsätzen der Kreditinstitute in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren für das Leihen und Verleihen von Geld sowie für andere Arten von Aktivgeschäften der Banken nicht direkt in Rechnung gestellt werden. Früher wurden diese Entgelte für Bankdienstleistungen global als Vorleistungen der Gesamtwirtschaft behandelt und hatten keine Auswirkungen auf die Höhe und die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Arbeitnehmerentgelt

Unter diesem Begriff sind sämtliche Geld- und Sachleistungen zusammengefasst, die seitens der Arbeitgeber für die im Berichtszeitraum geleistete Arbeit ihrer Arbeitnehmer als Entgelt erbracht werden. Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in die Bruttolöhne und -gehälter (in Form

von Geld- und/oder Sachleistungen), in die tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge (an Sozialversicherungen, Lebensversicherungsunternehmen und Pensionskassen) sowie in die unterstellten Sozialbeiträge (Gegenwert der sozialen Leistungen, die von den Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmer gezahlt oder als unverfallbare Forderung gutgeschrieben werden). Im Bericht wurde das geleistete Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) dargestellt, d. h. die unmittelbar aus dem Produktionsprozess resultierenden Einkommen des Produktionsfaktors Arbeit am Ort des Produktionsprozesses.

Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttolöhne und -gehälter umfassen die Geld- und Sachleistungen, die von den Arbeitgebern an ihre Arbeitnehmer innerhalb eines Berichtszeitraumes geleistet werden. Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen sind regelmäßig gezahlte Grundlöhne und -gehälter, Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Teuerungs- und Auslandszulagen, Weihnachtsgratifikation, Fahrtkostenzuschüsse u. Ä. vor Abzug der Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Bruttolöhne und -gehälter in Form von Sachleistungen umfassen unter anderem auf Rechnung des Arbeitgebers erbrachte Unterbringungsdienstleistungen, Uniformen und andere spezielle Bekleidung, Freifahrten und -flüge für die Arbeitnehmer von Bahn- oder Fluggesellschaften, Betriebskindertagesstätten u. Ä. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind nicht in den Bruttolöhnen und -gehältern enthalten.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen, gewohnheitsmäßig gewährten, vertraglich vereinbarten oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung (tatsächliche Beiträge) sowie unterstellte Sozialbeiträge ein, die von den Arbeitgebern direkt an gegenwärtige oder früher beschäftigte Arbeitnehmer oder sonstige Berechtigte gezahlt werden.

Lohnkosten

Die Lohnkosten ergeben sich aus dem Quotienten von geleistetem Arbeitnehmerentgelt und der Anzahl der in einem Gebiet durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (Personenkonzept). Zudem ist ein Ausweis der Lohnkosten auf Basis der Stunden möglich, bei dem das geleistete Arbeitnehmerentgelt auf die Arbeitsstunden der Arbeitnehmer (im Inland) bezogen wird (Stundenkonzept).

Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten (oder Lohnkosten je Produkteinheit) können auf Basis der Personen bzw. der Stunden berechnet werden (Personenkonzept; Stundenkonzept). Darüber hinaus erfolgt traditionell eine Unterscheidung zwischen „nominalen“ und „realen Lohnstückkosten“, wobei die Bezeichnungen in Bezug auf die Preisbereinigung irrefüh-

rend sind. Die **realen** Lohnstückkosten ergeben sich aus dem Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) und Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (**in jeweiligen Preisen**) je Erwerbstätigen (bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). Sie bringen durch das Verhältnis der Kosten- und Nutzenkomponente des Produktionsfaktors Arbeit dessen Preis-Leistungs-Verhältnis zum Ausdruck. Die realen Lohnstückkosten ermöglichen den Vergleich von Regionen oder Wirtschaftszweigen in einer Periode. Bei den **nominalen** Lohnstückkosten stand vor der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (**in konstanten Preisen**) im Nenner. Nach der Revision 2005 und dem Übergang zur Vorjahrespreisbasis bezeichnen sie die Relation zwischen Lohnkostenindex und dem Produktivitätsindex (bzw. der Arbeitsproduktivität). Zur besseren Unterscheidung werden die so berechneten „nominalen Lohnstückkosten“ hier als Lohnstückkostenindex bezeichnet. Die VGR des Bundes und der Länder weist inzwischen nur „Lohnstückkosten“ in der Definition der „nominalen Lohnstückkosten“ aus.

Primäreinkommen der privaten Haushalte

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen (einschließlich des Erwerbs von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung [FISIM]).

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Private Konsumausgaben

Als Private Konsumausgaben werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie zum Beispiel der Erwerb von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM), der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie so genannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer (z. B. Deputate). In den Privaten Konsumausgaben sind auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten.

Sparen, Sparquote

Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird konsumiert. Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als **Sparquote** der privaten Haushalte bezeichnet.

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die einer – auch geringfügigen und nicht zum Lebensunterhalt ausreichenden – Tätigkeit zum Zwecke des Erwerbs nachgehen, unabhängig von der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Zu den Erwerbstätigen gehören demnach alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (Beamte [einschließlich Soldaten], Angestellte, Arbeiter und Auszubildende), als Selbstständige ein Gewerbe bzw. eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Erwerbstätige, die mehrere Tätigkeiten ausüben, werden nur einmal nach ihrer Haupttätigkeit erfasst. Im Bericht werden die jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen am Arbeitsort (Inlandskonzept) verwendet, d. h. die Erwerbstätigen, die – unabhängig von ihrem Wohnsitz – an einem im Wirtschaftsgebiet (z. B. im Freistaat Sachsen) liegenden Arbeitsort erwerbstätig sind.

Arbeitnehmer

Unter Arbeitnehmern werden Arbeiter, Angestellte (jeweils einschließlich geringfügig Beschäftigte), Beamte, Richter, Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende, Auszubildende, Praktikanten oder Volontäre zusammengefasst, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und hauptsächlich diese Tätigkeit ausüben. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter. Arbeitnehmer können nach dem Inlands- und Inländerkonzept berechnet werden, wobei der jeweilige Arbeits- bzw. Wohnort als

Abgrenzungskriterium ausschlaggebend ist. In diesem Bericht erfolgte ein Ausweis der Arbeitnehmer am Arbeitsort.

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit nicht zum Arbeitsvolumen. Ebenfalls nicht erfasst werden die nicht bezahlten Pausen für das Einnehmen von Mahlzeiten sowie die Zeit für die Fahrten von der Wohnung zum Arbeitsplatz und zurück. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berechnungszeitraums am Arbeitsplatz (Beschäftigungsfall) von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Stunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen

Die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ergeben sich als Quotient aus dem gesamten Arbeitsvolumen bzw. dem der Wirtschaftsbereiche und den Erwerbstätigen (im Inland). Diese Kennzahl dient vorrangig zur Messung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit zwischen verschiedenen Gebieten und Perioden.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos, nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen. Sie müssen für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit oder bei dem zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II gemeldet haben.

Arbeitslosenquote

Die hier dargestellte Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose sowie ab Mai 2007 Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante) in Prozent. Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeits-

losenquote werden einmal jährlich aktualisiert, üblicherweise ab Monatsanfang April oder Mai. Rückrechnungen werden nicht vorgenommen.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren.

Kurzarbeiter

Als Kurzarbeiter gelten beschäftigte Arbeitnehmer, bei denen ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall vorliegt, und der Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht (§§ 169 ff. SGB III).

Gemeldete Stellen

Als gemeldete Stellen werden die den Agenturen für Arbeit oder den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II zur Besetzung gemeldeten Beschäftigungsmöglichkeiten mit einer voraussichtlichen Dauer von mehr als sieben Kalendertagen dargestellt. Neben den ungeforderten Stellen zählen zu den gemeldeten Stellen auch die geförderten Stellen, d. h. jene von Personal-Service-Agenturen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten (nach § 16 Abs. 3 SGB II).

Förderung abhängiger Beschäftigung

Hierzu zählen:

- Personal-Service-Agenturen,
- Eingliederungszuschüsse (einschließlich EGZ für Jüngere nach § 421p SGB III),
- Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen,
- Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen,
- Eingliederungszuschüsse bei Vertretung,
- Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III,
- Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter,
- Eingliederungshilfen für jüngere Arbeitnehmer,
- Mobilitätshilfen,
- Einstiegsgeld – Variante: Beschäftigung,
- Beschäftigungszuschuss,
- Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer.

Förderung der Selbstständigkeit

Hierzu zählen:

- Existenzgründungszuschuss,
- Überbrückungsgeld,
- Gründungszuschuss (ersetzt ab 1. August 2006 Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld),
- Einstiegsgeld – Variante: Selbstständigkeit.

Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

Der statistische Nachweis erstreckt sich nur auf die nach dem SGB III bzw. § 16 Abs. 1 SGB II geförderte Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Die Förderung besteht in der Übernahme der Weiterbildungskosten (z. B. Lehrgangs- und Fahrkosten) im Zusammenhang mit der Teilnahme und in der Zahlung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Als Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung werden statistisch nur solche nachgewiesen, die hinsichtlich Ziel, Dauer, Leistungsfähigkeit des Trägers, Gestaltung, Unterrichtsmethode, Teilnahmebedingungen usw. für die Förderung zugelassen sind.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Bundesagentur für Arbeit fördert durch die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) die Beschäftigung von zugewiesenen Arbeitnehmern, soweit die Arbeiten zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen und die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit von der Arbeitsagentur zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmern begründen, die durch die Arbeit beruflich stabilisiert oder qualifiziert und deren Eingliederungsaussichten dadurch verbessert werden können.

Strukturanpassungsmaßnahmen

Vorübergehend kann die Bundesagentur für Arbeit die Beschäftigung arbeitsloser Arbeitnehmer durch Gewährung von Zuschüssen an Arbeitgeber für Arbeiten fördern, die u. a. der Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste, des Breitensports, der Kulturarbeit, der Denkmalpflege, der Verbesserung des Wohnumfelds und der wirtschaftlichen oder touristischen Infrastruktur dienen.

Schwerbehinderte

Schwerbehinderte sind Personen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 Prozent (§ 2 Abs. 2 SGB IX) sowie Gleichgestellte (§ 2 Abs. 3 SGB IX).

Landwirtschaft

Landwirtschaftlicher Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einzigen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt. Dabei sind unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch Garten- und Weinbauerzeugnisse zu verstehen.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Fläche, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt wird. Hierzu zählen die Flächen der Nutzungsarten Ackerland, Dauergrünland, Gartenland, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Familienarbeitskräfte

Dazu gehören Betriebsinhaber, Ehegatten und deren auf dem Betrieb lebende und mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienangehörige. Der Begriff „Familienarbeitskräfte“ wird nur im Zusammenhang mit der Rechtsform „Einzelunternehmen“ ausgewiesen.

Produktionswert

Im Produktionswert der Landwirtschaft sind neben Verkäufen pflanzlicher und tierischer Produkte an andere Wirtschaftsbereiche und an andere landwirtschaftliche Einheiten auch der betriebliche Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen, die selbst erstellten Anlagen (Vieh) sowie die auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe erbrachten Dienstleistungen (z. B. Neuanpflanzungen von Dauerkulturen) enthalten. Nach den Bestimmungen des ESVG 95 beinhaltet der Produktionswert auch den innerbetrieblichen Verbrauch von Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) in landwirtschaftlichen Betrieben. Ebenfalls erfasst werden landwirtschaftliche Lohnarbeiten (auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt) sowie nicht-trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Aus der mit durchschnittlichen Erzeugerpreisen ohne Mehrwertsteuer bewerteten Produktion – differenziert nach einzelnen Erzeugnissen – ergibt sich der Produktionswert zu Erzeugerpreisen. Im Produktionswert zu Herstellungspreisen sind darüber hinaus die Gütersubventionen abzüglich der Gütersteuern berücksichtigt. Bis 2004 zählten hierzu vor allem die Flächenzahlungen für Ackerkulturen und Tierprämien. Ab 2005 wurden diese EU-Zahlungen von der Produktion entkoppelt und als einzelbetriebliche Prämien ausbezahlt. Nach den Regeln des ESVG 95 werden diese Betriebsprämien in der LGR als sonstige Subventionen verbucht. Der Produktionswert zu Herstellungspreisen fällt daher 2005 deutlich niedriger aus als in den Jahren zuvor.

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe

Betrieb

Örtlich getrennte Einheiten von Unternehmen, einschließlich der Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen. Örtlich getrennte Hauptverwaltungen der Unternehmen werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ebenfalls als eigenständige Betriebe erfasst. Die Merkmalswerte sind für den gesamten Betrieb zu melden und schließen auch die nichtproduzierenden Teile ein.

Tätige Personen (Beschäftigte)

Alle Personen, die am Ende des Monats in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und tätige Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind, als Heimarbeiter auf der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden sowie an andere Unternehmen gegen Entgelt überlassene Mitarbeiter. Nicht dazu rechnen dagegen gemäß Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassene Personen (Leiharbeiter). In den Zahlen für Arbeiter sind gewerblich Auszubildende enthalten.

Gesamtumsatz

Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, baugewerblicher Umsatz sowie Umsatz aus Handelsware und sonstiger nicht-industrieller Tätigkeit (z. B. Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, aus Lizenzverträgen, Provisionseinnahmen und aus Veräußerung von Patenten sowie Erlöse aus Transportleistungen für Dritte und aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen). Als Umsatz gilt die Summe der Rechnungsendbeträge ohne in Rechnung gestellte Umsatzsteuer, jedoch einschließlich Verbrauchssteuern und der Kosten für Fracht, Verpackung und Porto, auch wenn diese gesondert in Rechnung gestellt werden.

Auslandsumsatz

Direkte Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie Lieferungen an Exporteure, die die bestellten Waren ohne weitere Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Exportquote

Die Exportquote ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Prozent.

Baugewerbe und Bautätigkeit

Betrieb

Einbetriebsunternehmen, Haupt- und Zweigniederlassungen, Filialen sowie Bauhöfe und Baustellen, die ein eigenes Bau- oder Lohnbüro mit gesonderter Abrechnung besitzen, Arbeitsgemeinschaften und Betriebe sowie selbstständige Betriebsabteilungen von Unternehmen, deren Schwerpunkt nicht in bauhauptgewerblicher Tätigkeit liegt, sofern sie Bauleistungen für den Absatz am Markt erbringen oder Bauten zum Zweck der Vermietung durch das eigene Unternehmen erstellen.

Tätige Personen (Beschäftigte)

Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehenden Personen (Arbeiter, Angestellte sowie kaufmännisch, technisch und gewerblich Auszubildende).

Gesamtumsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerpflichtigen und steuerfreien Beträge für Bauleistungen im Bundesgebiet, Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen und Leistungen ab 5 000 €, Beträge für sonstige eigene Erzeugnisse, industrielle und handwerkliche Dienstleistungen sowie Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen und nichthandwerklichen Tätigkeiten und zwar ohne die dem Kunden in Rechnung gestellte Umsatzsteuer. Der Gesamtumsatz versteht sich einschließlich von Leistungen aus Nachunternehmertätigkeit.

Baugewerblicher Umsatz/Ausbaugewerblicher Umsatz

Das sind steuerpflichtige und steuerfreie Beträge für erbrachte Bauleistungen einschließlich Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Leistungen ab 5 000 € (ohne Umsatzsteuer).

Bauarten und Auftraggeber

Der **Hochbau** setzt sich aus dem Wohnungsbau, gewerblichen und industriellen Hochbau, Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Hochbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammen.

Der **Tiefbau** besteht aus gewerblichem und industriellem Tiefbau, Straßenbau sowie sonstigem Tiefbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck (öffentlicher Tiefbau).

Zum **Wohnungsbau** gehören alle Bauten, die überwiegend den Wohnbedürfnissen dienen – unabhängig vom Auftraggeber.

Der **Wirtschaftsbau** umfasst den gewerblichen und industriellen Bau (einschließlich Bau für Bahn und Post), also alle privaten Auftraggeber.

Der **öffentliche Bau** (Hoch- und Tiefbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck) umfasst alle Hoch- und Tiefbauten dieser Auftraggeber.

Zum **Straßenbau** zählen Straßen, Autobahnen, Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze – unabhängig vom Auftraggeber.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte – gemessen an der Nutzfläche nach DIN 277 – Wohnzwecken dienen.

Nichtwohngebäude

Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind, d. h. Gebäude, in denen mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche Nichtwohnzwecken dient (z. B. Büro- und Verwaltungsgebäude, Anstaltsgebäude, Fabrikgebäude, Hotels usw.).

Rauminhalt

Rauminhalt ist das von den äußeren Begrenzungsflächen eines Gebäudes eingeschlossene Volumen (Bruttorauminhalt).

Binnenhandel und Gastgewerbe

Beschäftigte

Beschäftigte sind **tätige Inhaber**, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden und Praktikanten. Dazu gehören auch vorübergehend Abwesende (z. B. Kranke, Urlauber) und alle Teilzeitbeschäftigten – ohne Umrechnung auf Vollbeschäftigte. Bei Vollbeschäftigten entspricht die durchschnittliche Arbeitszeit der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit. Bei Teilzeitbeschäftigten ist die durchschnittliche Arbeitszeit kürzer als die orts-, branchen- oder betriebsübliche Arbeitszeit; hierunter sind auch die geringfügig Beschäftigten nachzuweisen.

Umsatz

Der Umsatz im **Handel** ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Eigenverbrauch, Verkäufe an Betriebsangehörige sowie gesondert in Rechnung ge-

stellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw., ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang und die Steuerpflicht. Zum Umsatz zählen auch Erlöse aus Kommissions- und Streckengeschäften, Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren (nicht der Wert der vermittelten Waren).

Der Umsatz im **Gastgewerbe** ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Bedienungsgeld, Getränke-, Sekt-, Vergnügungssteuer (nicht jedoch durchlaufende Posten wie Kurtaxe oder Fremdenverkehrsabgabe) sowie die Kosten für Fracht, Porto und Verpackung (falls bei Lieferungen – z. B. aus gewerblichen Nebenbetrieben – gesondert in Rechnung gestellt).

Nicht zum Umsatz im Handel und Gastgewerbe gehören jedoch (nicht gewerblich besteuerte) Erlöse aus Land- und Fortwirtschaft, außerordentliche Erträge (z. B. aus dem Verkauf von Anlagevermögen) und betriebsfremde Erträge (z. B. Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung von betriebsfremd genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen) sowie Zinserträge aus nicht betriebsnotwendigem Kapital oder Erträge aus Beteiligungen. An Kunden gewährte Skonti und Erlösschmälerungen (z. B. Preisnachlässe, Rabatte, Jahresrückvergütungen, Boni) sind bei der Ermittlung des Umsatzes abzusetzen.

Bei Zugehörigkeit zu einer umsatzsteuerlichen Organisation sind sowohl der auf das Unternehmen entfallende Umsatz mit Dritten als auch die mit den übrigen Tochtergesellschaften bzw. der Muttergesellschaft getätigten Innenumsätze anzugeben.

Ausgewählte Dienstleistungen

Unternehmen/Einrichtungen

Kleinste rechtliche Einheit, die entweder aus Handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen und einen Jahresabschluss erstellen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes und/oder des Erfolgs ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss.

Umsatz/Einnahmen

Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer) der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen, einschließlich der Handelsumsätze, aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unabhängig vom Zahlungseingang. Hierzu zählen auch Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften.

Tätige Personen

Tätige Inhaber, Mitinhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle voll- und teilzeitbeschäftigten Angestellten, Arbeiter, Beamten, Auszubildenden, Studenten, Praktikanten und Volontäre, die nach dem Stand vom 30. September des Berichtsjahres in einem Arbeits-

bzw. Dienstverhältnis zum Unternehmen oder zur Einrichtung standen. Hierzu zählen auch vorübergehend abwesende Personen sowie Personen in Altersteilzeit.

Unternehmen, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Unternehmen

Ein Unternehmen wird in der amtlichen Statistik als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe und schließt freiberuflich Tätige mit ein.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Unternehmensregister zählen Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, arbeitslosen- bzw. pflegeversicherungs-pflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet werden. Angaben zu Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden von der Bundesagentur für Arbeit jährlich übermittelt. In den gelieferten Daten sind diejenigen Betriebe enthalten, in denen zum Stichtag 31. Dezember sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig waren. Darüber hinaus sind Angaben zu solchen Betrieben enthalten, in welchen zwar zum Stichtag keine, jedoch mindestens in einem der übrigen Quartalsstichtage sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiteten.

Steuerbarer Umsatz

Der steuerbare Umsatz im Unternehmensregister umfasst die Lieferungen und sonstigen Leistungen des Unternehmens. Informationen über Unternehmen mit steuerbarem Umsatz werden von den Finanzbehörden zusammen mit den Angaben zur Umsatzsteuerstatistik jährlich übersandt. In dem Liefermaterial sind alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen enthalten, die im jeweiligen Berichtsjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen in Deutschland abgegeben haben und deren Jahresumsatz im Berichtsjahr mindestens 17 500 € beträgt.

Gewerbeanmeldung

Eine Anmeldung ist abzugeben bei:

- Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle,
- Zuzug eines bestehenden Betriebes aus einem anderen Gewerbeamtsbereich (d. h. Wiedereröffnung nach Verlegung),
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (z. B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Gewerbeabmeldung

Eine Abmeldung ist abzugeben bei:

- Aufgabe eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle,
- Fortzug eines bestehenden Betriebes in einen anderen Gewerbeamtbereich (d. h. Schließung wegen Verlegung),
- Übergabe eines weiterhin bestehenden Betriebes wegen Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt.

Betriebsgründung

Unter Betriebsgründung wird aus statistischer Sicht die Gründung einer Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person zusammengefasst. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, gilt als Voraussetzung für eine Betriebsgründung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer laut Gewerbeabmeldung beschäftigt wird.

Neuerrichtung

Neuerrichtungen umfassen Neugründungen und Umwandlungen, wobei sich die Neugründungen aus Betriebsgründungen und sonstigen Neuerrichtungen zusammensetzen.

Sonstige Neuerrichtung

Eine sonstige Neuerrichtung ist die Gründung einer Hauptniederlassung durch einen Kleingewerbetreibenden, die nach Art und Umfang keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert (Nicht-Kaufmann/-frau). Der Kleingewerbetreibende ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das in der Gewerbeanzeige bereits als Gewerbe im Nebenerwerb ausgewiesen wird, gilt ebenfalls als sonstige Neuerrichtung.

Betriebsschließung

Die Betriebsschließung umfasst aus statistischer Sicht die vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, welche durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person geführt wurde. Bei einer natürlichen Person gilt als Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Vollständige und teilweise Aufgabe eines Betriebes

Dieses Merkmal umfasst aus statistischer Sicht die vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, welche durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person geführt wurde. Bei einer natürlichen Person gilt als Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Insolvenzverfahren

Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird. Dem redlichen Schuldner wird Gelegenheit gegeben, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien (vgl. § 1 InsO). Das Insolvenzverfahren erfasst das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt (Insolvenzmasse; vgl. § 35 InsO).

Eröffnete Insolvenzverfahren

Zu den eröffneten Insolvenzverfahren zählen die Verfahren, die durch einen Beschluss des Gerichtes eröffnet wurden (Eröffnungsbeschluss; vgl. § 27 InsO). Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren

Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren sind Verfahren, bei denen das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken (vgl. § 26 InsO). Für natürliche Personen gilt ab Dezember 2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Schuldenbereinigungsplan

Er enthält alle Regelungen für eine angemessene Schuldenbereinigung im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Er hat die Wirkung eines Vergleichs. Hat kein Gläubiger Einwendungen bzw. wird eine Ablehnung durch Zustimmung des Gerichts ersetzt, gilt der Schuldenbereinigungsplan als angenommen (Beschluss des Insolvenzgerichts; vgl. §§ 305, 308, 309 InsO).

Außenhandel

Generalhandel

Die Ergebnisse der Einfuhr als Generalhandel beinhalten die Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlich bewilligten aktiven und nach passiver Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung bzw. Ausbesserung) **sowie** die Einfuhr ausländischer Waren auf Lager zum Zeitpunkt ihrer Einlagerung.

Spezialhandel

Die Ausfuhr als Spezialhandel erfasst die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver und zur passiven Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung bzw. Ausbesserung) **ohne** die Wiederausfuhr eingelagerter ausländischer Waren.

Preise

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex zeigt an, in welchem Maß sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte infolge von geänderten Verbraucherpreisen, aber unbeeinflusst von Änderungen im Konsumverhalten, verteuert oder verbilligt hat. Die einzelnen Preisindexzahlen repräsentieren die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs als durchschnittliche Veränderung gegenüber dem Basiszeitraum (zurzeit 2005). Sie bieten Orientierungsmöglichkeiten zu den Preisbewegungen auf der Verbraucherstufe. Häufig wird der Verbraucherpreisindex zur Wertsicherung von Forderungen verwendet. Darüber hinaus lässt sich die Veränderung der Kaufkraft des Geldes auf der Verbraucherebene über diesen Index ermitteln.

Mit der Jahresteuersatzrate wird die Veränderung des Verbraucherpreisindex im jeweiligen Jahr gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Administrierte Preise

Der Sonderindex „Administrierte Preise“ wird auf Grund der Abgrenzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jah-

resgutachten 2007/2008 (Anhang IV, Tabelle E1) berechnet. Nachfolgende Positionen sind in diesem Index enthalten: Verkehrstarife, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Gebühren für den Besuch von Kultur-, Bildungseinrichtungen und Sportanlagen, Parkgebühren, Führerscheingebühren, Kfz-Prüf- und Zulassungsgebühren, ASU-Gebühren, Kfz-Steuer und sonstige Gebühren, Wohnungsnebenkosten (ohne Entgelte für die Gartenpflege), Versorgungstarife, Nachrichtenübermittlung, Nettomieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau, freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung, Kosten der Gesundheitspflege, für die Rechtsberatung, den Sozialschutz sowie Notargebühren.

Energie

Der Sonderindex Energie beinhaltet die Positionen Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe (Kohle, Holz), Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme sowie Kraftstoffe.

Saisonabhängige Nahrungsmittel

In diesen Sonderindex geht die Preisentwicklung für frisches Obst und Gemüse (einschließlich Kartoffeln) sowie Frischfisch ein.

Preisindizes für Bauwerke

Baupreisindizes messen die Preisentwicklung für Bauleistungen gleicher Art und Qualität gegenüber dem Basiszeitraum (zurzeit 2000). Sie geben keine Auskunft über die tatsächlichen Baukosten. Als Erzeuger-Verkaufspreisindizes spiegeln sie die Preisdynamik für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaues sowie der Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden wider. Im Gegensatz zu einigen anderen Erzeugerpreisindizes beziehen sie sich auf bestimmte Erzeugnisarten und nicht auf einen institutionell abgegrenzten Wirtschaftsbe- reich. Die Basisumstellung auf das Jahr 2005 erfolgt mit dem Berichtsmonat August 2008.